RUDOLF JORDAN

IM ZEUGENSTAND DER GESCHICHTE

Zum Thema Hitler

Rudolf Jordan

als Gauleiter der NSDAP

als Autor dieses Buches

R. Jordan: Im Zeugenstand der Geschichte

ISBN 3-87588-080-3

RUDOLF JORDAN

Im Zeugenstand der Geschichte

Achtzehn heikle Fragen richtet der ehemalige NSDAP-Gauleiter von Halle-Merseburg an sich selbst und stellt sich zu ihrer Beantwortung in den Zeugenstand der Geschichte. Er schont sich nicht. Wie mächtig waren Gauleiter im »Dritten Reich«? Wie nahe standen sie Adolf Hitler? Wie sah es in den KZ's des »Dritten Reiches« wirklich aus? Was sagen sie zur Sechsmillionenlüge? Gab es sogenannte Gaskammern in den Arbeitslagern des deutschen Ostens? Warum lehnen sie Bormann ab? Fragen über Fragen, die beantwortet werden wollen. Rudolf Jordan weicht nicht aus und stellt sich mutig gegen jedermann und jedem zur Antwort.

So erfahren wir, daß er eigentlich Lehrer werden sollte und warum er es in der »Weimarer Republik« nicht werden durfte. Wie er als Arbeitsloser zur NSDAP stieß, auf wie einfache Weise er davon überzeugt wurde, daß der Führer dieser Partei, Adolf Hitler, kein Abenteuerer war. Wie er Gauleiter wurde, wie und warum er als Gauleiter wirkte. Schließlich begreifen wir und stimmen mit ihm überein, warum er auch heute noch, trotz allem und allem, immer noch ein volksbewußt denkender Deutscher ist.

Viel Neues und auch heute noch Unbekanntes hat uns Jordan zu sagen. Auch für die Weltgeschichte noch Unbekanntes. Es ist überaus spannend zu lesen, warum Hitler beim Gautag in Merseburg nicht auf die Rednertribüne stieg. Er wollte Benesch unter keinen Umständen einen Vorwand zur Mobilisierung im Mai 1938 liefern. Auch intime und private Dinge sind aufschlußreich über Hitlers Charakter, z. B. wenn wir lesen, warum und wie Gauleiter Wagner von Schlesien um seinen Gauleiterstuhl gebracht wurde. Wie Jordan zu Goebbels und Göring stand, oder warum er so gar kein Verhältnis zu Himmler und Bormann finden konnte, das ist außerordentlich aufschlußreich, interessant und wissenswert. Das rührt an Dinge, die zur Wahrheitsfindung über die Geschichte des »Dritten Reiches« einfach von Grund aus zu wissen nötig sind.

Der Durchbruch der Wahrheit ist heute nicht mehr aufzuhalten, auch wenn sie manche Klischeevorstellungen zerstört oder weh tut. Dieser Teil der Memoiren des ehemaligen Gauleiters weisen nach, daß Völker keine Kriege wollen und kleine Volksvertreter Kriege weder entfachen noch verhüten können. Wer Jordans harte Selbstkritik mit wachen Sinnen liest, ist in seinem Wissen um die Dinge zwischen 1933 und 1945 ein ganzes Stück gescheiter geworden.

ORION-HEIMREITER VERLAG

R. Jordan: Im Zeugenstand der Geschichte

RUDOLF JORDAN · IM ZEUGENSTAND DER GESCHICHTE

RUDOLF JORDAN

Im Zeugenstand der Geschichte

Antworten zum Thema Hitler

ORION-HEIMREITER-VERLAG

Schutzumschlag: Ernst Zirnig · Frankfurt am Main

ISBN 3-87588-080-3

1974
© by Orion-Heimreiter-Verlag GmbH · 6056 Heusenstamm bei Offenbach a. Main
Alle Rechte, insbesondere der auszugsweisen Widergabe
für Film, Funk und Fernsehen vorbehalten.
Herstellung: Decker & Wilhelm, Buch- und Offsetdruckerei GmbH.,
6056 Heusenstamm bei Offenbach am Main

Den jungen Lesern dieses Buches dies Wort zuvor:

Wir werden zahlenmäßig von Tag zu Tag weniger, wir, Eure Väter. Wir, von denen zeitgeschichtliche Konjunktur- Skribenten und meinungsfabrizierende Massenmedien in demagogischen Haß-Attacken fast suggestiv bezwingend Euch berichtet haben, daß wir, Eure Väter, in der Hitlerzeit Wahnsinnige oder gar Verbrecher gewesen seien, weil wir Hitler und seinem Regime aktiv oder in »feiger Passivität« Dienste geleistet hätten.

Je schweigsamer wir gegenüber diesem Verdammungsurteil verblieben und uns vielleicht in der drängenden Sorge um unsere Familien und unsere Existenz jeder Auseinandersetzung entzogen, um so mehr mußte in Euren jungen Herzen sich der unbarmherzige Zwiespalt zwischen dem wahren Bilde Eurer Väter und dem in den Massenmedien dargestellten wahnsinnigen, verbrecherischen und günstigsten Falles dummen Propaganda-Väter-Bild entwickeln mit dem Ergebnis, daß es der vom Sieger gelenkten Umerziehung gelang, das wahre Vaterbild zu verzerren, zu schänden, ja zu vernichten. — Ein nicht allzu kleiner Teil unserer Jugend hat heute unbestreitbar ein falsches Vaterbild, ja, in manchen Fällen gar keines.

Es ist dies nicht nur eine Folge des Generationsproblems, des Generationskonfliktes. Die Unruhe, die die deutsche Jugend zunehmend ergreift, sie zu gefährlichen, vaterlandslosen anarchischen Aktionen verleitet, resultiert zu einem nicht geringen Ausmaße aus diesem Prozeß der Verzerrung.

Der in Schwarz-Weiß-Manie operierende — spekulativ operierende Vergangenheitsbewältiger« versucht, die Vergangenheit pauschal zu verteufeln und mit Maximen zu werten, die in der Vergangenheit gar nicht zur Diskussion, zur Bewertung anstanden und anstehen konnten.

Es ist eine geschichtliche Wahrheit, daß alles Gewesene nur aus seiner Zeit verstanden und gewertet werden kann.

Ich bin einer der wenigen — und noch dazu einer, der einstmals als Statthalter Hitlers im hohen Grade dessen aktiver Gefolgsmann in

der parteilichen Hierarchie als auch im staatlichen Leben war. Einer, der nach mehr als zehnjähriger Haft im westlichen als auch im östlichen Gewahrsam, vor allem in sowjetischen Gefängnissen, durch kritische Betrachtung und Wertung des dramatischen Verlaufes der deutschen Tragödie zu geschichtstreuen Erkenntnissen und Urteilen zu kommen versuchte: Frei von Emotionen der Verhimmelung als auch der Verteufelung.

Nach meinen erinnerungsmäßigen Darstellungen in dem vor einigen Jahren im Druffel-Verlag in Leoni am Starnberger See erschienenen Buche »Erlebt und erlitten — Weg eines Gauleiters von München bis Moskau« und seinem Echo in der deutschen Jugend, fühle ich mich gedrängt, mich zum Thema Hitler einem Selbst-Verhör zu unterziehen, in dem ich versuchen will, keinen der wesentlichen Anklagepunkte der Zeitgeschichte zu umgehen. Ich will auf die Fragen, die aus Eurer Mitte kommen, eine ehrliche Antwort geben.

Fest steht, und dies soll gleich am Beginn dieses konfrontierenden Selbst-Verhöres klar und deutlich ausgesprochen werden:

Hitler war weder ein Gott noch ein Teufel —

Jede Verhimmelung als auch jede Verteufelung entspringt unrealistischen Emotionen und einer zweckpolitischen Zielsetzung des totalitären Für oder Gegen.

Und auch wir — einstmals in seinem Dienst — waren weder Heilige noch satanische Dämonen — sondern Menschen, die in den Grenzen menschlichen Vermögens sowohl in ihrem Wollen als auch in ihrem Tun ihre Begrenzung erfuhren. Da alles, was zum Thema der deutschen Vergangenheit, zur deutschen Tragödie zählt, in einer geschichtswidrigen Zweckpropaganda gegen Hitler, eine letzte dominante Ursachenbegründung erfahren soll, so sei über diese so billige und falsche Geschichtsanalyse anschaulich und drastisch zum Ausdruck gebracht:

Die Hitlerzeit ist nicht ein isoliertes Intermezzo eines Machtbesessenen in der Deutschen Geschichte und der Geschichte der Welt, sondern ein kausal begründeter organischer, allerdings epochaler, Teil der weltpolitischen Entwicklung. ... Wenn es heute die welt-

geschichtliche Publizistik unternehmen zu können oder zu müssen glaubt, Hitler der Gegenwart und Nachwelt als Verbrecher oder als Wahnsinningen zu überliefern, so vermag diese unrealistische und zweckpropagandistische Manipulation in keiner Weise eine Antwort auf die sich aufdrängende Frage zu geben, warum dann Hitler auf demokratischem Weg überhaupt zur Macht gelangen konnte! Oder: wie es möglich war, daß Millionen Deutscher über ein ganzes Jahrzehnt seine begeisterten Anhänger wurden!

Oder: daß der Hitlerstaat von fast allen Staaten der Welt anerkannt war und von vielen sogar geschätzter Vertragspartner (darunter zum Heiligen Stuhl zu Rom) werden und bleiben konnte!

Die Olympiade zu Berlin im Jahre 1936 glich in ihrem ausländischen Echo einer Huldigung des Hitlerstaates durch die Welt.

Eine spätere Unterstellung eines wahnsinnigen, ja verbrecherischen Hitler stellt die demokratische Welt wegen ihrer Anerkennung in dieser Zeit ja geradezu unter Anklage.

Ebenso wenig vermag eine infantile Simplifizierung die Tatsache zu erklären, daß eine ganze Welt fast sechs Jahre lang ihr gesamtes militärisches Potential aufwenden mußte, um einen »kriminellen Verbrecher« oder einen »wahnsinnigen Amokläufer« niederzuringen. Die Klassifizierung Hitlers als Wahnsinniger oder Verbrecher wächst sich wie ein Bumerang zwangsläufig zu einer ideellen und sachlichen Fehleinschätzung, ja Entwertung des demokratischen Potentials aus. Sie degradiert psychologisch zunehmend die politischen und militanten Leistungen in der kriegerischen Anti-Hitler-Kriegs-Koalition zu einer Monster-Jagd, zu einer polizeilichen Razzia in der vorher bereits erfolgten politischen und militanten Einkreisung.

Wer dieser Vorstellung der Jagd und der Bezwingung eines »Wahnsinnigen« und »Verbrechers« huldigt, nimmt den Truppen der alliierten Sieger den Lorbeer eines soldatischen Sieges und degradiert den größten aller bisherigen Kriege zu einem »Räuber- und Gendarm-Spiel«.

Ein Vergleich Hitlers mit diktatorischen Gestalten der Geschichte, seien es nun Cäsar, Dschingis Chan, Attila oder Napoleon Bona-

parte (so sehr solche Vergleiche auch deplaziert erscheinen) mag noch verständlich sein. Jede infantile Simplifizierung ist jedoch dumm und gefährlich — für uns und die Welt.

Das Thema Hitler wird die Historiker der Welt noch Jahrhunderte beschäftigen. — Ihr Urteil wird ein anderes sein, als es die heutigen Sieger haßerfüllt in der Wahrnehmung ihrer Kriegsbeute und ihrer Machtinteressen zweckpropagandistisch vorwegnehmen zu können glauben.

Hitler aber den apolitischen Massen als einen Dilletanten darzustellen, werden die objektiven Historiker als einen grobschlächtigen Fälschertrick entlarven und dem unter Hitler und nach ihm sich gigantisch aufdrängenden Phänomen einer explosiven Weltveränderung umso größeres Forschungs-Interesse entgegenbringen.

Die sich im 20. Jahrhundert vollziehende Weltrevolution, die keinem Volke eine Amnestie gewährt, wird Hitler den ihm gebührenden Platz objektiv anweisen.

Einstmalige Politik steht heute als Geschichte zur Wertung an. Geschichte dämpft Emotionen, die elementaren als auch die spekulativ durch Propaganda geschaffenen. Nicht die geschichtlichen Tatsachen an sich stehen zur Diskussion, sondern auch deren Ursachen und außerdem auch deren Folgen.

Wir, Eure Väter, waren in der politischen Arena nur Übergang vom Gestern zum Heute, im Erbe der Vergangenheit und in den Träumen um eine bessere Zukunft. Die politische Gestaltung des Morgen zu fundamentieren hat die Geschichte Dir, deutsche Jugend, aufgetragen.

Gerade nach Hitler, nach der Niederlage Deutschlands in einem Kriege, in dem es nicht nur um unser deutsches Vaterland ging, feiert die sich anschaulich vollziehende Weltrevolution Triumphe. In ihr, dieser Weltrevolution, wird sich auch das deutsche Schicksal entscheiden. — Die deutsche Politik wird für dieses Schicksal die Weichen stellen helfen ... Unsere politische und geschichtliche Aufgabe in einer epochalen Weltstunde fordert von uns, daß dies in Richtung auf ein freies geeintes Deutschland in einem europäischen Europa geschieht.

R. Jordan

1. Frage:

Wie erklären oder begründen Sie es heute, daß Sie schon in so frühen Jahren ein begeisterter Anhänger der Hitlerbewegung geworden sind? —

Antwort:

Ich gehöre dem Jahrgang 1902 an — dem Jahrgange, von dem namhafte Jugendpsychologen schon in den Dreißiger Jahren der Meinung waren, daß sich in ihm die Konfrontation von Vergangenheit und Zukunft in besonderer Eindringlichkeit vollzogen habe. Ernst Glaeser, ein jüdischer Schriftsteller, hat, dieser Meinung huldigend, einem seiner Bücher den Titel »Jahrgang 1902« gegeben.

Und in der Tat: Den Männern dieses Jahrganges (und auch der zeitlich benachbarten Jahrgänge) ist gerade in den entscheidenden Entwicklungsphasen ihres Lebens das gemeinschaftliche Schicksal ihres Volkes in gewaltigen Sturm-Attacken, dabei keinen Einzelnen in seiner Wirkung auslassend, in immer revolutionärer Durchschlagskraft zur schicksalhaften Begegnung geworden.

In der kritischen Rückschau des Alters läßt der so turbulente Lebenslauf noch kaum langanhaltende friedliche Entwicklungszeiten erkennen. Ja, der revolutionäre Sturm des Jahrhunderts hat sie fast nie aus seiner Gewalt entlassen. Den Männern des Jahrganges 1902 waren eigentlich nur ihre zwölf Kinderjahre als wirkliche Friedensjahre beschieden.

Dann riß ein gewaltiger Alarm, der alles aufschreckende Alarm des Ersten Weltkrieges, sie aus dem friedlichen Idyll ihrer Kindheit — und dann, kaum nach vier und einem halben Jahre des aufgeregt erlebten Krieges in der Heimat, warf sie, kaum der Pubertät entwachsen, ein anderer, dieses Mal revolutionärer Alarm, aufwühlend in den brodelnden Strudel der Revolutions-Arena.

Sie wurden inmitten ihres eigenen Sturmes und Dranges Erlebnis-

zeuge des schicksalhaften Prozesses des »Stirb und Werde«, der sich in der Konzentration der Zeitenwende demonstrativ vollzog.

Was man einst angebetet hatte, hieß es nunmehr verbrennen, und was man einst verdammt und verbannt zu verbrennen willens war, wurde nunmehr auf dem Altar inthronisiert und angebetet.

In den Herzen und Hirnen einiger dieser Erlebniszeugen blieben Krieg und Revolution nicht vergangene vergeßliche Erlebnisse, sondern hatten die Geburt neuen Wertens, neuen politischen Wertens, im Gefolge. In einigen von ihnen vollzog sich selbst, dem Erlebten einen Sinn gebend, die revolutionäre Wandlung und in ihrem Gefolge eine neue Wertmessung des Geschehens im Sein und Werden. Und zu ihnen zählte wohl auch ich. —

Da zudem die Frage auf mich bezogen, an mich gerichtet ist, muß ich das individuelle Erleben inmitten der objektiven turbulenten Wirklichkeit zur überzeugenden Darstellung zu bringen versuchen. Und ich weiß, die Antwort muß Abstraktion meiden. — Sie darf der Epik und Dramatik nicht entbehren. Auch für mich waren die nur zwölf friedlichen Jahre der Kindheit in einem hessischen Dorfe zwischen Vogelsberg und Rhön ganz plötzlich zu Ende, als an einem heißen Sommertage 1914 auch in unserem Dorfe der Krieg bekanntgegeben wurde. Es war ein Alarm, der nicht in den Ohren verblieb, sondern Hirn und Herzen aller erzittern ließ: der Frauen, der Männer, die Herzen von Jung und Alt. Alles Leben stand ab da unter dem Kommando Krieg. Alles für uns Jungens so Wichtige hatte plötzlich seinen Sinn verloren. Alles erhielt im Erlebnis, daß Krieg über Deutschland ausgebrochen war, seinen neuen Sinn. In unserem jungen Bewußtsein erstand eine neue nie erahnte Welt, die weit von unserer so engen Heimat nun bis an die Grenzen unseres Vaterlandes — ja bis in die Länder unserer Feinde reichte.

Denn dort, in West und Ost, fanden Schlachten statt, in denen deutsche Soldaten gegen feindliche Soldaten unser Vaterland verteidigten, siegreich verteidigten.

In der Schule waren auf einer europäischen Landkarte die Kriegsschauplätze und ihre Fronten durch Fähnchen anschaulich dargestellt ... und es kam Bewegung in die Fähnchenfronten, wenn in

den Heeresberichten neue Siegesmeldungen erklungen waren. In der Nähe der Bahngleise sahen wir dann und wann Transportzüge mit den feldgrauen Soldaten auf dem Wege zur Front. Sie alle waren in einer begeisterten Stimmung und riefen uns ihr »Hurra« zu. Ihre Waggons waren bekränzt mit grünen Zweigen und an den Wagenwänden waren Karrikaturen und Sprüche zu lesen, die der Siegeszuversicht der deutschen Soldaten, grotesk übertrieben, Ausdruck verliehen. So konnte man lesen: Auf! nach Paris! — Jeder Stoß — ein Franzos! — Jeder Schuß — ein Ruß! — Jeder Tritt — ein Britt!...

Und auch die Bevölkerung rief den Soldaten, ihren Soldaten, freudig begeistert ihre Grüße zu. Das Wort des Kaisers »Ich kenne keine Parteien mehr — ich kenne nur noch Deutsche« wurde im Volke als Religion empfunden. In der Schule vernahmen wir, daß die neidischen Nachbarn Deutschland überfallen hätten und daß es jetzt darum gehe, einen gerechten und notwendigen Krieg »mit Gott für König und Vaterland« zu führen. Wenn große Siege verkündet wurden, hatten wir »Siegesfrei«. Alles Denken und Beten im Dorf galt der kämpfenden Front. In diesem Gedanken gaben sich sogar Menschen, die seit Jahren im Streite gelegen hatten, im Hinblick auf das so brennende Geschehen die Hand zum Frieden. Im zweiten Kriegsjahr stand der Möbelwagen vor unserem Haus. Es war letztlich der Krieg, der in seinen Auswirkungen den Abschied vom Dorf und den jähen Abschied von der Kindheit im Gefolge hatte. In der nahen Kreisstadt begann für mich ein neues einsames Leben. Hier trat der Krieg mir noch anschaulicher entgegen. Dazu trugen die Reserve-Lazarette und die verwundeten Soldaten im Straßenbild der Stadt empfindlich bei.

Dann und wann rückten aus der Kaserne Ersatzeinheiten zur Front. — Wenn diese, die Soldaten auf ihren blumengeschmückten Geschützen, voran die Militärkapelle zu Pferde, unter Marschmusik durch die Straßen in Richtung Bahnhof zogen, waren sie beiderseits bis zur Verladerampe am Bahnhof von der Jugend begleitet. Dann und wann sahen wir langsamer fahrende Transportzüge mit dem Roten Kreuz an den Wänden der Waggons. Soldaten mit wei-

ßen Kopfverbänden oder weißen Armbinden schauten bleich, doch freundlich aus den Fenstern. Ich begriff, warum die Züge so langsam fuhren.

In den geschlossenen Waggons lagen auf Tragbahren die Schwerverwundeten. Sie vermochten der Heimat keine Grüße zuzuwinken. Diesen Zügen habe ich lange versonnen nachgeschaut. Das war das andere Gesicht des Krieges. Mein letzter Schulgang, noch umfangen von den so vielgestaltigen, ja fremdartigen Reizen der neuen Umwelt kam heran. Unsere Lehrer entließen uns mit dem Abgangszeugnis in ein für einen jeden recht ungewisses Leben.

Es war mein eigener Wunsch, als auch der der Eltern, Volksschullehrer zu werden. Diesem Wunsche stand jedoch zunächst der Krieg entgegen. Die Lehrerbildungsanstalten waren geschlossen. Sie dienten kriegerischen Zwecken. Ihre Lehrer standen selbst im Krieg. — Was tun? ... Hindenburg hatte die deutsche Jugend zum Kriegsdienst in der Heimat aufgerufen. Diesem Rufe zu folgen, empfand ich als Pflicht. So begann ich eines Tages in einem nahe gelegenen Werk der Rüstungs-Industrie als Rüstungsarbeiter meinen Weg in das tätige Leben, als einer der vielen Millionen junger Arbeiter der kriegerischen Heimatfront im blauen Arbeitsanzug. In einem großen Fabriksaal, im Lärm der zahlreichen lautstarken Transmissionen stand ich an einer Fräs-Bank und fräste Granaten-Hülsen. In wöchentlicher Abwechslung von Tag- und Nachtschicht von je zwölf Stunden war ich bereits ins Akkordsystem eingespannt. Mit kaum vierzehn Jahren war ich Schwerstarbeiter, dem man eine Schwerstarbeiterzulage von Brot, Margarine, Kunsthonig, Haferflocken und Pferdewurst in die Hände legte. Die Arbeit war sehr anstrengend. Nach den Nachtschichten kam ich oft so müde und zerfahren nach Hause, daß ich manchmal mich zu waschen unterließ und totmüde ins Bett fiel, um bis zum Nachmittag wie ein Bär zu schlafen. Sonntags gab mir das Kino Entspannung. Dazu berichtete die »Mester Woche« von dem Geschehen an den Kriegsschauplätzen. In diese Zeit fällt auch meine erste Begegnung mit marxistischen Funktionären am Arbeitsplatz. Es waren keine Berufsfunktionäre, sondern kleine amateurhafte Sonderlinge der marxistischen Ideologie, die

unser menschliches Lebenslos unter dem Kriterium des Klassenkampfes sahen und deuteten, dann und wann von der Notwendigkeit einer Revolution sprachen, obwohl sie auf mich nur den Eindruck von guten Familienvätern, guten Papas und passionierten Vereinsmeiern machten. Der Krieg des Kaisers, der Militaristen, des Internationalen Groß-Kapitals, stand als Generalthema im Mittelpunkt ihrer Diskussion. Von den Reichen und den Armen war die Rede. Sie alle wären sicherlich nie auf eine Barrikade gestiegen, wären sicherlich mit einer kleinen warmen Wohnung, einem kleinen Gärtchen und einem bescheidenen mittleren Lohneinkommen zufriedene Kleinbürger gewesen und treue Patrioten noch dazu.

Karl Marx und Friedrich Engels waren für sie zwar vielgehörte Namen in dem Katalog der Internationalen Arbeiterbewegung — mehr als den ersten und letzten Satz aus dem »Kommunistischen Manifest« hatten sie aus deren Lehren jedoch nicht in sich aufgenommen.

Dagegen war August Bebel ihnen geläufiger, er schien ihnen der eigentliche Führer des deutschen Proletariates gewesen zu sein.

Alle diese Unterhaltungen mit sozialen Weltverbesserern berührten mich aber nicht sonderlich. Sie ergingen sich allzu sehr in immer wiederkehrenden Schlagworten und entbehrten vor allem jeglicher Klarheit und Tiefe. Zudem wirkte sich in meiner jugendlichen Mentalität noch meine kirchliche Erziehung aus, in der uns der sozialdemokratisch Organisierte auch zugleich als freigeistiger, atheistischer, geheimnisumwitterter Volksfeind vorgestellt worden war. Aber ich hörte hin, wenn in der Pause von den Rüstungsgewinnen der »Goldenen Internationale« und im Gegensatze dazu von den Millionen Toten und Krüppeln der Völker im Kriege die Rede war.

Und die Sorgen, die aus diesen Stimmen des Volkes laut wurden, beschäftigten auch mich, ließen mich in stillen Stunden nachdenken und immer mehr zu der Meinung kommen, daß dem Gesellschaftsleben der Menschen doch wohl nicht die immer wieder gepredigte »Göttliche Weltordnung« zugrunde liegen könne.

In der Ruhepause um Mitternacht und auch in einsamen freien

Stunden entstanden in mir damals die ersten zaghaften Gedanken über soziale Gerechtigkeit im Leben dieser Welt.

Ich hatte begonnen, politische Bücher zu lesen. In meinem geistigen Innern, vielleicht auch nur in meinem Unterbewußtsein, hatte eine Antenne zu vibrieren begonnen, die ab nun immer mehr auf politisch gedankliche Auslassungen reagierte und mich bereits in der Dämmerung meiner Jugend erahnen ließ, daß meine eigenwesentlichen Interessen mehr als auf Alltagsfragen auf die großen Zentralfragen des allgemein Politischen anschlugen.

Auch im jugendlichen Erleben der kriegerischen Wirklichkeit begann mehr als seither das sich wiederholende »Warum?« sich meiner Gedanken zu bemächtigen. Und gerade in jenem ersten Stadium meines tätigen Lebens stand die soziale Frage in eindringlicher Nähe und Anschaulichkeit zur Antwort an. Ihre Herausforderung hat mich nie, auch später nicht, verlassen. In der Wertmessung ihrer Bedeutung für unser Volk und die Menschheit zugleich sah ich das entscheidende Kriterium des gesellschaftlichen Denkens. Wäre Hitler ohne soziales Programm in die politische Arena getreten, er wäre niemals zum Führer einer Massenbewegung und niemals Kanzler des Reiches geworden. — Und ich selbst wäre niemals seiner Fahne gefolgt und sein Gefolgsmann geworden.

Wenn ich heute in meinen Erinnerungen der Bedeutung meiner Arbeiter-Jahre im Hinblick auf meine spätere Entwicklung zum politischen Menschen Ausdruck verleihen will, so glaube ich ohne Pathos sagen zu dürfen, daß diese Jahre mich den Weg zum deutschen Arbeitertum finden ließen, zu den Menschen jenes »Vierten Standes«, die man als Proletariat abzuwerten und aus dem Munde reaktionärer Autokraten als »Vaterlandslose Gesellen« zu diskreditieren versuchte.

Das, was den deutschen Arbeiter in seiner Seele, in seinen Gedanken bewegte, was ihn abgrundtief hassen, was ihn leidenschaftlich lieben und kämpfen ließ, was er als sein Recht erkannte und forderte, brauchte ich nicht mehr aus den Büchern zu erlesen — ich erlebte es in ihrer Mitte als einer der ihren. —

Wenn damals auch noch nicht bewußt erkannt, so resultiert eine

meiner späteren Fundamental-Erkenntnisse, daß die vollberechtigte Eingliederung des deutschen Arbeiters und seine Anteilnahme im Verband der Nation, in der Volksgemeinschaft, die grundsätzlich unerläßliche Voraussetzung nationaler und zugleich sozialer Politik bedeute, aus dem Erleben der damaligen Jahre.

Als ich im Jahre 1918, nach zweijähriger Dienstzeit als Rüstungsarbeiter den lärmenden Transmissions-Saal verließ, um mich dem nun möglich gewordenen Studium meines ersehnten Lebensberufes zu widmen, waren meine aufdämmernden politischen Gedanken bereits in die Richtung des sozialen Kampfes gelenkt. Im Frühjahr 1918 hatte endlich die Stunde geschlagen, auf die ich so lange gewartet hatte. In meiner Heimatstadt etablierte sich eine Präparandenanstalt, in deren Lehrplan in einem dreijährigen Kursus für den Eintritt in das Lehrerseminar vorbereitet wurde.

Es war der Startschuß für meine von mir erwünschte Berufsausbildung. In meinem Leben vollzog sich nun ein grundlegender Wandel.

Im Schatten des Domes, neben dem Grab des Heiligen Bonifatius, in klösterlicher Stille, inmitten einer altehrwürdigen kirchlichen Umwelt und Athmosphäre eröffnete sich mir nunmehr ein ganz neues Leben. In einem der stillen Klassenzimmer, in denen sonst die Allumnen des Priesterseminars dem theologischen Colleg gelauscht hatten, saß jetzt die junge aus allen Teilen des Hessenlandes zusammengewürftelte Schar vor ihren pädagogischen Meistern. In den stillen weißen Klostergängen, in denen sich sonst die jungen Priesteranwärter in stillen Betrachtungen ergangen hatten, tuschelten jetzt in den Pausen die Jungen Präparanden von ihren so irdischen Erlebnissen und Meinungen. Und im großen, abgeschlossenen, totenstillen Hofe erscholl bei schönem Wetter der Lärm der jugendfrohen Spiele gegen die hohen Fenster der geistlichen Studierstuben.

So vergingen die Monate im letzten schwersten Jahr des Krieges. Die Lebensmittel-Rationen waren auf ihren kleinsten Stand gesunken. Die Steckrüben hatten dem Standard-Essen der Deutschen bereits seinen Namen gegeben. Der Hunger ging um. Heute wird manchmal in totaler Abneigung vom »Totalen Krieg« im Zweiten

Weltkrieg gesprochen. Im ersten Weltkrieg war der »Totale Krieg« meines Erachtens noch totaler. . . .

Und ihm stand in der Heimat damals kein anderer als Diktator der Rationierung aller Lebensmittel vor, als Walter Rathenau. Der Krieg hatte schon vier Jahre die Heimat in ihren Bedürfnissen stärkstens eingeschränkt. Das Barometer der Stimmung stand auf Kriegsmüdigkeit. Wir gingen klassenweise einmal in der Woche in den Wald, um »Laubheu« zu sammeln. Auch die Stallstreu war bereits Mangelware geworden. Unsere Lehrer gingen vielen Fragen nach dem Ende des Krieges aus dem Wege.

Immer wieder wurde uns in Erinnerung gebracht, daß wir einmal als Lehrer des Volkes in einem sehr verantwortungsvollen Amte stehen würden. Das machte großen Eindruck auf uns und klang lange in unseren Träumen nach. Ich sah mich bereits in einem stillen Dorfe der Rhön als Führer und Helfer einer jungen lebendigen und munteren Kinderschar. Um das schmucke Schulhaus sollten in bunter Pracht Blumen prangen. Im Garten sollte das fleißige Volk der Bienen eine Heimstätte finden. Und für alle im Dorfe sollte in diesem Hause der Geist Pestalozzi's lebendig werden. Es sollte allen, die in ihren Bedürfnissen Rat und Hilfe brauchten, offen stehen. Außerhalb des Schuldienstes würde sicher möglich sein, daß ich mich meinen privaten Liebhabereien hingeben könne. Vielleicht würde ich alte Volkslieder sammeln oder Lieder komponieren. Vielleicht würde ich Bücher schreiben, — Heimat-Novellen, Romane — Dramen . . . Vielleicht würde ich, auch für Erwachsene, ein pädagogischer Führer sein.

All diesen Ausflügen ins Wunschland aber trat immer deutlicher die Realistik des Krieges entgegen . . . Langsam, ich gehörte ja dem Jahrgang 1902 an, schien sich der Zeitpunkt zu nähern, an dem auch mein Jahrgang zur Einberufung anstehen werde. Doch dieser Gedanke hatte keine negative Wirkung. Im Gegenteil: Wir wollten, wenn die deutschen Soldaten einst als Sieger in die Heimat zurückkehren würden, dabei sein und nicht als Heimatkrieger angesehen werden. Wie konnten wir kleine Präparanden auch ahnen, daß der Kriegsgott Deutschland den Sieg verweigern sollte! Gemäß

den Fähnlein auf den Karten von den Kriegsschauplätzen standen die deutschen Armeen ja unbesiegt tief in Feindesland.

Eines Tages, an einem nebeligen Novembertage hatten sich die Menschen vor den in den Schaufenstern ausgehängten Extrablättern gedrängt, auf denen zu lesen war:

Die Revolution ist ausgebrochen — Der Kaiser hat abgedankt — In Berlin ist die Republik ausgerufen worden.

Die diskutierenden Menschengruppen gaben den noch wirr und unklar auf sie eindringenden Meldungen zunächst in dem subjektiven Resumee Ausdruck: »Der Krieg ist aus« — Einige gingen mit der Bemerkung »Alles war umsonst« verstimmt von dannen.

Mein Vater meinte am Abend nach der Durchsprache der aufregenden Nachrichten: »Jetzt kommt der Bürgerkrieg auf uns zu.« — Wir jungen Präparanden vermochten all die aufregend wirkenden Meldungen zwar noch nicht in ihrer vollen Tragweite zu erfassen, aber wir ahnten als die heimlichen Mithörer all der lebhaften Diskussionen, daß sich im politischen Leben Deutschlands etwas Entscheidendes, etwas Umstürzendes ereignet hatte.

Im Lehrerzimmer waren laute und lange Unterhaltungen der Lehrer zu hören. Die Lehrer kamen erregt und gedankenzerfahren reichlich verspätet in die Stunde. Aber auch sie vermochten uns nur bruchstückartige Erklärungen zu geben. Der Krieg war aus — Deutschland hatte kapituliert. Eine neue Zeit sei im Aufbruche. Der amerikanische Präsident Wilson habe Deutschland einen versöhnlichen, ehrenhaften Frieden angeboten. Die deutschen Armeen seien auf dem Rückmarsch in die Heimat. An die Stelle der Monarchie sei ein demokratischer Staat getreten, der jedoch erst noch durch den Willen und die Arbeit des ganzen Volkes seine Gestaltung erlangen müsse.

Den ersten alarmierenden Nachrichten folgten nun täglich weitere Meldungen von revolutionären Aktionen, von Straßenkämpfen und blutigen Aufständen in den verschiedenen Großstädten.

Genau vor einem Jahr war in Rußland die bolschewistische Revolution ausgebrochen. Mein Vater sagte: Jetzt wolle man in Deutschland dasselbe versuchen. —

An verschiedenen Plätzen der Stadt standen Gruppen von Männern mit roten Armbinden und diskutierten über Demokratie und Sozialismus. Nach der propagandistisch lautstark betriebenen Verdammung der monarchistischen und militärischen Vergangenheit waren in wirren Diskussionen der Sozialismus zum neuen Evangelium und die Demokratie zum neuen Dekalog erhoben und verkündet worden. Und ihnen sollte Gottes voller Segen gewiß und sicher sein. »Der Sozialismus marschiere« und »das Volk habe auf der ganzen Linie gesiegt« war immer wieder in Flugblättern zu lesen und zu hören. In den Versammlungen wies man darauf hin, daß der amerikanische Präsident Deutschland versprochen habe, daß der angebotene Friedensvertrag »keine Anexionen, keine Kontributionen — und keinerlei strafweise Entschädigungen« im Gefolge haben werde.

Jetzt sei es soweit. Das schaffende Volk habe nun sein Schicksal selber in die Hand genommen und werde es gegen alle reaktionären Ausbeuter demokratisch und sozialistisch gestalten. In manchen Versammlungen erklang nach dem Schlußsatz: »Es lebe die Revolution! Es lebe die Internationale! Es lebe der neue sozialistische Volksstaat!« Die Hymne des internationalen Proletariates: »Völker höret die Signale! Auf zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das Menschenrecht« wurde gesungen.

Immer öfter wurden nach den Namen Karl Marx, Friedrich Engels, August Bebel nun auch die Namen Rosa Luxenburg, Karl Liebknecht und Wladimir Illjitsch Lenin genannt.

Und auf Wochen hinaus sollte ich nun auch Augenzeuge der militärischen Schau des deutschen Zusammenbruches sein. Schier endlos dünkte mir der traurige Tatzelwurm der aus dem Westen in die Heimat zurückflutenden Reste der einstigen ruhmreichen deutschen Armee. Bespannte Einheiten als auch Kolonnen zu Fuß passierten in fast unaufhörlicher Folge die Stadt. In verschiedenen Uniformen, mit ob der Strapazen des Rückmarsches müden, enttäuschten und verdrießlichen Gesichtern, jedoch noch immer in soldatischer Ordnung unter der Führung ihrer Einheitsführer zogen sie, Kompagnie um Kompagnie, über die winterlichen Straßen.

Auf Fahrzeugen bespannter Einheiten saßen in großen dicken Fahrmänteln verhüllt fast schlafend anmutende Soldatengestalten, die auf das freundliche Winken von Frauen und Kindern nur noch ein müdes Lächeln von sich gaben. Mir erschien das alles wie eine gespenstische Vision. Hatten mich die so verwirrenden Erlebnisse der letzten Wochen in meinem Denken hellhörig in einen gedankenvibrierenden Alarm-Zustand versetzt, der Anblick des soldatischen Elendes ging mir bedrückend und bedrängend ans Herz. Ich kaufte von meinem letzten Taschengeld Zigaretten und verteilte sie an die blassen abgekämpften Soldaten.

In den Sälen der Stadt fanden damals fast jede Woche einige »Wiedersehensbälle« statt. Sie waren alle überfüllt — und ihr ungewohnter Lärm drang bis auf die Straßen. Als wenn es darum gehe, in wenig Wochen all das nachzuholen, was man in den viereinhalb Jahren des Krieges an vergnüglichem Erleben entbehrt hatte, gab sich die lebensgierige Menge oft bis zum frühen Morgen dem Rhythmus der Melodien im endlosen Tanze hin. Es wollte scheinen, als ob der lange, eben erst beendete Krieg, seine Toten, seine Witwen, seine Invaliden und Waisen schon vergessen wären und als ob es nur darum gehe, dem Augenblick der Stunde zu leben. . . . Im Unterbewußtsein vieler unter den nächtelang Tanzenden aber war die laute Musik dieser wilden Bälle nur das melodische und rhythmische Narkotikum, das sie auf Stunden einmal alle die manisch verspürte Angst im chaotischen Vakuum des verlorenen Kriegs vergessen lassen sollte.

Inzwischen war es im Ringen um die Macht zwischen den Jüngern von Karl Marx zum inneren, aber extremsten Kampfe gekommen. Der Staat, den Liebknecht, der Spartakusführer, im Lustgarten ausgerufen hatte, war ein ganz anderer, als der, den Philipp Scheidemann vom Reichstagsfenster aus verkündete.

Damit war bereits der Bürgerkrieg ausgebrochen. In den Straßen der deutschen Industrie-Städte floß Blut, schossen deutsche Arbeiter auf deutsche Arbeiter, mit Karabinern, MG's und sogar mit Kanonen. In kurzer Zeit wies Deutschland mehrere Räteregierungen auf. Besonders blutige Spuren hinterließ hierbei die bolschewistische

Räteregierung in München, die unter dem kommunistischen Ministerpräsidenten Salomon Kosmanowski, der sich Kurt Eisner nannte, von den sowjetrussischen Agenten Levinee-Nissen, M. Levien und Axelrod sowie von dem ehemaligen Matrosen Rudolf Eglhofer errichtet worden war. 927 Menschen hatten das kommunistische Terror-Regiment mit dem Tode zu büßen, dazu kamen Tausende von Verwundeten, als das Freikorps von Epp dem roten Mordspuk ein Ende machte.

Aber auch sonst flatterten im Reiche kommunistische Aufstände auf. In Berlin, in Hamburg, im Ruhrgebiet, in Leipzig, in Mitteldeutschland. Der rote Bürgerkrieg war im Gange. Die Hungerblockade der alliierten Sieger blieb gemäß einem Artikel des Waffenstillstands-Abkommens vom 11. 11. 1918 weiterhin voll wirksam. Kinder und Säuglinge starben, weil ihnen die Mütter nicht mehr das allernotwendigste zu geben vermochten. An den notdürftig eingerichteten Volksküchen standen die hungrigen Menschen Schlange. Die bis dahin ausgebrochene Revolution unter der Führung der sozialdemokratischen Machthaber wollte in eine blutige bolschewistische Bürgerkriegsrevolution übergehen. Die bolschewistischen Machthaber in Rußland unterstützten diese Revolution mit Propagandamaterial, Geld und Waffen. Der neue Staat stand all diesen revolutionären Umsturz-Versuchen machtlos gegenüber. Ihm drohte im Innern der Bürgerkrieg, die Anarchie und damit die Auflösung in einem bolschewistischen Chaos. Und das zu einem Zeitpunkte, als die alliierten Sieger ihre »Friedensbedingungen« noch gar nicht klar und deutlich ausgesprochen hatten. Es war der Sozialdemokrat Noske, der den Oberbefehl über die Regierungstruppen übernommen hatte, der sich in dieser Not mit einem Aufruf an die ehemaligen Frontsoldaten gewendet hatte (1919). Er lautete: »Kameraden! Von Tag zu Tag nimmt die unserer Heimat von Osten drohende furchtbare Gefahr zu. Russen, Polen und Tschechen greifen nach deutschem Besitz, schon stehen die Armeen der Bolschewiki vor den Toren Ostpreußens und die Polen weit in altdeutschen Gebieten. Auch im Innern unseres Staatskörpers macht die bolschewistische Bewegung weiter Fortschritte. Ungeachtet des namenlosen

Elendes, das der Bolschewismus über das russische Volk beschworen hat, bereiten gewissenlose Elemente von neuem den blutigen Kampf gegen die Regierung und gegen die Nationalversammlung vor. Wehe Euch, wenn es einer terroristischen Minderheit gelingt, die Macht an sich zu reißen. Statt der verheißenen Freiheit wird wie in Rußland Hunger, Knechtschaft, Erwerbs- und Rechtlosigkeit das Los unseres Volkes sein. Euch allen, die ihr vier Jahre lang die deutsche Heimat heldenhaft geschützt habt, gilt in erster Linie dieser Mahnruf.

Meldet Euch bei den freiwilligen Verbänden, die die Regierung zum Schutze der Grenzen und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Innern aufgestellt hat.«. . .

Der Ruf hatte Erfolg. — Die alten Frontsoldaten, die von roten Agitatoren als »Kriegsverbrecher«, als »Kriegsverlängerer« und als Militaristen beschimpft in ihren alten verschlissenen Uniform-Röcken arbeitslos vor den Schaltern der Arbeitsämter standen, hörten in diesem Aufruf den Ruf Deutschlands, das für sie mit dem Kriege weder geendet noch als Republik angefangen hatte. Die heute viel gelästerten Freikorps eilten unter schwarz-weiß-roten Fahnen der Regierung zu Hilfe und mit Hilfe dieser Freikorps konnte sich der neue Staat fundieren und entfalten. Ich selbst stand im März 1920 — ich war Lehrerseminarist und ein Aufruf im Lehrerseminar hatte zur Verteidigung der Republik aufgerufen, als Zeitfreiwilliger in den schnell-formierten Einheiten der jungen Reichswehr. Wie groß die Gefahr für den neuen jungen Staat unter den kommunistischen Bedrohungen geworden war, läßt ein Aufruf erkennen, den am 8. Januar 1919 die hilflose Regierung mit der Unterschrift von Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske und Wiesel erließ: »Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um die Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für alle Male zu verhindern. — Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die Stunde der Abrechnung naht. — «

In der Stunde höchster nationaler Gefahr verkündete der sozialdemokratische Minister Noske: »Die Grausamkeit und Brutalität der gegen uns kämpfenden Spartakisten zwingt mich zu folgendem

Befehl: Jede Person, die mit der Waffe in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen«. Viele Deutsche, und darunter auch ich, mußten erkennen: Nicht die marxistischen Massen retteten den jungen Staat, es waren die Frontsoldaten und die Zeitfreiwilligen, die sich unter dem Einsatz ihres Lebens dem kommunistischen Feind entgegenstellten und so den Staat vor dem Umsturz bewahrten. Undank war später ihr Lohn.

Es war nicht nur der Bürgerkrieg in Deutschland, der um die deutsche Zukunft sorgen und bangen ließ. Im Jahre 1919 wurde der so sehnsüchtig erwartete Friedensvertrag immer mehr zu einem heiß diskutierten beängstigenden, um die Zukunft Deutschlands Sorgen beschwörenden Problem. Seit dem Bekanntwerden seiner Paragraphen, den schnöden schamlosen Verrat an Deutschland offenbarend, bestimmte das unter dem Namen »Frieden« getarnte Diktat von Versailles das Leben in dem geschlagenen Deutschland. In 440 Artikeln, von Rache und Haß diktiert, wurde streng gebieterisch und unversöhnlich angeordnet, was den Menschen im geschlagenen Deutschland zu tun erlaubt und zu tun verboten war. Dieses vom maßlosen Siegerwillen entgegen allen gemachten Versprechungen erzwungene Unterwerfungsdiktat wurde zum Schicksal der jungen Republik und aller ihrer Menschen. Wie eine große feindselige Spinne mit tausend fanggierigen Armen schwebte das Feinddiktat beutegierig über dem deutschen Volke, das zu einer Strafkolonie degradiert zu sein schien.

In all den chaotischen Versuchen einer Rettung begann noch dazu die Entwicklung der Inflation, die Pestilenz der Nachkriegzeit, ihren Einzug zu halten. Der Dollar Amerikas regierte in den Bereichen der deutschen Wirtschaft wie ein König. Immer mehr liefen die Preise den Löhnen davon. Schieber und sonstige Berufsspekulanten überzogen das geschlagene Deutschland wie Schakale. Die Geldentwertung rollte im Amoklauf durch die Städte und Dörfer Deutschlands. Millionen deutscher Menschen wurden in Wochen, Tagen, ja Stunden arm, oft mausearm, eine Minderheit rücksichtsloser Inflationsgewinnler oft in eben so kurzer Zeit reich, millionen, ja billionenreich. Der große Volksbetrug war angelaufen.

In dieser so stürmischen Entwicklung der chaotischen Verhältnisse konnte es der Masse des deutschen Volkes nicht entgehen, daß die Entscheidung — Ordnung im Staate oder Chaos und Bürgerkrieg — nur durch eine starke Hand getroffen werden könne. Keine Regierung jedoch erwies sich dem Volke als stark und erfolgreich, konnte es vor Raub und Ausbeutung schützen.

Seit 1920 hatte in München Adolf Hitler gegen die chaotischen Verhältnisse aus nationaler und sozialer Sicht den kompromißlosen Kampf proklamiert. Anfangs nur gelegentlich, dann immer öfter hörte ich Hitlers Parolen. Ja, gerade das war der entscheidende Einfluß auf mich jungen Menschen: Hitler rief nicht zum Kampfe aller gegen alle auf, sondern zu einer Gemeinschaft aller Deutschen. Dem Klassenkampf von links und rechts galt sein Kampf. Seine Losung »Arbeit und Brot« traf die konkrete Situation der Schaffenden. Das Wort von dem »Arbeiter der Stirn und der Faust« sprach das soziale Empfinden der Millionen Deutschen aus und an. Nationales und soziales Empfinden und Denken in einer Synthese zu vereinen, erschien mir wie eine aus der realen konkreten Situation und ihren Notwendigkeiten resultierende schöpferische Idee. In der Forderung auf Schaffung einer deutschen Volksgemeinschaft, aus der einzig und allein sich das Volk selbst den Weg zur nationalen Freiheit und sozialistischen Gerechtigkeit bereiten könne, sah ich die große politische Krönung all der Gedanken, die auch ich seit meiner Jugend in mir empfunden hatte. Die Idee der Volksgemeinschaft empfand ich in Inhalt und Form als die ersehnte Demokratie. Manche mögen dieses Denken und Empfinden als das Produkt einer patriotisch begeisterten Jugend abzutun versuchen. Das war es nicht. Das schlechte Beispiel, das der Kaiser und auch die anderen Fürsten in den Novembertagen gegeben hatten, als nicht ein einziger von ihnen bereit war, für seine Monarchie auf den Stufen des Thrones zu sterben, sondern in eleganter Flucht sich dem Kampf in Deutschlands Not zu entziehen, genügte, um nicht einem dynastisch motivierten Nationalismus zu verfallen. Sowohl Nationalismus als auch Sozialismus mußten durch ihren Dienst am ganzen Volke motiviert sein. Das erachtete ich als

die Sendung, die uns im Erleben unseres völkischen Schicksales überantwortet worden war. In der damaligen Zeit, als Jugendbewegter und ideologisch durchpulst, habe ich der Diagnostik des Jahrganges 1902 einmal wie folgt Ausdruck gegeben:

»Der gesellschaftliche Vater unseres Jahrganges war der Krieg, unsere gesellschaftliche Mutter die Revolution, die verratene Revolution. Wir sind Kinder der noch unverstandenen Zeitenwende und müssen als solche anders sein als die, die vor uns waren und die, die nach uns kommen werden.

Das ist unser Schicksal, dem wir nicht entfliehen können. Wir tragen die Hypothek der Vergangenheit auf unseren Schultern und die Träume von einer besseren Zukunft in unseren Herzen. So haben wir vielleicht das Janusgesicht, das den Kindern der Zeitenwende beschieden und eigen ist. Wir sind die Brückenpfeiler, die die Brücken tragen müssen, auf der die Vergangenheit in die Zukunft marschiert. Wir stehen weder rechts noch links, weil wir durch unser gesellschaftliches Schicksal die Mitte sind und sein müssen — als Übergang in die sich revolutionär wandelnde Zeit. Die infantile Zeitgeschichte lastet haßerfüllt uns alles Böse an, weil wir dem Geschehen der Zeit die Zäsur setzten. Die scheinheilige selbstgefällige Kritik erklärt uns, die von der Revolution schwanger, diktatorisch in Acht und Bann.

Und doch verbleiben sie nur die Kerenskys, die den Geschichtsverlauf verzögern, aber nicht aufzuhalten vermögen.« — Ich fand diese textliche Fassung in den Notizen aus meinen Jugendjahren. Das war nicht die Diagnose eines nur nationalen Jugendlichen, das war in revolutionärer Empfindung die global empfundene Diagnose der Zeit, in der ich den Ruf einer Revolution in mir verspürte und ihr zu folgen willens war. —

Im kampffreudigen »Bund Oberland« fand ich meine erste politische Heimat. Zuschauer auf der Tribüne der politischen Arena zu sein, in der sich der Kampf um das Schicksal Deutschlands entscheiden sollte, erschien mir feige und verräterisch.

Vielleicht sah ich in Hitlers politischer Sendung eine Ersatz-Religion, der man wie einer richtigen Religion nicht nur in Prozenten ver-

pflichtet sein kann. Hatte doch Arndt vor über hundert Jahren einmal gesagt: »Ein Volk zu sein, das ist die Religion unserer Zeit« — Wenig Jugendlichen von heute mag dieses Wort bedeutsam sein, um Überzeugung zu gewinnen. Und diese Absicht liegt meinem Zitat auch nicht zugrunde. —

Nach dem Hitlerputsch und dem Hitlerprozeß trat ich am 15. 5. 1925 in die NSDAP ein. Ich erhielt die Mitgliedsnummer 4871. Und ab nun stand ich aktiv, wo immer es galt, im organisatorischen aber vor allem im propagandistischen Dienst der Bewegung.

Niemand aus der Schar unserer Gegner kann den Vorwurf erheben, ich hätte diesen Eintritt in die damals so bekämpfte und verfolgte Bewegung aus egoistischen Gründen vollzogen. Vorteile als Mitglied der NSDAP gab es damals keine. Dafür jedoch Nachteile, oft lebensentscheidende Nachteile, am laufenden Band. Aktiver opferwilliger Einsatz, das war der einzige klar erkennbare Weg, der zur politischen Macht im Reiche führen konnte. Niemand im braunen Hemd konnte ihm entgehen. — Ich bin ihm, auch in lebensentscheidenden Situationen, bewußt nicht entgangen.

Das war in den Tagen vor dem Weihnachtsfest im Jahre 1929:

Ich war damals schon seit zwei Jahren nach langer Wartezeit im Schuldienst tätig geworden. Ich war überglücklich in der so lange ersehnten Berufstätigkeit und hätte mit keinem Millionär tauschen mögen. Doch selbst das Berufsglück erschien mir unzertrennlich mit dem Schicksal meines Volkes verbunden, ja untergeordnet zu sein. Ich stand an den Wochenenden oft in Versammlungen der NSDAP, in der ich die Zukunft Deutschlands zu erkennen und dann und wann auch in Versammlungen unserer Gegner, in denen ich die Verderber dieser unserer Zukunft zu sehen glaubte. Ich wurde in dem Wahlgange 1929 sowohl als Stadtverordneter als auch als Abgeordneter im Provinzial-Landtag der Provinz Hessen-Nassau in demokratischer Wahl gewählt und gab zum Ärger meiner Feinde ein Kampfblatt der Nationalsozialisten als Wochenzeitung heraus. Das mochte vielen als Provokation erschienen sein. — Die Folgen waren sehr undemokratisch in Motiv und Methode, aber für mich umso realistischer. —

Mitten in der Vorfreude auf das nahende Weihnachtsfest 1929, am 22. 12. wurde mir in einem amtlichen Bescheid mitgeteilt, daß die Regierung sich entschieden habe, mich wegen meiner politischen Tätigkeit aus der Liste der Schulamtsbewerber zu streichen. Rechtsmittel für mich gab es nicht. Für den Bürger hieß das: Ich war ab nun erwerbslos, berufslos, rechtlos, aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschlossen, ausgestoßen und verfemt. Meine Meinung, daß mir die Weimarer von der Regierung beschworene Verfassung die politische Meinungsfreiheit garantiert habe, erwies sich als ein Irrtum. Erst nun vermochte ich den Unterschied zwischen Theorie und Praxis im politischen Kampfe zu erkennen. Ich nahm ihn gläubig zur Kenntnis.

Es war ein Zufall vielleicht: Am selben Abend war im kleinen Stadtsaal eine Versammlung der ausgesteuerten Arbeitslosen meiner Heimatstadt angesetzt, in der es darum gehen sollte, der Bitte der Ärmsten der Armen auf eine weihnachtliche Unterstützung Ausdruck zu verleihen.

Als Redner waren nur zwei aus der Parteienwelt der Heimatstadt bereit gewesen, als Fürsprecher dieser unschuldig Armen der sozialen Bitte Nachdruck zu verleihen. Es waren, wie hätte es auch anders sein können, ein Redner der oppositionellen KPD und ein Redner der oppositionellen NSDAP. Und der letztere war ich. Es erschien mir symbolträchtig, als ich den Ärmsten der Armen die Kunde bringen konnte: »Ab heute gehöre auch ich, Ihr nennt es vielleicht gesellschaftsmäßig, zu Euch. Die Regierung hat mir aufgrund meines politischen Kampfes als Nationalsozialist das Recht, des weiteren in meinem Berufe tätig zu sein, abgesprochen. Die Regierung hat mich, nach ihrer Ansicht demokratisch motiviert, in euere Reihen gestoßen. — Für mich gilt das »Recht auf Arbeit« ebenso wenig wie für Euch. — Aber sie hat mich nunmehr als Revolutionär in die Arena der politischen Revolution geschickt. Und hier will ich nun meine Pflicht und Schuldigkeit tuen, und wenn es sein muß bis zum Tode.«

So wurde ich — und das soll das reale Ende meiner erbetenen Antwort sein, zwangsläufig einer von denen, die man »Berufsrevolutio-

näre« nennt, und ohne Vorbehalt freiwillig und begeistert Funktionär der revolutionären Hitlerbewegung, in der ich die Zukunft Deutschlands zu erkennen glaubte. Ich habe ihr die Treue gehalten in guten und schlechten Tagen — bis zu den letzten Stunden in dem schauerlich-grausamen Zusammenbruch 1945 an der Elbe, bevor ich als Häftling der Sieger über Moskau den bitteren Weg ins eisige Sibirien antreten mußte. Ich habe einstmals meinen politischen Weg in der Ungnade der »öffentlichen Meinung« begonnen. Sie stand auch am Ende dieses Weges gnadenlos als Richter meines Seins.

Doch glaube ich heute, der letzte und entscheidende Richter über mich und mein Tun wird seinen Urteilsspruch unabhängig von der »öffentlichen Meinung« fällen.

Ich beuge mich seinem Urteil —

2. Frage

Versailles

Schon seit den ersten Tagen der Wirksamkeit Hitlers als Propagandist und Massenredner der NSDAP stand der Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag fast dominierend im Mittelpunkt der anklagenden Propaganda der NSDAP. Dieser Kampf ging auch in der folgenden Zeit unvermindert, ja verstärkt weiter bis über die Machtübernahme hinaus. War diese manisch anmutende Kampfparole nicht eine sektiererische fixe Idee einer winzigen Minderheit, der es an realpolitischem Urteil fehlte? War der Kampf gegen Versailles nicht eine Donquichoterie politischer Infantilisten?

Antwort:

Versailles ist nach seiner Annahme durch deutsche Regierungsvertreter zum Schicksal Deutschlands geworden. Es repräsentiert das Ur-und Schicksalsproblem der jungen Weimarer Republik und zugleich das Start-Thema der NSDAP, unter dessen Wirkung die NSDAP zur großen, ja größten Massenpartei wurde und als solche den Marsch in die politische Macht antreten konnte.

Das ist zunächst ganz allgemein eine Antwort auf Ihre Frage. Doch diese so ungemein wichtige Frage bedarf einer dokumentarischen realistischen historischen Behandlung und überzeugender Antwort. Bereits im Jahre 1919 hatten die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung stattgefunden. Ihr Ergebnis, wenige Wochen nach der marxistischen November-Revolution, wies zur Überraschung der sozialdemokratischen neuen Machthaber nur ein Drittel SPD-Stimmen auf.

In Paris brüteten die alliierten Sieger über den Paragraphen des mit dem besiegten Deutschland abzuschließenden Friedensvertrages. Die Erwartung des deutschen Volkes auf den Inhalt dieses Ver-

trages, der nun den so lange ersehnten Frieden einleiten und garantieren sollte, war hoffnungsvoll, ja im Vertrauen auf die abgegebenen Erklärungen des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson optimistisch.

Es gingen zwar sehr bedrohlich klingende Äußerungen alliierter Staatsmänner durch die internationale Presse, doch die von dem »Friedenspräsidenten« Wilson für einen kommenden Frieden mit Deutschland verkündeten 14 Punkte ließen die Deutschen auf einen gerechten versöhnlichen Frieden hoffen. Es gab nur ganz wenige Deutsche, die dem feierlich gegebenen Versprechen des amerikanischen Präsidenten mißtrauen zu müssen glaubten.

Hatte doch Wilson in der Pose seiner Macht und im Hinweis auf staatsrechtliche Notwendigkeiten vor aller Welt erklärt:

»... daß der Krieg nicht mit einem Racheakt irgendwelcher Art beendet werden, daß keine Nation, kein Volk beraubt und bestraft werden sollte, daß das Unrecht, das in diesem Kriege begangen wurde, sich nicht durch das Begehren eines ähnlichen Unrechtes an Deutschland wieder gutmachen lasse« ...

Doch der französische Ministerpräsident Clemenceau hatte bereits entgegen allen Wilson'schen Erklärungen, Forderungen und Versprechen die Abtretung des gesamten linken Rheinufers — das heißt des gesamten westrheinischen Landes von Deutschland fast provokatorisch gefordert. Angesichts der anarchistischen Verlautbarungen der demokratischen Staatsmänner und in weiser Voraussicht und -schau hatte dagegen Lloyd George, der englische Premier-Minister, am 25. 4. 1919 eine Denkschrift an die mit dem Friedensvertrag beschäftigte Pariser Friedenskonferenz gesandt, in der er gegen alle allzu harten Friedensbedingungen gegenüber Deutschland warnend seine Stimme erhoben hatte. Diese Warnung hatte gelautet:

»... Nehmt Deutschland seine Kolonien, schraubt seine Heeresmacht auf eine Polizeitruppe herunter, verringert seine Marine auf ein Fünftel ... Was auch geschieht, wenn es sich im Grunde durch den Frieden von 1919 ungerecht behandelt fühlt, wird es Mittel und Wege finden, um an seinen Unterdrückern Vergeltung zu

üben. Der Eindruck, der tiefe Eindruck, der sich in die Herzen der Menschen durch die vielen Jahre beispielloser Metzeleien eingegraben hat, wird zusammen mit den heute noch schlagenden Herzen verlöschen. Dann wird die Aufrechterhaltung des Friedens davon abhängen, daß es keine Ursachen der Verbitterung mehr gibt. Ungerechtigkeit und Übermut in der Stunde des Sieges wird nie vergessen. Aus diesem Grunde bin ich entschiedener Gegner des Planes: Vom Deutschen Reiche mehr Deutsche loszureißen. Ich kann mir keine tiefere Ursache zukünftiger Kriege vorstellen, als die: Das Deutsche Volk, welches sich als eine der lebens- und leistungsfähigsten Rassen der Welt erwiesen hat, mit einer Zahl kleiner Staaten zu umzingeln, deren Bevölkerung in der Vergangenheit niemals eine sichere Regierungsform hatte und von denen jeder Mengen von Deutschland erhalten soll, die nichts anderes verlangen, als sich mit ihrer alten Heimat wieder zu vereinigen. Der Vorschlag der polnischen Kommission, der 2 100 000 Deutsche unter die Herrschaft eines Volkes zwingen will, das einem anderen Glauben angehört, das in seiner ganzen Geschichte nicht ein einziges Mal die Fähigkeit zu einer lebenskräftigen Staatsregulierung bewiesen hat, muß meiner Ansicht nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Ost-Europa führen« . . .

»Ich bin also überzeugt, daß man, soweit es menschenmöglich ist, zu verhindern trachten muß, Volkheiten von ihrem Mutterland zu trennen und ich glaube, daß dieser Grundsatz Vorrang vor strategischen, wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Erwägungen haben muß, die auf andere Weise erledigt werden können.« . . .

Das war eine realistische Stimme der Vernunft, jedoch eine einsame im zunehmenden Chor des Vae victis.

Trotzdem glaubte das besiegte Deutschland, daß der amerikanische Präsident auch gegenüber seinen alliierten Bundesgenossen sein gegebenes Versprechen, den Deutschen einen versöhnlichen Frieden zu bringen, halten werde. Hatte es doch im Vertrauen auf dieses Versprechen seine Waffen niedergelegt. —

Am 13. 4. 1919 wurden der deutschen Friedensdelegation die Texte des Friedensvertrages überreicht. . . .
Sein Text umfaßte 440 Artikel und insgesamt 80 000 Wörter.
Sein Inhalt war schreckenerregend. . . .
Neben der Abtretung aller Kolonien sprachen seine Artikel die gebietsmäßige Verstümmelung der deutschen Heimat und eine Reperationsverpflichtung in astronomischen Zahlen aus, die Deutschland auf Jahrzehnte — wenn nicht auf Jahrhunderte — wirtschaftlich versklaven mußte.
Im Artikel 231 sollte Deutschland das Geständnis abgerungen werden, sich vor aller Welt als der verbrecherische Urheber aller im Kriege entstandenen Schäden anklagend zu bekennen. Er lautete: »Die Alliierten und asoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und asoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurden, erlitten haben« —
Ein Schrei der Empörung ging durch das gequälte Deutschland. — Alle bisher gehegten Hoffnungen, alle bisher geträumten Illusionen stürzten zusammen angesichts dieses Kaufpreises, den das deutsche Volk für seinen Frieden bezahlen sollte, und das bis in Jahrzehnte, vielleicht für den Verlauf des ganzen Jahrhunderts.
Die 440 Artikel des Vertrages sprachen unverkennbar die Sprache der Unversöhnlichkeit, des abgrundtiefen Hasses und der Rache.
Der »Friede«, der in ihnen umrissen wurde, war die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Das deutsche Volk fühlte sich in seiner nationalen Ehre gekränkt und demonstrativ beleidigt. Es fühlte sich, nachdem es an die gleisnerischen Worte des amerikanischen Präsidenten wie an ein Evangelium des Heiles geglaubt hatte, heimtückisch verraten und betrogen. Es erkannte in realistischer Sicht, daß die unmenschlichen Bedingungen des Gewaltfriedens Deutschland auf Generationen hinaus, also auch Kinder und Kindeskinder, zu Sklaven der unbarmherzigen Sieger degradieren müsse. Versailles war der Alarmruf, der durch das friedenssehnsüchtige

deutsche Vaterland drang und das gemeinsame Schicksal erkennen ließ, das für jeden Einzelnen nun auch zum eigenen persönlichen Schicksale zu werden drohte.

Versailles war es, das damals in immer wachsendem Maße die Deutschen, auch wenn sie seither unpolitische Zeitgenossen gewesen waren, aus der bürgerlichen Resignation aufscheuchte und in die politische Kampf-Arena zwang.

Ich selbst empfand die alarmierende Proklamation von Paris als einen gemeinen heimtückischen Verrat an einem Volke, das nach all den unsäglichen Opfern des Krieges willens war, wenn auch wehrlos, so doch ehrlich, fleißig und selbstlos einen neuen Staat aufzubauen, in dem Friede, Freiheit und Brot für alle gesichert sein sollten, als den unter dem Namen »Frieden« getarnten Überfall der Mächtigen auf den wehrlosen und hilflosen Besiegten, als ein Diktat der Versklavung, an dessen Paragraphen nicht nur die Staatsmänner und Generale sondern auch die Vampire der internationalen Hochfinanz mitgebastelt hatten. Er erschien mir als das teuflische Meisterstück einer kapitalistischen, imperialistischen Allianz, aus dem fleißigen und erfinderischen Deutschland eine Kolonie der Wallstreet und City werden zu lassen. Und das für lange Zeit, wenn nicht für immer!

Die Diskussion der damaligen Tage war dominierend von dem Schicksals-Thema Versailles beherrscht. Auch in der Schule gaben die Lehrer an Hand anschaulicher Darstellungen der Perspektive des geforderten »Friedens« ihrer deutschen nationalen Empörung Ausdruck.

Es gab keine Partei im Jahre 1919, die es hätte wagen können, sich zum Verteidiger des verlangten Schmachdiktates aufzuschwingen. Nicht nur das nationale — auch das soziale Gewissen des deutschen schaffenden Menschen begann ahnungsvoll zu vibrieren, wenn der »drohende« Frieden und seine drohenden Folgen zur Debatte standen. Walter Rathenau schrieb damals das prophetische Wort: »Dennoch, wenn die Furchtsamen, die Neidischen und die Rachsüchtigen in einer einzigen Stunde, in der Stunde der Entscheidung siegen und die drei großen Staatsmänner ihre Nationen mit sich

reißen, ist das Schicksal erfüllt.« — »Dann ist aus dem Gewölbe Europas der einstmals stärkste Stein zermalmt, dann ist die Grenze Asiens an den Rhein gerückt, dann reicht der Balkan bis zur Nordsee. Dann wird eine Horde von Verzweifelten einen uneuropäischen Wirtschaftsgeist vor den Toren der westlichen Zivilisation lagern, der nicht mit Waffen sondern mit Ansteckung die gesicherten Bastionen bedroht« (»Nach der Flut« Seite 70).

Welch seherische Schau offenbart sich in diesen wenigen Worten des demokratischen Staatsmannes, der sicher nicht als Rechtsradikaler gebrandmarkt werden kann.

Es wird heute in zeitgeschichtlichen Betrachtungen die posthistorische These verkündet, als sei der Kampf gegen Versailles nur eine zweckgezielte Propaganda im Kampfe der nationalen Opposition gegen die junge demokratische Republik von Weimar gewesen, während die demokratischen Politiker, frei von Emotionen nationaler Art, die Politik als die »Kunst des Möglichen« zu realisieren getrachtet hätten.

Doch das ist eine Fälschung der damaligen Wirklichkeit. —

Wer dieses geschichtsdokumentarisch nachprüfen will, braucht bloß die Protokolle der langwährenden Sitzungen der Weimarer National-Versammlung zu studieren, in der bekanntlich keine Nationalsozialisten vertreten waren, und er kommt der politischen Wirklichkeit des Jahres 1919 realistisch und glaubwürdig näher.

Es war Philipp Scheidemann höchstpersönlich, also ein führender Sozialdemokrat, derselbe, der 1918 in Berlin die deutsche Republik ausgerufen hatte, der die damals einmütige Stimmung des deutschen Volkes in der 39. Sitzung der deutschen Nationalversammlung am 12. Mai 1919 unter sich immer wiederholendem Beifall des ganzen Hauses zum Ausdruck gebracht hat, als er sagte:

»Lassen Sie mich ganz ohne taktische Erwägungen reden: Was unseren Beratungen zugrunde liegt, dieses dicke Buch (auf die Friedensbedingungen weisend), in dem hundert Absätze beginnen: ‚Deutschland verzichtet — verzichtet — verzichtet', dieser schauerlichste und mörderische Hexenhammer, in dem einem großen Volke das Bekenntnis der eigenen Unterwürfigkeit, die Zustim-

mung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis zu Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll, dieses Buch darf nicht zum Gesetzesbuch der Zukunft werden.

Ich habe die zuerst uns übermittelten Bedingungen unserer Gegner vor ein paar Tagen in Vergleich gesetzt mit den entsprechenden Programmpunkten des Präsidenten Wilson. Darauf will ich heute verzichten. Seit ich die Forderungen in ihrer Gesamtheit kenne, käme es mir wie eine Lästerung vor, das Wilson-Programm, diese Grundlage des ersten Waffenstillstandes, mit ihnen auch nur vergleichen zu wollen. Aber eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: Die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden. Die Völker haben in dieser an Idealen armen Zeit wieder einmal Glauben verloren. Das ist das Kerkerbild nach der einen Seite, dem Auslande zu: Ohne Schiffe — denn unsere Handelsflotte geht in die der Entente über, — ohne Kabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtsschutz, — ja selbst ohne das Recht, mitzuwirken bei der Festsetzung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernden Waren, für Kohle, pharmazeutische Artikel usw. Ich frage Sie, wer kann als ehrlicher Mann, ich will gar nicht sagen, als Deutscher, nur als ehrlicher vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die uns in diese Fesseln legt?«

Im Anschluß an die Rede des Sozialdemokraten Philipp Scheidemann am 12. Mai 1919 gab dann der Preußische Ministerpräsident Hirsch, ebenfalls ein Sozialdemokrat — im Namen der Regierungen sämtlicher deutscher Länder die folgende Erklärung ab:

»In allen Gauen Deutschlands lodert in diesen dunkelsten Tagen unseres Volkes die Erbitterung über den Friedensvorschlag unserer Feinde. Sie haben uns im Herbst vorigen Jahres feierlich einen Rechtsfrieden versprochen. Auf dieses Versprechen hin legten wir die Waffen nieder. Nun bieten sie dem Wehrlosen einen Frieden der Gewalt. Nie war Zorn berechtigter als heute. Heute ist klar, was die Feinde mit uns vorhaben: Sie wollen uns für alle Zeiten aus der Reihe der Kulturstaaten der Welt streichen und wieder zu völliger Ohnmacht herabdrücken.

Sie wollen das arbeitsfreudige deutsche Volk zu einem Knechtsvolke erniedrigen,« — »demgegenüber erklären wir, die Vertreter aller deutschen Länder, vor aller Welt: Lieber tot als Sklav! Die Bedingungen, die dieser Friede uns auferlegen will, sind selbst von dem entsagungsbereitesten Volke nicht zu ertragen. Ihre Ausführung ist eine Unmöglichkeit. Darum ist dieser Friedensvertrag unannehmbar.« —

Dem jungen heutigen Sozialdemokraten mögen, in seinen Geschichtsvorstellungen von damals, diese Bekundungen maßgeblicher deutscher Staatsmänner unglaubhaft, gespensterhaft, faschistoid klingen. Aber es sind die Worte einstiger sozialdemokratischer Führer in amtlicher Eigenschaft, in einem amtlichen Parlament, der Deutschen Nationalversammlung, dem Plenum, in dem die Weimarer Republik ihre amtliche Verfassung erhielt. Sie sind die unbefangene dokumentarische Antwort auf die erhobene Frage betreffs der sektiererischen Sekte, die einstmals als Minderheit den Kampf gegen das Diktat von Versailles aufnahm.

Doch diese beiden zitierten Redner waren ja noch keine Linksradikalen. Der Redner der Unabhängigen Sozialistischen Partei, dem Vorläufer der KPD, der Berliner Rechtsanwalt Hugo Haase, der Mitglied des sechsköpfigen Rates der Volksbeauftragten gewesen war, erhob ebenso in dieser Sitzung schärfsten Protest gegen die Friedensbedingungen, als er sagte:

»Für uns ist das Selbstbestimmungsrecht niemals ein tönernes Wort sondern eine aus innerster Überzeugung fließende Forderung. Wir verurteilen deshalb auf das entschiedenste, daß die Entente das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das sie feierlich proklamiert hat, in geradezu schnöder Weise zum Nachteil des deutschen Volkes verletzt. Schon die politische Vernunft hätte sie davon abhalten müssen, die territorialen Grenzen willkürlich festzusetzen, ohne in freier unbeeinflußter Abstimmung den Willen der betroffenen Bevölkerung zu erforschen, denn die Folge dieser Willkür ist die Erzeugung dauernder Unruhe, welche die Schaffung einer Irredenta und die Gefahr neuer blutiger Konflikte in sich trägt.«

Das waren die Worte eines Linksradikalen. —

In einem Schlußwort der Sitzung der Nationalversammlung am 18. 5. 1919 bezeichnete der Präsident Fehrenbach die Ablehnung des Versailler Friedensvertrages als eine einheitliche Meinung des gesamten deutschen Volkes. Er sagte:

»Wo bleiben die einflußreichen Kreise in den fremden Ländern? Wo bleiben die Vertreter der Religion, die heiligen Gedanken des Christentums? Gibt es in den feindlichen Landen keinen Bischof mehr, keinen Prediger, keinen gotterleuchteten Mann, keine fromme Frau, die hinausrufen aus gepreßtem Herzen in die feindliche Welt: Das ist kein Friede der christlichen Ära, so schlimm haben die heidnischen Römer den unterlegenen Völkern keinen Frieden diktiert, wie Ihr in der christlichen Zeit es tun wollt! Es war ein hartes Wort im alten Rom, das ceterum censeo Carthagenem esse delendum: aber es war barmherzig gegenüber dem hinhaltenden Morden dieses Friedensvertrages. Es mag sein — ich weiß es nicht — daß die letzten Akte der Regierungen vor dem Kriege gegen uns zeugen, aber die Schuld für die Ursachen des Krieges lastet auf den Schultern unserer Feinde.

Und jetzt richte ich mich an die Feinde in einer Sprache, die auch sie verstehen: Memores estote inimicie: ex ossibus ultor! Aber auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären und die Kinder, die in harter Fron aufwuchsen, werden imstande sein, nicht die Hand zur Faust zu ballen, sie werden mit dem Willen erzogen werden, die Sklavenketten zu zerbrechen.«

Fehrenbach, der diese Worte sprach, war kein Nationalist, sondern Christ und Zentrumsmann.

Die Sklavenketten von Versailles zu zerbrechen, in diesem politischen Willen die Kinder zu erziehen, das war nach Fehrenbach der Wille des deutschen Volkes, wie er es in der Nationalversammlung so leidenschaftlich kundgetan hatte.

In dieser einhelligen Meinung der Nationalversammlung als dem Forum des gesamten Volkes war der Wille zu einer Revision des Versailler Vertrages als der Wille des deutschen Volkes manifestiert schon ehe Adolf Hitler die politische Arena betrat.

Die Fesseln des Versailler Vertrages zu sprengen, das war also aus

der realistischen Sicht des Jahres 1919 nicht ein sektiererisches Oppositions-Spiel engstirniger nationaler Kathastrophenpolitiker sondern bereits eine unumstrittene Forderung der legalen Demokratie von Weimar. Alle Proteste der vom ganzen Volke gewählten Nationalversammlungen gegen Versailles hatten jedoch kein milderndes Ergebnis im Gefolge. Auch auf die zuletzt erhobene Forderung der Nationalversammlung, dem deutschen Volke die Unterzeichnung des ehrverletzenden § 231, der Anerkennung der deutschen Alleinschuld am Kriege zu erlassen, erfolgte als Antwort ein kaltes »Nein«. Die Sieger forderten die bedingungslose Kapitulation.

Als bei Ablauf der geforderten zeitlichen Frist die Bereitschaftserklärung zur Leistung der deutschen Unterschrift nicht eingegangen war, drohten und schickten sich die Alliierten an, das gesamte Reichsgebiet mit Truppen zu besetzen.

Am 22. Juni 1919 gaben dann die Vertreter des deutschen Volkes unter dem Drucke der Feinde in der Nationalversammlung mit Mehrheit die Zustimmung zur Unterzeichnung des Gewaltfriedens von Versailles.

Fehrenbach schloß die eindrucksvolle Sitzung, die in der Aula der Berliner Universität stattfand, mit einem erhebenden Bekenntnis zur deutschen Nationalhymne, als er sagte:

»Wie in glücklichen Tagen — so jetzt in dieser ernsten Stunde, bekennen wir uns zu unserem vaterländischen Hymnus. Er ist mißdeutet worden. Man hat gesagt, er sei eine Überhebung gegenüber den andern Völkern. Nein, das ist er nicht! Er ist nur der Ausdruck der Verehrung für das Land unserer Väter. Wie in glücklichen Tagen so auch heute und für immer in schwerer Not und bedrängter Stunde rufen wir hinaus: »Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt« . . .

Im Spiegelsaal zu Versailles, am 28. Juni 1919, in demselben Saale, in dem einst am 18. Januar 1871 die Gründung des Reiches und die Kaiser-Proklamation stattgefunden hatte, fand die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages durch die beiden deutschen Vertreter Bell und Müller statt.

Seine Annahme, der Kampf um Für und Wider in der Folgezeit

sollte für die Entwicklung des neuen Staates von entscheidender Bedeutung sein. In einer Note des deutschen Staatssekretärs im Auswärtigen Amte Dr. Solf, gesandt im Namen der deutschen Regierung, an den Staatssekretär Lansing in Washington hieß es nach der Unterzeichnung des Diktates:

»Wir mußten diese Bedingungen annehmen. Wir machen aber den Präsidenten Wilson feierlich und ernst darauf aufmerksam, daß die Durchführung der Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteilige der Gesinnung erzeugen muß, die eine Voraussetzung für den Neubau der Völkergemeinschaft bildet und einen dauerhaften Frieden verbürgt.«

Erst am 12. 7. 1919 — also erst nach der Unterzeichnung des Versailler Diktates wurde von Seiten der Alliierten die über Deutschland verhängte Hunger-Blockade aufgehoben.

Am 6. 11. 1919 überreichten die Siegermächte der deutschen Regierung die Auslieferungslisten sogenannter »Kriegsverbrecher«.

Die deutsche Regierung lehnte jedoch unter entrüstetem Protest jede Auslieferung eines Deutschen ab und wies dieses entehrende Ansinnen schärfstens zurück. —

An der Spitze der geforderten »Kriegsverbrecher« 895 an der Zahl — hatten die Namen des Kaisers Wilhelm II., des Groß-Admirals von Tirpitz und des Generals von Ludendorff gestanden.

Auch Holland als der Sitz des geflüchteten Kaisers wies jede Auslieferungsforderung strikt ab.

Selbst von der Kommandobrücke der bolschewistischen Weltrevolution und zwar von Lenin höchstpersönlich wurde das Verdammungsurteil gegen den Versailler Vertrag unmißverständlich verkündet. Auf der Konferenz der Vorsitzenden der Exekutiv-Komitees der Kreis-Amtsbezirke- und Dorfsowjets am 13. Oktober 1920 erklärte der kommunistische Führer der Sowjetunion und darüber hinaus des Weltbolschewismus: »Der Versailler Vertrag ist ein Vertrag von Räubern und Wegelagerern. Als Deutschland besiegt war, da schrie der Völkerbund, der Bund der Nationen, die gegen Deutschland gekämpft hatten, das sei ein Befreiungskrieg — ein demokratischer Krieg gewesen. Deutschland wurde ein Frieden auf-

gezwungen. Aber das war ein Frieden von Wucherern, von Würgern, ein Frieden von Schlächtern, denn Deutschland und Österreich wurden ausgeplündert und zerstückelt. Man nahm ihnen alle Existenzmittel, ließ die Kinder hungern und Hungers sterben. Das ist ein ungeheuerlicher Raubfrieden. Das ist kein Frieden, das sind vielleicht Bedingungen, die einem wehrlosen Opfer von Räubern mit dem Messer in der Hand diktiert worden sind« (Band 31 der Lenin-Werke Moskau).

Im Kampfe gegen Versailles war Lenin also bereits Vorläufer Hitlers. Nach Versailles und St. Germain verzeichnete die Staatsbilanz des Ersten Weltkrieges den Untergang von vier großen Staatsgebilden der Vergangenheit. Des Reiches der Zaren, des osmanischen Reiches, Österreich-Ungarns und des Deutschen-Kaiser-Reiches. — Anstelle dieser im Ersten Weltkriege zerschlagenen Staatsgebilde errichtete das »Weltgewissen« hektisch im Rausche des Sieges und der Rache anderthalb Dutzend funkelnagelneue sogenannte demokratische Staats-Systeme. Und sie waren alle aus der Sicht Amerikas und wohl in erster Linie seiner Weltbankiers in voller Unkenntnis der europäischen Geschichte, politischen Verhältnisse und sogar der europäischen Geographie ganz einfach mit der Zauberformel »Demokratie« auf das europäische Schachbrett gesetzt.

Aus ihrer Saat erwuchsen, in Rußland beginnend, im Laufe der Nachkriegsjahre ein halbes Dutzend totalitärer Diktaturen. Als später einmal der deutsche linksgerichtete Pazifist Professor Quidde sich beim englischen Premier Minister Ramsay MacDonald über die Deutschen beschwerte, die Versailles nicht anerkennen wollten, antwortete der Engländer MacDonald:

»Versailles war Unrecht. Gegen Versailles anzukämpfen ist Pflicht!«

In jenen Tagen waren die politischen Schriften für und gegen Versailles die Lektüre meines erwachten politischen Interesses. In den gegen den »Schmachfrieden« von Versailles veranstalteten Kundgebungen der Parteien und Verbände stand ich als junger kritischer Lauscher inmitten der empörten Menge.

Aus Bayern kamen damals Zeitungen und Flugblätter ins Land, in denen in mitreißenden Reden ein Mann immer wieder in großen

Massenversammlungen den »Verrat an Deutschland durch Versailles« an den Pranger stellte. Er war bis dahin ein unbekannter Soldat des Weltkrieges gewesen. Nun nannte man ihn bereits den »Trommler einer kommenden deutschen Freiheitsbewegung«. Zu seinen Kundgebungen drängten sich angeblich die Massen, um ihm am Ende ihren frenetischen Beifall zu bekunden.

Der Mann hieß Adolf Hitler. —

Es war der erste Bundespräsident der Bundesrepublik, Theodor Heuss, der bereits 1932 in seinem Buche »Adolf Hitlers Weg« geschrieben hatte: »Die Geburtsstadt des Nationalsozialismus ist nicht München sondern Versailles.« Er hatte Recht! —

3. Frage

Der Hitler-Putsch

Sie betonen in Ihren Auslassungen über die Hitlerzeit so besonders die Bedeutung der Frühzeit der NSDAP und das schon in den ersten zwanziger Jahren. In der Zeit dieser Frühgeschichte der NSDAP unternahm Hitler jedoch die Wahnsinnstat des Bierkeller-Putsches vom 8. November 1923, der schon am zweiten Tag in den Gewehrsalven der bayerischen Landespolizei seinen politischen und militanten Zusammenbruch erlebte. — Wie denken Sie heute über diesen so verantwortungslosen Putschversuch und seine Folgen für die deutsche Politik? . . .

Antwort:

Ich versuche heute und wohl auch noch später immer ernsthafter und kritischer über diesen sogenannten Hitlerputsch, seine Voraussetzungen und seine Folgen nachzudenken. Er repräsentiert für den ernsten Historiker sicher heute schon nicht nur ein spektakuläres sondern ein politisches geschichtliches Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte des Ersten Weltkrieges, und nicht nur ihrer, sondern der Geschichte der Weimarer Republik und des Dritten Reiches zugleich, das keineswegs letztrangig behandelt werden darf, wenn es um die Erforschung der geschichtlichen Entwicklung geht. Dem sogenannten Hitler-Putsch 1923 waren das ganze Volksleben aufwühlende Vorgänge vorausgegangen, ohne die ihm keine Aufhellung zuteil werden kann.

Territoriell und chronologisch umrahmt von kommunistischen Aufständen in den deutschen industriellen Ländern, in denen sich Deutsche in blutigen Straßenschlachten gegenseitig totschlugen, alarmierte in den Märztagen des Jahres 1920 der Kapp-Putsch die Bevölkerung Deutschlands. Die Marine-Brigade Ehrhard in Stärke

von 6000 Mann war von ihrem Standort Döbberitz am 13. März in Berlin einmarschiert und hatte ohne jeden Widerstand das Regierungsviertel besetzt. Als Neue Regierung wurde die Regierung Kapp-Lüttwitz ausgerufen. — Die Berliner Reichswehrtruppen hatten sich bedingungslos der neu ausgerufenen Regierung unterstellt. Auch in einigen anderen Wehrkreisbezirken waren Unterstellungen erfolgt. Nach der Aufforderung, die Reichswehr solle gegen die Putschisten antreten, erfolgte seitens der Reichswehr die viel zitierte Antwort: »Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr«. —

Die legale Reichsregierung, einschließlich des Reichspräsidenten Friedrich Ebert, hatte damals fluchtartig die Reichshauptstadt Berlin verlassen und sich nach Dresden abgesetzt. Die Reichshauptstadt gehörte den Putschisten. Von Dresden aus hatte die Reichsregierung zum Generalstreik aufgerufen. Der Generalstreik lief auch programmgemäß an, gab jedoch den links-radikalen Elementen unerwünschte Möglichkeiten, landschaftliche linksradikale Aufstände zu inszenieren. Selbst im roten Sachsen sich nicht sicher fühlend, war die Reichsregierung nach dem »Musterländle«, nach Stuttgart, übergesiedelt. Der Generalstreik wurde abgeblasen, als der Putsch am 20. März bereits zusammengebrochen war.

Er war in seinem Charakter ein rein militanter Putsch gewesen, dem keinerlei ernst zu nehmende politische Konzeption zugrunde gelegen hatte, in seiner psychologischen Wirkung jedoch als Politikum gewertet wurde.

Obwohl nunmehr die öffentliche Ordnung notdürftig hergestellt schien, war die politische Atmosphäre von revolutionären Elementen gedanklicher und tätlicher Art explosiv geschwängert.

Im begonnenen neuen wirtschaftlichen Leben erlebte Deutschland zunehmend eine Welle des gangsterartigen wirtschaftsanarchistischen Schiebertums. Wie ein Rudel Hyänen jagten diese Scheusale über das wirtschaftliche Schlachtfeld der Nachkriegszeit, von Stadt zu Stadt. — Wie aus der Erde geschossen beherrschten in zunehmendem Ausmaße asoziale Schieber und arbeitsscheue Gangster den »schwarzen Markt« als die Börse der damaligen Tage. Die Frontsoldaten und die arbeitsame Bevölkerung schaute diesem Treiben

mit grimmigen Augen zu. Mit dem versprochenen »Sozialismus« hatte das wenig zu tuen.

Im Vollzuge des Nachkrieges, im April 1920, feierte der französische Chauvinismus einen weiteren, wenn auch nur vorübergehenden Triumph. Am 6. 4. rückten überraschend französische Truppen kriegsmäßig von Mainz und Wiesbaden aus nach Osten vor und besetzten die Städte Frankfurt a. M. Darmstadt, Offenbach, Höchst und Königstein. Über die besetzten Städte wurde der Belagerungszustand verhängt. Deutschenverfolgungen erfolgten am laufenden Band.

Wenn dieser militärische Einfall auch wieder zurückgenommen wurde — Angst und Schrecken verblieben in der Erinnerung.

Im Lande Bayern war die politische Atmosphäre und deren Niederschlag, wenn auch in anderer Weise, mit Unruhe geladen.

Nach dem schrecklichen Erleben der roten Räte-Diktatur und deren Niederschlagung drängte das bayerische nationale konservative Bürgertum und vor allem das Bauerntum immer mehr in die dort entstandene Abwehrorganisation gegen marxistisch-kommunistische Bestrebungen. Hinzu kam, daß das in der Weimarer Verfassung betont zentral regierte Bayern sich seiner im Kaiserlichen Deutschland innegehabten und nunmehr verlorenen föderalistischen Stellung bewußt wurde und in der Berliner Regierung die Quelle allen Übels sah. Monarchistische und zugleich katholisch föderative und separatistische Experimente gaben hier in politischen Kreisen sogar dem Gedanken einer eventuellen Lostrennung vom protestantischen Preußen, das heißt vom Reiche, Raum.

Die Nationale Abwehrbereitschaft in Bayern lag zutiefst in der gewohnten und geschätzten konservativen, monarchiefreundlichen und zugleich katholischen Lebenshaltung begründet, die nach den schrecklichen Erlebnissen seit 1918, vor allem während der kommunistischen Räte-Diktatur, noch einen impulsiven temparamentvollen Auftrieb, durchaus christlich motiviert, erhalten hatte und die sich im allzeit gewohnten und nunmehr zeitpolitisch umgewandelten Preußen-Haß in der Anti-Berlin-Parole ein Ventil zu schaffen suchte.

Am 14. 3. 1920 beendete unter starker Einflußnahme der Reichswehr das Kabinett Hoffmann seine Regierungszeit und an die Stelle des Sozialdemokraten Hoffmann trat für kurze Zeit Ritter Gustav von Kahr (seither Chef der Regierung Oberbayern) als Inhaber der gesamten Gewalt in Bayern. Ab nun wandten sich die Blicke der nationalen Konterrevolution allerorts hoffnungsvoll auf Bayern. Das bayerische Land, vor allem München, wurde zum Magneten für die aktivsten republikfeindlichen Kräfte und zum Teil sogar für politisch abenteuerliche Elemente.

In nationalen Kreisen kam das Wort von der »Ordnungszelle« Bayern auf. Und nicht lange sollte es dauern, als zum ersten Male aus bayerischen politisierenden Kreisen und Bierhallen das Wort vom »Marsch auf Berlin« laut wurde.

Am 26. 8. 1921 wurde Erzberger ermordet. Die Täter Schulz und Tilessen flüchteten nach Holland. Damit begann die Serie politischer Morde an führenden Persönlichkeiten der Republik. Im Frühjahr 1921 waren die Spalten der Zeitungen gefüllt mit Nachrichten von den Kämpfen in und um Oberschlesien. In Oberschlesien war der dritte polnische Aufstand ausgebrochen. Eingefallene Korfanty-Truppen terrorisierten das deutsche Land. Deutsche Freikorps unter General Höfer, darunter die Freikorps »von Aulock« und »Oberland« kämpften gegen die polnischen Insurgenten. »Oberland« erstürmte den berühmten strategisch entscheidenden »Annaberg«. Das Ergebnis war, daß unter einer internationalen Kommission eine Volksabstimmung stattfand. Sie hatte zur Folge, daß sich mehr als 60 % aller Stimmen für die Zugehörigkeit zu Deutschland aussprachen. Trotz dieses Stimmenergebnisses wurden Kattowitz und Königshütte mit einer überwiegenden deutschen Bevölkerungsmehrheit Polen zuerkannt.

Anfang 1921 hatte Hitler zum ersten Mal in Münchens größtem Versammlungsraume, im Cirkus Krone, in einer überfüllten Massenkundgebung zu einer vieltausendköpfigen Menge gesprochen. Von nun an begannen die Veranstaltungen der NSDAP, in denen Hitler als »Trommler« die Massen zu mobilisieren begann. Auch nach dem vorübergehenden Abebben der turbulenten kommuni-

stischen Aufstandsbewegungen in den Brennpunkten der politischen Landschaften griff in den Massen eine von Tag zu Tag wachsende Desillusionierung um sich. Weite Kreise der Bevölkerung fühlten sich in ihren politischen, vor allem aber wirtschaftlichen, Erwartungen, die 1918 durch die sozialen Proklamationen der neuen Machthaber überschwenglich genährt worden waren, enttäuscht.

Viele Menschen, es waren nicht die schlechtesten, empfanden sich in ihrem Glauben betrogen. Anstelle der erhofften Ordnung im Staate war eine bürgerkriegsähnliche Anarchie getreten, anstelle von Arbeit und Brot wachsende Arbeitslosigkeit und ungesicherte Existenz, anstelle von nationaler Sicherheit militärische Bedrohung von West und Ost, anstelle des versprochenen Sozialismus, Inflation und Volksbetrug. Das war die objektiv übertriebene, im Erleben der damaligen Tage subjektiv empfundene alternative Bilanz, die viel Glauben und Hoffnung im Volke zerstörte.

1922 näherte sich die Zahl der Arbeitslosen der Summen von zwei Millionen, denen das feierlich proklamierte »Recht auf Arbeit« praktisch verweigert wurde.

Das aber, was unter dem wachsendem Alb-Druck von Versailles und seinen bedrückenden Folgen das Volk am meisten alarmierte und verängstigte, war das unaufhörliche Wachsen der Geld-Entwertung, der Inflation, die wie eine Pestilenz gespenstisch durch die Lande raste. Die Spareinlagen der kleinen Sparer entwerteten zusehends. Vermögen, in Generationen erworben, schmolzen in kurzer Zeit in ein Nichts. Die Preise stiegen von Monat zu Monat in fantastische Höhen. Und täglich druckte die staatliche Notenpresse neues Geld und spie es auf den Markt, ohne daß es in seinem Nennwert durch eine Deckung wertgarantiert war.

Börsenspekulanten und Schieberkonsortien beherrschten die Börse und die Wirtschaft der damaligen Tage. Nach den Kriegs-, Rüstungs- und Reparationsgewinnlern begannen die noch zahlreicheren Inflationsgewinnler ihren Raubzug am deutschen Volksvermögen. Und niemand wehrte ihnen. Keiner von den so lauten »Helden« der Antikapitalisten unternahm es, auf die Barrikaden zu gehen. Die staatliche Finanzpolitik, gewollt oder ungewollt, bildete

die Voraussetzungen dazu. Das »arbeitslose Einkommen«, das die marxistischen Theoretiker als unsozial, unmoralisch und parasitär erklärt hatten, feierte Triumpfe. Die geschädigten und betrogenen Opfer waren die Menschen aus dem schaffenden Volke, die breiten Massen, für die man angeblich die Revolution gemacht hatte. Die Inflationsmaschinerie nahm keine Rücksicht darauf, ob ihre Delinquenten dem neuen Staate bejahend oder ablehnend gegenüber standen. Eine geordnete Planung war weder im Haushalte des Staates noch in dem des Einzelnen mehr möglich, die Preise rannten den Gehältern und Löhnen in uneinholbarem Tempo davon.

Das Volk in seiner Masse, selbst die Anhänger der staatstragenden Parteien, sah in der vom Staate ungehindert sich vollziehenden Inflation den Ausverkauf, den billigen, risikolosen Ausverkauf der nationalen wirtschaftlichen Substanz und inbezug auf sein eigenes individuelles Konto einen staatlich sanktionierten Volksbetrug. Gegen diese Erfahrung verblieben die pathetisch abgegebenen und doch verlogen vorgebrachten regierungs-politischen Rechtfertigungsversuche ohne Wirkung. Immer mehr machte sich ob dieser Enttäuschungen eine politische Radikalisierung der Volksmassen bemerkbar, sowohl auf ihrem sogenannten »linken« Flügel als auch auf ihrem »rechten« Flügel, bis nah an die Mitte, die in der notwendigen Balance der beiden radikalisierten Flügel nun ihre politische Konjunktur erleben durfte. Alle meinten, daß halbe Maßnahmen die drohende Kathastrophe nicht mehr zu meistern vermochten und daß man dem Übel an die Wurzel greifen müsse. Als Wurzel des Übels glaubten beide in ihrer gesellschaftlichen Diagnose verschiedene Ursachen erkennen zu sollen. Zwei Weltanschauungen, und das war die Wurzel des Übels, trennten sie sowohl in der Anlage ihrer Diagnose als auch im Entwurf der Therapie.

Die Polarisierung der deutschen Politik nahm ihren Anfang. —

Nach Gründung der »Dritten Internationale«, die in Moskau ihre Zentrale hatte und von dort gelenkt und geleitet wurde, nannte sich die Kommunistische Partei Deutschlands — »Sektion der Dritten Internationale« und offenbarte dadurch ihren Charakter als Kampfeinheit der Zentrale der kommunistischen Weltrevolution Moskaus.

Der seit 1918 offen in Wort und Schrift publizierte Klassenkampf-Gedanke, als geschichtstragendes Geheimnis der marxistischen Jahre von Kommunisten und Sozialdemokraten gleichzeitig und unvermindert anerkannt, riß im Wirtschaftsleben immer mehr die Frontenstellung von »Ausbeuter« und »Ausgebeuteten« auf, störte, ja ruinierte den Wirtschaftsfrieden sowohl im Ganzen als auch in den einzelnen Betrieben und hemmte in Planung und Fertigung die Kapazität der Produktion. Der Klassenkampf lastete wie ein Alb auf der deutschen Wirtschaft und bedrängte beunruhigend den um sein nacktes Dasein ringenden jungen Staat.

In diesen Tagen entstanden die Anti's und die Philo's. — Es entstand die Schwarz-Weiß-Betrachtung, das Kollektivdenken, das Schablonedenken, das Entweder Oder, das Sie oder Wir, das »Niemals«, das in der Politik niemals ausgesprochen werden soll.

In Dutzenden von angeblichen, oft nicht realen — Alternativen, stritt sich das Volk in der politischen Arena und glaubte, sich als besonders demokratisch erweisen zu können. Ich las damals ein Zitat Napoleons über die Deutschen und glaubte fest, Napoleon habe schon damals die Deutschen von heute gesehen. Napoleon sagte vor über hundert Jahren über uns: »Zwiespalt brauchte ich nicht zu säen unter den Deutschen, denn die Einigkeit war aus ihren Reihen längst gewichen. Nur meine Netze brauchte ich zu stellen und sie liefen uns wie scheues Wild von selbst hinein. Untereinander haben sie sich gewürgt und glaubten, damit endlich ihre Pflicht zu tuen. Leichtgläubiger ist kein Volk gewesen und törichter kein anderes auf Erden. Keine Lüge ist so grob ersonnen, daß sie nicht in unbegreiflicher Albernheit Glauben gefunden hätte. Die törichte Mißgunst, womit sie sich untereinander angefeindet, habe ich zu meinen Gewinnsten wohl gehegt; immer haben sie mehr Erbitterung gegeneinander als gegen den wahren Feind gehegt.« Und der Ausspruch eines damals noch lebenden Deutschenfeindes kam mir in den Sinn, das Wort Clemenceaus über die Deutschen: »Die Deutschen kennen keine Mittellinie, sie sind maßlos. In guten Tagen verherrlichen sie ihre Ideale bis zur Selbstaufopferung, nach der Niederlage aber beschmutzen sie ihr eigenes Nest, nur, um uns

zu gefallen.« — Dieses Zitat sprach unbarmherzig die Wahrheit aus. Schon damals war es mir klar, daß es die Tragik der Weimarer Republik bleiben müsse, daß sie ein starkes, gesundes National-Bewußtsein nicht erkannte, das im Volke vorhanden war, daß sie nicht verstand, dieses Nationalbewußtsein zu mobilisieren und in den jungen Staat einzubauen, daß sie diese elementare Quelle des politischen Erfolges der Opposition überließ. Später erkannte und brandmarkte diese Unterlassungssünde kein geringerer als Gustav Stresemann. Aber seine Erkenntnisse kamen nach seinem eigenen wehmütigen Bekennen zu spät.

Im Jahre 1922 fiel Walther Rathenau einem politischen Attentat zum Opfer. Er war Jude. Seine Mörder gehörten einer geheimen nationalen Organisation an. Ich hatte die Schriften Rathenaus gelesen. Sie waren mir immer geheimnsivoll geblieben. Nicht dort, wo er über Wirtschaft schrieb, sondern dort, wo er sich in weltpolitischen Betrachtungen erging, die mich in weite Ferne führten. Ein Zitat aus seiner Rede auf dem Bankkongreß 1913 in Paris hatte ich in meinen Zitatenschatz aufgenommen. Es lautete: »Die Stunde hat geschlagen für die internationale Hochfinanz, öffentlich der Welt ihre Gesetze zu diktieren, wie sie es schon bisher im Verborgenen getan hat. Die Hochfinanz ist berufen, die Nachfolge der Kaiser-Reiche und Königtümer anzutreten, mit einer Autorität, die sich nicht nur über ein Land sondern über den gesamten Erdball erstreckt.« In all seinen persönlichen Nachbetrachtungen über den Krieg erschien mir dieses Wort als ein prophetisches Wort. Es drang, nach dem Diktat von Versailles viel zitiert, in das Bewußtsein der geschlagenen Frontgeneration, ließ sie an ihren politischen Idealen verzweifeln und sich revolutionären Bewegungen anschließen. Ein zweites Zitat Rathenaus, mystisch empfunden und auf ferne Zeit gerichtet, ebenfalls schon vor dem Kriege gesprochen, verfehlte seine Wirkung nicht. Es lautete: »Nur zwei Völker gibt es in Europa: die blonden Herren auf der einen Seite, herrlich anzuschauen, aber der Vernichtung geweiht — und die breiten Massen slawischen Blutes, die sich in Rußland zusammenballen, aber als Unterschicht über ganz Europa wogen und die ein-

mal unaufhaltsam diese »blonden Herren« überwinden werden.« In allen meinen Betrachtungen über die bolschewistische Revolution in Rußland, aus deren Bereichen grausamste Meldungen kamen, drängte sich immer wieder dieses warnende prophetische Wort in meine Gedanken. Rathenau schien mir in seiner Deutung der panslawistischen Entwicklung als ein Geschichtsprophet, der um die Bedeutung der Rasse in der Geschichte mehr wußte als seine demokratischen Kollegen im Reich. Vielleicht hätte im Falle eines Weiterlebens Rathenaus dieser die Entwicklung des Bolschewismus anders aufgezeigt als die superideologischen Anti-Ideologen in der antibolschewistischen Front.

Wie schwer die Bestimmungen des Versailler Diktates auf den schaffenden Massen in Deutschland lasteten, kam Ende 1922 in einer Rede des Sekretärs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Knoll in einer Kundgebung zum Ausdruck. Der Gewerkschaftsführer erklärte in dieser Kundgebung: »Was der Friedensvertrag dem deutschen Volke, der deutschen Arbeiterschaft, zumutet, ist Gefängnisarbeit, ist Zuchthausarbeit in des Wortes furchtbarster Bedeutung. Sechzig Millionen Deutsche sollen Zuchthausarbeit leisten für die Kapitalisten der Ententeländer.« — Die Stimme dieses Arbeiterführers sollte demonstrieren, daß auch die organisierten Arbeiter in der Front der Feinde des Versailler Feind-Diktates standen.

Inzwischen feierte die Inflation von Tag zu Tag weiter Orgien des Wahnsinnes. Zusehends, und das nicht mehr im Zeitlupentempo, sondern in einem tollen Amoklauf, vollzog sich die Enteignung des Volkes, die Ausplünderung der Nation. Der Mittelstand sah dem Ruin entgegen. Wen kann es da heute noch wundern, wenn das ganze Hexen-Einmaleins der Inflation dem Volke als Wahnsinn und Verbrechen erschien und es nach einem Retter, einem starken Manne, Ausschau hielt? — Vor den Augen des besorgten Volkes stand drohend das Nichts ... Die politische Majorität in den Parlamenten kannte keinen Ausweg aus dem Chaos. . . . Das Volk sehnte sich nach einer Führung, die dem Wahnsinn Einhalt zu bieten wagte. ... Wer hätte damals den frevelhaften Mut aufbringen

können, in Versailles einen Vertrag des Rechtes und der Menschlichkeit zu sehen, wenn er nicht selbst ein Todfeind des deutschen Volkes war? —

Immer verderblicher raste die Apokalypse des Wahnsinnes im Nachkrieg über das Leichenfeld Deutschland. Und es war kein Ende abzusehen. —

Das dramatische Jahr 1923 begann mit einem alarmierenden Gewaltakt gegen das wehrlose Deutschland, diesmal im Westen des Reiches. Als Deutschland mit seinen Holzlieferungen, die es laut Versailles zu leisten hatte, in Verzug geraten war, ordnete der französische Präsident Poincaré gegen jede Bestimmung des Vertrages die militärische Besetzung des Ruhrgebietes mit französischen und belgischen Truppen an.

Am 11. Januar 1923 rückten die Franzosen mit fünf kriegsstarken Divisionen, darunter Artillerie-Einheiten, mit hundert Panzern und 200 Flugzeugen in das Herz der deutschen Stahl- und Kohlen-Industrie ein. Das lebenswichtige Industriezentrum Deutschlands, das seit dem Verlust von Oberschlesien vier Fünftel der deutschen Kohlen- und Stahlproduktion hervorbrachte, war damit vom Reiche gewaltsam abgetrennt. Der Einmarsch besiegelte den Zerfall der deutschen Währung, der chaotische Zustände im Gefolge hatte. Im deutschen Volke brandete ob dieser erpresserischen Aggression eine Welle der nationalen Empörung auf. Die Ruhrarbeiter riefen den Generalstreik aus und erhielten finanzielle Hilfe durch die Reichsregierung in Berlin. Die Reichsregierung unter dem Kanzler Cuno rief offiziell zum »passiven Widerstand« auf. Der Reichstag billigte mit 283 gegen nur 28 Stimmen den von der Regierung ausgerufenen »passiven Widerstand« gegen die Ruhrbesetzung.

Am 19. 1. 23 erließ die Reichsregierung zusätzlich einen Befehl an die Reichs- und Staatsbeamten, den Anordnungen der Besatzungsmacht nicht Folge zu leisten. ... In Erkenntnis der revolutionären Situation in Deutschland hatte Radeck — Sobelsohn aus der Zentrale der Kommunistischen Internationale den dieser Komintern hörigen kommunistischen Arbeitern den Befehl zur unbedingten Gehorsamsverweigerung gegenüber den Besatzungsbehörden und

zur Niederlegung der Arbeit in allen militärisch besetzten Betrieben erteilt. An der Ruhr standen darauf die Räder still. ... Die französischen Besatzungsbehörden antworteten mit Verhaftungen mit Deportationen und Verhängung von Todesstrafen. — Die Gefängnisse füllten sich. —

Einzelne Gruppen nationaler Frontsoldaten gingen in ihrem individuellen Abwehrkampfe über die Grenzen des »passiven Widerstandes« hinaus und organisierten unter dem Einsatz ihres Lebens den »aktiven Widerstand«. Sie betrieben Sabotageakte und sprengten Brücken und Gleisanlagen in die Luft, um den Abtransport von Kohle zu verhindern. Einer der namhaftesten unter ihnen war Albert Leo Schlageter, der von den Franzosen zum Tode verurteilt und auf der Holzheimer Heide bei Düsseldorf erschossen wurde.

Es war in der Spitze der kommunistischen Internationale kein Geringerer als Radek, der nach dem Tode von Albert Leo Schlageter in seiner Eigenschaft als Deutschland-Spezialist die Bedeutung der in Deutschland aufbrandenden nationalen Strömung erkannte und in seiner Rede Schlageter als »Wanderer ins Nichts« und nationalen Märtyrer einen Nachruf widmete, in dem er die nationalrevolutionäre Opposition in Deutschland aufrief, an der Seite des Kommunismus den Kampf gegen die kapitalistischen und imperialistischen Vampire von Versailles aufzunehmen und siegreich durchzusetzen. Inzwischen ging der Währungszerfall mit Riesenschritten weiter. Das schaffende Volk sah keinen Ausweg mehr. —

Mehr als andere provozierende Ereignisse ließ die Terroraktion der Ruhrbesetzung mitten im Frieden allerorts die Flammen der nationalen Empörung hochschlagen.

Am Karsamstag besetzten französische Truppen die Kruppwerke. — Als um 9 Uhr die Sirenen der Belegschaft den Einmarsch der Truppen verkündeten, legten die Arbeiter ihr Werkzeug nieder und zogen geschlossen über den Fabrikhof dem Ausgange zu. Der französische Offizier gab Feuerbefehl. — Zwanzig Schwerverletzte wälzten sich in ihrem Blute, dreizehn Tote blieben mit einem letzten Fluche auf dem Platze des Terrors. Ihr Begräbnis wurde zu einer nationalen Demonstration der Deutschen an der Ruhr.

Bohlen von Halbach, der Chef der Firma Krupp, wurde am 8. Mai 1923 von dem französischen Kriegsgericht in Werden an der Ruhr zu fünfzehn Jahren Gefängnis und 100 Milliarden Mark Geldstrafe, acht leitende Beamte des Werkes wurden zu 10—20 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Damals richtete die Reichsregierung zwei Tage nach dem Urteil eine Protestnote an sämtliche Staaten der Welt, mit denen Deutschland im diplomatischen Verkehr stand, und der sozialdemokratische Reichspräsident Fritz Ebert übermittelte der Firma Krupp ein Telegramm, in dem es hieß: »Dieser, jeder Menschlichkeit hohnsprechende Gewaltakt wird überall, wo noch Gefühl für Recht und Gerechtigkeit besteht, mit Entrüstung und Verachtung aufgenommen werden und in der Geschichte des Volkes als eines der häßlichsten Beispiele rohester Unterdrückung des Rechtes durch brutale Gewalt weiterleben«. —

Die politische Perspektive war ungewiß, pluralistisch, fast manisch, mit angstvollen Ahnungen geschwängert. ... Sie hatte keine Basis mehr. In Bayern hatten sich die politischen Verhältnisse zu einer allerorts laut vernehmbaren antidemokratischen, antirepublikanischen Massenstimmung entwickelt. Wie in keinem anderen Lande hatte hier das Erleben der Räterepublik, des Versailler Diktates und der verheerenden Folgen der Inflation die nationale Erbitterung zum organisierten Zusammenschluß der vaterländischen Verbände geführt, die in militant aufgezogenen Veranstaltungen ihren entschlossenen Willen zu einer nationalrevolutionären Wendung der Ordnung im Reiche kundtaten. Einige Verbände unterhielten bewaffnete Einheiten.

Der betont föderalistische Charakter Bayerns (Bayern hatte nach 1918 auf viele früher innegehabte Sonderrechte verzichten müssen), die eingewurzelte Anhänglichkeit an die Monarchie, der alte vulgäre Preußenhaß und wohl auch religiös-konfessionelle Ressentiments gegen den protestantischen Norden ließen in den politischen Kundgebungen immer drastischer die drohende, antirepublikanische Anti-Berlin Parole laut werden.

Viele bayerische Patrioten glaubten angesichts des politischen und

wirtschaftlichen Chaos im gesamten Reiche, daß Bayern dazu berufen sei, die Mission einer Wiedergeburt, einer Wiedererweckung nationaler Ordnung zu erfüllen zu haben.

Nach der Ernennung des Gustav Ritter von Kahr zum General-Staats-Kommissar — im Jahre 1923 — nahm Bayern aus eigener Kraft eine auffallende Sonderstellung unter allen anderen Ländern ein. Von dieser Sonderstellung war, und das war bezeichnend, selbst die Reichswehr in den bayerischen Standorten nicht ausgenommen.

Nach dem Mord an Rathenau und dem danach erlassenen Republikschutzgesetz, dem Bayern ostentativ seine Wirksamkeit versagte, wurde das Land zum magnetischen Anziehungspunkt für viele anderwärts verfolgten Elemente, unter denen sich auch Landsknecht-Naturen und politische Abenteurer befanden. In dieser Atmosphäre eines brodelnden Hexenkessels aller nationalen Leidenschaften war der nationalrevolutionäre Adolf Hitler, der die Mitglieder der Reichs-Regierung als »Novemberverbrecher« anklagte, zum bekanntesten und erfolgreichsten Massenredner Münchens geworden. Und mehr wollte er damals auch nicht sein. Dabei war Hitler keineswegs der Sprecher aller bayerischen weiß-blauen als auch schwarz-weiß-roten Verbände. Der Chor der Nationalisten in Bayern war polyphon, vielstimmig, in ihm mischten sich monarchistische, föderalistische, separatistische Töne mit wirklich ehrlichen gesamtdeutschen nationalen und auch nationalsozialistischen Stimmen. Aber nur er, Hitler, vermochte es wie kein anderer, die bewegenden Gedanken des gesamtdeutschen nationalen Wollens in den Massenversammlungen prägnant, leidenschaftlich und wirkungsvoll zum Ausdruck zu bringen. Er repräsentierte für die Kriegsgeneration den unbekannten Frontsoldaten, er war einer der ihren, unbelastet von dem Klassen- und Kastengeist der Vergangenheit und Gegenwart.

Die damalige Widerstandsbewegung gegen die neue Republik und ihre Demokratie rekrutierte sich aus feldgrauen Anhängern unter den Farben schwarz-weiß-rot. Die Braunhemden waren unter diesen Aufständischen durchaus noch in der Minderheit. Keiner der

vielen nationalen feldgrauen Repräsentanten aber hatte eine so faszinierende Wirkung auf die unzufriedenen Massen wie der direkt aus dem Volke emporgestiegene junge Volkstribun.

Nach Gründung der NSDAP trat eine ständig wachsende Zahl politischer Aktivisten zu dem erfolgreichen Redner. Es waren dies Männer, die sich kompromißlos zu einer revolutionären Aktion bekannten.

Das innerhalb der nationalen Front für Hitlers Rolle geprägte Wort vom »Trommler der nationalen Bewegung« traf genau das, was Hitler selber in den damaligen Tagen sein wollte und tatsächlich war. Einer seiner Kameraden nannte ihn einmal den Gambetta Deutschlands.

Es war durchaus nicht der durchdachte Gedanke der Machtergreifung, der Hitler damals bewegte, er strebte in erster Linie die Mobilisierung der Massen gegen die als »Novemberverbrecher« bezeichneten führenden marxistischen Machthaber des neuen Staates an, gegen die »Bank- und Börsenjobber« und gegen die als »Judenrepublik« bezeichnete Regierung in Berlin, die er für die wahren Schuldigen an der nationalen und sozialen Katastrophe hielt.

Er, Hitler, war das Ergebnis einer Entwicklung, die aus Krieg, Revolution, Versailles und Inflation hervorgegangen war. Ohne diese Voraussetzungen wäre Hitler vielleicht ein freischaffender Maler im Münchner Stadtteil Schwabing geblieben, ebenso namenlos wie einst im Kriege.

Nach Beendigung des »Passiven Widerstandes« an der Ruhr war über ganz Bayern der Ausnahmezustand verhängt worden. Die Inflation näherte sich ihrem Inferno. Die eingetretene Situation eilte einer Entscheidung entgegen. —

Am 15. 11. 23 kostete ein Dollar = 4200 Billionen Mark. — Die Gehälter und Löhne mußten wöchentlich, ja täglich zur Auszahlung gelangen, da die für längere Arbeitszeit erhaltenen Auszahlungen nachträglich keine Kaufkraft mehr besaßen. Einige Städte sahen sich gezwungen, selbst Notgeld herauszugeben, da das in der Reichsbankpresse hergestellte Geld auf dem Wege von der Notenpresse zum Empfänger inzwischen entwertet war.

Um den heutigen Zeitgenossen die inflationäre Katastrophe der damaligen Tage anschaulich darzustellen, sollen folgende Lebensmittelpreise in ihrer inflationären Entwicklung aufgezeigt werden:

Vor 1914 kostete ein Ei 8 Pfennige
ein Pfund Fleisch 90 Pfennige
1 Pfund Butter 140 Pfennige
1 Pfund Kartoffeln 4 Pfennige
1 Glas Bier 13 Pfennige.

1918 kostete:
1 Ei = 25 Pfennig
1 Pfund Fleisch = 200 Pfennige
1 Pfund Butter = 300 Pfennige
1 Pfund Kartoffeln = 12 Pfennige
1 Glas Bier = 17 Pfennige

1922 kostete:
1 Ei = 180 Mark
1 Pfund Fleisch = 1200 Mark
1 Pfund Butter = 2.400 Mark
1 Pfund Kartoffeln = 80 Mark
1 Glas Bier = 60 Mark

Sommer 1923 kostete:
1 Ei = 5.000 Mark
1 Pfund Fleisch = 90.000 Mark
1 Pfund Butter = 150.000 Mark
1 Pfund Kartoffeln = 2.000 Mark
1 Glas Bier = 3.000 Mark

November 1923 kostete:
1 Ei = 80 Milliarden Mark
1 Pfund Fleisch = 3,2 Billionen Mark
1 Pfund Butter = 6 Billionen Mark
1 Pfund Kartoffeln = 30 Milliarden Mark
1 Glas Bier = 150 Milliarden Mark

Zitiert nach: Hans Hubert Hoffmann: Der Hitlerputsch, Nymphenburger Verlagshandlung München 1961.
Anmerkung 332, Seite 311.

Am konzentriertesten veranschaulicht die Situation die lapidare Angabe, daß 1923 am Kiosk ein Exemplar einer Tageszeitung nur zu einem Preis von 8 Milliarden Mark zu erstehen war.

Die Folge der anarchistischen Entwicklung war, daß im ganzen Lande Hungerrevolten und Teuerungskrawalle an der Tagesordnung waren. In der siedendheißen Atmosphäre Bayerns war das Wort vom bevorstehenden »Marsch auf Berlin« selbst in Reden von beamteten Ministern zu hören. Es war nicht nur das vulgäre Monopol irgend eines »gewaltliebenden SA-Mannes«, wie es viele Zeitgeschichtler heute sehen. — »Es geht bald los!« war der Extrakt all der Gedanken und Gefühle, die in höchster Verzweiflung das Volk stürmisch bewegten. Der Wille zur organisierten Planung eines Staatsstreiches, durch den man die Not zu beenden glaubte, war damals keineswegs nur Hitler und seinen Mannen eigen, sondern auch anderen nationalen Gruppen in Bayern. — Der »Marsch auf Berlin« stand selbst auf dem heimlichen umstürzlerischen Programm des Mannes, der als General-Staats-Kommissar in Bayern die staatliche Macht in Händen hatte. Nicht nur Hitler wollte putschen, auch die Monarchisten und Separatisten wollten es. Nur die Motive ihrer Putschabsichten waren verschieden. Sie alle, die zur Tat, zur vermeintlichen nationalen Aktion entschlossen waren, unterschieden sich keineswegs im Willen zum »Losschlagen«, sondern lediglich in der Planung des zeitlichen Termins — in der Fixierung des Tages X. —

Alle zeitlichen Termine aber waren nach kühlen rechnerischen Betrachtungen auf irgend einen Tag im nebeligen November festgelegt und zwar zwischen dem 10. bis 15. November.

Am 19. 10. 23 hatte von Kahr vor den standtortältesten Offizieren im Wehrkreiskommando eine sehr kurze aber aufschlußreiche Rede gehalten. Sie lautete: »Meine Herren! Ich komme zu Ihnen in ernster feierlicher Stunde. Exzellenz von Lossow hat Ihnen bereits auf Grund der gestrigen Beratung, die wir beide mit dem Herrn Ministerpräsidenten hatten, Mitteilung darüber gemacht, wie sich die politische Lage zum Ausnahmezustand in Bayern entwickelt hat.

Der vorliegende Streitfall (zwischen Bayern und Reich) ist kein militärischer sondern ein rein politischer. Es handelt sich hier nicht um General von Lossow, nicht um Bayern, nicht um die bayerische Regierung und nicht um die Reichsregierung. Es handelt sich um den großen Kampf der zwei für das Schicksal des gesamten deutschen Volkes entscheidenden Weltanschauungen, der international-marxistisch-jüdischen und der nationalen deutschen Auffassung. Hie deutsch — hie nichtdeutsch, das ist die Frage: Da muß jeder deutsche Offizier und jeder deutsche Mann wählen. Bayern hat die Schicksalsbestimmung, in diesem Kampfe für das große deutsche Ziel die Führung zu übernehmen und würde sich an seiner Pflicht gegenüber dem deutschen Volke versündigen, wenn es sich vor dieser Aufgabe aus Angst vor Verantwortung drücken wollte. Die Verpflichtung, die ich wie Sie, meine Herren, gegenüber der Weimarer Verfassung eingegangen bin, habe ich nie anders aufgefaßt, als meinem Vaterlande treu zu dienen und alles das zu tuen, was meinem Vaterlande und dem deutschen Volke nutzen kann.

Dabei war ich mir stets im Klaren, daß die Weimarer Verfassung nicht von deutschem Geiste getragen ist, daß sie dem deutschen Volke zum Unheil gereicht und im Interesse unseres Vaterlandes baldmöglichst einer anderen Platz machen muß. Es gilt für jeden, sich zu entscheiden, ob er deutsch sein will oder nicht. Das ist das, was ich Ihnen, meine Herren in militärischer Kürze als gegenwärtiger Träger der staatlichen Machtbefugnisse in Bayern zu sagen habe. Wir müssen den Mut zur Verantwortung haben und: Tapferkeit bezwingt das Schicksal«. —

Das war schon deutlich. —

Zitat: Hoffmann »Der Hitlerputsch«, Nymphenburger Verlagshandlung, München.

Um die radikale Einstellung selbst der regierenden Kreise des damaligen Bayern unmißverständlich und deutlich, ja drastisch zu veranschaulichen, lasse ich nunmehr den Stellvertreter des General-Staats-Kommissars von Kahr, den Oberregierungsrat Hubert Friedrich Karl Freiherr von und zu Aufses zu Worte kommen. Er

sagte am 20. 10. 1923 vor Münchner Studenten: »Es heißt für uns nicht »Los von Berlin!« Wir sind keine Separatisten. Es heißt für uns: »Auf nach Berlin!« Wir sind seit zwei Monaten von Berlin in unerhörter Weise belogen worden. Das ist auch nicht anders zu erwarten von dieser Judenregierung, an deren Spitze ein Matratzen-Ingenieur steht (Reichspräsident Ebert war von Beruf Sattler. Der Verfasser.) Ich habe seinerzeit gesagt: In Berlin ist alles ver-ebert und versaut und ich halte das auch heute noch aufrecht.«
(Zitiert nach: Deuerlein: Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, Seite 182 — Karl Rauch Verlag, Düsseldorf).
Kurz darauf, am 22. 10. 23 fand bereits die separate Verpflichtung der Reichswehreinheiten in allen Standorten Bayerns auf die bayerische Regierung statt. Die Verpflichtungsformel lautete: »Aufgrund des soeben hier verlesenen Aufrufes der bayerischen Staatsregierung bekenne ich, daß ich von dieser als der Treuhänderin des deutschen Volkes bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reiche in Pflicht genommen bin und erneuere meine Verpflichtungen zum Gehorsam gegenüber meinen Vorgesetzten.« — Wenn eine Verlautbarung die höchst sonderbare Einstellung der bayerischen Regierung zur Verfassung und dem Reiche zum Ausdruck bringt, dann diese Verpflichtungsformel der Reichswehr in Bayern auf Bayern, die dadurch bereits aus dem Gesamtverband der Reichswehr herausgenommen und als eine Sonderarmee der bayerischen Regierung den Platz innerhalb des geplanten Staatsstreiches angewiesen erhalten hatte. Hitler war an allen diesen Vorgängen nicht beteiligt. Seine aktive Teilnahme war sogar unerwünscht.
In der politischen Gewitterschwüle grollte vernehmbar der Donner der bevorstehenden Explosion. Alle waren in Erwartung einer baldigen revolutionären Aktion. Und es gab keinen, der sich ihrer warnend entgegen gestellt hätte. —
Ebenso deutlich, jedoch noch drastischer enthüllte die Entwicklung der damaligen Situation eine Ansprache des Generals von Lossow, des maßgebenden Reichswehrkommandeurs in Bayern, am 24. 10. 1923 vor Offizieren der Landespolizei und den Führern der vaterländischen Verbände. Er sagte:

»Meine Herren! Es gibt drei Möglichkeiten:

1. Einmarsch nach Berlin — die Ausrufung der nationalen Diktatur,
2. Weiterwursteln — bei der Stange bleiben, und
3. Trennung Bayerns vom Reich.

Für uns Bayern kommt die erste Möglichkeit in Betracht. Und zwar haben wir dazu keine lange Zeit mehr. Sobald alles vorbereitet ist, tritt die erste Möglichkeit in Kraft. Länger als 14 Tage oder drei Wochen warten, dürfte den zweiten Punkt hervorrufen. Ich habe Sie hierher gerufen, um Sie zu fragen, wie Sie sich den Aufbau und die Weiterentwicklung bei dem eventuellen Vormarsch Ihres Verbandes vorstellen.« (Zitat Hoffmann, Der Hitlerputsch, Nymphenburger Verlagshandlung, München).

Nach näherer Erläuterung durch einen Stabsoffizier ergiff General von Lossow nochmals das Wort und stellte an die Vaterländischen Verbände die Frage, welche Verbände für die Eingliederung in die Reichswehr sind und welche selbständige Verbände bleiben wollen. (Für Eingliederung in die Reichswehr waren bereit: General Tutschek (Bayern u. Reich) Oberstleutnant Kriebel (für »Oberland«) Herrmannsbund. Für Nichteingliederung erklärten sich: Wiking-Bund, Blücher, Frankenland, Reichsflagge, Stahlhelm).

Der Führer der NSDAP Hitler und die Führer der SA waren bei dieser Verschwörerbesprechung nicht anwesend. Das ist bezeichnend. Sie und ihre Idee von einem nationalsozialistischen Deutschland waren in der Mehrheit dieses Gremiums, »Oberland« ausgenommen, auch keineswegs genehm.

Inzwischen war im Reiche das Heer der Arbeitslosen auf vier und eine halbe Million angestiegen. Die Inflation feierte den Höhepunkt ihres Wahnsinnes. Devisenschieber waren die Herren der Stunde. Sie lebten in Saus und Braus. Wer Dollar, Pfunde und Francs besaß, herrschte über die Menschen, die verängstigt kein Aus und Ein mehr sahen. Für viele, sehr viele, hatte die Arbeit und für viele, sehr viele sogar das Leben den Sinn verloren. —

Und an ein Ende des Wahnsinnes war nicht zu denken. —

Am 27. 10. 23 war im Wehrkreiskommando das Stichwort für die schicksalsschwangeren Novembertage ausgegeben worden. Es lautete: »Herbst-Übung 1923«. —

Nun aber bemächtigte sich eine unvorstellbare Hektik aller Gedanken und Taten. —

Am Abend des 8. November 1923 vibrierte eine überraschende Ereignis-Meldung durch den Äther und verkündete in den europäischen Städten die politische Situation: »Hitler-Putsch in München — Hitler und Ludendorff rufen in München eine neue Reichsregierung aus«!

In Deutschland lasen am anderen Morgen die Deutschen heißhungrig, zumeist kopfschüttelnd, die erregende Nachricht.

Was war geschehen? —

Mitten in all den Vorbereitungen für einen bayerischen Staatsstreich, die unter dem Stichwort »Herbst-Übung 1923« seit Wochen geradezu hektisch betrieben worden waren, hatte Hitler durch eine selbständige revolutionäre Eigen-Aktion die Initialzündung herbeigeführt. Als am Abend des 8. November der General-Staats-Kommissar von Kahr die politische Prominenz der bayerischen Landeshauptstadt zu einer Kundgebung im Bürgerbräukeller versammelt hatte und von Kahr gerade begonnen hatte, von den »sittlichen Grundlagen einer Diktatur« zu sprechen, hatte Hitler durch seine Sturmtruppen den Saal umstellen lassen, war selbst an der Spitze eines Trupps in den brechend vollgefüllten Saal gestürmt und hatte — nachdem er sich mit einem Revolverschuß in die Decke Aufmerksamkeit und Gehör verschafft hatte, die Regierung in Berlin für abgesetzt erklärt und eine neue nationale Regierung ausgerufen.

In einer anschließend in einem Nebenzimmer stattgefundenen Besprechung hatten sich in Gegenwart des herbeigeholten Generals von Ludendorff alsbald sowohl Herr von Kahr als auch General von Lossow und Polizei-Oberst von Seisser, letzterer für die Polizei, dem Putsche angeschlossen.

Es ist in posthumen Betrachtungen viel davon gesprochen worden, daß die zustimmenden Erklärungen von Kahrs, Lossows und auch

Seissers diesen Herren durch den vorgehaltenen Revolver Hitlers abgezwungen worden seien. Die Rolle Hitlers in dieser so entscheidenden Besprechung mußte (nach diesen Schilderungen) einen geradezu erschreckenden Eindruck hervorgerufen haben. Und diese Wirkung wäre nicht verwunderlich. Inzwischen ist jedoch dokumentarisch festgestellt worden, daß eine Erpressung unter Revolverandrohung nie stattgefunden hat. Fest steht, daß Hitler sicherlich keine besonders untertänige freundlich-höfliche Einladung an die Herren zur Teilnahme an der ausgebrochenen Aktion gerichtet haben wird. Dem widerspricht auch der dramatische Ernst der Stunde. Fest steht, daß General von Lossow, der legitimierte Kommandeur der Reichswehr in Bayern, auf die Bitte Ludendorffs, sich dem nationalen Aufbruch anzuschließen, diesem antwortete: »Ew. Exzellenz Wunsch ist mir Befehl! Ich werde die Armee so organisieren, wie Exzellenz sie zum Schlagen benötigen«. — Und es war der regierende Generalstaatskommissar von Kahr, der die noch zögernden Herren noch zu ihrer aussagenden Erklärung ermunterte, als er erklärte: »Meine Herren! Wir sind doch schließlich alle Monarchisten. Ich bin hier der Vertreter des Königs. Ich bin bereit, die Leitung der Geschicke Bayerns als Statthalter der Monarchie zu übernehmen.« —

Fest steht des weiteren, daß sich anschließend die sich einig fühlenden Herren nach gegenseitig durch Handschlag vollzogenen Ehrenerklärungen unter Führung Hitlers und Ludendorffs in die Kundgebung begaben und vom Rednerpodium herab unter dem stürmischen Beifall der Versammlung sich feierlich zur neuen ausgerufenen nationalen Regierung bekannten. Generalstaatskommissar von Kahr gab folgende Erklärung ab: »In des Volkes höchster Not übernehme ich die Leitung der Staatsgeschäfte als Statthalter der Monarchie, die heute vor 5 Jahren so schmählich zerschlagen wurde. Ich tue dieses schweren Herzens und, wie ich hoffe, zum Segen unserer bayerischen Heimat und unseres deutschen Vaterlandes.« —

Die Versammlungsteilnehmer, darunter wohl alle maßgebenden Vertreter des staatlich politischen Lebens der Landeshauptstadt, antworteten mit einem Orkan des Beifalles.

Hitler selbst schloß die Kundgebung mit dem feierlichen Bekenntnis: »Ich will jetzt erfüllen, was ich heute vor 5 Jahren als blinder Krüppel im Lazarett gelobt: Nicht zu ruhen und zu rasten, bis die Novemberverbrecher zu Boden geworfen sind, bis auf den Trümmern des heutigen kümmerlichen Deutschland ein Volk wieder auferstanden sein wird, ein Deutschland der Macht und der Größe, der Freiheit und Herrlichkeit! Amen!« — Das stehend gesungene Deutschland-Lied schloß die geschichtliche Stunde feierlich ab.

Noch in der Nacht hatten die Herren von Kahr, von Lossow und von Seisser, in ihre Dienststellen zurückgekehrt, sich anders besonnen, ihre feierlich abgegebenen Erklärungen innerlich widerrufen und in einem gemeinsamen Gegenaufruf an die Bevölkerung erklärt, die im Bürgerbräukeller abgegebenen Erklärungen seien nichtig, da sie ihnen durch Gewalt abgezwungen worden seien.

Die aus einer solchen Erklärung resultierende Notwendigkeit wäre an sich die sofortige Verhaftung Hitlers und seiner Aktionsgenossen gewesen. Eine solche Verhaftung fand jedoch nicht statt.

Hitler erfuhr im Verlaufe der Nacht erst gegen 5 Uhr von dem Gesinnungswechsel der am Abend zuvor sich zu ihm und seiner Aktion bekennenden bayerischen Staatsprominenz. Inzwischen aber waren polizeiliche Maßnahmen eingeleitet worden, um am anderen Tage revolutionären Aktionen begegnen zu können.

Als am Morgen des 9. November 1923 die vaterländischen Verbände, soweit sie dem Kampfbunde angehörten, auf Anregung Ludendorffs, jedoch angeblich entgegen dem instinktiven Willen Hitlers einen Propagandamarsch durch die Innenstadt antraten, wurden sie von der die Straßen dichtumsäumenden Bevölkerung jubelnd begrüßt. Hitler selbst hatte angeordnet, daß während des Marsches die Gewehre nur entladen mitgeführt werden durften. Als die Marschkolonnen, an ihrer Spitze Hitler und Ludendorff, auf der Residenzstraße in den Odeonsplatz, das Lied »Oh, Deutschland hoch in Ehren« singend, einmarschierten, kam es zu dem Zusammenstoß mit der auf dem Odeonsplatze postierten Landespolizei. Die Polizeisperre eröffnete das Feuer auf die anmarschierenden Marschko-

lonnen. Hitlers Versuch einer nationalen Erhebung endete in den Salven deutscher Gewehre. — 14 Tote waren die Blutzeugen der Stunde.

Die angesetzte »Herbst-Übung 1923« war anders beendet, als die Initiatoren dieser »Übung« es sich erträumt hatten. Die durch das eigenmächtige Handeln Hitlers ausgelöste Initialzündung hatte die in einem größeren Ausmaße geplante »Herbst-Übung 1923« in der Tagesordnung des Geschehens zum heimlichen Rückzuge gezwungen. Sie erfuhr ihre Niederlage, ehe sie begonnen hatte.

Mir scheint, daß man bei der Betrachtung des 9. November 1923 über die Niederlage Hitlers nicht die viel bedeutsamere Niederlage der viel umfassenderen Staatsstreichpläne der eigentlichen »Herbst-Übungsstrategen« im »legalen Gewande« vergessen sollte. Die sichtbare Niederlage war nur ein Teil einer viel größeren unsichtbaren Kapitulation. Mit ihr ging die so revolutionär sich vollziehende Nachkriegszeit des Ersten Weltkrieges zu Ende. Nach den alarmierenden Schüssen in München hatte nach Ausrufung des Ausnahmezustandes im Reiche General Seekt die vollziehende Gewalt übernommen. Die maßgeblichen Führer des Hitlerputsches waren in Haft genommen worden, die NSDAP, die SA und auch der Bund »Oberland« galten als aufgelöst und verboten.

Die NSDAP zählte damals 55 787 Mitglieder. —

Das Bild der so umstrittenen, so viel diskutierten Persönlichkeit Hitlers begann gerade nach dem Putsch in unseren zum Teil romantischen Vorstellungen als ein interessantes Phänomen umfassender, vielgestaltiger, plastischer und immer gefühlsbetonter wirksam zu werden. Mit unserer Vorstellung von Hitler als dem aufwühlenden Redner und Prediger der deutschen Revolution verband sich nunmehr die Vorstellung des an der Spitze seiner Kampfgruppen in das Gewehrfeuer der politischen Reaktion stürmenden soldatischen Revolutionärs. In seiner Person vereinigten sich zugleich das flammende Wort und die furchtlose konsequente Tat zu einer gemeinsamen politisch-revolutionären Wirksamkeit. In all der so bedrohenden Bedrängnis eines auf Deutschland einstürmenden Verhängnisses hatte er, so glaubten es seine verschworenen Anhänger, an-

gesichts des sonst blutigen Bürgerkrieges die Tat eines neuen deutschen Winkelried vollbracht. Und selbst jetzt, hinter Gitterfenstern des Gefängnisses, erschien ihnen sein Bild umstrahlt vom Glanze des politischen Märtyrers seiner und ihrer Idee.

In Informationen aus München kamen Nachrichten zu uns, die uns Internes aus dem bayerischen Geschehen zu enthalten schienen. Es war offenbar, daß Hitler mit seinem so plötzlichen, unvorbereiteten, militärisch sogar infantil zu nennenden, eigenmächtigen Vorgehen einem großen, militärisch geplanten Staatsstreich, in dessen Zielen sich monarchistische und auch separatistische Beweggründe mischten und der mit dem »Marsch auf Berlin« beginnen sollte, nur um einige Tage zuvor gekommen war.

Hitler hatte zweifellos durch seine Tat und den aus ihr resultierenden Alarm im Reiche einen von der bayerischen Reaktion geplanten Staatsstreich und zwangsläufig daraus entstehenden Bürgerkrieg, in dem deutsche Reichswehr gegen deutsche Reichswehr sich gegenüber gestanden hätte, in allerletzter Minute praktisch — ob gewollt oder nicht — unmöglich gemacht. So schien uns das damals und um das Empfinden von damals geht es ja heute in der Rückerinnerung.

In diesem neuen aufwühlenden Kriterium erschien den Hitler-Anhängern gerade der Hitler der Niederlage objektiv als der Retter des innerpolitischen Friedens und der Einheit des Reiches in allerhöchster Not. Und dies sollte in keinem kritischen Urteil über die damalige Zeit als neofaschistische Geschichtsschau gewertet werden. Denn darüber kann auch heute — in Kenntnis der geschichtlichen Quellen kein Zweifel mehr bestehen: Ohne den Hitlerputsch vom 8. November 23 wäre die »Herbst-Übung 1923« der von Kahr, von Lossow und anderen reaktionären Genossen einige Tage oder Wochen später mit dem militärisch geplanten »Marsch auf Berlin« angelaufen. Das aber hätte, ohne jeden Zweifel, den blutigen Bürgerkrieg, den deutschen Brudermord, im Gefolge gehabt, wenn nicht die Siegermächte mit dem Einmarsch in Deutschland und der Besetzung ganz Deutschlands dem blutigen Drama selbst ein Ende bereitet hätten, ein Ende mit Schrecken.

Diese drohende Gefahr, ob gewollt oder nicht gewollt, ausgeschaltet zu haben, sollten Gegner Hitlers diesem Manne objektiverweise gutschreiben. Gerade nach dem mißglückten Hitler-Putsch und all den ihm folgenden geheimnisvollen Verlautbarungen drang eine stark bedrängende Problematik auf die Anhänger Hitlers ein. Sie wußten: Der Hitlerputsch war nicht das Ende der deutschen Misere. Er war nur ein Akt in ihrem tragischen Verlaufe. Umso neugieriger sahen die politischen Deutschen dem angesetzten Hitler-Prozeß entgegen.

Der Hitler-Prozeß — 1924

Der Prozeß gegen die Rebellen vom 8. und 9. November 1923 begann vor dem Volksgericht in München am 26. 2. 1924. Die Hauptangeklagten waren: Ludendorff, Hitler, Dr. Weber, Pöhner und Kriebel. Er erregte weit über die bayerischen Landesgrenzen hinaus das Interesse der politischen Menschen in Deutschland.

Zuvor hatten sich wohl bayerische monarchistische Kreise darum bemüht, auf zuständige Stellen einzuwirken mit dem heimlichen Ziel, von einer Strafverfolgung der so spektakulären Novemberereignisse überhaupt Abstand zu nehmen. Das Motiv dieser Bemühungen entsprach nicht etwa der Sympathie für Hitler und die Mitangeklagten sondern der instinktiven Annahme, ja Erkenntnis, daß die Untersuchungen in diesem Prozesse den im Hintergrund des Novembergeschehens stehenden unsichtbaren Hochverrat der nicht angeklagten legalen Machthaber von Kahr, von Lossow, von Seisser und Genossen offenkundig werden lassen könnten. Und diese instinktive Sorge hatte guten Grund.

Der Prozeß wurde zu einer wochenlang anhaltenden Sensation. — Das Gerichtsgebäude, die Infanterieschule in der Blutenburgstraße, war während des Prozesses oft von einer zahlreichen Bevölkerungsgruppe umlagert, die aus ihren Sympathien mit den Angeklagten keinen Hehl machten. Hitler selbst wurde zur Hauptperson des Prozesses und der Prozeß erhielt in der Publizistik auch seinen Namen.

Schon nach den ersten Prozeß-Berichten war klar: Hitler bekannte sich von Anfang der Verhandlungen an offen zu seiner Tat und nahm alle Verantwortung für die Geschehnisse auf sich. Allen Teilnehmern des Prozesses, den Staatsanwälten, den Richtern, den Angeklagten und den Zeugen, aber auch der den Prozeß aufmerksam verfolgenden Bevölkerung war klar, daß die Materie der Anklage hochbrisanten Sprengstoff beinhaltete. Die Aussagen der Angeklagten und Zeugen eines geplanten und vorbereiteten Staatsstreiches legaler Machthaber in Bayern (von Kahr, von Lossow und von Seisser nebst ihrem monarchistischen und separatistischen Anhange) konnten zu einer gewaltigen Explosion führen, konnten einen hochpolitischen Skandal heraufbeschwören. Die Verhandlungen waren daher nicht immer der Öffentlichkeit zugängig. Für Millionen, und dies waren nicht nur die Anhänger Hitlers, stand fest, daß, wenn der Gerechtigkeit Genüge geschehen solle, neben den Angeklagten, ja sogar vor den sichtbaren Angeklagten die Männer von Kahr, von Lossow, von Seisser und ihre einstigen Mitverschworenen auf der Anklagebank hätten Platz nehmen müssen.

Doch den eingeweihten Beobachtern war klar, daß im Rahmen der Untersuchung nicht das dem Gericht vorliegende Aktenmaterial restlose Aufklärung der Geschehnisse hätte herbeiführen können, sondern nur das dem Gericht nicht vorliegende Aktenmaterial über die Vorbesprechungen, die Vorbereitung des Unternehmens »Herbstübung 1923«.

Dieses Aktenmaterial jedoch lag in den Panzerschränken des Wehrkreiskommandos VII und war somit der Einsicht aller Wißbegierigen entzogen und selbst dem Münchner Volksgericht nicht zugängig.

Die mannhafte Haltung Hitlers während des ganzen Prozesses wurde in weiten Kreisen der Bevölkerung zu einem unerhörten propagandistischen Erfolg für ihn und seine Sache. Das Leitmotiv seiner Verteidigung war das Argument, daß es gegen einen vollzogenen Landesverrat keinen Hochverrat geben könne.

Er hatte zuvor das treffende Wort gesprochen: Hochverrat sei ja das einzige Delikt, das nur dann strafbar sei, wenn der Hochverrat

nicht gelungen sei. Mehr als in seinen bisherigen Reden in den Massenversammlungen der Münchner Säle fanden seine mannhaften Worte in diesem Prozeß ein Echo in den Massen, insbesondere in der Jugend Gehör, Zustimmung und Sympathie. In seiner Sprache war alles eindeutig und auch für den einfachen Mann auf der Straße verständlich. So auch, als er über den politischen Menschen sagte: »Wer für die Politik geboren wird, muß Politik treiben, ob er in Freiheit oder im Kerker ist, auf einem seidenen Stuhle sitzt oder mit einer harten Bank sich begnügen muß. Das Schicksal seines Volkes wird ihn bewegen vom frühen Morgen bis spät in die Nacht hinein. Wer zum Diktator geboren ist, der wird nicht gedrängt, sondern der will, der wird nicht vorgedrängt, sondern drängt selber vor. Wer sich berufen fühlt, ein Volk zu regieren, hat nicht das Recht, zu sagen: Wenn Ihr mich wünscht und holt, tue ich mit, — er hat die Pflicht, das zu tuen.«

Ebenso offen und ebenso mannhaft klang Hitlers Schlußwort im Prozeß am 29. 3. 1924: »Als ich erfuhr, daß die grüne Polizei es war, die geschossen hat, hatte ich das glückliche Gefühl: Wenigstens nicht die Reichswehr war es, nicht das Heer hat sich besudelt, es steht noch so unversehrt da wie früher. Einmal wird die Stunde kommen, daß die Reichswehr an unserer Seite stehen wird, Offiziere und Mannschaften ... Die Armee, die wir herangebildet haben, die wächst von Tag zu Tag — von Stunde zu Stunde schneller. Gerade in diesen Tagen habe ich die stolze Hoffnung, daß einmal die Stunde kommt, daß die wilden Scharen zu Bataillonen, die Bataillonen zu Regimentern, die Regimenter zu Divisionen werden, daß die alte Kokarde aus dem Schmutz herausgeholt wird, daß die alten Fahnen wieder voranflattern, daß dann die Versöhnung kommt beim ewigen letzten Gottesgericht, zu dem anzutreten wir willens sind.

Dann wird aus unseren Knochen und aus unseren Gräbern die Stimme des Gerichtshofes sprechen, der allein berufen ist, über uns zu Gericht zu sitzen. Denn, nicht Sie, meine Herren, sprechen das Urteil über uns. Das Urteil spricht das ewige Gericht der Geschichte, das sich aussprechen wird über die Anklage, die gegen uns

erhoben ist. Ihr Urteil, das Sie fällen werden, kenne ich. Aber jenes Gericht wird uns fragen: Habt Ihr Hochverrat getrieben oder nicht? Jenes Gericht wird über uns richten ... Über den Generalquartiermeister der Armee, über seine Offiziere und Soldaten, die als Deutsche das Beste gewollt haben für ihr Volk und Vaterland, die kämpfen und sterben wollten. Mögen Sie uns tausend Male schuldig sprechen, die Göttin des ewigen Gerichtes der Geschichte wird lächelnd den Antrag des Staatsanwaltes und das Urteil des Gerichtes zerreißen: Denn sie spricht uns frei«. —

Der Prozeß an sich war ein Kompromiß und endete auch in seinem Urteil als Kompromiß. Die Laienrichter mußten zu einem Schuldspruch überredet werden. Erst als der Landgerichtsdirektor Neidhart ihnen zugesagt hatte, daß die zu verhängenden Strafen von den Verurteilten gar nicht oder nur teilweise verbüßt zu werden brauchten, stimmten die Laienrichter dem Urteil zu. In dem am 1. April verkündeten Urteil des Volksgerichtes wurde Ludendorff von der Anklage freigesprochen. — Hitler, Dr. Weber, Kriebel und Pöhner wegen »Verbrechens des Hochverrates« zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Es wurde ihnen jedoch nach Verbüßung von sechs Monaten Haft Bewährungsfrist zugesichert. Das Urteil gegen die übrigen Mitangeklagten Röhm, Frick, Wagner, Brückner und Pernet lautete wegen Beihilfe zum Hochverrat auf ein Jahr Festungshaft unter Zubilligung der Bewährung. Ein Haftbefehl wurde für die Letztgenannten nicht aufrecht erhalten. In der Urteilsbegründung betonte das Gericht besonders, den Angeklagten sei »reiner vaterländischer Geist und edelster selbstloser Wille« zuzuerkennen.

Als sich nach der Urteilsverkündung Hitler und Ludendorff am Fenster des Gerichtsgebäudes zeigten, bereiteten ihnen die vor dem Gerichtsgebäude versammelten Menschenmengen begeisterte Ovationen, die im Deutschland-Lied ihren Ausdruck fand. Ludendorffs Heimfahrt glich einem Triumphzug.

Der Hitlerprozeß hatte den Namen Hitler im ganzen Reich bekannt werden lassen. Die Zeit seines Totgeschwiegenwerdens war beendet. Das Für und Wider begann. Von nun an war seine Bewegung keine rein bayerische Angelegenheit mehr.

Fünf Tage nach dem Urteil im Hitlerprozeß standen in Bayern die Landtagswahlen an, deren Ergebnisse unter der Perspektive, unter der Nachwirkung des Vergangenen, im ganzen Lande mit großer politischer Spannung erwartet wurden. Sie sollten die Stimmung des bayerischen Volkes nach all dem Erleben im November 23 eindeutig zum Ausdruck bringen, die Antwort Bayerns auf die Hitler-Ereignisse sein.

Die nach dem Verbot der NSDAP getarnten Nachfolgeorganisationen, wenn gleich sie auch nicht die Zustimmung Hitlers gefunden hatten, erzielten in diesen Wahlen auf Anhieb von insgesamt 129 bayerischen Landtagsmandaten 36 Mandate. Die Bayerische Volkspartei, die Kernorganisation des bayerischen Föderalismus, verlor gegenüber ihren Stimmen von 1920 fast ein Drittel — ihrer bisherigen Stimmen und das als Regierungspartei. Die SPD büßte über 40% ihrer seitherigen Wählerstimmen ein. —

Die neue kleine völkische Partei, wenn auch ohne den Segen Hitlers, doch als die getarnte Partei der Anhänger Hitlers, erstmalig in einen Wahlkampf gegangen, kam in ihrer errungenen Stimmenzahl der gemäßigten Linken in Bayern gleich. In München, der Landeshauptstadt und dem Schauplatz des Hitlerputsches, hatten die schon damals fälschlicherweise »rechtsradikal« genannten sogar alle anderen Parteien überflügelt. Ein Fünftel aller Wähler hatten nach Hitler-Putsch und Hitler-Prozeß ihre Sympathien mit den verhafteten und verurteilten Hitler-Rebellen zum Ausdruck gebracht.

Auch im Reiche, bei den Reichstagswahlen am 4. 5. 1924 mußten die liberaldemokratischen Parteien einen Rückgang ihrer Stimmen in Kauf nehmen. Die SPD ging von seither 127 Mandaten auf 100 Mandate zurück. Dagegen erhöhte die Deutschnationale Volkspartei ihre Mandate im Reichsparlament von 65 auf 96. Die KPD von 16 auf 60. Die »Rechtsextremisten«, im Reiche erstmalig zur Wahl gegangen, eroberten 32 Sitze im Reichstag, von denen allein 10 auf Bayern entfielen. Die Wahlbilanz wies sichtbarlich den Verlust der Mitte auf. —

Wie sehr auch diese Wahlen im Zeichen und in der Wirkung des erst kaum abgeklungenen Hitlerprozesses gestanden hatten, bewies

die Tatsache, daß bei der zweiten Reichstagswahl im Jahre 1924 die SPD wieder auf 131 Mandate kletterte, die deutschnationale Volkspartei sogar auf 103, die »Völkischen« jedoch wieder auf 14 Mandate zurückfielen. Das weithin sichtbare Ergebnis der beiden Reichstagswahlen im Jahre 1924 zeigte eindeutig, daß die Mitte an Gewicht bereits zu verlieren begann.

Die Polarisation der deutschen Innenpolitik nahm ihren Anfang. — Im Monat August stand der damals alle politischen Gemüter aufwühlende Dawes-Plan im Reichstage zur Abstimmung. Er war in seinem Wesen eigentlich nur die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Ausführungsbestimmungen des Versailler Diktates, ging jedoch faktisch über diesen noch hinaus.

Völkische und Kommunisten stimmten geschlossen gegen die Annahme dieses Planes, wie sie es in ihrer Propaganda schon entschieden hatten. Die Deutschnationale Volkspartei, von der man entsprechend ihrer vor der Wahl betriebenen Anti-Dawes-Propaganda ebenfalls ein geschlossenes ablehnendes Abstimmungsergebnis erwartet hatte, stimmte nur mit ungefähr der Hälfte ihrer Fraktions-Mandanten gegen, während sich die andere Hälfte dieser Fraktionsmitglieder im Plenum für den Dawes-Plan aussprach. Aufgrund dieser Abstimmung war nunmehr die bürgerliche deutschnationale Volkspartei in zwei Teile gespalten. Sie verlor in den Wählermassen an Glaubwürdigkeit, vielleicht sogar ihre politische Ausgangsstellung in der Aufgabenstellung der Parteien. Die Abstimmung trug ihr den Spitznamen »Mampe Halb und Halb«-Partei ein.

Am 20. Dezember 1924 öffnete sich für Adolf Hitler in der Haftanstalt Landsberg das Tor in die Freiheit. Der »Rufer und Trommler« der deutschen Revolution betrat als freier Mann von neuem die politische Arena.

Das Jahr 1924 konnte sich nur deshalb einigermaßen friedlich entwickeln, weil im November 1923 nach dem Hitlerputsch sich unter der Regie nationaler Finanzexperten die so lang ersehnte Währungsstabilisierung vollzogen hatte. Eine neue stabile Währung, die Renten-Mark, war ins Leben getreten und hatte schnell Vertrauen und Zuversicht gewonnen.

Das Volk atmete auf. Jetzt war das Geld wieder soviel wert, wie sein Nennwert es auswies. Die Wirtschaft begann sich langsam wieder zu erholen. Zwar war Ende 1923 in Sachsen und Thüringen, die als Länder beide rote Regierungen besaßen, noch eine »Reichsexekutive« notwendig gewesen, und in Hamburg war sogar noch ein groß geplanter kommunistischer Aufstand ausgebrochen, der jedoch aufgrund eines irrtümlichen Starttermins bald wieder zurückgerufen wurde, aber in Bayern hatten sich nach den so tumultartigen Ereignissen die Stimmung und Verhältnisse wieder befriedet. Eine Reichsexekutive gegen das »rebellische Bayern« oder ein »Marsch auf München« durch die Reichswehr war unterblieben. Generalissimus Seekt wertete die Interessen des Reiches und seiner Einheit in seinen kritischen Betrachtungen höher als eine verlockende Militärdiktatur, zu der ihm ehrgeizige Militärs geraten hatten.

Kurz, nachdem Adolf Hitler aus der Festungshaft Landsberg entlassen worden war, erreichte er in München eine Audienz beim Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held. Das Ergebnis dieser Audienz war sensationell. Hitler verließ das Amtszimmer des bayerischen Regierungschefs mit der staatlichen Erlaubnis, die bis dahin verbotene NSDAP durch eine Neugründung wieder ins Leben rufen zu können.

Am 27. Februar 1925 fand dann auch vor 4000 begeisterten alten Anhängern in demselben Saale, in dem vor knapp 15 Monaten Hitler den Revolverschuß in die Decke gefeuert und die nationale Revolution verkündet hatte, die Neugründung (viele sagen: die Wiedergründung) der NSDAP statt.

Es ist viel um die geheimnisvollen Hintergründe des vorangegangenen Hitlerbesuches bei dem Ministerpräsidenten Dr. Held gerätselt und dabei vor allem die Frage aufgeworfen worden, wie es zu erklären sei, daß der kaum aus der Haft entlassene Rebell Hitler zu einer so auffälligen Audienz beim höchsten staatlichen Würdenträger Bayerns gelangen konnte. — Eine Antwort wurde von der zeithistorischen Forschung niemals gegeben. Doch jeder Eingeweihte wußte, daß es nicht nur der Taktik des Gerichtes sondern vor allem

Hitler und seiner Haltung vor Gericht zu danken war, daß der Prozeß im Scheinwerferlicht des politischen Interesses sich nur auf die hochverräterische Tat des 8. November und durchaus nicht auf die Vorbereitungen zu jener »Herbstübung 1923« bezogen hatte, ohne die ja der Hitler-Putsch gar nicht stattgefunden hätte. Denn hätte Hitler in seinen Aussagen während des Prozesses das Problem der Vorbereitungen regierungsseitiger Art zu seiner Verteidigung in allen ihren Einzelheiten aufgerollt, dann wäre das Volksgericht in München zum Forum der Anklage gegen mehr als einem Dutzend namhafter Persönlichkeiten des bayerischen Lebens, darunter die Mehrzahl aus hohem Amt und hohen Würden, geworden.

Für die Eingeweihten hatte der Prozeß in seiner Anklage und seinem Urteil als Kompromiß unter dem alles bestrahlenden Stern der »Staatsraison« gestanden, dem in diesem gefährlichen Falle sogar das formale Recht dienstbar zu sein willens war.

Nicht ohne tieferen Grund hatte der Prozeß nicht an dem für das Delikt zuständigen »Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik« in Leipzig stattgefunden, wie es Stresemann gefordert hatte, wo er auf Grund seines Anklagecharakters hätte stattfinden müssen, sondern als letzter Prozeß vor dem aus der Rätezeit noch existierenden bayerischen Volksgericht. Daß dies überhaupt möglich war, war auf die leidenschaftliche föderalistische Forderung Bayerns zurückzuführen. Vor einem reichsgerichtlichen Tribunal hätte der Prozeß sicher mit einem hochpolitischen Skandal für die Machthaber in Bayern geendet und hätte wahrscheinlich die Reichsexekution in Bayern im Gefolge gehabt. Nach einem »Marsch auf Berlin« hätte wahrscheinlich ein »Marsch auf München« stattgefunden und Hitler wäre als Staatenloser todsicher aus dem Reichsgebiete ausgewiesen worden.

Ich glaube, daß es selbst dem erklärten Gegner Hitlers, dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held als eine heimliche Dankesverpflichtung und zugleich als ein diplomatischer Akt der weiteren Wahrung der »Staatsraison« erschien, Hitler als Gegenleistung für die von ihm bewiesene, bzw. unterstellte »Staatsraison« die Genehmigung zur Wiedergründung seiner verbotenen NSDAP zu erteilen.

Hitlers Tätigkeit in der nächsten Zeit verblieb damit außerdem auf München konzentriert und die Gastgeber-Rolle Bayerns würde Hitler auch fernerhin sicherlich davon abhalten, die letzten Hintergründe der Ereignisse vom 8. und 9. November 23 preiszugeben.

Vielleicht mögen bei der Entscheidung des bayerischen Regierungs-Chefs auch die kritischen Nachbetrachtungen zu den bayerischen Landtagswahlen und den Reichstagswahlen im Jahre 1924 nicht ganz ohne Mitbestimmung gewesen sein, die zum Rücktritt des bayerischen Kabinettes von Knilling geführt hatten, nachdem die bayerische Volkspartei gerade nach dem Hitlerputsch und dem Hitlerprozeß den Wahlkampf nur mit großen Verlusten überlebt hatte. Rein formal entscheidend aber war sicherlich jene von Adolf Hitler in der Unterhaltung gegebene Erklärung gewesen, daß er nach Wiedergründung seiner Partei sich zu einem legalen Kampfe verpflichte. Diese Erklärung hatte Hitler nicht aus taktischen Zweckmäßigkeitsgründen abgegeben, sondern infolge der in Prozeß und Haft gewonnenen Erkenntnisse.

Erkenntnis I lautete, die Bewegung nie in einen Konflikt mit der Reichswehr geraten zu lassen. Erkenntnis II, daß er seinen politischen Kampf niemals im Rahmen einer größeren Kampfgemeinschaft koordinieren oder gar subordinieren dürfe, sondern die Partei für alle Zukunft im politischen Alleingang mit dem Ziele der legalen Erringung der Macht im Staate als allein verantwortlicher Parteiführer zu führen und nicht mehr nur als »Trommler der nationalen Bewegung«. Denn eines ist für den Historiker der Hitlerschen Epoche unerläßlich zu erkennen: Der Hitler, der aus Landsberg kam, war ein anderer als der, der hinein gegangen war. Er war nach seiner Meinung nicht mehr »Nur-Trommler«, nicht mehr »Nur-Propagandist«, sondern der zur Erringung der Macht entschlossene Führer seiner auf ein Programm verschworenen Partei, der NSDAP. Es war kein Zufall, daß nach Hitlers Entlassung aus Landsberg die vor 1923 dominierend getragene feldgraue Uniform allmählich verschwand und durch das Braunhemd abgelöst wurde. Es war auch kein Zufall, daß zu gleicher Zeit der seither gehandhabte militärische Gruß nicht mehr kommentfähig erschien und im »deut-

schen Gruß« seinen Nachfolger fand. In der Festungshaft war in Hitlers Konzeption von der kommenden SA der Gedanke eines militärischen Wehrverbandes in Acht und Bann geraten. Die SA sollte von nun ab nur noch eine politische Kampftruppe sein, die propagandistisch die Disziplin der neuen Bewegung demonstrieren und deren Männer als politische Kämpfer auf der Straße und in den Sälen den Weg durch den Terror des politischen Gegners freikämpfen sollten.

Hitler hat einmal seinen Aufenthalt in der Strafanstalt Landsberg eine »Hochschule auf Staatskosten« genannt. Das ist eine Erkenntnis, die auf andere Situationen bezogen, sich in manchem Lebenslauf großer Politiker ebenso antreffen läßt. Hitler hatte tatsächlich diese »Hochschule« mit dem Gewinn neuer entscheidender Erkenntnisse absolviert. Im Verlaufe des Dritten Reiches stoßen wir dann und wann auf die Konsequenzen, die sich aus diesen damals gewonnenen Erkenntnissen ergaben. — (Siehe 30. Juni 1934)

Einen Tag nach der Neugründung der NSDAP in München starb im Alter von nur 54 Jahren der erste Reichspräsident der Republik Friedrich Ebert. Im ersten Wahlgange zur Wahl seines Nachfolgers standen sieben Präsidentschaftskandidaten zur Wahl an. So brachte der erste Wahlgang keine Entscheidung. — Im zweiten notwendig gewordenen Wahlgange einigten sich die Sozialdemokraten und das Zentrum auf den gemeinsamen Kandidaten Marx (Zentrum). Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die bayerische Volkspartei und auch die neu gegründete NSDAP beschlossen der Kandidatur des greisen Generalfeldmarschalls von Hindenburg ihre Stimme zu geben. Diese heute seltsam anmutende Entscheidung war ein Mißtrauens-Ausdruck gegen parteipolitische Persönlichkeiten für das Amt des höchsten Würdenträgers, des Präsidenten des Reiches. Im zweiten Wahlgange, am 26. April 1925, gaben 14,6 Millionen Deutsche Hindenburg, dem Generalfeldmarschall aus der kaiserlichen Vergangenheit, ihre Stimme, während Marx nicht weniger als 13,7 Millionen auf sich vereinigen konnte. Der zweite Reichspräsident der Republik hieß damit Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Im innerpolitischen Kampfe, in dem ca. 30 Parteien um Mandate rangen, verlor bereits im Juni des Jahres 1930 nach Abgang des Kabinettes Müller die Weimarer Republik die Möglichkeit, ihre Regierungen mit einer parlamentarischen Mehrheit, wie es das demokratische Rezept vorsah, zu unterbauen. Das parlamentarische System versagte sich seiner Hauptaufgabe, eine tragfähige Regierung zu wählen und so dem Willen des Volkes Ausdruck zu verleihen. Alle Regierungen ab dieser Zeit bis zur Ernennung Hitlers am 30. Januar 1933 waren Regierungen ohne parlamentarische Mehrheiten, das heißt also: Alle Regierungen ab Juni 1930 waren Präsidial-Regierungen von Hindenburgs Gnaden — also gemäß dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung sogenannte »autoritäre Regierungen«. Sie waren Ergebnisse einer Parteien-Herrschaft, nachdem der Souverän der Demokratie, das Volk, dem Parlamentarismus der damals geübten Art die Zustimmung versagt hatte.

Wenige Monate darauf, im September 1930, gab das deutsche Volk auf das Versagen seines parlamentarischen Systems die unüberhörbare Antwort. Die NSDAP Adolf Hitlers zog sieben Jahre nach dem Putsch mit 107 Abgeordneten als zweitstärkste Partei im Reiche in den Deutschen Reichstag ein.

Die Gazetten schrieben: Hitler ante portas.

4. Frage:

Welcher Gedanke im ideologischen Wirrwarr der nationalsozialistischen Bewegung hat damals, als Sie Mitglied der Hitler-Partei wurden, den stärksten Eindruck auf Sie ausgeübt?

Antwort:

Es sei mir im Interesse einer überzeugenden Antwort auf diese Frage zunächst eine skizzenhafte Darstellung der damaligen Wirklichkeit, des wirklichen »Damals« gestattet.

Mit dem Zusammenbruch 1918, dem Waffenstillstand und der Ausrufung der Republik war der Krieg in Feindesland zwar beendet, der wirklich ersehnte Friede in der deutschen Heimat jedoch nicht eingekehrt. Im Gegenteil: Der innerpolitische Kampf um die Gestaltung der jungen Republik entwickelte sich in unvorstellbarer Leidenschaft zu bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen in der Heimat. Ganz allgemein stand sich das deutsche Volk in seinen politischen Fronten schon unter revolutionären und gegenrevolutionären Parolen kampfentschlossen gegenüber. Aber auch im Lager der Revolutionäre, der Männer der Revolution von 1918, begann schon bei der Ausrufung des jungen Staates der Kampf um dessen letzten Sinn.

Die Revolution, die der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann vom Fenster des Reichstages ausgerufen hatte, war im Sinn und ihrem Inhalt nach eine ganz andere, als die, die der Führer der Spartakisten Karl Liebknecht kurz danach vor dem Berliner Schlosse ausgerufen hatte. Trotz der gemeinsamen marxistischen Vaterschaft in Marx und Friedrich Engels standen sich beide Herolde jedoch in der revolutionären Zielsetzung im Hinblick auf den neuen Staat ideologisch unversöhnlich gegenüber. Der radikale Bruder der marxistischen jungen Machthaber Spartakus proklamierte bereits am Geburtstage der jungen Republik den Aufstand gegen den jungen Staat

demokratischen Willens und rief zum Widerstand auf für den zu erkämpfenden neuen Staat kommunistischer Räte-Diktatur.

Während die Masse der aus dem Kriege heimgekehrten Frontsoldaten glaubte, den Krieg in Feindesland nur durch Verrat aus der Heimat verloren zu haben, glaubten die radikalen Spartakisten, daß durch die neuen Machthaber die Revolution dasselbe Schicksal, verraten und verloren zu sein, haben werde. Die marxistische Geburtsstunde der jungen Republik war zugleich zur Geburtsstunde des nunmehr beginnenden Bürgerkrieges in der marxistischen Familie geworden.

Doch nicht nur die Wirrnis der ideologischen Diskussionen aktivierte den Richtungskampf — auch das substantielle Leben im Dasein des anarchistischen Chaos des gesellschaftlichen Zusammenlebens beziehungsweise Gegeneinanderlebens ließ politische Wünsche und Sehnsüchte in Hirnen und Herzen immer aufdringlicher lebendig werden.

Vor allem die Frontsoldaten des großen Krieges, die glaubten, für ihr Volk gekämpft und geblutet zu haben, empfanden inmitten der nihilistischen seelischen und geistigen Leere die Sehnsucht und den Willen nach einer Ganzheit im Vollzug des gesellschaftlichen Lebens, einer Gemeinschaft, in der sie schicksalhaft mit Rechten und Pflichten eingeordnet sein wollten. Es war dies der Wunsch nach einer Gemeinschaft, in der das Leben des Volkes als auch des Einzelnen in Freiheit und Ordnung gelebt und erhalten werden konnte.

Den durch das Erleben des Krieges politisch aufgewühlten Menschen erschienen Freiheit nach Außen und Ordnung nach Innen als die elementaren Ziele, wenn von Politik die Rede war. Je unfreier anarchistischer im gesellschaftlichen Chaos ein Volk von seinem politischen Schicksal konfrontiert wird, umso stärker und unbezwingbarer wird die Sehnsucht nach Freiheit und Ordnung im Leben des Volkes.

Der starke Mann, der diesem Sehnen und Willen der verzweifelnden Massen des Volkes in seinem politischen Programm glaubwürdig und faszinierend Ausdruck zu geben vermag, in der gläubigen und hoffnungsvollen Sicht des rettenden Weges die Interessen des

ganzen Volkes zu formulieren, und die Antenne der Menschen in Herz und Hirn anzusprechen vermag, erscheint den verzweifelnden Massen als Retter, ja: Manchen als der rettende Gott. —
Und all dies war ideologisch das Gegenteil von der damals so viel dozierten angeblichen Notwendigkeit, nach dem nationalen Zusammenbruche das andere Extrem extremistisch zu propagieren, nämlich — und wie ‚modern' war das — »Weltbürger« sein zu wollen, — dem Organismus des eigenen Volkes, des geschlagenen Volkes in seiner Not kein bedeutsames Mitgefühl zu schenken und in der angeblich kleiner gewordenen Welt auch dem Vaterland Valet zu sagen.
Die das mit selbstgefälligem Pathos predigten, waren entwurzelte Intellektuelle, die ohne jedes Verbundenheitsgefühl mit Raum und Zeit in der stickigen Atmosphäre ihrer muffigen lebens- und weltfernen literarischen Auditorien sich im infantilen Bau eines wunschgedanklichen Kartenhauses, genannt »Weltrepublik« ergingen. Die Partei-Liberalen aber zollten diesen abstrakten sektiererischen Wunsch-Illusionen hohes Lob und lauten Beifall. Der Nihilismus feierte Triumphe, desgleichen die »voraussetzungslose« Wissenschaft. —
Für das Einzel-Indiviuum entfielen, seiner isolierten Natur entsprechend, ja fast alle Gemeinschaftsverpflichtungen, da das liberalistische Einzel-Individuum eine existierende konkrete Gemeinschaft ja egozentrisch verneinte.
Welt und Menschheit blieben für das Individuum eine letztlich unvorstellbare abstrakte »Gemeinschaft,« eine Summe von Individuen, deren Interessen vielgestaltig, unübersichtlich, unerkannt und zum Teil sogar gegensätzlicher Natur waren.
Die Anthitese zum »Einzelwesen,« das praktisch-politische, ja auch gedanklich-politisch gar nicht existieren kann, denn Politik fängt erst beim Mitmenschen an, hieß Volksgemeinschaft.
Sie, die Gemeinschaft, in der alle seitherigen gesellschaftlichen Unterschiede in Kasten und Klassen beseitigt waren, in der Charakter und Leistung im Dienste des Volkes die Fundamente des gesellschaftlichen Lebens im Sein und Werden, also im politischen

Geschehen waren, erschien uns als das Leben in der gewünschten lebensnotwendigen Ganzheit. Wir verspürten in diesem Bewußtsein in uns und um uns die »Umwertung aller Werte«, von der einst Friedrich Nietzsche prophetisch gesprochen hatte.

Wir glaubten gerade in ihr die revolutionäre Ernte des vergangenen Krieges zu erkennen. Wie ein sozialistisches Evangelium klang uns die neue Kunde: Das Allgemeinwohl steht vor dem Eigenwohl! ... Und sie war mehr als eine andere sozialistische Parole das Credo eines neuen deutschen Sozialismus. —

Ich vermochte zu ahnen, was Politik ist und sein sollte: Dienst am Volke, nicht Verdienst am Volke, wie es die scheinheiligen Pharisäer unter dem Mißbrauche des Namens der politischen Freiheit uns vorzumachen sich erdreisteten.

Politiker sein hieß für uns Gärtner sein im Zukunftsgarten des Volkes, Priester sein am Altar der völkischen Zukunft. Das neue Deutschland sollte und wollte ein Deutschland der nationalen Ehre und der sozialistischen Gerechtigkeit sein.

In der großen visionären Volksgemeinschaft glaubte ich den so sehnsuchtsvoll gesuchten Platz gefunden zu haben, den alle politisch suchenden Deutschen in ihrer politischen Heimatlosigkeit zu erkämpfen willens gewesen waren. — Volksgenosse in der Volksgemeinschaft zu sein erschien mir als hohe heilige Funktion des Ich im Wir.

Im jungen Bewußtsein dieses Ideals fühlten wir uns in der so verspotteten Minderheit als der revolutionäre Sturmtrupp einer neuen völkischen Revolution, ja als das revolutionäre Aufgebot des Jahrhunderts. —

Und so einsam und so verworren waren wir zudem auch nicht, wenn wir in unserem Volke die natürliche Ganzheit unseres gesellschaftlichen und unseres Einzellebens sahen. Das taten viele in den erwachenden Völkern der sich revolutionierenden Welt. Selbst der als Demokrat anerkannte einstige Präsident der Tschechoslowakei Masaryk hatte es in seinem Buche »Das Credo der Epoche« ganz einfach und unmißverständlich zum Ausdrucke gebracht, als er schrieb, daß die Nationen die eigentlichen natürlichen Organe der

Menschheit seien. Wenn er dann zusätzlich noch meinte, daß die Menschheit dagegen nichts anders sei als die Organisation der Nationen, so unterstellte er irrtümlich der Menschheit einheitlich organisatorische Fähigkeiten, die nur einer in einer Idee geeinten Gemeinschaft zugesprochen werden können.

Auch heute, nach einem halben Jahrhundert, befindet sich die Menschheit im Stadium ihrer Erforschung, vielleicht sogar erst im Anfangsstadium ihrer Erforschung.

In den politisch wichtigen Industrie-Landschaften standen sich unter roten Fahnen proletarische Hundertschaften im blutigen Straßenkampfe gegenüber. Der sozialdemokratische Minister Noske rief zum Schutze der Republik Freikorps zu Hilfe, die unter schwarz-weiß-roten Fahnen der bedrohten Republik die rettende nationale Schutzwehr gaben.

Doch auch nach der Niederschlagung der kommunistischen Aufstände verblieben Klassenhaß und Klassenkampf das ungeschriebene Gesetz des gesellschaftlichen Kampfes. Das politisch gesellschaftliche Chaos regierte die Stunde. Das unbarmherzige Friedensdiktat von Versailles nahm dem besiegten Volke sein letztes Recht, über sein Leben in Gegenwart und Zukunft zu entscheiden. Noch war die Hungerblockade der Sieger in Kraft. In Deutschland starben die Säuglinge, weil ihnen die Mütter nicht einmal das Nötigste mehr geben konnten. Auch der junge demokratische Staat erlebte das Vae victis. (»Wehe dem Besiegten!«) Dem einfachen Manne erschien diese Politik als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

In der sich von Monat zu Monat, von Woche zu Woche steigernden inflationären Volksausbeutung erlebten die parasitären Inflationsgewinnler ihre große Stunde. Das damalige Volk der Millionäre, der Milliardäre, ja Billionäre war das ärmste Volk seiner Geschichte geworden. Die ohne eine aktive Gegenwehr der Regierung sich vollziehende Enteignung des Volkes wurde als ein Verbrechen empfunden, Deutschland war zu einer Kolonie der Ausbeuter von draußen und drinnen geworden. Die einstmals proklamierten Parolen der Revolution vom »Leben in Schönheit und Würde«, vom »Sozialismus«, der schon marschiere, wirkten nur noch als selbst ent-

larvender Spott und Hohn. Millionen deutscher Menschen verweigerte man Arbeit und Brot.

In den Volksmassen war langsam die letzte Hoffnung auf Ordnung und Frieden, auf eine bessere sinnvollere Zukunft ins Wanken geraten. Für viele deutsche Menschen war die Zukunft nur noch eine düstere Illusion.

Im wirren Gezänk von ca. 35 sich um Parlamentssitze streitenden Parteien, im Schwall von fast pausenlosen Redeschlachten in den Parlamenten schien es bei anhaltender Entwicklung bald nur noch einen Ausweg zu geben: Den starken Mann als den Vollstrecker des Willens des Volkes, als Retter vor dem Untergange, als kämpferischer Schützer des schaffenden Volkes vor seinen Schädlingen und Verderbern von Innen und Außen.

Die Türken hatten in Kemal Atatürk, die Italiener in Benito Mussolini den Retter aus ihrer ausweglos scheinenden Not gefunden. Deutschland aber war weder eine Gemeinschaft, die man im strengen Sinne Volk nennen konnte, noch hatte es eine staatliche Führung, die man Volksregierung nennen konnte. Die Männer, die 1918 die politische Macht in Deutschland an sich gerissen hatten, erklärten dem Volke: Volk und Vaterland seien reaktionäre verderbliche Idole der Vergangenheit, an deren Stelle man die Internationale auf die Fahnen zu schreiben habe. Der Klassenkampf einzig und allein sei der Weg zu dem Ziele der Zukunft: der marxistischen Weltrevolution.

Am Rande des Klassenkampfes überboten sich gewisse Zeitgenossen, die predigten, im Ich und in der Menschheit die Pole ihres politischen Denkens gefunden zu haben. Das Wort vom »Weltbürger« aus den Studierstuben des 19. Jahrhunderts klang selbstgefällig und pathetisch auf, wenn es um die Sendung der geschichtlichen Stunde ging. Und es waren international entwurzelte Intellektuelle, die ohne jede Verbundenheit in Raum und Zeit in der stickigen Atmosphäre ihrer lebens- und weltfernen Auditorien sich im infantilen Bau eines wunschgedanklichen Kartenhauses einer kommenden Weltdemokratie ergingen. In literarischen Zirkeln zollte man unter Berufung auf die liberalistische Sendung diesen abstrakten

Illusionisten hohes Lob und lauten Beifall. Der Nihilismus feierte Triumphe.

Nicht nur die Tatsache, daß die Gemeinschaft der Völker seit urdenklichen Zeiten die bewährten natürlichen Schicksalgemeinschaften verblieben waren, ließ uns den in völlige anarchistische Auflösung geratenen Volksverband in den Mittelpunkt unserer politischen Zielsetzungen stellen. Die Umwandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Volk löste unsere ganze Begeisterung, ja Leidenschaft für diesen gesellschaftlichen Vorgang aus. Es war zunächst die Umwandlung des Begriffes Nationalismus und die Umwandlung des Begriffes Sozialismus, die uns das Volk als eine neue Gemeinschaft erkennen ließen. Der alte Nationalismus und der unter dem Tarnwort Sozialismus operierende Marxismus, genauer gesagt Kommunismus, diese aufeinander prallenden Fronten, sich gegenseitig provozierend und anfeindend, rissen im sich immer steigernden innerpolitischen Kampfe das arme wundgeschlagene und betrogene hungernde Volk auseinander und führten es unter dem Einfluß falsch verstandener aristokratischer als auch demokratischer Schlagworte in den Kampf auf die Straße, zwangen es in einen innerpolitischen Bürgerkrieg und verhinderten dadurch jegliche auf die Wahrnehmung der gemeinsamen Lebensinteressen des Volkes gerichtete Politik.

Der alte bürgerliche, auf den Nationalstaat ausgerichtete Nationalismus, auf Thron und Altar, auf Bildung und Besitz ausgerichtet, war traditionell national-staatlich fundamentiert, und in der Tradition ein dynastisch verpflichteter Haus-Nationalismus geblieben. Im neuen Staate hatte er außer einer staatskonservativen Haltung keinerlei revolutionierende, mobilisierende und aktivierende Wirkung mehr. Im Gegenteil, er erschien in den neuen Fronten des politischen Kampfes rechts-klassenkämpferisch.

Der politische Marxismus und der offensiv zum Bürgerkrieg angetretene Kommunismus, international gelenkt und ausgerichtet, im links-klassenkämpferischen strategischen und taktischen Reglement auf die Errichtung der Diktatur des Proletariates angesetzt, sahen in allem, was nicht ihrer Meinung war, den »faschistischen« Feind,

der allüberall »zu schlagen sei, wo man ihn treffe.« Im Hinblick auf die damalige realpolitische Entwicklung mußte infolge der eingetretenen Resignation des Bürgertums (die nationalen Kampfverbände ausgenommen) am Ende die kommunistische Rätediktatur stehen.

Der Erfolg dieser Entwicklung hatte seine Ursache in der allzu wenig erkennbaren Tatsache, daß der Kommunismus soziale Probleme zu lösen proklamierte, die tatsächlich vorhanden, von der nationalen Seite her jedoch nicht beachtet worden waren. Es galt also, diese beiden politischen Fundamentalkräfte zu erkennen und ihnen einen neuen wirksamen Inhalt zu geben. So zwang sich im geschichtlichen Umbruche der Zeit die Erkenntnis Bahn: Das politische Wollen hatte sich auf die gesellschaftliche Neugestaltung des gesamtdeutschen Lebens auszurichten. Dem rechtsklassenkämpferischen Nationalismus alter Schule und dem international gesteuerten linksklassenkämpferischen Kommunismus mußte ein neuer, realer, vaterländischer, im Volke verwurzelter Nationalismus und ein ebenso neuer deutscher, das ganze Volk umfassender Sozialismus entgegengestellt werden. Dies konnte nur das Werk einer Volksbewegung sein.

Nationale Ehre und sozialistische Gerechtigkeit erschienen mir als Traum der revolutionären Jugend, als das Erbe der Toten des großen Krieges, als die revolutionäre Sendung des Jahrhunderts, als das Evangelium der Revolution, zu der uns das Jahrhundert aufgerufen hatte. Die Vision der Volksgemeinschaft war kein Machttraum, kein Herrschaftstraum, sondern der Traum von Glück und Frieden des Volkes in einer »klassenlosen Gesellschaft«. Nicht ein Diktator, sondern das Volk sollte der Gestalter seines politischen Schicksales sein. Der Gedanke an die Volksgemeinschaft allein schon machte uns die politische Reaktion zum unversöhnlichen Feind. Nach dem so kriegerischen Alarm in der Kindheit, der unruhigen Jugend im Kriege und Nachkrieg nunmehr revolutionär konfrontiert mit dem Gedanken der Volksgemeinschaft, der ‚klassenlosen' Volksgemeinschaft, glaubte ich meine Begegnung mit dem Mythos der so viel und laut gepredigten Demokratie zu erleben. Unter ih-

rer Parole und ihren gesellschaftlichen Konsequenzen vibrierte die revolutionäre Antenne in Herz und Hirn zugleich. Sie erschien mir wie der Anruf, der das Ich und das Wir schicksalhaft miteinander vereinigte.

In Hitler glaubte ich den Propheten der neuen gesellschaftlichen Ordnung zu erkennen. Ich wollte Soldat seiner mich faszinierenden Mission sein. Ich war bereit, für sie, wenn es sein mußte, mein Leben bedingungslos zum Einsatz zu bringen. Man mag es im Kreise abstrakter Ideologen oder doktrinärer Politologen als gedanklichen Eklektizismus, als ideologische Demagogie, ja als einen Taschenspielertrick abzutuen versuchen. Daß sie eine gesellschaftliche Wandlung im Rahmen des Volkes herbeiführte, kann kein ehrlicher Historiker bestreiten. Die Umwandlung des Inhaltes der beiden elementaren Begriffe national und sozial mit dem Ergebnis einer wahren Volksgemeinschaft ist in der Tat ein Prozeß, dem selbst in der Betrachtung des deutschen »Wirtschaftswunders« nach dem Kriege sein Anteil nicht abgesprochen werden kann. Den bisher sozial entrechteten Teil des Volkes ganz und vorbehaltlos in die Gesellschaft des Volkes eingegliedert zu haben, nicht als Klasse, sondern als gleichberechtigter und gleichverpflichteter Teil der staatlich organisierten Gesellschaft war die entscheidende revolutionäre Voraussetzung der Volksgemeinschaft.

Die Volksgemeinschaft war, wenn auch unausgesprochen, das Ideal gewesen, für das man auf den Barrikaden dem Klassenkämpfer von Rechts gegenüber gestanden hatte. In ihr verkörperte sich für uns die Demokratie. Jetzt auf einmal, in der klaren Sicht der Volksgemeinschaft ohne Klassengeist ausgerichtet auf das ganze nationale und soziale Interesse, ersteht eine die nationale Rechte als auch die soziale Linke umfassende Interessen-Gemeinschaft des Volkes.

Denn: Sie ist der realistische Generalnenner aller sich scheinbar so unvereinbar gegenüberstehenden extremen Ideologien. Sie war der Magnet zur Erweckung des generale volonté. —

Anstatt der vielen das Volk so leidenschaftlich auseinanderreißenden Ideologien abstrakter Art proklamierte das neue Ideal die Gemeinschaft aller im Volke, die Volksgemeinschaft.

Der Mann, der dieses erkannte, formulierte und predigte — war Adolf Hitler. Er gewann die Massen, weil er nicht mit einem abstrakten Klassenbegriff das Volk auseinander riß, sondern es unter der Parole der Volksgemeinschaft zusammenführen wollte, dem Volke die Vision gab, die zu verwirklichen realistisch und zukunftsträchtig erschien. Die Idee der Volksgemeinschaft war der Grundgedanke in der Propaganda der nationalsozialistischen Bewegung während ihrer Entwicklung zur Massenbewegung. Sie repräsentierte das in Herz und Hirn empfundene Zentralproblem, dem in seiner Lösung alle durch die nationalsozialistische Bewegung angezielten Umwertungen im staatspolitischen Gefüge des Volkes untergeordnet sein sollten. Sie gab dem Volke wieder den Vorrang im Bereiche des politischen Denkens und Tuns und der Politik damit den Sinn und die Aufgabe der Interessenvertretung des Volkes in Gegenwart und Zukunft.

Sie sollte in der Polarität von pragmatischem Tun und ideologischem Denken auch zugleich der Kompaß im politischen Kampfe um die Zukunft sein und bleiben.

Ich war damals junger Volksschullehrer. Was hätte mich in meinem Ringen um eine politische Heimat mehr begeistern können und dürfen als die Gemeinschaft meines Volkes?

5. Frage

Welche Ereignisse und Entscheidungen innerhalb der Geschichte der NSDAP erachten Sie heute für die Entwicklung des Hitler-Staates als besonders wichtig und weichenstellend?

Antwort:

Wenn Sie unter Ereignissen und Entscheidungen diejenigen Ereignisse und Entscheidungen verstehen, aus deren Konsequenzen entscheidende Weichenstellungen für die weitere Entwicklung der Bewegung bezw. des Staates resultieren, so sind es meiner heutigen Meinung nach die folgenden:

1. Der Hitlerputsch, der Hitlerprozeß und die Landsberger Haft.

Auch, wenn es für den heutigen zeitgeschichtlichen Kritiker noch nicht deutlich erkennbar ist, so kann darüber kein Zweifel bestehen, daß die Erkenntnisse, die Hitler nach seiner Niederlage am 8. bezw. 9. November 1923 in der Landsberger Haft gewann, entscheidend für Hitlers Gedanken beim Wieder- bezw. Neu-Aufbau der Bewegung waren, nämlich:

a) Die Erkenntnis, daß die Bewegung in aller Zukunft sich niemals in einen Konflikt mit der Reichswehr einlassen dürfe . . .
b) daß es das unverrückbare Ziel der Bewegung sein und bleiben müsse, die zu erstrebende politische Macht unabhängig von anderen politischen Gruppen auf legalem Wege zu gewinnen
c) daß die SA ihre Aufgaben nicht in der Wirksamkeit militärischer Organisationen sondern im Sinne einer politischen Kampfgruppe der NSDAP zu sehen habe.

Mit diesen Gedanken gründete Hitler im Februar 1925 kurz nach seiner Entlassung aus Landsberg die NSDAP wieder oder besser gesagt neu.

Er verließ seine ihm von seinen schwarz-weiß-roten und weiß-blauen Beifallspendern und sonstigen Föderalisten und Separatisten eingeräumte Rolle als Trommler der allgemeinen nationalen Bewegung und erstrebte persönlich die politische Führung, die politische Macht. Und er entschloß sich, diese Macht als Parteiführer unabhängig und jenseits von anderen nationalen Gruppen, jedoch legal, nur seinem Programm verpflichtet, zu erkämpfen. Denn: Der Hitler, der kurz vor Weihnachten Landsberg verließ, war ein anderer als der, den man nach dem Münchner Urteil als Häftling dort eingeliefert hatte.

2. Der Fall Gregor Strasser (Herbst 1932).

Ein elementares Ereignis in der Geschichte der NSDAP unmittelbar vor der Machtübernahme war der Abgang Gregor Strassers aus seinem Amte als Reichsorganisationsleiter der NSDAP, ein Vorgang, der innerparteilich mit dem Namen »Strasserkrise« umschrieben wurde. Gregor Strasser war nach Hitler unumstritten der zweite Mann der so beispiellosen erfolgreichen Bewegung. Für den größten Teil der Gefolgschaft Hitlers war er der Repräsentant des sozialistischen Flügels der NSDAP. Von ihm stammte das Wort von der »antikapitalistischen Sehnsucht«, die durch die Massen des deutschen Volkes gehe. Ihm und seinen norddeutschen Mitkämpfern verdankte Hitler, daß die Bewegung auch in den politisch hart umkämpften Zentren der norddeutschen Gebiete Fuß zu fassen vermochte.

Strasser war ohne Zweifel der realpolitische Partner Hitlers, das realpolitische Pendant, vor allem in allen ideologisch überquellenden Diskussionen. Er war, und das konnten auch seine Gegner nicht bestreiten, nach Hitler der volkstümliche politische Volksführer par excellence. —

Gerade in den letzten Monaten vor der politischen Entscheidung vollzog sich die maßgebliche, wenn auch unpersönliche Konfrontation Hitlers mit seinem Generalfunktionär. Wenige Tage nach dem verlustreichen Wahlgang im Herbst 1932, unmittelbar nach der er-

sten Plenarsitzung des neuen Reichstages legte Gregor Strasser seine sämtlichen Parteiämter nieder. Der Verlust von zwei Millionen Wählern war keineswegs das alleinige Motiv seiner Entscheidung. Zur Auffassung Hitlers hatten sich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten ergeben. Im unsichtbaren Hintergrunde der zwiespältigen Meinungen stand General Schleicher, der den Versuch unternahm, Hitlers Machtübernahme in letzter Minute zu verhindern. Der so plötzliche und in seinen Motiven so unklare Abgang des zweiten Mannes der Partei schockierte Führung und Gefolgschaft der Partei. Hitler sah sich gezwungen, noch in den Dezemberwochen durch die verschiedenen ihm verdächtig erscheinenden Gaue zu reisen und die Gefolgsleute zu beschwören, ihm auch in den letzten Phasen des Endkampfes Gefolgschaft zu leisten.

Was waren nun die Hauptgründe für die Meinungsverschiedenheiten in den höchsten Führungsinstanzen der Partei? Strasser glaubte nach dem Ausgang der Wahl die Überzeugung gewonnen zu haben, daß eine kompromißbereite Teilnahme an der Regierung nicht mehr länger hinausgeschoben werden dürfe. Damit stand er im Widerspruche zu Hitlers kompromißlosem taktischen Konzept. Strasser, kritisch realpolitisch denkend, wollte die fällige Machtübernahme nicht im Sinne von »Alles oder Nichts« sondern mit evolutionären Methoden erreichen und aus der realpolitischen Situation Schritt für Schritt vollenden und fundamentieren. Die Pyramide der politischen Macht sollte mit ihrer breiten Bodenfläche in den Massen des schaffenden Volkes verankert sein. Ein williges und aufrichtiges Mittun der Gewerkschaften schien ihm wünschenswert und hier schien er in seinen aufgekommenen Ansichten von der Schleicher'schen Taktik beeinflußt zu sein. Militante Hegemonie-Bestrebungen dagegen waren ihm unerwünscht. Diese Einstellung hatte Strasser schon früher merklich bekundet. Sie war durch die Gedanken motiviert, daß in der Zeit des offensichtlichen Erfolges der politischen Reaktion die Tore verschlossen bleiben müßten. Und schon aus dieser Einstellung schließe ich, daß ein Strasser-Vertrauter, aber militant und in der Schleicherschen Taktik operierender Mittelsmann, das Verhängnis herbeigeführt hat. Ich meine

den in Strassers Nähe operierenden Oberleutnant a. D. Paul Schulz. Die Schaffung einer jungen neuen Führungselite, in der sich politische Leidenschaft mit politischer Vernunft paaren müsse, war gerade im letzten Jahre Strassers innerparteiliches Ziel.

Bereits die ersten Verhandlungen Strassers mit dem Kanzler von Schleicher, der ihm das Amt des Vizekanzlers anbot, machtpolitisch sicher eine eminent wichtige Position, glaubte Hitler bereits als den Beginn eines Verrates zu erkennen. Die gegenseitigen Meinungen verstärkten sich. Und am 8. Dezember 1932, im Endstadium des Kampfes um die Macht, fiel die Entscheidung Strassers: Der Abschied aus dem so erfolgreichen »Amtsbereich« der Partei. Sicher und auch wohl offensichtlich stand hinter der Taktik der geheime Versuch Schleichers, durch Strassers Ernennung die NSDAP zu spalten, dadurch zu schwächen und später vielleicht aus der Anwartschaft zur Macht zu verdrängen. Nicht ganz unbegründet füge ich, inbezug auf die Wirkung nach 1933, noch hinzu: Wäre Gregor Strasser als realpolitischer Vertrauensmann Hitlers an dessen Seite verblieben, vieles in der Bewegung und vieles im neuen Staate wäre anders verlaufen. Niemals hätte die Verfolgung der politischen Gegner im hektischen Wahn zeitweise den Charakter einer Kollektiv-Verfolgung annehmen können. Keineswegs hätte der Kirchenkampf die sektiererische Hysterie einzelner Eiferer und Sektierer erreichen können. Niemals hätte Heinrich Himmler der Groß-Inquisitor des Dritten Reiches werden können. Niemals hätte der Antisemitismus die gemäßigten Forderungen des Partei-Programmes verlassen und zur kollektiven Juden-Verfolgung ausarten können. Niemals hätten militante Berater den Primat der Politik tangieren oder negieren können. Zwar hätte der Vorgang der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus längere Zeit in Anspruch genommen, aber gerade das wäre für eine gemäßigste nationalsozialistische Volkspolitik von entscheidender Bedeutung gewesen. Er hätte die 180%igen Opportunisten im Hintergrund gelassen, ihnen weniger Chancen für ihre extreme Karriere-Sucht geboten und so den Ehrlichen den Weg in den neuen Staat geebnet. Niemand hätte beim Verbleiben der Führungs-Assistenz Gregor Strassers von

einer Entartung des Nationalsozialismus zum »Hitlerismus« sprechen können. Doch das sind hypothetische Wunsch-Betrachtungen — keine historischen Fakten. Hitler war Souverein.

3. Der 30. Juni 1934 — Die »Röhm-Revolte«

Von den während der Regierungszeit Hitlers entscheidenden Ereignissen, die weichenstellend für die weitere Entwicklung der Bewegung wie auch des Staates wirksam wurden, sehe ich vor allen anderen die Ereignisse vom 30. Juni 1934 an, durch die die sogenannte »Röhm-Revolte« entstand.

Die Niederschlagung der angeblichen »Röhm-Revolte« war, sie wurde vom Kabinett und vom Reichstag für »rechtens« erklärt, also eine Staats-Notstands-Aktion. Entwicklungsgeschichtlich gesehen war sie jedoch auch das Ende der Rücksichtnahme auf formale rechtsstaatliche Normen und leitete fast explosiv eine Periode der legalen und exekutiven Alleinherrschaft Hitlers bezw. auf staatspolizeilichem Gebiete Himmlers und Heydrichs ein.

In den Gewehrsalven von München-Stadelheim und Berlin Lichterfelde wurde die geplante Reichswehr-Reform Röhms liquidiert, der Polizeistaat Himmlers jedoch geboren, denn im rein organisatorischen ging Himmler als Sieger hervor und neben ihm die militärischen Ratgeber Hitlers, die Generale der Wehrmacht, die nun mehr denn je das Vertrauen des enttäuschten Hitler und sein Gehör fanden.

Die Partei und deren SA erlitten einen Schock, der sie niemals mehr verlassen sollte. Aber auch die inhaltliche Streitfrage, die dem so revolutionären »Strafgericht« des 30. Juni 1934 zugrunde lag, die problematische Frage einer eventuellen Reform der Reichswehr, kann heute nicht ganz als provokatorische Hasard-Illusion bezeichnet werden. Keine Revolution gestattet der übernommenen Armee eine Amnestie im Sinne der Tradition. Denn die spätere Entwicklung läßt es deutlich erkennen: Am 30. Juni 1934 siegte zugleich auch der Geist des Reichswehr-Schöpfers, des Generals Seekt, als auch der Geist des in der Aktion mitermordeten Generals von

Schleicher, der am Ende seiner Kanzlerschaft, als Hitler unabwendbar nahte, einmal gesagt hatte: »Wenn es Hitler gelingen sollte, die Diktatur in Deutschland zu errichten, dann wird die Reichswehr die Diktatur in der Diktatur sein!« «

Je mehr ich kritisch die Vorgänge des 30. Juni 1934 überdenke, umso mehr gewinnt für mich die Entscheidung Hitlers nach seiner Entlassung aus der Landsberger Haft, die Bewegung dürfe im Laufe ihrer Entwicklung niemals mehr mit der Reichswehr in einen Konflikt geraten, an politischer und geschichtlicher Bedeutung — und nicht nur das, um so mehr drängt sich das Attentat vom 20. Juli 1944 als ein mit dem 30. Juni 1934 kausal in Beziehung stehendes Ereignis in mein politisches und geschichtliches Bewußtsein. —

Ganz streng genommen war das Blutgericht vom 30. Juni 1934 der innerpolitische Hinrichtungstag der nationalsozialistischen Bewegung, wie sie einst von den alten politischen Idealisten gesehen und gewertet worden war. Von nun ab regierten Himmler und die Wehrmacht weniger als Wegbereiter der programmatischen Zielsetzung, die NSDAP hatte ab da den neuen Herren nur noch die Voraussetzungen ihrer Macht zu schaffen und zu sichern. Unter den Namen der Toten des Blutgerichtes dieser Tage finden wir auch den Namen Gregor Strasser. Als Hitler nach der Niederwerfungsaktion in Süddeutschland nach Berlin zurückkehrte und auf dem Flugplatz in Berlin die ihm von Göring überreichte Liste der Hingerichteten las, soll er plötzlich beim Lesen eines Namens jäh erschrocken sein und innerlich bewegt eine Weile gestockt haben. Vertraute Hitlers meinten damals, es sei beim Lesen des Namens seines einstmals so erfolgreichen Mitarbeiters Gregor Strasser gewesen, von dem er sicher in dieser Stunde umso mehr empfand, daß er ihm fehle.

4. Der Judenpogrom — 9. November 1938

Dem deutschen Volke, in seiner Masse abseits von den einzelnen Tatlandschaften stehend, war die außenpolitische Bedeutung jenes Tages, des 9. November 1938, gar nicht recht zu Bewußtsein ge-

kommen. Wenngleich die Ermordung bereits des zweiten deutschen Amtsträgers des Dritten Reiches im Ausland durch den fanatisierten Juden Grünspan im Volke berechtigte Empörung und Entrüstung ausgelöst hatte, so fehlten doch in den breiten Volksmassen psychologisch alle Voraussetzungen für ein Pogrom auf der breiten Ebene der Landschaft des Reiches. Vielleicht, ich persönlich glaube es, war es kein Zufall, daß Dr. Josef Goebbels den Pogrom gerade zu einem Zeitpunkte auslöste, als der vorher anwesende Führer die Versammlung bereits verlassen hatte, um an der Feldherrnhalle die Vereidigung der SS vorzunehmen. Es ist erweislich wahr: Hitler selbst hat diesen Pogrom entrüstet mißbilligt.

Vielleicht, und das ist wieder nur meine persönliche Meinung, war es auch kein Zufall, sondern eine wohlausgeklügelte Tricksituation, die Aktion gerade zu einem Zeitpunkte in Gang zu setzen, zu dem die verantwortlichen Gauleiter der NSDAP sowie die Führer der Gliederungen, fern von den Bereichen ihrer Verantwortlichkeit, in München festgehalten waren und dadurch jeder Gelegenheit einer Beobachtung oder eines landschaftlichen Eingreifens benommen waren. Die Aktion, in München in ihrer Tragweite noch nicht zu erkennen, war von den zentralen Steuer- und Schaltstellen des Dr. Josef Goebbels und Heinrich Himmlers unter willkürlicher Beteiligung von Parteiangehörigen und SA-Männern gelenkt und gesteuert worden. Eine organisatorische Einschaltung der offiziellen Parteiorganisation war dazu in keiner Weise, und das mit Absicht, vorgenommen worden. Kein Wunder, daß nach den die Fenster einschlagenden Partei- oder SA-Rowdies bald Trupps asozialer Plünderer folgten, die dem Pogrom den kriminellen Zuckerguß gaben.

Die staatspolitische Einvernahme von Tausenden von Juden in den Konzentrationslägern war zunächst die menschliche Folge, Sachschäden in Millionen Höhe die sachliche.

Die politische entscheidende Folge aber war die Verurteilung des Pogroms in der gesamten Kulturwelt. Selbst in den Staaten, in denen das Dritte Reich bis dahin beifällig beurteilt worden war, sank im plötzlichen Erschrecken das Vertrauen in das bis dahin bewunderte Hitler-Deutschland. Skepsis und argwöhnisches Miß-

trauen wurden in aller Welt lebendig gegenüber dem Staate und seiner Führung, der so plump und so drastisch in die Rolle des finstersten Mittelalters gefallen war.

Im Leben der Juden in aller Welt stieg die Erbitterung und der Wille, in einem baldigen Vernichtungsfeldzuge dem Hitler-Regime ein blutiges Ende zu bereiten.

Lange zuvor, ehe im späteren Krieg in den russischen Weiten Stalingrad die Wende des Krieges gegen Deutschland wurde, war der Judenpogrom außenpolitisch das Stalingrad gegen Hitler geworden. Und ich füge dieser meiner Antwort noch hinzu:

Ohne den gewaltsamen Pogrom, zu dem in keinem Programmpunkt der NSDAP je aufgefordert worden war, und dem in der Führung sowie der Gefolgschaft der NSDAP keineswegs lauter Beifall gegeben wurde, hätte die Geschichte des Dritten Reiches eine andere Wendung genommen. Viele alte ehemalige Nationalsozialisten, darunter auch ich, erinnern sich heute des Pogroms in Enttäuschung, Verbitterung und Scham.

5. Hitlers Einmarsch in Prag

Nach der Münchner Konferenz verkündete Hitler, daß er nun keine weiteren Ansprüche auf Landerwerb mehr erhebe. Er erklärte das feierlich vor dem Deutschen Volk als auch gegenüber der Welt. Noch hatte man allem Landgewinn Hitlers das Prädikat eines völkischen Zusammenschlusses, einer außenpolitisch legalen Handlungsweise zusprechen können und müssen.

Der Einmarsch in Prag am 15. März 1939 nach dem Hilferuf des tschechischen Staatspräsidenten Hacha und die Proklamation des Protektorates waren vor der demokratischen Weltmeinung jedoch nicht mehr vertretbar. Sie galten als ein Akt gewaltsamer Aggression, auch nachdem eine formale legale Aufnahme-Erklärung der tschechischen Regierung vorgelegen hatte.

Der Einmarsch in Prag erschien selbst den Hitler sympathischen Ländern als die Zäsur in der Praxis der Hitler'schen außenpolitischen Konzeption.

Denn er überschritt zum ersten Male die Grenzen des Volkstums und der Einmarsch wurde als Akt einer imperialistischen kolonialen Gewaltpolitik gewertet und verurteilt. Das Vertrauen des Auslandes sank in unerhörtem Ausmaße. Die deutschfeindlichen Mächte freuten sich. Die feindliche Propaganda gegen Hitler-Deutschland erhielt einen aktiven Auftrieb. Die Vorstellung von Hitler und seiner Zukunftspolitik hatte an Schrecken zugenommen und an Glaubwürdigkeit verloren. Der Einmarsch in Prag aktivierte und mobilisierte die Anti-Hitler-Front und schuf psychologisch bereits jene auf Krieg ausgerichtete Stimmung, in der 1939 der Polenfeldzug ausbrach.

Von den Entscheidungen und Ereignissen im Krieg und ihrer Bedeutung für die weitere Entwicklung des Dritten Reiches zu sprechen, erscheint mir indiskutabel. Vom Beginn der Feindseligkeiten angefangen bestimmte der Krieg das Gesetz des Handelns. Der Krieg, dem alle verpflichtet waren, ob sie es wollten oder nicht, dem keiner entgehen konnte, ob er Anhänger oder Gegner Hitlers war. Der Krieg, der ein Anti-Hitler-Krieg sein sollte, wie man scheinheilig proklamierte, in Wirklichkeit jedoch ein Anti-Deutschland-Krieg war.

6. Frage:

Hitler begann seine politische Wirksamkeit erst nach Beginn der Weimarer Republik. — Wie würden Sie die Entwicklung der Weimarer Republik ohne den politischen Einfluß Hitlers und seiner Bewegung beurteilen?

Antwort:

Ihre Frage muß in meiner Wertung zwar als eine hypothetische Frage abgewertet werden, aber auch in einer hypothetischen Betrachtung kann in gedanklichen Relationen der Veranschaulichung Hilfe zuteil werden. Eindeutig steht nach kritischen zeitgeschichtlichen Studien für mich fest, daß wir, wenn Adolf Hitler 1933 nicht zur politischen Macht gekommen wäre, wahrscheinlich bald ein kommunistisches Deutschland geworden wären. Außerdem steht für mich außer Zweifel, daß, wenn Hitler und seine Bewegung nicht in Erscheinung getreten wären, eine kommunistische Räte-Republik von Moskau gelenkt — begonnen hätte. Eine realistische Erinnerung genügt, um dies auch für Zweifler eindeutig zu erhellen.
Die Ernennung Adolf Hitlers zum Kanzler des Reiches durch den Reichspräsidenten von Hindenburg erfolgte 1933 nicht etwa aus politischer Sympathie oder als die Resultante politischer Intrigen, sondern ganz einfach aus der Not der Stunde. Hindenburgs Entscheidung war die Antwort auf die Frage: Hitler oder Thälmann.
Und diese Alternative hieß damals, allen realistisch sehenden Menschen durchaus bewußt: Kommunistischer Bürgerkrieg und anschließend kommunistisches Deutschland, oder nationaler autoritärer Ordnungsstaat. Und, auch das ist wichtig, klar zu erkennen, dieser so schicksalhaften Alternative ging der Zusammenbruch einer parlamentarisch fundierten Regierungsbildung voraus.
Vergessen wir doch nicht: Schon ab 1930, nach dem Abgange des Kabinettes Müller, besaß die Weimarer Republik keine für eine Regierungsbildung notwendige parlamentarische Mehrheit mehr.

Alle nunmehr folgenden Regierungen waren autoritäre Präsidial-Regierungen, die nur durch das Vertrauen des Reichspräsidenten mit dessen besonderer Vollmacht in Form von Notverordnungen, also autoritär, unter Ausschaltung, Aussetzung der verfassungsmäßigen Voraussetzungen, gegen eine überwiegende Mehrheit der demokratischen Opposition kurzweilig berufen wurden und lediglich als Regierungen von Hindenburgs Gnaden dahinregierten. Das heißt realistisch und unmißverständlich für uns alle:

Die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik war bereits 1930, drei Jahre vor Hitlers Machtantritt, unrühmlich zu Ende gegangen. Sie war in die undemokratische Phase der autoritären Notverordnungs-Kabinette übergegangen. Man kann diese grundsätzlich fundamentale Erkenntnis auch nachträglich klar und deutlich gewinnen, wenn man sich die Mühe macht, die Entwicklung der Weimarer Republik an Hand der diese Entwicklung deutlich widerspiegelnden Wahlresultate zu verfolgen.

Ein flüchtiger Blick in die objektive Wahlstatistik offenbart uns folgendes: Bei den Reichspräsidentenwahlen am 10. 4. 1932, der Wahl, in der Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt wurde, hatte Hindenburg, der Kandidat aller bürgerlichen und auch der sozialdemokratischen Partei gewesen war, zwar 53% aller Stimmen auf sich vereinigt. Hitler, der Kandidat der NSDAP gewann im Schatten des großen Marschalls 36,6% aller abgegebenen Stimmen, und Thälmann, der Führer der Kommunistischen Partei gewann 10,2% der abgegebenen Stimmen.

Und dies war — vergessen wir es nicht — eine reine Persönlichkeits-Wahl. Illustrativer waren die Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 — Hitler gewann mit 13,7 Millionen Stimmen 37,3% aller Wähler, das heißt: von insgesamt 608 Sitzen im Reichstage 230 Mandate.

Die Kommunisten erreichten 5,25 Millionen Stimmen, das waren 700 000 Stimmen mehr als im September 1930. Die Hitlerstimmen hatten sich gegenüber 1930 sogar verdoppelt.

NSDAP mit 230 Mandaten und KPD mit 89 Mandaten verfügten damals als revolutionäre Opposition, die auf Ablösung des staatli-

chen Systems von Weimar eingeschworen waren, über die absolute Mehrheit im deutschen Reichstage. Das heißt: Ohne sie war eine demokratische Regierungsbildung nicht mehr möglich. Die Kommunistin Klara Zetkin eröffnete als Alterspräsidentin den Reichstag. Das Wahlergebnis aus dem Wahlkreis XI, territoriell identisch mit dem von mir damals geführten Gau Halle-Merseburg, erbrachte der NSDAP 42,6% aller Stimmen des Wahlkreises, der KPD 24,3%. Das heißt: Beide Parteien dieses Wahlkreises, die NSDAP und die KPD, verfügten allein über 66,9% der abgegebenen Stimmen. Und das war doch unbestritten eine noch demokratische Wahl. —

Während die NSDAP in der zweiten Reichstagswahl im November 1932 zwei Millionen Stimmen wieder verlor, und von 230 Mandaten im Reichstag auf 186 zurückfiel, rückten die Kommunisten anstatt mit 89 jetzt mit 100 Mandaten in den Reichstag ein. Das alles geschah vor einer Zahl von über 6 Millionen Menschen, denen man das Recht auf Arbeit, einstmals in der Revolution feierlich proklamiert, verweigerte. Bleibt man den demokratischen Prinzipien auch bei der Betrachtung dieser Situation treu, so kann man ohne Übertreibung sagen: Das Volk selbst hatte sich in überwiegender Mehrheit gegen die Weimarer Republik ausgesprochen. Die Weimarer Demokratie war von ihrem eigenen Volke abgewählt worden. Hitler und die NSDAP repräsentierten keineswegs nur eine verschworene Minderheit, die nach politischer Macht drängte. Hitler und die NSDAP repräsentierten die stärkste Partei und damit den demokratisch am meisten legalisierten Kandidaten. Der Machtantritt Hitlers war legal nach allen Regeln der demokratischen Gesetzlichkeit.

1932, als sich dem Reichspräsidenten von Hindenburg die so schicksalhafte Alternative Hitler oder Thälmann stellte, mußte die Reichswehr gegenüber dem Reichskanzler von Papen die folgenschwere Feststellung treffen, daß sie für einen eventuellen Einsatz in einem ausbrechenden Bürgerkrieg gegen NSDAP und KPD nicht hinreichend potentiell sei. Das war die innerpolitisch-militärische Kapitulation der Weimarer Republik vor der realpolitischen Wirklichkeit. Eine politische Realität elementarster Art erzwang Hindenburgs

Entscheidung und damit die Entwicklung zu Hitlers Berufung zum Kanzler des Reiches. Die parlamentarischen Parteien und ihre Führer, vor Hitlers Ernennung vom Reichspräsidenten von Hindenburg in der Sorge um die Zukunft Deutschlands nach einem noch gangbaren Ausweg befragt, wußten keine Antwort. Das parlamentarisch demokratische Regierungssystem war am Ende.

Auch diese unbefangene Rückchsau in die unmittelbare Nachkriegszeit nach dem Zusammenbruche 1918, nach Versailles, Inflation, Bürgerkrieg und Ruhreinfall, erleuchtet die Tatsache, daß Hitler die Existenz der Weimarer Republik schon in ihrem Anfange schicksalhaft beeinflußt hat. Selbst der mißlungene Hitler-Putsch 1923 fügt sich, so paradox es den heutigen Zeitgenossen auch anmuten mag, in diese Betrachtung ein. Er endete in den Gewehrsalven an der Feldherrnhalle zu München.

Als im Jahre 1936 der spanische Bürgerkrieg ausbrach und die spanischen Kommunisten mit Unterstützung der Sowjetunion und dem Einsatz internationaler kommunistischer Kampf-Brigaden die Macht in Spanien zu ergreifen drohten, das Nachbarland Frankeich war damals bereits von einer Volksfront-Regierung unter Leon Blum regiert, verhinderten letztlich Hitler und Mussolini die kommunistische Diktatur in Spanien und damit folgerichtig auch in ganz Europa.

Europa wäre ohne Hitlers Hilfe unausweichlich das Glacis für die entscheidenden Expansionen des sowjetischen Bolschewismus geworden.

Wer die damals schon erfolgte Entscheidung zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus klar zu erkennen vermag, wird umsomehr verstehen, daß sich beide Weltanschauungen auch außenpolitisch in Todfeindschaft gegenüber stehen mußten.

Im kontradiktatorischen Gegensatze erkannte ein jeder der beiden in dem anderen seinen lebensgefährlichen Todfeind, den »Weltfeind« Nr. 1 — und hier bereits wird die daraus resultierende Alternative außen-politischer Art deutlich erkennbar, in deren Weltkampf die Ausschließlichkeits-Parole »Du oder Ich« sich zur letzten Weisheitsparole zu steigern vermochte, um in den Weiten

des Ostens später die Tragödie Deutschlands und Europas zu vollenden.

Das Legalitätsproblem ist damit zugleich entschieden. — Im Kampfe »Du oder ich«, in der Phase eines Kampfes auf Leben oder Tod gibt es keine Illegalität. Selbst das Strafgesetzbuch im demokratischen Staate räumt für die einzelne Person im gleichgelagerten Falle das Recht auf Notwehr ein.

7. Frage:

Wenn Sie auch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler demokratisch zu argumentieren versuchen, können Sie bestreiten, daß Hitler unmittelbar nach seiner Ernennung alle vorhandenen demokratischen Parteien gewaltsam liquidierte, um anschließend das Einparteien-System der NSDAP zu seinen machtpolitischen Zwecken zu mißbrauchen?

Antwort:

Wenn ich die entscheidenden Vorgänge zu Beginn des Jahres 1933 mir in Erinnerung rufe, dann war es unbestreitbar eines der wichtigsten und entscheidendsten Ereignisse dieser Zeit, als am 23. März 1933 Hitler im Deutschen Reichstage mit einer verfassungsändernden Mehrheit die parlamentarische Vollmacht erteilt wurde. Es war dies die Übertragung der staatlichen Macht an Hitler und sein Kabinett durch den noch demokratisch gewählten Reichstag. Es war dies die Verzichtserklärung der Parteien des Reichstages, auf die politische Entwicklung für die Dauer des beschlossenen Ermächtigungsgesetzes keinen Einfluß mehr auszuüben. Es war die Kapitulation der sonst so wortreichen bürgerlichen Parteien vor Hitler und seinem Kabinett, auf deutsch: vor dem Zwang der eingetretenen Verhältnisse.

Bei den Wahlen am 5. März 1933 hatten erhalten: Die Regierungsparteien, das heißt die NSDAP 17,26 Millionen Stimmen (43,7%) und damit 288 Mandate, die Deutschnationale Volkspartei 3,11 Millionen Stimmen (8%) und damit 52 Mandate. Gegenüber diesen Regierungsparteien hatten die übrigen Parteien folgende Mandate erzielt:

Die SPD 119 Mandate, die KPD 81 Mandate, die Zentrumspartei 73 Mandate, die Bayerische Volkspartei 19 Mandate, die Staatspartei 6 und die Splitterparteien 9 Mandate.

Bei der so entscheidungsvollen Reichstagssitzung am 23. März 1933 stimmten 441 Reichstagsabgeordnete für und 94 Reichstagsabgeordnete gegen die Annahme des Ermächtigungsgesetzes. Es stimmten also außer den Abgeordneten der Regierungskoalition — man höre — noch weitere 101 Abgeordnete der anderen Parteien für die Annahme des Ermächtigungs-Gesetzes, das Hitler praktisch die Diktatur durch einen parlamentarischen Akt geradezu übertrug. Und zwar stimmten für das Ermächtigungsgesetz: die NSDAP, die DNVP, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei, der Christliche Volksdienst, und die deutsche Landvolk- und Bauernpartei mit insgesamt 444 Abgeordneten. Nur 3 Abgeordnete dieser Parteien waren in dieser Sitzung nicht anwesend. Gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte als einzige Partei allein die SPD. Das Nein der SPD wurde von Otto Wels als dem Fraktionssprecher der SPD offen und mannhaft ausgesprochen. Zu der Annahme des Ermächtigungsgesetzes mit verfassungsändernder Wirkung gehörte die Bedingung, daß mindestens Zweidrittel der Mitglieder des Reichstages insgesamt anwesend sein und daß von den anwesenden Abgeordneten wiederum zwei Drittel mit Ja stimmen mußten, wenn der Antrag Gesetzeskraft erlangen sollte.

Bei einer Gesamt-Abgeordnetenzahl von 647 Abgeordneten (wohlgemerkt: einschließlich der nicht anwesenden kommunistischen Abgeordneten), war die bei 431 Stimmen liegende verfassungsändernde Zweidrittel-Mehrheit knapp aber einwandfrei überschritten.

Für die damaligen hitlergegnerischen Parteien war dieses Ergebnis durchaus nicht unumgänglich. Die damals in der Regierung nicht vertretenen Parteien, die einen großen Prozentsatz der heutigen Kritiker des Hitler-Regimes stellen, hätten bloß in der zahlenmäßigen erforderlichen Stärke der Abstimmungssitzung ferner zu bleiben brauchen, um das beantragte Gesetz schon dadurch zum Fall bringen zu können. Sie erschienen jedoch, gaben mit Ausnahme der SPD ihre feierliche Zustimmung ab und erklärten sich geschlossen für das Gesetz. Das offenbart anschaulich, und hier nehme ich die SPD ausdrücklich aus, das sogenannte Heldentum der bürgerlichen Opposition gegen Hitler im Jahre 1933.

Nur mit 52 Mandaten der DNVP konnte Hitler lediglich die parlamentarische Mehrheit für sich in Anspruch nehmen. Für die Zweidrittel-Mehrheit, nämlich für 378 Stimmen, brauchte er die Zustimmung des Zentrums und der Liberalen. Und diese Zustimmung wurde ihm im Forum des Reichstages am 23. März 1933 feierlich gegeben.

Alle die Abgeordneten, die in dieser Sitzung Hitler ihr Ja gaben, wußten um die Nah- und um die Fern-Ziele Hitlers und galten, das kann nicht bestritten werden, als Wissende inbezug auf das Regierungsprogramm Hitlers. Sie waren jedoch erschienen und stimmte mit Ja. Und zu denen, die damals Ja sagten, gehörten auch solche Abgeordnete, die ihre parlamentarische Tätigkeit der vorhitlerschen Zeit auch nach dem Zweiten Weltkriege in der Bundesrepublik fortsetzten. So zum Beispiel der Altbundespräsident Theodor Heuss, der zeitweise Fraktionsvorsitzende der SDU Dr. Crone, der Abgeordnete Lemmer, der bayerische Abgeordnete Ritter von Lex und der ehemalige Führer der Freien Demokraten Meier.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Ermächtigungsgesetz der legale Startschuß für das autoritäre diktatorische Hitler-Regime war. Die bürgerlichen Parteien des Reichstages waren an ihm als Lade- und Richtkanoniere maßgebend und entscheidend beteiligt.

Mehr als die vielen »kleinen Hitler« waren die prominenten Mandatsträger der bürgerlichen Parteien die Geburtshelfer der nunmehr beginnenden zentral und autoritär ausgerichteten Politik.

Warum erfahren ihre Repräsentanten in der zeitgeschichtlichen Wertung volle Amnestie, die man den »kleinen Hitlers« nicht gewähren will?

Die Abstimmung im Reichstag am 23. März 1933 war die feierliche Kapitulation, die Selbstentmachtung, der Verzicht auf Politik in der Zukunft. Sie war die letzte Zeremonie des bereits damals schon begonnenen Selbstmordes der Parteien.

Man muß sich fragen, was sich die so eifrigen Ja-Sager bei ihrem Ja wohl gedacht haben und man kann auf diese Frage der Meinung sein, daß die Parteien der Ja-Sager einzig und allein in der Ermäch-

tigung Hitlers und seines Kabinettes die Voraussetzung einer noch möglichen rettenden Politik sahen. Ansonsten wäre der 23. März 1933 die Veranstaltung einer parlamentarischen Tragikomödie gewesen, in der unter dem Titel »Das Ende der Parteien« die Prominenz der gemeinten Parteien die Solisten als auch die Statisterie abgab.

Was alle nationalsozialistischen Mandatare im Reichstage niemals fertiggebracht hätten, die Bereitschaft der bürgerlichen Parlamentarier im Reichstage verhalf zahlenmäßig zum vollen Erfolg. Der vom Reichspräsidenten Hindenburg (dem von dem Bürgertum und von der SPD gewählten Staatsoberhaupte) ernannte Kanzler Hitler wurde durch die Zweidrittel-Mehrheit der Abgeordneten des Zentralparlaments zum autoritären dirigistisch regierenden Herrscher erkoren. War es Angst vor dem eigenen Untergange oder Mut zu neuem Leben, aus dem das Ja-Wort resultierte? Ich glaube, den Abgeordneten beide Motive unterstellen zu dürfen. Das aber hat mit Terror und brutaler Gewalt, mit denen man die Abstimmungsergebnisse im Reichstage später zu erklären trachtete, wenig oder nichts zu tuen. Mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes hatten sich die demokratischen Parteien praktisch selbst ihr Grab gegraben. Was sie an Verlautbarungen noch von sich gaben, war nur noch das Gestammel ihrer zu Ende gehenden Agonie. Wenn auch die SPD als einzige deutsche Partei durch die mutige Rede ihres Fraktionssprechers Otto Wels und ihre Abstimmung im Reichstage offen und eindeutig ihren letzten oppositionellen Willen kund getan hatte, so zeigte sie in ihrer Haltung doch bereits deutliche Ermattungserscheinungen. Den Gewaltakt Hitlers gegen die Gewerkschaften am 2. Mai 1933, einer ihrer tragenden Machtorganisationen, nahm sie bereits widerstandslos hin. Und am 17. Mai 1933 sprach sie gemeinsam mit den anderen Parteien der Regierung Hitler und seinem Regierungsprogramm sogar das ausdrückliche Vertrauen aus.

Nach dieser geoffenbarten Bereitschaft war von der SPD, zumindestens im Rahmen ihrer noch legal zu nennenden Tätigkeit, in Zukunft keine entscheidende parlamentarische Haltung mehr zu erwarten.

Ihre Führer gingen teilweise in die Emigration, wichen damit dem innerpolitischen Kampfe gegen Hitler aus oder schickten sich an, resignierend im dilletantenhaft geplanten illegalen Schmollwinkel als »Widerstand« innerpolitische Igelstellungen zu beziehen. Die erste Partei, die tatsächlich durch ein staatliches Verbot ihr legales Ende fand, war die KPD. Ihr Verbot trägt jedoch Hindenburgs Unterschrift. Betreff ihres Verbotes von brachialer Gewalt zu sprechen, ist durchaus realistisch und angemessen. Doch ist es wenig wirkungsvoll, wenn an der demokratischen Klagemauer der verbotenen KPD von 1933 herzliches Beileid gewidmet wird. Denn auch in der Bundesrepublik existiert das Verbot der KPD und es wurde einstmals unter Adenauer demokratisch begründet und kommentiert. Und auch die Bundesrepublik ist nicht das einzige, demokratische Land, in dem durch ein Verbot kommunistische Parteien-Arbeit unterbunden wurde.

Niemand, der von der antikommunistischen Einstellung des Nationalsozialismus wußte, mochte das Verbot der KPD im Jahre 1933 als eine Sensation — als Rechtsbruch oder als Gewaltakt empfunden haben. Die zweite Partei, die im Juli 1933 von Staatswegen ihre Auflösung erfuhr, war die marxistische Bruderpartei der KPD — die SPD. Ihre Auflösung erfolgte ohne jeden Widerstand. Die Führung der alten Klassenkampfpartei brachte noch nicht einmal den Mut und die Kraft auf, mit einem formellen Protest zu reagieren. Ihr Untergang trug keinerlei heroische Züge. Der Württembergische Landesverband der SPD empfahl sogar den Inhabern der sozialdemokratischen Abgeordneten-Mandate »ihre Tätigkeit in einem Sinne auszuüben, der weder einen Zweifel an ihrer nationalen Gesinnung noch an dem guten Willen zuläßt, die politische Neubildung Deutschland nach den Plänen der nationalen Revolution zu unterstützen.« — Das klingt heute fast wie eine freiwillig vollzogene Gleichschaltung im Sinne einer schüchtern beschworenen Bereitschaft gegenüber dem neuen Regime.

Mit der erfolgten Auflösung der SPD waren, nach dem Verbot der KPD, also lediglich die beiden marxistischen Klassenkampfparteien mit staatlichen Gewaltmaßnahmen aus den parlamentarischen In-

stitutionen vertrieben worden. Die übrigen bürgerlichen Parteien, und das erscheint mir wesentlich für die Beurteilung der damaligen Verhältnisse, schritten in dem ereignisreichen Monat Juli 1933 ungezwungen aus eigner Entscheidung ihrer Führung zur Selbstauflösung.

Man kann das ein taktisches Zuvorkommen gegenüber eventuell bestehender Pläne Hitlers bezeichnen, es verbleibt aber trotzdem die Feststellung des widerstandslosen Abtrittes dieser Parteien aus der parlamentarisch-politischen Arena der damaligen durchaus noch pluralistischen Zeit. Den Anfang der nunmehr folgenden Selbstauflösungen der Parteien machte, und das muß zum Denken Anlaß geben, die im Kabinett mit Hitler koalierte Deutschnationale Volkspartei. Am 27. Juni 1933 hatte Hugenberg seine Ministerämter niedergelegt und nur wenige Tage später faßte die Partei den Beschluß, sich aufzulösen. Sie war keineswegs als Oppositionspartei von der staatlichen Exekutive bedrängt oder unterdrückt worden, im Gegenteil, sie war sogar Mit-Regierungspartei. Später kandidierten ihre Abgeordneten auf den Wahlvorschlägen der NSDAP und nahmen auf den Parlamentssitzen der NSDAP-Fraktion im Reichstag ihren Platz ein. Die Bayerische Volkspartei gab in ihrem Auflösungsbeschluß ihren seitherigen Mitgliedern den politischen Weg frei mit der ausdrücklichen Empfehlung: ... »unter der unmittelbaren Führung Adolf Hitlers am Aufbau des neuen Deutschlands mitzuwirken« ... Das hätte mit diesen Worten fast einem Aufruf der NSDAP entnommen sein können. —

Die seit 60 Jahren einflußreiche Zentrumspartei, ohne deren Mitwirkung in der Weimarer Republik fast keine Regierung denkbar gewesen war, gab am 5. Juli 1933 den Beschluß des Parteivorstandes, sich selbst aufzulösen, bekannt. Auch diese weltanschaulich so konstante Partei war am Ende ihres Selbstbewußtseins und ihres eigenen politischen Willens. Willenlos beugte sie sich den eingetretenen politischen Verhältnissen, um den Anhängern, wie es in einer Kundgebung des Reichsparteivorstandes hieß: ... »die Möglichkeit zu geben, ihre Kraft und Erfahrungen der unter der Führung des Herrn Reichskanzlers stehenden nationalen Front zur politischen

Mitarbeit im Sinne der Festigung unserer nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse und zur Mitwirkung am Neuaufbau einer rechtsstaatlichen Ordnung rückhaltlos zur Verfügung zu stehen«. — Weitgehendere Beteuerungen der Loyalität und Bereitschaft zur Mitarbeit hätte Hitler mit seinen zwei nationalsozialistischen Ministern im Kabinett selbst von seiner eigenen NSDAP nicht erwarten können.

Es war insgesamt gesehen die völlige kampflose Selbstaufgabe der bürgerlichen Parteien und ihrer jahrzehntelang mit so großer Leidenschaft vertretenen politischen Grundsätze, die Hitler den Weg in den Einparteienstaat und damit in die Diktatur frei gab. Zu seiner eigenen, wie ich selber bezeugen kann, Überraschung! Wer den Weg der Parteien zurückverfolgt, kann nicht an der Tatsache vorbeihuschen, daß sie selbst, auch schon vor Hitler, an ihrem Untergange mitgewirkt haben. Ob liberal, ob katholisch, ob marxistisch, ob demokratisch, sie alle versagten in einer revolutionären Stunde und verhalfen durch ihren freiwilligen Rücktritt Hitler zur absoluten Macht.

Ihre Wähler waren zum großen Teile schon bereits vor der Kanzlerschaft Hitlers nach rechts und links zu den extremen revolutionären Parteien abgewandert. Die Führung der Parteien hatte diese Abwanderung ins Extrem nicht zu verhindern versucht und dann auch nicht mehr vermocht und keine von ihnen vermochte den enttäuschten und politisch suchenden Massen eine politische Heimat zu geben.

Für das Zentrum war das Ende opportunistischen Paktierens, einer Rolle des Züngleins an der Waage, schon 1930 gekommen. Für die SPD waren politische Ideenlosigkeit und erschreckender Mangel jeglicher politischer Initiative schon seit Jahren eindeutige Zeichen ihres nahenden Endes. Ihre Führung mußte erleben, daß die eigenen Gewerkschafts-Bosse, um ihre Organisation zu retten, nach Hitlers Macht-Übernahme akrobatische Seiltänze aufführten und Erklärungen abgaben, die fast einer Loyalitätserklärung gleichkamen. Außer dem Verbot der KPD durch Hindenburg und später der SPD durch Hitler war es also die völlig widerstandslose Selbstauflösung der

bürgerlichen Parteien, die dem sich später entwickelnden Regime die Wege ebnete.

Man stellte sich, wir alten Gauleiter der NSDAP kamen dabei nicht aus dem Staunen heraus, durch eindeutige Erklärungen dem Neuaufbau des Reiches durch Hitler bedingungslos zur Verfügung. Die alten SA-Männer hätten fast eifersüchtig werden müssen. Einige der sich dem Neuaufbau anbietenden 150%igen taten ihren neuen Eidschwur fast noch ekstatischer in Worten kund als es die alte Garde der Partei in ihren Kundgebungen getan hatte.

Otto Meißner, der damalige unter drei Systemen gediente Staatssekretär im Reichspräsidenten-Palais, der das politische Geschehen in der Weimarer Republik aus nächster Nähe hatte beobachten können, hat vollkommen recht, wenn er zu der Selbstauflösung der bürgerlichen Parteien sagt: »Die Selbstaufgabe der damaligen Parteien kann nicht allein durch die Furcht vor Gewalttätigkeiten der nationalen Gegner erklärt werden, auch nicht durch Verärgerung über den Ausschluß aus dem politischen Einfluß und der Schwierigkeit, im autoritären Staate als Opposition eine politische Aufgabe zu erfüllen. Ihr tiefster Grund ist das Bewußtsein, das Vertrauen der Wähler verloren zu haben. Die damaligen Parteivorstände mußten feststellen, daß die Massen der Wähler zu Hitler wanderten, der ihnen eine Volks-Gemeinschaft ohne Klassenkampf und Parteigegensätze, einen sozialen Staat auf einer nationalen Grundlage und Friede, Arbeit und Brot verhieß.«

Nachdem die bürgerlichen Parteien ihre Selbstauflösung so wiederstandslos freiwillig vollzogen hatten, also nicht willens waren, parlamentarische Opposition zu sein, war der Regierung Hitler der Weg zu dem am 14. Juli 1933 erlassenen Gesetze bereitet, das die NSDAP zur einzigen politischen Partei des Reiches erklärt und die Weiterführung oder Neugründung jeder anderen Partei unter Strafe stellt. Der Staat vor Hitler war nur das Erbe einer politisch bankrotten Demokratie, die in ihren abstrakten demokratischen Ideologien ihre substantielle Voraussetzung und ihren Sinn, das deutsche Volk vergessen hatte.

Das ist meine ehrliche Antwort, erhärtet durch das persönliche

Erleben, auf Ihre so anklagende Frage. Die anschaulichste Demonstration des opportunistischen Selbstbetruges der damaligen Parteien erlebte ich kurz nach dem 30. Januar 1933 in jenen Vorgängen, die man geringschätzig als »Gleichschaltung« bezeichnet hat, — die als solche jedoch nur die falsche Reaktion auf das massenweise Verlangen nach dem Gleichgeschaltetwerden der opportunistischen Parteiveteranen der Weimarer Republik war. Jene »Märzgefallenen«, wie wir innerhalb der Partei die in Massen zur siegreichen NSDAP stoßenden und drängenden »heimlich schon immer für Hitler« eingestellten Opportunisten nannten, waren kein Segen für die im Kampf und Entsagung großgewordene Partei. Sie füllten mit ihren Mitgliedsbeiträgen die leeren Kassen der Parteiorganisation, aber sie verfälschten sehr oft aus Minus-Komplexen in der Überkompensierung ideologischer Forderungen das einst beschworene Programm. Lenin hat schon auf diese spießbürgerliche negative Begleiterscheinung einer jeden Revolution in drastischer Warnung hingewiesen. Auch ich versuchte schon 1933, den andrängenden Postenjägern kein allzu freundliches Willkommen zu entbieten, wenn ich im Eingange der Gauleitung in Halle die vielen nach dem Siege sich beeilenden, nun endlich dabeisein wollenden Spießerseelen mit dem Wandspruch von Bogislaw von Selchow begrüßte:

»Die über Nacht sich umgestellt, die sich zu jedem Staat bekennen, das sind die Praktiker der Welt: Man könnte sie auch Lumpen nennen«. An Überläufern in den großen Wandlungen der Geschichte scheint Deutschland besonders reich zu sein. Die Gleichschaltung von 1933 im Zeichen des Sieges der nationalsozialistischen Revolution scheint in noch größeren, groberen opportunistischen Attraktionen 1945 im Zeichen der großen Niederlage, nur in entgegengesetzter Richtung, ihre noch verhängnisvollere Wiederholung gefunden zu haben. Die in Ihrer Frage aufklingende Anklage der rohen und gewaltsamen Liquidierung der Parteien scheint den 1933 vor dem politischen Kampfe gegen Hitler in die Selbstauflösung flüchtenden Opportunisten den Mythos des Kampfes bis zur letzten Stunde verleihen und ihnen die Rolle der Märtyrer unterstellen zu wollen. Ich zeihe sie des Gegenteiles.

8. Frage:

In dem Sünden- und Verbrechensregister der Hitler-Diktatur nehmen die Geschehnisse in den deutschen KZ.'s einen besonders heftig diskutierten Platz der Anklage ein. Was wußten Sie von den Grausamkeiten in diesen KZ.'s?

Antwort:

Ich will zu Beginn meiner Antwort durchaus nicht verneinen, von verschiedenen Vorgängen in den KZ.'s Kenntnis gehabt zu haben. Das heißt jedoch nicht, über alle Geschehnisse in den KZ's, wie es in Ihrer Frage mir unterstellt werden könnte. Von spezifisch unmenschlichen Geschehnissen, die Sie in Ihrer Frage wahrscheinlich ansteuern, habe ich erst nach dem Kriege erfahren. Ich wußte, wie die parteiinterne Führung ebenfalls, daß es bereits seit dem Regierungsantritt Hitlers legale und eine kurze Zeit lang auch illegale KZ.'s gab: Deutsche KZ.'s. — Es waren nicht die ersten in der Geschichte der Menschheit. — In dem Kalendarium des Burenkrieges zu Beginn des Jahrhunderts schon wurde der Welt Kunde von Grausamkeiten in den englischen KZ.'s. An sich müßte das Thema Konzentrationsläger für den Englishman tabu sein, denn man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glaskasten sitzt.

In der Sowjetunion gab es zum Zeitpunkte des Regierungsantrittes Hitlers bereits seit 16 Jahren, seit der Oktober-Revolution, und wohl auch schon Jahrzehnte zuvor unter dem zaristischen Adler, hundertfach gehäuft, im eiskalten Sibirien Haft- und Strafläger, in denen Millionen von Menschen im Terror des herrschenden Systems als Sträflinge ihr Leben aushauchten. Und denken wir an die Zeit, in der der christliche Bundeskanzler Dollfuß diktatorisch die Geschicke Österreichs zu lenken versuchte, dann tauchen auch in den österreichischen Landen KZ-Läger auf, in denen nicht nur

Austromarxisten sondern auch Nationalsozialisten aus Gesinnungsgründen inhaftiert waren.

Eine Novität ist also das Thema KZ im zwanzigsten Jahrhundert durchaus nicht, auch wenn es als solche in der Propaganda der alliierten Sieger dargeboten wird.

Lassen Sie mich zuerst ein Wort zum Thema Terror ganz allgemein sagen. Politischer Terror ist, solange es Revolutionen gibt, immer einer der erfolgreichsten Geburtshelfer neuer »glücklicher« Zeiten gewesen. Ich wäre feige und gewissenlos, wenn ich in der Darstellung des von mir einst vertretenen nationalsozialistischen Systems behaupten wollte, die nationalsozialistische Revolution sei bar jedes politischen Terrors gewesen. Mit der Machtübernahme Hitlers gewann der revolutionäre Terror hie und da exekutiven Charakter. Wir haben aus unserem Charakter als Revolution ja nie einen Hehl gemacht. Im Gegenteil, wir waren stolz darauf. Die Machtübernahme Hitlers war ja nicht eine bürgerliche Regierungsablösung, sondern die laut gepredigte und geplante Wandlung der politischen gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. —

Noch während die Flammen des Reichstages loderten, angesichts oder zumindestens in der Annahme eines drohenden kommunistischen Aufstandes, hatte der Reichspräsident von Hindenburg am 28. 2. 1933 in der »Verordnung zum Schutze von Volk und Staat« der neuen Hitler-Regierung Vollmachten erteilt, die sie diktatorisch ausstattete, ehe noch das Ermächtigungsgesetz im Reichstage beschlossen ward. Und im Vollzuge dieser Verordnung beginnt die exekutive Maschinerie des neuen Staates in der Arena der immer noch drohend geschwängerten innerpolitischen Auseinandersetzung. Der Artikel 48 der Weimarer Verfassung gibt Hitler und seiner neuen Regierung auch für eine antidemokratische Regie die staatliche Legitimation. Auf Grund dieser Verordnung fanden nach dem Reichstagsbrand auch die ersten massenweisen Verhaftungen kommunistischer Funktionäre und ihre vorübergehende Einweisung in sogenannte »Schutzhaftlager«, sprich Konzentrationslager, statt.

Es wird auf den ernstlich forschenden Zeitgeschichtler wie eine schockierende Sensation wirken, wenn er dokumentarisch feststel-

len muß, daß diese ersten Massenverhaftungen politischer Gegner nach Verhaftungslisten vorgenommen wurden, die — man höre und staune — aus den Schreibtischschubläden des sozialdemokratischen Preußischen Innenministers Karl Severing stammten. Hitler ließ also nur die während der Zeit der sozialdemokratischen Regierung Braun-Severing zur Verhaftung vorgemerkten Delinquenten festnehmen. Von der Nationalsozialistischen Partei erstellte Verhaftungslisten gab es damals nicht.

Noch dazu wird der leidenschaftliche Zeitgeschichtler es als eine enttäuschende Nachricht registrieren, wenn er erfährt, daß der so vielumstrittene Artikel 48 der Weimarer Verfassung, der den Hindenburgschen Notverordnungen erst Rechtskraft gab, in der Weimarer Republik über 2000 Male angewandt worden ist. Den sozialdemokratischen Zeitgeschichtler wird es erschrecken, wenn er erfährt, daß allein der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert als erster Reichspräsident der Republik über 1000 Male mit diesem »Diktatur Artikel« 48 die junge Republik zu erhalten versuchte. Im Endergebnis jedoch ohne Erfolg.

Nach den ersten massenweisen Verhaftungen kommunistischer Funktionäre fanden auch Verhaftungen sonstiger politischer Gegner statt. Am 22. Februar hatte Göring als preußischer Ministerpräsident die SA zur »Hilfspolizei« in Preußen ernannt. Örtliche SA Hilfspolizisten benutzten die Verhaftungsmaschinerie dann und wann zu »Aktionen persönlicher politischer Rache«. Das kann und darf gar nicht abgestritten werden. Je nach der politischen Disziplin in den einzelnen Landschaften wurden die staatlichen Exekutiv-Maßnahmen mit wirksamem Terror durchsetzt. Und es ist nicht zu leugnen, aber auch nicht zu verwundern, der Terror, die Begleiterscheinung jeder Revolution, gibt den revolutionären turbulenten Frühjahrsmonaten des Jahres 1933 landschaftlich verschieden, vielfach dominante Züge. —

Sicher erscheint der politische Terror im Vollzuge einer Revolution aus der Sicht einer friedlichen Epoche unter Zugrundelegung einer evolutionären Geschichtsschau unmenschlich und schergenhaft. Im subjektiven Empfinden revolutionärer Aktivisten wird dieser je-

doch nicht immer so empfunden. Im Gegenteil: In der Mentalität des Revolutionärs rangiert er mitunter als eine der entscheidendsten »Tugenden«, als Mittel, dem größeren Ziele der Revolution, dem zu erkämpfenden größeren allgemeineren Rechte Geltung und Wirksamkeit zu verschaffen. Ohne dem politischen Terror ein rechtfertigendes Wort zu reden, glaube ich, daß in revolutionären Situationen ihm nur in der gleichzeitigen Wertung seiner subjektiven Motive zusammen mit dem objektiven Geschehen Gerechtigkeit zuteil werden kann.

Es gab auch 1933 — wie eh und jeh, wenn der Umsturz zum Evangelium wurde — Terroristen, die subjektiv und objektiv den Rahmen einer menschlichen Bewertung oder sagen wir es besser einer humanen Bewertung sprengten und in unmenschlicherWeise kriminelle Schergendienste verrichteten, neben solchen, die im Vollzuge terroristischen Aktionen subjektiv in einem von ihnen angeblich höheren größeren Rechte zu handeln glaubten. Man kann in revolutionären Ausnahmezuständen nicht mit normalen Maßstäben regieren, will man das eigene politische Ziel nicht ad absurdum führen. Das nicht erkannt zu haben, war einer der großen Fehler der Weimarer Republik. Sie selbst führte sich, als die revolutionäre Opposition gegen die demokratische Ordnung anbrandete, in die kraftlose Agonie. Hätte sie den Mut gehabt, einer vorübergehenden Diktatur im Interesse ihres aktiven Weiterlebens, ihrer Existenz, eine Berechtigung, ja eine Notwendigkeit zuzuerkennen und statt einer permanenten Handhabung abstrakter demokratischer Doktrinen diese Notwendigkeit eine Zeitlang diktatorisch zu praktizieren, dann wäre vielleicht die geschichtliche Wirklichkeit ihr noch einmal gnädig gewesen und die deutsche Entwicklung hätte einen anderen Weg genommen. Man vergißt bei der Beurteilung geschichtlicher Epochen oft die geschichtlichen Bedingungen zu ergründen, die die Haltung einer historischen Persönlichkeit oder auch einer Regierung in weitem Ausmaß bestimmt.

Doch zurück zum konkreten Thema KZ.'s. —

Da dieses Thema inbezug auf den von mir geführten Gau Halle-Merseburg, ein ehemals vorwiegend kommunistisches Kampfgebiet,

angeht, so muß es für den Leser oder Hörer fast unglaublich klingen, wenn ich darzustellen versuche, daß ich in dem ersten Jahre des nationalsozialistischen Reiches in meiner Eigenschaft als Gauleiter der NSDAP eines Tages ein kleines KZ. — es nannte sich Schutzhaftlager — sogar zufällig entdecken mußte.

Es handelte sich um das kleine Schutzhaftlager Lichtenburg bei Torgau an der Elbe, von dessen Existenz ich erst erfuhr, als es schon einige Zeit in Funktion war. Die Berliner Zentrale der Geheimen Staatspolizei hatte die Einrichtung dieses Lagers mit dem für die staatliche Verwaltung meines Gebietes zuständigen und verantwortlichen Regierungspräsidenten Dr. Sommer besprochen. Der in der Zeit Papens ohne unser Zutun eingesetzte Regierungspräsident, keineswegs ein Nationalsozialist, war durch meine Toleranz im Jahre 1933 auch Regierungspräsident verblieben. Er hatte sich wohl gerade in der Erkenntnis seines politischen Passiv-Saldos inbezug auf nationalsozialistische Zuverlässigkeit den Plänen der Berliner Zentrale der Gestapo ganz besonders willfährig zeigen wollen und auch gezeigt.

Das kleine Konzentrationslager war in einem Schlosse untergebracht, in massiven Bauten, und machte, weil es ohne Genehmigung und ohne Beteiligung der landschaftlichen Parteidienststellen eingerichtet worden war, eine Zeitlang nicht von sich reden. Es blieb jedoch nicht aus, daß eines Tages aus Parteikreisen als auch zivilen anonymen Quellen Klagen und Vermutungen über Zustände in diesem Lager an mich heran kamen.

Ich forderte damals den Regierungspräsidenten auf, im Rahmen seiner Zuständigkeit, in Wirklichkeit bestand gar keine, den Klagen nachzugehen und mit meiner Zustimmung von den zuständigen Stellen in Berlin zu fordern, daß umgehend eine zentrale Untersuchung und gegebenenfalls eine Änderung oder Bestrafung der als schuldig befundenen Organe vorgenommen werde. Dies ist dann auch geschehen. Die Leitung des Lagers wurde sehr kurzfristig abgelöst. Ich folgte eines Tages der Einladung der neuen Lagerleitung und überzeugte mich durch einen Besuch von den Verhältnissen im Lager.

Die für Lagerzwecke vorgesehenen Lagerräume waren keineswegs voll besetzt. Ich traf bei meinem Besuche auf zwei mir aus meiner hessischen Heimat bekannte Personen aus der Kampfzeit. Es waren der ehemalige hessische Ministerpräsident H. Leuschner sowie der sozialdemokratische Theoretiker Carlo Mierendorf. Mierendorf kannte ich aus meiner politischen Rednertätigkeit in meiner hessischen Heimat, wo ich ihn einige Male als Diskussionsredner in meinen Versammlungen erlebt hatte. Ich hatte ihn damals schon als einen fairen sachlichen Gegner kennen gelernt und auch so noch in Erinnerung. Umso mehr interessierte ich mich für dessen politisches Schicksal. Leuschner hatte im Lager Lichtenberg damals das Amt der lagerinternen Selbstverwaltung inne. Mierendorf, ein sehr kluger und belesener Kopf, übte das Amt des Lagerbibliothekars aus. Beide gaben mir auf meine Frage nach ihrer persönlichen Behandlung zur Kenntnis, daß sie, solange sie diese ihre Lagerämter behalten dürften, keine besonderen Beschwerden erheben könnten. Ich stieß auch auf den mir bekannten kommunistischen Abgeordneten aus dem Preußsichen Landtag Caspar. Auch mit ihm unterhielt ich mich und fragte ihn, ob er besondere Anliegen habe. Caspar verneinte dies. Als ich etwas mehr persönlicher dem ehemaligen Kollegen aus dem Preußenhaus gegenüber die Bemerkung machte, »Nun sind wir Euch doch etwas zuvor gekommen?« meinte er durchaus mit der Miene eines selbstbewußten politischen Häftlings: »Ja, aber sicher nur für eine vorübergehende Zeit!« Ich empfand das als Haltung. — Leuschner und Mierendorf sind nur vorübergehend im Lager Lichtenburg verblieben. Leuschner wurde meines Wissens nach ungefähr einem Jahr Haft — zu Beginn 1934 wieder in die Freiheit entlassen. Er beteiligte sich in der Freiheit später am Kampfe der »Widerständler«, nahm an den Vorbereitungen zum 20. Juli 1944 aktiv teil und wurde nach dem Urteil des Volksgerichtshofes zum Tode verurteilt und hingerichtet. Mierendorf kam, frühzeitig entlassen, bei einem Luftangriff in Leipzig ums Leben.

Mit ihm verlor die SPD, nach meiner Ansicht, einen ihrer fähigsten Köpfe. Caspar wurde, wie ich nach dem Kriege lesen konnte, später angeblich in einem großen KZ ein Opfer des Lagerlebens.

Zu der verwaltungsmäßigen Zuständigkeit für das kleine nur zeitweilige Schutzhaftlager Lichtenburg, das in Wirklichkeit ja nur ein interimistisches Lager war, sei noch gesagt, daß es verwaltungsmäßig und disziplinär direkt und allein der Geheimen Staatspolizei in Berlin unterstand und daß weder die Regierung in Merseburg noch die Gauleitung in Halle einen Einfluß auf seine Existenz und seine Praktiken hatte.

Außer den erwähnten Meldungen über Zustände im Lager, anläßlich derer ich damals von dem Regierungspräsidenten im Rahmen seiner allgemeinen staatlichen Befugnisse bei den zentralen zuständigen Stellen Untersuchung forderte, habe ich dann später, bis zu meinem Weggange aus dem Gau Halle-Merseburg, nie mehr Beschwerden zu Gehör bekommen. Damals war es durchaus nicht eine Sensation, daß inhaftierte KZ-Insassen nach kurzer Zeit, meistens nach einem halben Jahre Haft, wieder in ihrem Heimatorte auftauchten, wenn sie sich während der Haftzeit keine illegalen Handlungen hatten zuschulden kommen lassen.

So sahen wir im Gau Halle-Merseburg viele der inhaftierten KPD-Funktionäre nach kurzer Zeit wieder und trafen auf sie sogar in den Fabriksälen der Werke, die später in ihrer Produktion speziell der Aufrüstung dienten.

Was das kleine KZ Lichtenburg angeht, so sei erwähnt, daß dieses nach 1945 seine neue Blüte erlebte, als ehemalige Nationalsozialisten seine neuen Insassen und die kommunistischen Machthaber seine KZ.-Herren geworden waren.

Zur Beurteilung der Lage nach dem 30. Januar 1933 — einer revolutionär geschwängerten Alarm-Situation ein Beispiel: — Die Berliner Polizeiabteilung Wecke stellte laut der amtlichen Bekanntgabe des Reichsinnenministeriums bei ihren Razzien nach kommunistischen Waffenlägern in Berlin eine Menge von Gewehren, M.G.'s, Maschinenpistolen und Sprengstoffen fest, die ausgereicht hätte, zwei Divisionen infanteristisch auszurüsten.

Über die Zahl der 1933 verhafteten politischen Gegner sind die verschiedensten Angaben im Umlauf.

Rudolf Diels, seit Jahren der Bearbeiter antikommunistischer An-

gelegenheiten im preußischen Innenministerium Karl Severings, schreibt in seinem Buche »Luzifer ante portas«, erschienen im Europa Verlag, Zürich, daß nach einer Urkunde des Nürnberger Gerichtes am 1. Oktober 1933 innerhalb der Anzahl der Polizeigefangenen die deutschen Länder wie folgt beteiligt waren:

Preußen mit	14 906
Bayern mit	4152
Sachsen mit	4500
Württemberg mit	971
Baden mit	539
Hessen mit	145
Hamburg mit	682
Braunschweig mit	248
Oldenburg mit	176
Anhalt mit	112

Im gesamten Reichsgebiet gab es nach Diels im Oktober 1933 gegen 26 789 Polizeigefangene. Illegale Läger sind darin nicht inbegriffen, doch dürften Oktober 1933 solche nicht mehr bestanden haben.

Es ist wenig bekannt, daß zu Weihnachten 1933 eine Weihnachtsamnestie durch Göring 5000 der inhaftierten KZ-Insassen die Heimkehr in die Familie brachte. Zu Weihnachten 1934 gab es noch einmal eine Amnestie.

Im Februar 1934 waren die angegebenen 26 789 Polizeigefangenen im Reichsgebiet (nach Diels) auf rund 1800 zurückgegangen. Diels würdigt in seinem Buche das Verhalten der Preußischen Polizei in der damaligen Zeit und schreibt zu deren Ehrenrettung:

»Aus den fünfzig Tausend Gewehrläufen und Pistolen der preußischen Polizei ist im Jahre 1933 kein einziger Schuß auf einen Staatsfeind abgegeben worden.« (Seite 119: Luzifer ante portas) Ich bemerke dazu: Der berüchtigte Schießbefehl Görings an seine Polizei war bereits im Februar 1933 ausgesprochen worden.

Tatsächlich ging die Zahl der politischen Häftlinge von Jahr zu Jahr mit einigen Schwankungen zurück. Am 1. 11. 1936 befanden sich in

fünf Konzentrationslagern insgesamt 4761 Häftlinge, von denen 3649 aus politischen Gründen inhaftiert waren. Im Jahre 1939, also im letzten Jahre vor dem Kriege, befanden sich in Deutschlands Konzentrationslägern rund 21 300 Häftlinge, damals jedoch schon die Mehrheit als rückfällige Gewohnheitsverbrecher (also krimineller Art).

Der Rest setzte sich aus hohen Funktionären der marxistischen Parteien, vor allem der illegalen KPD zusammen. Im Kriege jedoch stiegen die Zahlen erheblich an. Jetzt kamen Wehrkraftzersetzer, Wehrdienstverweigerer, Schwarzschlächter noch zusätzlich zu den politischen Häftlingen hinzu. In vielen Lägern waren die Kriminellen dominierend. Ein kurzer blitzartiger Nebengedanke: Nach 1945 stieg die Anzahl der politisch Inhaftierten in den Lägern der alliierten Sieger in die Hunderttausende. —

Als eine sowjetische Justizbehörde nach der Kapitulation die Zahlenverhältnisse in den KZ's erforschen wollte, die die motivmäßige Zusammensetzung der Lagerinsassen zum Ausdrucke bringen sollte, gelang es ihr trotz größter Bemühungen nicht, mehr als 13% der Lagerinsassen als »Politische« festzustellen. Die hohen Zahlen der KZ-Insassen seit 1941 gehen vor allem auf das Konto der Judenverfolgungen durch Himmlers Gestapo. Wenn wir von den inhaftierten Juden absehen, so beträgt die Gesamtzahl der Deutschen, die damals in einem KZ inhaftiert waren, rund 500 000. Von diesen 500 000 sind, wenn wir die sowjetzonale Rechnung von 13% »Politische« auch noch auf 20% erhöhen, was zweifellos zu hoch ist, im Höchstfalle 100 000 als politische Häftlinge anzuerkennen. Das sind von der gesamten Bevölkerung des Großdeutschen Reiches mit 80 Millionen also ganze 0,125%. Wohlgemerkt: Diese versuchte Analyse will keine Rechtfertigung der deutschen KZ's darstellen. Lassen wir die Sieger zu Worte kommen:

Beim »Internationalen Suchdienst« in Arolsen liegen sämtliche Häftlingslisten der KZ's vor. Danach waren von 1933 bis 1945 in sämtlichen KZ's zusammen nur 530 000 Personen inhaftiert. Diese Zahl umfaßt die entlassenen, befreiten und verstorbenen Häftlinge.

Insgesamt befanden sich 1942 21 900 Menschen in den KZs; der überwiegende Teil waren Berufsverbrecher, Asoziale und Homosexuelle.

Betreffs der Phantasiezahlen der KZ-Insassen macht das Dokument Nr. 129-R in Band 38 Seite 363 in »Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof« folgende authentischen Angaben. Die Zahl der KZ-Insassen betrug am 30. 4. 1942: Dachau — 4500 — Sachsenhausen — 6500 — Buchenwald — 5300 — Mauthausen — 1500 — Flossenburg — 1600 — Ravensbrück — 2500.

Meine ehrliche Meinung ist: Jede Freiheitsberaubung aus Gründen einer politischen Gesinnung halte ich, wenn nicht staatsumstürzlerische Aktionen in ihr beheimatet sind, für unrechtmäßig und zugleich für terroristisch. Lediglich dem bestehenden Strafgesetze zugrunde liegenden Tatvergehen können oder dürfen durch eine staatliche Exekutive geahndet werden.

Aber nach 1945 war das in der »demokratisch« gehandhabten Exekutive der Sieger ja auch so, daß die politisch-gegnerische Gesinnung, ja sogar die politisch-gegnerische Gesinnung der Vergangenheit bereits für den »Automatic Arrest« ausreichte.

Ich glaube in der Annahme nicht fehl zu gehen, daß auch heute — selbst in sogenannten demokratischen Ländern KZ-Läger vielleicht sogar für Hunderttausende in Bereitschaft stehen, um in einem politisch aktuellen Alarmfalle sehr schnell mit den den Staat gefährdenden Personen gefüllt zu werden. Ich habe von meinem Besuche im Lager Lichtenburg gesprochen. —

Mehr als in diesem improvisierten kurzweiligen Schutzhaftlager konnte ich mich im Jahre 1935 anläßlich eines Besuches in dem wohl am meisten genannten und bekannten KZ-Lager Dachau über das dortige KZ-Leben orientieren und mich informieren lassen. Anläßlich einer im Herbst dieses Jahres in München tagenden Reichs- und Gauleiter-Tagung war unvorhergesehen eine Besichtigung des KZ-Lagers Dachau in das Tagungsprogramm des zweiten Tagungstages eingeschoben worden. Der so ungewöhnliche Tagungspunkt in der Programmfolge war dadurch aktuell geworden, weil

einige Gauleiter sich wegen der in den Gauen an sie herangetragenen Gerüchte über Vorgänge in den KZs. während dieser Tagung an den anwesenden Reichsführer SS Heinrich Himmler gewandt hatten und von diesem eine klarstellende Antwort verlangt hatten. Himmler hatte den Gauleitern geantwortet, daß es in den KZ's keinerlei Geheimnisse gäbe, die die Öffentlichkeit zu scheuen brauchten, daß er schon lange und wiederholt internationalen Persönlichkeiten, so zum Beispiel auch dem Internationalen Roten Kreuz, die Läger zur ungezwungenen Besichtigung freigegeben habe, und daß er es jetzt für zweckmäßig erachte, wenn er am anderen Vormittag den Reichsleitern und Gauleitern das nahe gelegene Lager Dachau selber zeigen könne. Er wolle alle an ihn gestellten Fragen dortselbst beantworten und wolle der Führung der Partei gerne alle Einrichtungen zeigen, ohne auch nur irgend etwas vertuschen zu wollen.

So kam es, daß am anderen Vormittag das Konzentrationslager Dachau einen korporativen Besuch durch das politische Führerkorps der Partei in seinem Tagesablauf buchen konnte. Dachau war damals das am meisten genannte Lager in der gegnerischen Propaganda, obwohl es zu dieser Zeit wohl nur ca. 3000 Häftlinge als Belegschaft aufwies. Aber es war und verblieb das älteste KZ des nationalsozialistischen Regimes, das später allen andern Lägern wohl als Muster diente.

Der Ukas seiner staatlichen Gründung trägt außer dem Namen Himmler, die Geschichte offenbart sich manchmal nicht ohne Ironie, den Namen des bayrischen Ministerpräsidenten Held, des damaligen staatlichen Repräsentanten der Bayerischen Volkspartei.

Ein Blickfang für alle Besucher, als auch für die Insassen, war der im Innern des Lagers riesengroß aufgemachte Spruch: Es gibt einen Weg in die Freiheit. Er mutete wie eine lagerpädagogische Generalparole an und milderte sicher bei vielen Besuchern den ersten durch Mauern mit Stacheldraht und Wachtürmen hervorgerufenen düsteren Eindruck. Himmler selbst erläuterte damals die Zusammensetzung der Insassen des Lagers nach den Motiven der Inhaftierung. Es gab politische Häftlinge, es gab aber auch solche, die als Berufs-

verbrecher die Sicherheitsverwahrung als den Ausklang ihres umfangreichen kriminellen Steckbriefes absolvierten, es gab Asoziale, die in grober Weise gegen die Gemeinschaft des Volkes verstoßen hatten, Homosexuelle und Mitglieder der »Ernsten Bibelforscher« (als Wehrdienstverweigerer), darüber hinaus Juden, die damals zahlenmäßig im Verhältnis zu der Gesamtbelegschaft nur 10% ausmachten.

Jede Kathegorie dieser Häftlinge war äußerlich durch ein Abzeichen, ein farbiges Band, das in Brusthöhe zu tragen war, gekennzeichnet. So wußte man schon bei Annäherung, mit welcher Art Häftling man es zu tun hatte. Uns interessierten natürlich in erster Linie die politischen Häftlinge und unter ihnen vor allem die prominenten Funktionäre, deren Namen ein Programm bedeutete.

Dieses Interesse war vor allem aus dem Bedürfnis entstanden, durch diesen Lagerbesuch eine klare Anschauung von den Verhältnissen im KZ zu erhalten. Himmler hatte uns erlaubt, mit jedem Häftling zu sprechen und jede beliebige Frage an ihn zu richten. Außer dem einführenden Vortrag Himmlers über das Regime des KZ's waren diese persönlichen Unterhaltungen mit einzelnen Häftlingen für uns die Hauptquellen unserer gewonnenen Anschauung. Unsere Fragen waren vielgestaltig. Außer der Frage »Warum hier?« domierten die Fragen nach dem Leben im Lager: »Sind Sie gesund?« »Müssen Sie arbeiten?« »Sind Sie jemals mißhandelt worden?« Haben Sie Nachricht von Ihren Angehörigen?« »Wie ist das Essen?« »Was hat es gestern und vorgestern zu essen gegeben?« »Wie ist die ärztliche Betreuung?« Um nicht durch Himmler und seine Unterführer bei unseren persönlichen Unterhaltungen mit Häftlingen gestört oder beeinflußt zu werden, hatten wir uns in Gruppen aufgeteilt und durchstreiften ohne Überwachung die einzelnen Barrackenstraßen. Viele von uns hatten in der Zeit unseres politischen Kampfes selbst Haftzeiten in Gefängnissen erlebt, kannten also die Probleme des politischen Gefangenen. Sicher beeinflußten nun die eigenen Erlebnisse in der einstigen politischen Haft unser Kriterium für die Beurteilung unserer Beobachtungen. Alle Beobachtungen erbrachten die nachfolgenden Ergebnisse, den Wunsch, bald wieder

in Freiheit zu sein, keinerlei konkrete Beschwerden, daß die Haft in einem Konzentrationslager unter offenem Himmel wie hier in Dachau einer Haft in einer sonnenlosen Gefängniszelle vorzuziehen sei und daß das Gemeinschaftsleben in einem Lager die Härten des Freiheitsentzuges mildere.

Dieses Denkergebnis ging allerdings nur von der Art der Haft und ihren Verhältnissen aus und nicht von den rechtlichen Voraussetzungen dieser Haft. Doch diese Frage stellte sich nur in einigen Ausnahmefällen. Grundsätzlich setzten wir in die dafür entscheidenden Stellen das Vertrauen, nach Recht und Gerechtigkeit im Interesse des Staates und seiner Sicherheit und nicht etwa nach Willkür und Sadismus ihre Entscheidungen zu treffen.

Daß politische, vor allem revolutionäre Tätigkeit gefährlich war, das wußten wir aus eigener Erfahrung. Für mich war das Erleben bei diesem Besuche in Dachau dafür maßgebend, daß ich später vernommene Meldungen über Mißhandlungen und Lynchjustiz in den KZ's als Niederschlag der feindlichen Propaganda ansah und deshalb weniger glaubhaft empfand und bewertete. Damals, im Jahre 1935, vermochte ich nicht zu ahnen, daß ich einst (1945) selbst Insasse des Lagers Dachau sein werde.

Von hier aus wurde ich, nachdem ich eine Zeitlang in den ehemaligen Bordell-Baracken des KZ's untergebracht war und später in einer Zelle des berüchtigten Dachauer Bunkers in Bereitschaft gesessen hatte, eines Nachts in einem fensterlosen Gefangenen-Transportwagen an der Zonengrenze den Russen übergeben.

Hier in Dachau konnte ich auch die berüchtigte »Gaskammer« des Lagers in Augenschein nehmen, jene so viel zitierte Schreckenskammer, in der angeblich Abertausende von Menschen vergast worden sein sollen.

Sie war jedoch — und das im Jahre 1946 — obschon gefangene nationalsozialistische Häftlinge unter dem Befehl der amerikanischen Kommandantur daran arbeiteten, noch nicht ganz fertig. Alle in der Welt über diese »Vergasungsanlage« verbreiteten Greuelmeldungen waren erlogen und erstunken. In Dachau gab es eine solche Vergasungsanlage nicht. Diese Wahrheit mußte auch das

Münchner »Institut für Zeitgeschichte« im August 1960 öffentlich bekunden, indem es erklärte: »Weder in Dachau noch in Bergen-Belsen noch in Buchenwald sind Juden oder andere Häftlinge vergast worden. — Die Gaskammer in Dachau wurde nie ganz fertiggestellt und in Betrieb genommen. — Die Massenvernichtung der Juden durch Vergasung begann 1941/42 und fand ausschließlich in einigen wenigen hierfür ausgewählten und mit entsprechenden technischen Einrichtungen versehenen Stellen, vor allem im besetzten polnischen Gebiete (aber niemals im Altreiche) statt.« (Die Zeit, Hamburg, 19. 8. 1960).

Selbst der grimmigste antifaschistische Propagandist wird dem Münchner »Institut für Zeitgeschichte« nicht unterstellen wollen, mit dieser Erklärung eine Apologetik des Nationalsozialismus betreiben zu wollen. Es spricht mit dieser Erklärung nur eine geschichtliche Wahrheit aus. —

Was das KZ Dachau im übrigen angeht, so wurde ich während des zweiten Weltkrieges, obwohl Dachau von der von mir vertretenen Landschaft sehr weit entfernt lag, durch einen mystischen Vorgang an dieses KZ erinnert. Es war just an einem Tage, als der Staatssekretär im Reichsinnenministerium Stukard bei mir zu einem dienstlichen Besuche weilte. Mitten in unserer Besprechung erreichte mich die Meldung, daß soeben zwei Beamte vom Sicherheitshauptamt in Berlin einem weitbekannten historischen Schlosse erschienen seien und den adeligen Schloßherrn — der zudem noch Parteigenosse war — festgenommen und in das Lager Dachau überführt hätten. Der Grund für die Inhaftnahme sei nicht genannt worden. Die Meldung erregte sensationelles Rätselraten — in der Bevölkerung vielfältigste Gerüchte.

Sofortige Anfragen im Reichsinnenministerium — unter der Sekundanz des Staatssekretärs aus diesem Ministerium sowie bei den Dienststellen der Gestapo bewirkten keine Aufklärung. Es mußte sich um eine im engsten Stabe des Reichsführers SS Himmler getroffene Maßnahme handeln.

Am anderen Tage erschien ein juristischer Vertreter der Familie des Festgenommenen in meiner Dienststelle und bat um meine dienst-

liche Unterstützung zur Befreiung des Inhaftierten. Ich sagte diese ihm zu. Doch alle weiteren Bemühungen um Aufhellung des Falles ergaben nur andeutungsvoll mysteriöse Kombinationen. In einer feuchtfrohen Jagdhausgesellschaft des adeligen Schloßherrn, an der auch ein adeliger SS-Führer aus dem persönlichen Stabe des Reichsführers SS Himmler teilgenommen hatte, war es angeblich zu einem komentwidrigen Exzeß gekommen, als der Gastgeber in angeheiterter Stimmung mit einer Pistole Schußübungen vorgenommen hatte. Der gastierende SS Führer hatte über den Vorfall Himmler Meldung erstattet und dabei ausdrücklich vermerkt, daß durch diese unbeherrschten Handlungen Menschenleben hätten gefährdet werden können — in einer besonders unbeherrschten Situation sogar die Schloßherrin selbst.

Auch in einer Unterredung mit dem Reichsführer SS Himmler spielte dieser den Fall zu einem geheimnisvollen Thema auf, das es erst durch ihn zu klären gelte. Mehr ward uns in dieser Angelegenheit nicht kund. Eines Tages, wohl ein halbes Jahr danach, meldete sich in der Reichsstatthalterei der bis dahin inhaftierte Schloßherr ohne Begleitung als aus dem KZ Dachau »gesund und munter« entlassen zurück. Tatsächlich sah er auffallend frisch, braun gebrannt, gesund wie einst aus und auch seine Stimmung, in der er sich bei mir melden wollte, sprach sichtbar dafür, daß er ohne jeden Schaden erlitten zu haben, wieder in sein Stammesland zurück gekehrt war. Er erzählte, daß er die ganze Haftzeit hindurch in den gärtnerischen Anlagen des KZ Dachau im Gartenbau beschäftigt gewesen sei, daß er von einigen Unannehmlichkeiten abgesehen, eine von der allgemeinen Lagerordnung abweichende Behandlung nicht vermelden könne.

Aber auch diese so loyale Unterhaltung brachte nichts von dem geheimnisvollen Hintergrunde der Inhaftnahme zu Tage. Ich hatte langsam den Eindruck, als wenn in diesem Falle eine politische inneradelige Intrige besonders interner Art mit einigen Irrgängen für einen Privatdetektiv angestanden hätte. Mit der Rückmeldung bei mir war in meinem Verhältnis zu dem »entlassenen Häftling« wieder der alte Zustand hergestellt. Durch diesen Vorgang war das

KZ Dachau besonders aktualisiert in den Kreis meines Bewußtseins getreten.

Der aus dem KZ Dachau entlassene Schloßherr wurde nach dem Kriege — beziehungsweise am Ende des Krieges noch einmal KZ-Häftling — dieses Mal in einem KZ der Sieger, aus dem er seine Entlassung nicht mehr erlebte. Nach meinen Informationen starb er — der Schloßherr eines alten deutschen Geschlechtes — den Hungertod.

Auch mit dem — meiner Landschaft bedeutend näher liegenden KZ Buchenwald kam ich während des Krieges durch eine mich persönlich bewegende Meldung in gedankliche Beziehung. Ein früher in meinem Gau Halle-Merseburg mir oft begegneter SS Führer war im Laufe der Jahre in der hauptamtlichen Laufbahn der SS im KZ-Verwaltungsdienst gelandet. Vielleicht war es kein Zufall, daß er in der KZ-Lager-Hierarchie von Buchenwald seine hauptamtliche Tätigkeit gefunden hatte. Hier im Lager Buchenwald waren in den Kriegsjahren Vergehen an dem Eigentum von Juden vorgekommen, vor allem in Form des Diebstahls von Schmuck durch Angehörige der Lagerführung. Der Reichsführer SS Heinrich Himmler hatte ein SS-Gericht tagen lassen und dieses Gericht hatte die Schuldigen zu härtesten Strafen verurteilt. Die mich zufällig erreichende vertrauliche Meldung aus einer SS-Dienststelle lautete einfach und drastisch: Der mir bekannte SS-Führer sei wegen Eigentumsvergehen an inhaftierten Häftlingen in Buchenwald zum Tode verurteilt und durch Erschießen hingerichtet worden. In demselben oder in einem ähnlichen Gerichtsverfahren war seiner Zeit der SS-Kommandant des Lagers Koch auch zum Tode verurteilt und durch Erschießen hingerichtet worden. Blitzartig tauchten bei mir die Vorstellungen von eventuellen Grausamkeiten in den KZ's auf. Doch diese Vorstellungen verloren ihre düstere Note, als ich einen Befehl Himmlers zu lesen bekam, in dem dieser auf das schärfste jedwedes Vergehen an Gefangenen in KZ's zu ahnden ankündigte, ja auf bereits vollzogene Todesurteile verwies.

Es ist nicht so, daß die beiden soeben bezeichneten Vorgänge durch ihre für mich verbundene Aktualität mich von der Problematik

der KZ's. unterrichtet hätten. Dann und wann kamen Klagen- und Beschwerdebriefe und nicht selten auch Bittbriefe an die Gauleitung, in denen um die Freiheit eines Häftlings gebeten wurde. Alle diese Schreiben wurden meist mit einer Beurteilung der familiären Verhältnisse an den Verbindungsstab Berlin, später an die Parteikanzlei mit der Bitte um Erledigung weitergereicht. Und es ist keine Phrase: Meistens befürwortete die Gauleitung, wenn das Vorleben des Inhaftierten oder das seiner Familie nicht zum Schlimmsten Anlaß gaben, das Schreiben der Angehörigen. Dann und wann erhielten wir dann Nachricht, daß das Schreiben dem Reichsführer SS Heinrich Himmler übergeben worden sei und die weitere Entscheidung uns mitgeteilt würde. Hie und da erfolgte auch eine wunschgemäße Erledigung durch Himmler. Doch meistens kam, auch wenn die Parteikanzlei Himmler um Stellungnahme ersucht hatte, keine Antwort.

Ganz am Ende des Krieges, unmittelbar vor dem Herannahen der feindlichen Armeen, kam gaumäßig noch einmal das KZ-Problem auf den Organisationstisch. Unter den letzten Anweisungen Hitlers bezw. Speers für die Situation in der Heimat bei Annäherung des Feindes befand sich auch eine Anweisung, wonach bei Feindannäherung die KZ-Insassen der stationären Läger als auch der Häftlinge in den Arbeitslägern der Rüstungsindustrie durch Abtransport und Verlagerung dem Zugriff der feindlichen Armeen entzogen werden sollten. Für den Vollzug dieser Verlagerungsaktion war jedoch lediglich die Feindannäherung aus Richtung Ost vorgesehen. Dies ließ zwei Deutungen zu. Entweder, daß nur die Einvernahme der Häftlinge durch die Rote Armee verhindert werden sollte oder daß man den raschen Vormarsch der westlichen Armeen noch anzweifelte oder nicht für problemhaft empfand.

Die vorgesehene Aktion machte für die mitteldeutschen Dienststellen der Wehrmacht als auch der zivilen Ernährungsbehörden im Interesse eines reibungslosen Verlaufes der Transportbewegungen Vorbereitung notwendig. Voraussetzung für die Transportbewegung im mitteldeutschen Raume war, daß im Falle einer Feindannäherung aus dem Osten zwischen der Autobahn Braunschweig—

Berlin im Norden und der Autobahn München—Berlin im Süden zunächst einmal die Transportstraßen bezw. -Wege aus den dann zum Teil operativ notwendigen oder gar zu verminenden Straßen und Wegen herauszudisponieren waren, auf denen die Transportaktion, ohne die operative Tätigkeit der Wehrmacht einzuschränken oder zu stören, überhaupt möglich gewesen wäre. Dazu kam, daß an diesen Strecken Rast- und Verpflegungsstationen für die auf Transport befindlichen Häftlingskolonnen einzurichten waren. — Und das schon deshalb, um Plünderungsaktionen hungriger Häftlinge zu verhindern.

Nach meiner Erinnerung waren in bestimmten Zonen Verpflegungsstationen der NSV stationiert, die mit reichlichen Verpflegungsvorräten aufgefüllt wurden. Doch das alles war wohlgemeinte abstrakte Planung.

Die Wirklichkeit des Krieges überrannte diese wohlgemeinten Vorhaben. Im unmittelbar vor dem Eindringen des Feindes einsetzenden Chaos gab es keine Wegweiser mehr, die der Ordnung dienen sollten, sondern nur noch das instinktive »Rette sich, wer kann«. Für das so schauerliche Geschehen in den letzten Wochen des Krieges — als die KZ's durch das eingetretene Verkehrschaos von aller Zufuhr abgeschnitten waren, können vor allem die »Sieger« verantwortlich gemacht werden.

In meiner politischen und menschlichen Bilanz kann ich erinnerungsmäßig keinen Vorgang besonderer Unmenschlichkeit gegenüber KZ-Häftlingen buchen. Vielleicht verdanke ich diese Tatsache dem Umstand, daß sich in meinem Tätigkeitsgebiete kein stationäres KZ befand. Vielleicht auch dem Umstand, daß es mir noch in den letzten Kriegsjahren gelungen war, die Gründung eines neuen KZ's zu verhindern. Es bestand im Kriege tatsächlich von Seiten Himmlers die Absicht, in dem wunderschönen Barock-Schloß Dornburg an der Elbe ein KZ zu errichten. Dieses Vorhaben Himmlers verhindert zu haben, kann ich als mein persönliches Verdienst bezeichnen. Da ich schon frühzeitig von der Absicht Himmlers erfahren hatte, das schöne Schloß, erbaut von Dientzenhofer, in ein KZ zu verwandeln, eine Absicht, die meinem eigenen Plane, nach dem

Kriege in diesem Schloß eine Schulungsstätte für politische Leiter einzurichten geradezu provokatorisch entgegenstand, konnte ich mit Unterstützung des Reichsschatzmeisters das Schloß Dornburg in die von der Reichsleitung besonders unterstützte Planung der politischen Organisation einschleusen und so den Absichten Himmlers ein »Stop!« bieten. Und doch, ich erfuhr es erst nach dem Kriege im Lager Zuffenhausen, ereigneten sich in einem Randgebiet meines Gaues grausame Unmenschlichkeiten an KZ-Häftlingen, die aus westlichen Nachbargebieten panikartig eingebrochen waren. Sie sind ohne mein Wissen und gegen meine politischen Weisungen durch unverantwortliches Handeln vor sich gegangen.

Ein Blitzlicht auf das Verhalten der politischen Leitung zu den Schutzhäftlingen in den KZ's mag die Tatsache werfen, daß in meinem Gau Magdeburg-Anhalt die nationalsozialistische Volkswohlfahrt Anweisung hatte, sich um die Familien der Inhaftierten zu kümmern und in Fällen wirtschaftlicher Not diese Familien für die Dauer der Haftzeit des Ernährers zu betreuen.

Unglaublich mag es für den kritischen Zeitgenossen und Zeitgeschichtler klingen, wenn ich aus meiner Erinnerung folgendes wahres und auch heute noch überprüfbares Ereignis skizziere.

In einer letzten examenhaften Entscheidung über die auf den Gau Magdeburg entfallenden Freistellen in der deutschen Oberschule waren diejenigen Pimpfe angetreten, die durch zwei oder drei vorangegangenen Prüfungen der HJ als die aussichtsreichsten Kandidaten galten. Es waren nicht allzu viele. In dieser letzten Prüfung, in der ich den entscheidenden Einfluß besaß, waren zwei Pimpfe gleich in den Chancen. Einer der beiden Pimpfe war der Sohn eines als Kommunist im KZ inhaftierten Vaters. Vielleicht war es gerade dieser Umstand, daß ich mich für diesen Jungen entschied. —

Und als die junge Schar, es waren insgesamt 5 Jungen als Abgesandte des Gaues Magdeburg-Anhalt, vor ihrer Abfahrt aus dem Fenster des Zugabteiles lächelnd uns ihr junges frohes »Auf Wiedersehen« zurief, lachte auch der junge Pimpf uns freudig entgegen, dessen Vater im KZ die Neuigkeit von seinem Sohne vielleicht gar nicht zu glauben vermochte.

Nach all dem Dargestellten ist meine Antwort auf die Frage: Ich wußte sicher manches, vielleicht auch sogar viel über die KZ-Läger, aber das mir unterstellte Wissen über grauenhafte Unmenschlichkeiten erfuhr ich erst nach dem Ende des Krieges. Doch als kritisch forschender, die Wahrheit suchender Mensch vermag ich nicht all dem Berichteten Glauben zu schenken.

9. Frage:

Die Hitler'sche Kriegsführung gab sich im Zweiten Weltkriege mit dem Kriege keineswegs zufrieden, sie proklamierte in dessen Furiosa sogar den »Totalen Krieg«. Sie waren im Kriege als Reichsverteidigungskommissar ein hoher Aktivist der Kriegführung. — Haben Sie für die Totalisierung des Krieges noch irgend ein verteidigendes Wort? —

Antwort:

Ja! sogar einige Worte und Argumente! Nicht verteidigende sondern erklärende, vielleicht auch klärende hinsichtlich des Zieles und der Motivierung des so schockierenden »Totalen Krieges« a la Dr. Goebbels. Die zeitgeschichtliche Propaganda in der Nachkriegszeit hat es, fast nach Goebbelscher Methode, erreicht, daß bei dem Durchschnittsbürger der Bundesrepublik bei der Nennung dieses Wortes eine im Film und Fernsehen anwidernde wirkende Szene im Sportpalast in Berlin lebendig wird, jene Filmszene, in der Goebbels in hysterischer Besessenheit, in fast liturgischer Faszination, das wiederholte »Wollt Ihr den Totalen Krieg?« in die Menschenmassen schreit und das von ihm gewünschte Echo, ebenso hysterisch, entgegen nimmt.

Mit dieser aus allen Zusammenhängen gerissenen theaterhaft redigierten, auf Schreck gezielten Szene ist in sekundenhafter Schnelle das ablehnende, abstoßende Urteil über alles, was mit dem »Totalen Krieg« auch sachlich im Zusammenhang stehen kann, in höchster emotioneller Empörung gesprochen. Ganz so einfach und leicht kann es sich der kritische Beobachter der damaligen Ereignisse jedoch nicht machen. Das, was der Aktion »Totaler Krieg« in ihrer Durchführung in der letzten Leben oder Tod entscheidenden Phase des Kriegs ihr Kriterium vermittelt, wird in einer solchen verzerrten grellen Augenblicksreportage — und das ist ja die Absicht —

nicht erkennbar und daher auch nicht meß- und wertbar. Im Gegenteil: Wie ein Schreckgespenst geistert heute jeder wirklichkeitsnahen Vorstellung fern das Wort »Totaler Krieg« (allerdings sofern es sich nicht auf Korea, Nordvietnam, Nigeria oder gar Israel bezieht) in grellem aufdringlichem Lärm der zeitgeschichtlichen Propaganda-Maschinerie in der Fantasie der Massen.

Von ihm, dem »Totalen Krieg« als Aktion im Zweiten Weltkriege, kann gesagt werden, daß die Begriffsverwirrung, die sich in ständig wachsendem Ausmaße ergab, eine tatsächlich totale genannt werden kann. Die sich immer wiederholenden falschen Interpretationen des »Totalen Krieges« in zeitgeschichtlichen »Dokumentations-Produktionen« lassen in der jungen Generation in keiner Weise mehr die Tatsachen erkennen.

Das Bild von der fanatisierten Masse im Berliner Sportpalast und dem grellend und kreischend schrillen Demagogen Goebbels dominiert in der Vorstellungswelt der jungen Generation als die bizarre Demonstration der Kriegsfurie fast als Anti-These der Menschlichkeit und Vernunft. Schon der Begriff »Totaler Krieg« ist keineswegs ein wesenseigener des nationalsozialistischen Vokabulariums. Schon vor dem Hitler-Regime lautete der Titel eines der kriegswissenschaftlichen Bücher: »Der totale Krieg«. Sein Autor war Ludendorff, der in den ersten Jahren der Bewegung zwar mit Hitler sympathisierte, später jedoch zu den Gegnern Hitlers gerechnet werden muß. Tatsächlich trat das Wort »Totaler Krieg« erst in den Sprachschatz der nationalsozialistischen Bewegung ein, als es schon Krieg war und als man nach der Niederlage von Stalingrad gezwungen war, die Ursachen für die vielen Engpässe in dem kriegerischen Potential der deutschen Kriegsmaschinerie zu untersuchen und gewillt war, sie mit radikalen Maßnahmen zu überwinden. Das dominierende Ergebnis dieser Untersuchungen war die Erkenntnis, daß in Deutschland auch nach 5 Jahren Krieg keineswegs alles menschliche und materielle Potential in den Dienst für Krieg und Sieg überführt worden war. Im gesellschaftlichen Leben der Heimatfront existierten noch vom Kriege und seinen Gesetzen nicht berührte Inseln, in deren Bereichen menschliche und materielle Energien,

die in den Kriegswerkstätten in entscheidenden Fertigungs-Programmen fehlten, für unwichtige Zielsetzungen zum Einsatz kamen.

Solche Erscheinungen begannen allmählich sowohl von den im Kriegseinsatz der Heimat als auch der Front stehenden dem Kriege verpflichteten Volksgenossen einer berechtigten Kritik unterzogen zu werden. Und das nicht etwa mit einer patriotischen Begründung, sondern mit den Argumenten, daß es in einem Volkskriege keine Etappe privilegierter Nutznießer geben dürfe. Als ehemaliger Reichsverteidigungskommissar, dem die Koordinierung des zivilen mit dem militärischen Potential in seinem Bezirk oblag, und der in der Werkstätte des Krieges für die Mobilisierung aller Energien der Verteidigung arbeitete und dadurch der Durchführung des »Totalen Krieges« diente, kann ich ohne jeden Versuch einer Rechtfertigung und ohne Schönfärberei die Feststellung treffen, daß der Aktion »Totaler Krieg« nicht nur rationelle Überlegungen im Hinblick auf den notwendigen Sieg sondern auch das Motiv der sozialistischen Gerechtigkeit in einem als Volkskrieg empfundenen modernen Krieg zugrunde lagen.

Das Ziel der Aktion »Totaler Krieg« war die Organisation des Kriegseinsatzes in der Heimat, in allen Bereichen der Front gewordenen Heimat, unter dem Gesichtspunkt der kriegerischen Notwendigkeit im Interesse einer erfolgreichen Verteidigung. Sie erstrebte nicht etwa eine Steigerung der Verrohung und Verunmenschlichung der Kriegsführung, sondern die Erfassung der noch nicht für den Krieg eingesetzten Menschen und Materie und die Mobilisierung und rationelle Einsetzung und Eingliederung aller vorhandenen Energien für die Verteidigung im Interesse der Kampfkraft der Front.

In einer bereits im Jahre 1941 erschienenen Broschüre, die unter dem Titel »Vom Sinn dieses Krieges« in der Schriftenreihe der NSDAP erschien — ihr Original ist noch vorhanden — schrieb ich damals auf Seite 14 unter dem Kapitel »Der Totale Krieg«: »Der totale Krieg ist Wirklichkeit geworden, jedoch anders als er in den kriegstheoretischen Diskussionen hemmungsloser Phantasten uns einmal

vorher gesagt wurde. Nicht im totalen Einsatz aller todbringenden Vernichtungsmaschinerie sehen wir das Wesen des Totalen Krieges, ein solcher Krieg würde keiner Zukunft sondern nur einer kriegerisch-strategischen Augenblicksituation verpflichtet sein, sondern im total gelenkten Einsatz allen augenblicklichen Lebens für das Leben aller in der Zukunft, erblicken wir Deutschen das Kriterium dessen, was unter der Wahrung der großen politischen Notwendigkeiten eines 20. Jahrhunderts Totaler Krieg genannt werden kann.« Wenige Absätze weiter hieß es: »Es ist ein Krieg, in dem alle Faktoren mit um die Entscheidung antreten, jedoch geordnet durch einen Willen, der jedem Einzelnen sinnvoll und soldatisch seinen Platz anweist, an dem seine Fähigkeiten am besten dem Endsiege dienstbar sein können. Ob dieser Einsatz an der kämpfenden Front oder in der schaffenden Heimat getätigt werden muß, darüber entscheidet allein das soldatische Gesetz des Krieges«. —

»Er, der totale Krieg, ist jedoch noch nicht einmal allein dem Motiv der Mobilisierung von Menschen und Material im Dienste der Verteidigung mit der Zielsetzung des Sieges, das ihn zu einem Motor der inneren heimatlichen Front werden läßt, entsprungen, sondern vor allem dem elementaren politischen Motiv, daß es in einem als Volkskrieg empfundenen Kriege nicht, auch im demokratischen Sinne nicht, geduldet und verantwortet werden kann, daß der Soldat an der Front mit dem Einsatz seines Lebens kämpft, während es in der Heimat noch menschliche nach dem Gesetz des Friedens ausgerichtete Inseln gibt, für die das harte Gesetz des Krieges keine Gültigkeit hat.«

Gerade das letzte Motiv wurde von uns allen in der Werkstätte des »Totalen Krieges« als eine sozialistische Verpflichtung im Interesse des allumfassenden und gerechten Einsatzes aller in der volklichen Gesellschaft empfunden und gewertet.

Die Aktion »Totaler Krieg« bezweckte die Organisation des zweckdienlichen Kriegseinsatzes von Mensch und Material in allen Bereichen des Volks- und Staatslebens nach dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit im Hinblick auf den Sieg. Sie verbleibt als solche keineswegs eine typische nationalsozialistische Angelegenheit mehr, son-

dern ist zwangsläufig die tragende Direktive eines jeden modernen Krieges, in dem Heimat und Front vom Kriege und seinen Folgen betroffen sind. Er charakterisiert sich ja nicht in der Steigerung der technischen Vernichtungsmaschinerie, sondern in der Zielsetzung, die Verteilung der Kriegslasten und Kriegsopfer auf alle Schultern der Glieder des kämpfenden Volkes gerecht zu bewerkstelligen und entspringt so in seiner letzten Ursächlichkeit der Erkenntnis, daß ein Krieg, in dem das Schicksal aller in diesem Volke entschieden wird, in letzter Verantwortlichkeit und im letzten Einsatze nur in der aktiven Anteilnahme aller geführt und gewonnen werden kann. Die Zeiten der einstmaligen Kabinettskriege sind längst und ein für alle Male vorbei.

Die Kriege unseres Jahrhunderts sind Volkskriege. Auch eine Demokratie — und erst recht eine solche — kann entsprechend ihres Charakters in einem eventuell ihr aufgezwungenen Kriege, das heißt Volkskriege, einer solchen Aktion nicht entarten, ja verlangt gemäß ihres Wesens die kämpferische Anteilnahme aller in Ziel und Weg. Angesichts von noch viel Menschen, Material und Energie verbrauchenden Unternehmungen, die schon an sich keineswegs mit den für alle verpflichtenden Erfordernissen im Kriege im Einklang standen, kam die Forderung nach der totalen Erfassung und Mobilisierung auch dieser Kräfte für den Kriegseinsatz gerade aus den Kreisen des werktätigen Volkes. In einem Kriege, der für alle sichtbar zum kommenden Schicksale des ganzen Volkes geworden ist, darf es keine Etappe, darf es keine Nutznießer, keine vom Kriege und seinen Pflichten Amnestierten geben.

Dieser Gedanke entspringt auch ein wenig dem Denken, daß wir, die wir alle in Rechten und Pflichten vor dem Gesetze gleich sein sollen, auch vor dem harten Kriegsgesetz gleich sein müssen.

Tatsächlich war es selbst noch nach dem Inferno von Stalingrad, nach der unüberhörbaren Warnung an der Wolga, so, daß es, während für notwendig aufzustellende Divisionen an der Front Menschen und Material fehlten, in der Heimat noch Unternehmungen gab, an denen der Krieg spurlos verbeigegangen zu sein schien.

In einem Großbetrieb meines Reichsverteidigungsbezirks arbeitete

noch eine ganze Abteilung mit Hunderten von Spezialkräften an einer rein friedensmäßigen Entwicklungsidee, die erst in den Jahren 1948/50 zum Tragen kommen sollte.

Während wir aus den Belegschaften der Rüstungsindustrie immer mehr — selbst Schlüsselkräfte — den aufzustellenden Divisionen zuführen mußten und wärend es bereits an Kohle und elektrischem Strom mangelte, sah man in den Straßen luxuriöse Juwelier-Läden, für die im Kriege die Käufer fehlten, Briefmarken-Handlungen, für die im Krieg ebenso die Angebote wie die Interessenten fehlten, Parfümerien und sonstige dem Luxus verhaftete Einrichtungen, die mit ihrem Menschen- und Material-Verbrauch im Kriege wirklich deplaziert erscheinen mußten. Es gab noch Bars, deren Betrieb für viele Menschen inmitten der Kriegssorgen und des Kriegsleides ärgerniserregend war.

Hier begann die Aktion »Totaler Krieg«! Alles, was das militärische und zivile Potential verringerte, verfiel dem Gesetze des »Totalen Krieges«. Unnötige Etablissements wurden geschlossen und ihre Bediensteten der Rüstungsindustrie zugeführt. Dafür gab es bei dem schaffenden Volke Beifall. Frauen nahmen Plätze in der Wehrmacht ein, die seither von Soldaten besetzt waren. Die Flakhelferinnen und Wehrmachtshelferinnen kamen auf. Wer gegen den Einsatz der Frauen im Kriege im vertrauten Kreise zu meckern versuchte, vergaß ganz, daß in England Frauen längt an Flakgeschützen standen, daß es in Rußland sogar Frauenscharfschützen-Einheiten an der Front gab, vergaß, daß der Totale Krieg bei allen unseren Gegnern als selbstverständlich schon eingeführt worden war, als man in Deutschland noch gar nicht an die Aktion »Totaler Krieg« dachte. Wer heute den Totalen Krieg dafür verantwortlich macht, daß er nur das Denken an Krieg und Sieg habe gelten lassen, vergißt, daß es im 20. Jahrhundert Kriege, die nur noch von den Regierungen und ihren bewaffneten Kräften geführt werden, nicht mehr gibt.

Kriege, die die einzelnen Kräfte des Volkes im Dienste friedensmäßiger Vorstellungen und Werke unbekümmert um das Kriegsgeschehen weiter existieren lassen, gehören für immer der Vergan-

genheit an. Und Maßnahmen in einem Kriege mit den Maximen friedlicher Zeiten werten und messen zu wollen, muß immer zu einem falschen Ergebnis führen. Nichts ist im Kriege Ding an sich. Alles wird gewertet aus dem Kriterium des schöpferischen Potentials. So lange die Entscheidung nicht gefallen ist, findet in dieser bewußt politischen Haltung all das Schwere des kriegerischen Alltages seine sinnvolle Deutung, auch das alltäglichste.

In der Wertung des Totalen Krieges darf das Wort der nationalen Verzweiflung nicht vergessen werden, die sich angesichts einer möglichen militärischen Niederlage im Kampfe gegen den Bolschewismus aller führenden Staatsstellen bemächtigt hatte. Man mag hier zur Antwort geben: Der Strohhalm der Ertrinkenden. Aber auf diese Antwort kann mit demselben Recht und mit derselben Unlogik wiederum geantwortet werden: Selbst der Delinquent hat auf dem Wege zur Richtstätte noch die Hoffnung auf ein Wunder.

Abschließend sei mit allem Nachdruck betont, daß die Aktion »Totaler Krieg« mit den in der zweiten Hälfte des Krieges massierten Verbrechen gegen die Menschlichkeit in keinerlei Zusammenhang steht. Der angebliche »Massenmord« an jüdischen Menschen in den Räumen des Ostens war zu dieser Zeit größtenteils schon auf Himmlers Weisung eingestellt worden. Und gerade das Bestreben der Aktion »Totaler Krieg«, Arbeitskräfte freizustellen und der Rüstungswirtschaft oder gar der Front zuzuführen, beinhaltet an sich schon das Bestreben, gegen jede Liquidierung eventueller Arbeitskräfte gerichtet sein zu müssen. Auch die Aktion Euthanasie kann mit dem Totalen Krieg nicht in einen kausalen Zusammenhang gebracht werden. Diese Aktion ging der Aktion »Totaler Krieg« lange voraus und war abgeschlossen, als er von Dr. Goebbels proklamiert wurde.

Seine letzte Begründung erhielt der »Totale Krieg« durch den Willen des deutschen Volkes, den ausgebrochenen Krieg zu gewinnen und nicht zu verlieren. Und dieser Wille wurde noch gestärkt, als die Alliierten jede Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen abgelehnt und die »Bedingungslose Kapitulation« proklamiert hatten. Das aber hieß für die Deutschen: Vae victis —

Wir sind nach einem Zeitalter der Kabinettskriege in das Zeitalter der Volkskriege getreten. Korea, Vietnam und Nigeria sind anschauliche Beispiele. Volkskriege aber sind ihrer Natur nach immer Totale Kriege und das sei für die »revolutionären« Kritiker gesagt: Revolutionskriege erst recht.

10. Frage:

Selbst wenn durch Sie in der kritischen Erinnerung alles, wenn auch keine Verteidigung so doch eine Erklärung finden sollte, für den organisierten Massenmord an den Juden in den Vernichtungslägern im Osten werden Sie uns doch wohl keine erklärende Antwort zu geben vermögen.

Lassen Sie uns den Fragenkomplex in zwei Fragen gliedern:

1. Wußten Sie schon während des Krieges im Osten von Massenmorden in den Vernichtungslägern? —

2. Wie lautet heute Ihr Urteil über diesen staatlich organisierten Massenmord? —

Antwort:

Lassen Sie mich dem Inhalt der Fragen entsprechend und seiner Bewertung gemäß die zweite Frage zuerst zu beantworten versuchen. — Ich muß auf diese Frage, um in keinem Falle mißverstanden zu werden, eindeutig und aus voller innerer Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß ich nachgewiesene Morde in den »Vernichtungslägern des Ostens« als Verbrechen betrachte, daß ich sie mit innerem Abscheu und mit Empörung verurteile — gerade als ehemaliger Nationalsozialist ihre Tat und ihre Täter als Schändung meines bezw. unseres ehemaligen Wollens hasse und der Meinung bin, daß diese Untaten keine Rechtfertigung erfahren können sondern höchste Bestrafung verlangen.

Diese Frage, ganz gleich, ob sie nur forschend oder auch erinnerungsmäßig beantwortet werden soll, läßt den ehemaligen Nationalsozialisten zunächst einmal Luft holen, denn die Anschuldigung liegt wie eine erdrückende Hypothek unserer Vergangenheit unter Hitler auf allen noch lebenden Deutschen und wird auch ewig im Schuldbuche der Deutschen als nimmer ermüdende Anklage zu

Buche stehen. Wenn sie nicht eines Tages ihre beweiskräftige Widerlegung erfährt.

Für mich als alten ehemaligen Nationalsozialisten resultierte meine einstmalige Einstellung zur Judenfrage lediglich und auch zu Genüge aus den Forderungen des Parteiprogrammes, in dem zwar Maßnahmen gegen jüdische Bevorrechtigung und auch Gleichberechtigung im staatsbürgerlichen Leben in Deutschland (kein Jude kann deutscher Staatsbürger sein) gefordert wurden, niemals aber Verfolgung oder gar, dem Wesen des Nationalsozialismus zuwider laufend, Mord.

Ich glaube sogar, daß, wenn im Parteiprogramm der NSDAP die unter der Hitler-Regierung praktizierte Judenpolitik propagiert worden wäre, die nationalsozialistische Bewegung nie zur politischen Macht gekommen, und ich selbst niemals Gefolgsmann Hitlers geworden wäre.

Zur Verantwortung steht heute in dieser Fragestellung auch gar nicht so sehr das Parteiprogramm der NSDAP als vielmehr die unter dem Namen Nationalsozialismus unter der Exekutive des Hitler-Staates angeblich praktizierte Politik seines sektiererischen und terroristischen Extremes unter der Führung Himmlers, die eine Entartung des Nationalsozialismus war und als Himmlerismus bezeichnet werden könnte.

Und nun zu der Frage, ob ich bereits im Kriege von den Vorgängen eines »Massenmordes an Juden« schon etwas gewußt habe: Im Sinne eines unumstittenen Wissens habe ich davon nichts gewußt. Es gab zu Ende des Krieges Gerüchte, wonach im Osten ein hartes Regiment herrsche und daß Massenerschießungen stattgefunden hätten. Gerüchteweise verlautete auch, daß Exekutionen von Juden stattgefunden hätten, die sich landesverräterisch oder als Partisanen gegen die deutsche Wehrmacht betätigt hätten. Ich wußte, daß ein Krieg nicht nach vorher ausgedachten Plänen regelmäßig bis in die letzten Einzelheiten ablaufen kann und daß ein Krieg der Macht der Menschen enteilend, sich selbst das Gesetz des Handelns gibt.

Nicht selten resultieren Entscheidungen aus der örtlichen Situation. Ich kann mich noch erinnern, damals in meinem Schreiben an

Bormann die Frage nach der Richtigkeit der Gerüchte aufgeworfen zu haben und erinnere mich auch noch der Antwort aus der Parteikanzlei, daß Erschießungen von Zivilisten, die sich als Partisanen betätigt hätten, im Rahmen der deutschen Partisanen-Bekämpfung lägen. Von einem organisierten »Massenmord an Juden« im Vollzuge einer perfekten Mordmaschinerie habe ich zum ersten Male nach dem Kriege erfahren. Ich empfand diese Meldungen der alliierten Sieger als Feindpropaganda.

Die alliierten Sieger hatten ja während des Krieges, als sie laufend mit großer Beflissenheit in ihren Sendern alles Deutschland Anklagende der Welt unermüdlich ins Bewußtsein riefen, mit keinem Wort von Monstre-Morden berichtet. Also wußten auch sie, ausgerüstet mit den besten Nachrichten-Methoden, nichts von dem so anklagewirksamen Massacker. Erst nach dem Kriege stand auch das Geschehen in den Vernichtungslägern im Programm der Anklage.

Ist dieses Geheimhalten eines solchen Geschehens nicht sehr verwunderlich? Niemand wird in den Greuelmeldungen der Alliierten auch nur einen Funken des Wissens von diesem Monstre-Geschehen nachweisen können. Warum haben sie sich diesen Trumpf der antideutschen Propaganda entgehen lassen? Vielleicht war der amerikanische Richter Leon W. Powers nach einer fast anderthalbjährigen Beweisaufnahme im Nürnberger sogenannten Wilhelmstraßen-Prozeß inmitten aller emotionellen Propaganda sachlicher und wahrheitsliebender als viele Zeitgeschichtler, wenn er damals inbezug auf »Mordtaten in den Vernichtungslägern« im Osten amtlich konstatierte: »Das von Seiten derer, die in dieses schreckliche Programm verwickelt waren, vorliegende Beweismaterial zeigt deutlich, daß über die ganze Angelegenheit nicht mehr als 100 Personen unterrichtet waren.« Ich selbst habe mich noch während des Krieges zweimal dienstlich in den Ostgebieten aufgehalten und frage mich heute noch manchmal verzweifelt, wieso ich damals nicht selbst Anzeichen von dem Geschehen wahrgenommen habe. Ich habe diese Ostland-Besuche bereits in meinem schon erwähnten Memoiren-Buch »Erlebt und erlitten« dargestellt, und wiederhole

es in dieser Antwort noch einmal. Das erste Mal war das, als ich als Redner für eine öffentliche Versammlung in Litzmannstadt im Warthegau verpflichtet worden war. Es war dies 1942. Der neue Oberbürgermeister der nach dem deutschen General Litzmann benannten Stadt war ein ehemaliger politischer Leiter und Oberbürgermeister aus meinem früheren Gau Halle-Merseburg. Auf seinen besonderen Wunsch mochte die Redneranforderung bei der Reichspropagandaleitung zurückzuführen gewesen sein. Da ich schon vormittags in Litzmannstadt eingetroffen war, war — mein Interesse vorausgesetzt — für den Nachmittag ein Besuch im Getto vorgesehen. Man hatte mir bereits von der gut funktionierenden jüdischen Disziplin unter der jüdischen Getto-Polizei erzählt, so daß eine Besichtigung dieses Gettos für mich von Interesse war. Litzmannstadt war vor der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht die alte polnische Stadt Lodz. Sie war von altersher wegen ihres massierten ostjüdischen Bevölkerungsanteiles als Zentrale des ostjüdischen Menschentums bekannt. Der für den neuen Warthegau zuständige Gauleiter Artur Greiser hatte sich an diesem Tage ebenfalls zu meiner Begrüßung eingefunden. Der Besuch des Gettos stand daher unter Führung des parteigebietlichen Hoheitsträgers.

Das von der Außenwelt abgeschlossene Getto bildete einen ganzen Stadtteil, in dem sich die hier lebenden Juden selbst abseits von den deutschen und der polnischen Bevölkerung verwalten mußten. Der Vorsteher des Gettos war selbstverständlich ein Jude, der mit Hilfe seines rein jüdischen Führungsstabes mit Hilfe einer jüdischen Polizei die Aufgaben des Gettos wahrnahm. Wir waren kaum in das abgezäunte Getto eingetreten, als wir die jüdische Polizei in Tätigkeit sehen konnten. Scheinbar hatte sich der bevorstehende Besuch Greisers herumgesprochen gehabt. Aus diesem Grunde hatten sich einige neugierige Gruppen in den Nebenstraßen angesammelt, um den »Judenhasser Greiser« zu sehen. Die jüdische Polizei ging wenig human gegen ihre »undisziplinierten« Glaubensgenossen vor, indem sie wie Berserker mit dem Gummiknüppel schlagend, die Neugierigen in die Häuserblocks zurücktrieb. Vielleicht wollten sie angesichts des »Hohen« Besuches ihre Autorität und ihre Zuverläs-

sigkeit gemäß des ihnen erteilten Auftrages, die Disziplin im Getto aufrecht zu erhalten, besonders überzeugend und demonstrativ zum Ausdruck bringen. Wir besichtigten große Arbeitssäle, in denen jüdische Frauen und Mädchen zu wohl Hunderten an langen Arbeitstischen saßen und mit oder ohne Maschinen aus feldgrauen Segeltuchen Zeltplanen und Brotbeuteln für die Wehrmacht fertigten. Sie machten, das fiel mir besonders auf, keinerlei bedrückenden Eindruck und zeigten keineswegs traurige oder gar verbitterte und verzweifelte Gesichter. Im Gegenteil: An manchen Tischen begleiteten ganze Gruppen ihre Arbeit mit dem gemeinsamen Gesang von alten und neuen Operettenschlagern oder auch volkstümlichen Liedern.

Als wir schon an einigen Tischen vorbeigegangen waren, kam es mir vor, als wenn ich in der Unterhaltung frankfurterische Mundart vernommen hätte. Als Hessensohn befragte ich die Frauen, ob sie eventuell aus Frankfurt a. M. wären. Sie bejahten dies. So blieb ich eine Weile bei den »Frankfurterinnen« stehen und fragte sie, ob es ihnen hier im Getto von Litzmannstadt gefalle und ob sie mit ihren Arbeitsverhältnissen zufrieden seien. Ich erhielt, der zuständige Gauleiter Greiser war gerade nicht dabei, bejahende Antworten.

Ein junges Mädchen meinte sogar, es wolle jetzt gar nicht in Frankfurt sein, denn dann müßte es ja fast jede Nacht in den Luftschutzkeller. Das wäre hier Gott sei Dank nicht der Fall. Hatte die junge Jüdin sowohl subjektiv wie auch objektiv nicht recht? Die Luft-Alarmsirenen störten zumindest die nächtliche Ruhe in Litzmannstadt nicht. Die tägliche Arbeit in den Arbeitshallen ließ die Zeit in der Gemeinsamkeit vergehen und was die Ernährung anging, so hatte ich ein Zeichen von auffallender Unterernährung unter den Frauen nicht beobachten können. Ich mußte bei diesen Betrachtungen sogar an die Frauen und Kinder in meinem Gau denken, die in ihren Wohngebieten dem Luftkriege ausgesetzt und in den Städten im steigendem Ausmaße dem feindlichen Bombenterror ausgeliefert waren.

In mir stieg unwillkürlich der Gedanke auf, der schon ab und zu

in Gesprächen über den feindlichen Bombenkrieg zur Sprache gekommen war: Man sollte die Juden, wenn man sie schon evakuieren wolle, doch in die Zentren der deutschen Großstädte, die in Bombardierungsgefahr waren, umsiedeln und massiert in der Stadtmitte konzentrieren. Man sollte sodann den Alliierten davon Kenntnis geben mit dem ausdrücklichen Vermerk, daß Bombenangriffe auf diese Städte nicht nur die dort lebende deutsche Bevölkerung sondern die dort massiert und konzentriert angesiedelten Juden gefährden und töten könnten. Ob man damit dem Verbrechen der feindlichen Luftangriffe auf die deutsche Zivilbevölkerung hätte begegnen können? Im Getto von Litzmannstadt bemächtigte sich dieser Gedanke erneut stark meinen Überlegungen, die abstrakt, ohne die Kriegsverhältnisse in der Beurteilung zugrunde zu legen, heute vielleicht sadistisch anmuten. Damals aber war der Krieg ein Krieg gegen Frauen und Kinder.

Beim Abschluß unserer Besichtigung befragte ich den uns begleitenden General der deutschen Wehrmacht, ob er mit der Produktion an Wehrmachtsgut durch die jüdischen Frauen zufrieden sei. Er antwortete: Die Ergebnisse der Arbeit im Getto seien für die Neuausrüstung als auch für den Nachschub von größter Bedeutung. Die Gettomannschaft sei ihm eine ganze Division wert. Wir besichtigten anschließend auch eine nahe gelegene Wohnung in einem alten Hause. Sie war ärmlich eingerichtet, in der Pflege vernachlässigt und befand sich in einem geradezu unmöglichen hygienischen Zustande.

Der jüdische Lagerälteste wollte seinem hohen Besuche scheinbar einen besonderen Genuß bereiten. Aus irgend einer Straße des Getto hatte er einen sehr bekannten Zigeunerprimas herbeiholen lassen, der als Solo-Geiger und Violin-Virtuose in Südeuropa einen guten Ruf hatte. Der Zigeunergeiger, an dessen wie neu wirkenden schwarzen Anzug man erkennen konnte, daß er noch gar nicht lange in Litzmannstadt sein konnte, machte eine galante Verbeugung und setzte dann gleich zu einem wilden Musizieren an. Leidenschaftliche Zigeunerweisen klangen auf. Wir konnten uns davon überzeugen, einen wirklichen Meister seines Faches vor uns zu

haben. In mir klangen die Melodien, als wenn sich in ihnen die Sehnsucht nach Freiheit Töne gegeben hätte. Der jüdische Lagerälteste erzählte, daß der Geiger in allen großen Kaffeehäusern von Wien, Budapest und Bukarest früher gefeiert worden sei. Als wir den Zigeuner fragten, ob das wahr sei, meinte er lächelnd: »Ja, das ist wahr — sehr wahr — und ich hoffe, dort bald wieder spielen zu können, wenn Krieg vorbei ist«.

An sich hätte ich beim Besuche des Gettos von Litzmannstadt auf den Gedanken kommen müssen, warum diese Menschen aus der durch Bombenangriffen gefährdeten Heimat so weit nach Osten evakuiert worden seien. Doch der eben erlebte Arbeits-Einsatz im Dienste der deutschen Wehrmacht in der Nähe der Haupt-Nachschubwege ohne die Pausen der Luftalarme ließen mich diese Maßnahme keineswegs verdächtig, sondern im Gegenteil rationell begründet erscheinen. Jedenfalls blieben den Juden in Litzmannstadt die Schrecken und Gefahren des Bombenkrieges in der Heimat erspart.

Nichts von allem Geschehenen deutete daraufhin, daß jemand im Sinne haben könnte, diese Menschen, die für den deutschen Sieg so ungemein wichtig waren, auszulöschen. Wir hätten damals einen Menschen, der diese Arbeitslager als Vernichtungslager zu bezeichnen gewagt hätte, für einen Irren oder einen Agenten der Feindmächte gehalten und halten müssen.

Allzusehr hätte ein solches Geschehen mit unserem Denken und Handeln im Kriegseinsatz der Heimat im provozierenden Widerspruch gestanden. Gerade als Reichsverteidigungskommissar kann ich mit besonderem Nachdrucke darauf hinweisen, daß der katastrophale Mangel an Arbeitskräften in der Heimat uns schon so manchen Engpaß beschert hatte. Es fehlte in den Werkstätten der Heimat an Menschen, gleichgültig welcher Nation oder Rasse. Das Thema »Fremdarbeiter« gibt hierzu den besten Kommentar.

Auch wenn wir den Juden bei der Aufstellung von Volksgrenadier-Divisionen für eine Rekrutierung nicht gemustert hätten, für einen Arbeitsplatz in irgend einem Fabriksaale, in dem eine Sabotage unmöglich gewesen wäre, hätten wir ihm die Arbeitseinsatz-

fähigkeit durchaus zuerkannt. An solchen jüdischen Kandidaten für den Arbeitseinsatz in der Heimat fehlte es empfindlich.

Ich war während des Krieges noch einmal im Osten und zwar in der Stadt Riga. Dorthin führte mich für einen Tag die Notwendigkeit des Aufbaues einer zivilen Luftschutzorganisation, weil man erwartete, daß auch Riga durch Luftangriffe bedroht werden würde. Als Beauftragter des »Reichsausschusses zur Durchführung ziviler Luftkriegsmaßnahmen«, dem ansonsten Dr. Josef Goebbels vorstand, inspizierte ich die in Riga eingeleiteten Maßnahmen des zivilen Luftschutzes. Auch dort vernahm ich kein auch nur andeutendes Wort über eine Monstre-Mordmaschinerie in den Lägern des polnischen Generalgouvernements.

Alles das, was sich in der »Mordmaschinerie im Osten« abgespielt haben soll, wäre in friedlichen Zeiten, selbst wenn der große »Judentöter« Julius Streicher die Exekutive ausgeübt hätte, nicht möglich, ja nicht einmal denkbar gewesen. Er hätte das Verbrechen weder wagen können noch hätte er Helfershelfer für seine Dienste gefunden. Hitler selbst hätte ihm das sofortige Finale geboten.

Daher darf bei all den so vordergründigen »Monstre-Verbrechen« im Rücken der kämpfenden Front der schaurige Hintergrund des an sich unmenschlichen Krieges nicht vergessen werden. Die angeblichen Verbrechen an den Juden in den sogenannten Vernichtungslägern wurden erst im militärischen Kampfe Deutschlands gegen den Bolschewismus akut. Erst in diesem Kampfe artete der Krieg zur Grausamkeit des von Stalin und Tito erzwungenen Partisanenkrieges aus. Diese Barbarei war eine Folge des Krieges, nicht seine Ursache. Die »Judenvernichtung« kann nicht von der allgemeinen Kriegsbarbarei getrennt beurteilt werden. Der Krieg barbarisierte laufend auch nach dem Zusammenbruche des Dritten Reiches. Siehe Korea, Vietnam, Nigeria usw. Wenn auch kein persönlicher Befehl Hitlers zu diesem verbrecherischen Tun bis jetzt gefunden werden konnte und kein Hitler-Gegner die Existenz eines solchen bezeugen kann, so würde auch das nicht die historische Schuld der hitlerschen Kriegsführung löschen. Wenn jedoch in Deutschland davon gesprochen wird, daß der »Massenmord an den Juden« das

Werk des deutschen Volkes gewesen sei, dann ist das unwahr und hält einer objektiven Forschung nicht stand. Dokumentarisch steht angeblich fest: Die Juden-Morde waren das Werk einer Minderheit von Geheim-Verbrechern und in ihrer schauerlichen Durchführung die Sache untergeordneter Organe. Die Masse des deutschen Volkes war daran unbeteiligt und erfuhr nie etwas davon. Erst die große Überraschungsbombe von der Enthüllung der angeblichen Monstre-Verbrechen 1945 schuf in der Volksseele die grelle Empörung und das Gefühl eines unversöhnlichen Hasses. Das ist nicht nur eine deutsche verteidigende Meinung, dem deutschen Volke seine Ehre zu belassen, das berichtet selbst der zionistische Führer Andreas Biss in der Zeitschrift »Der Monat« August 1960 (Seite 57), wenn er sagt: »Ich kann bezeugen, daß der in seiner fabrikmäßigen Perfektion einmalige Massenmord an den Juden das Werk einer relativ kleinen Gruppe war, die es als Reichsgeheimnis mit politischer Sorgfalt nicht nur vor der Mehrheit des deutschen Volkes sondern sogar innerhalb der weiteren Nazi-Führerkreise zu verbergen suchte«.

Ich würde mich als ehemaliger Hitler-Statthalter niemals dazu hergeben, ein im nationalsozialistischen Staate begangenes Verbrechen zu verteidigen. Auch der Nationalsozialismus hat jede historische Idee entstellende Entartungen aufzuweisen. Unternähme man es, diese Auswüchse allein und isoliert zu betrachten und dabei alle anderen Ereignisse des so epochalen Geschehens zu leugnen, so wäre das Ergebnis Verfälschung, Verallgemeinerung und zuletzt Lüge. Man würde dann so handeln, wie diejenigen, die als einzige Leistung der Sowjetunion die Genickschüsse der Tscheka, als einzige Tat der Französischen Revolution die Jakobinermorde und — als den einzigen kulturellen Wesenszug des Christentums die Millionen verbrannter »Hexen« und getöteter Ketzer mit feststellen und verkünden wollte.

In der Streitfrage, wieviele Juden dem »Massenmord« tatsächlich zum Opfer gefallen sind, fehlt bis heute jede dokumentarisch belegte amtliche Bekundung und das sowohl von Seiten der Jüdischen Weltorganisation als auch von der UN. Selbst offizielle jüdische

Auslassungen über die angebliche Zahl der ermordeten Juden lassen aufgrund ihrer allzugroßen zahlenmäßigen Verschiedenheit, ja sogar Gegensätzlichkeit und Widersprüchlichkeit keinen klaren und eindeutigen Sachverhalt erkennen. In diesen Bekundungen schwanken selbst so elementare Angaben wie die Anzahl der vor dem Antritt Hitlers als Kanzler, bezw. vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 in aller Welt lebenden Juden und die zu einem Vergleich sich anbietende Angabe über die nach dem Kriege 1945 in aller Welt noch lebenden Juden, so daß selbst die aus diesen beiden elementaren Angaben sich ergebenden Differenzen keine klare Rechnung zuläßt, als höchstens die, daß die Zahl der propagierten sechs Millionen in jedem Falle als unrealistisch und als zweckpropagierte These erscheinen muß.

Doch muß auch bei all diesen Rechnereien jedem bewußt bleiben, daß in der moralisch humanitären Perspektive der zahlenmäßigen Wertung keine wesentliche Bedeutung zukommen darf. Wenn wir auch nur in einem einzigen Falle der Tötung eines Juden — nur, weil er Jude war, unsere Billigung aussprechen würden, würden wir unseren Gegnern das Recht einräumen, daß man auch Deutsche töten darf — nur aus dem einzigen Grunde, weil sie Deutsche sind.

Im Interesse einer wirklichen Wahrheitsfindung muß vor allem bedacht werden, daß das normale Erinnerungsvermögen eines Menschen begrenzt ist und Aussagen von wirklichen Erlebnissen unter dem Einfluß tendenziöser Propaganda manipuliert und durch zweckdienliche Schulung leicht beeinflußt werden können. Deshalb sei nochmals daran erinnert, daß das Kalendarium der Verbrechen gegen die Menschlichkeit so alt ist wie die Menschheit selbst. Fast kein Stadium der menschlichen Geschichte ist bar begangener Unmenschlichkeiten. Sie begannen nicht mit Hitler — und sie werden wahrscheinlich mit ihm nicht beendet sein.

11. Frage:

Die Ergebnisse der zeitgeschichtlichen Forschung in allen Ländern haben den Beweis erbracht, daß wir in Hitler den Alleinschuldigen des Zweiten Weltkrieges und seiner unmenschlichen Verbrechen zu sehen haben. Das ist ein ungeheuerliches Verdammungsurteil auch für die, die ihm in seinen politischen und militärischen Unternehmungen Unterstützung zuteil werden ließen.

Was sagen Sie als ein ehemaliger Statthalter Hitlers zu diesem Verdammungsurteil? —

Antwort:

Diese Frage zu beurteilen ist die ureigne Aufgabe der Geschichtsforschung, der Historiker. Sie kann nicht — und das ist sachlich bedingt — in emotionellen Diskussionen der umstrittenen zeitgeschichtlichen Betrachtungen beantwortet werden. Denn die Antwort auf diese Frage — ein entscheidendes Politikum im Werden der Geschichte — muß aufgrund ihrer Bedeutung für Gegenwart und Zukunft unseres ganzen Volkes in ernsthafter, sachlicher, und wahrheitsgemäßer Forschung gegründet sein, fundamental erhärtet durch Dokumente, die Wollen und Tun Hitlers offenbaren und beweisen. Sie wird sicher erst dann ihre geprägte Darstellung finden, wenn nicht nur ausländische, vor allem amerikanische Forscher zu dem in Amerika gehorteten Dokumentenberg des Dritten Reiches Zugang und dann dortselbst Wahrheit finden, sondern vor allem Deutsche, die willens sind, die Geschichte so darzustellen, wie sie war.

Ich bin kein Historiker sondern nur ein Erlebniszeuge des Geschehens im Dritten Reiche und erforschte nachträglich den zeitgeschichtlichen Raum, in dem sich das deutsche Drama unter Hitler vollzog. Meine Antwort auf Ihre Frage kann daher nur aphoristisch sein und ich muß mich aufgrund meiner eigenen Vergangenheit,

die mich leicht als befangen erscheinen lassen kann, politisch geschichtlicher Bekundungen bedienen, auch solcher von ernst zu nehmenden Gegnern Hitlers und seines Regimes.

Aus dem Jahre 1933 ist mir ein Ausspruch des alten englichen Deutschenfeindes, des Unterstaatssekretärs im britischen Auswärtigen Amte Sir Robert Vansittart, im Gedächtnis haften geblieben, den er anläßlich der Ernennung Hitlers zum Kanzler des Reiches getan hat: »Wenn Hitler fehlschlägt, wird sein Nachfolger der Bolschewismus sein. Wenn er Erfolg hat, wird er innerhalb von fünf Jahren einen europäischen Krieg bekommen.« (»if he succeede he will have an European War in five Years«). Er war ein guter Prophet. Als 1939 das politische Problem Polen akut wurde, kam mir das ebenso prophetische Wort eines englischen Staatsmannes in Erinnerung, nämlich das Memorandum des britischen Premiers Lloyd George, das er 1919 an die Versailler Friedenskonferenz gesandt und in dem es geheißen hatte: »Ich kann mir keine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg vorstellen, als daß das deutsche Volk, das sich zweifellos als eine der kraftvollsten und mächtigsten Rassen der Welt erwiesen hat, rings von einer Anzahl von Staaten umgeben werden soll, von denen viele aus Völkern bestehen, die noch nie vorher eine stabile Regierung aufgestellt haben, aber jetzt bereits Massen von Deutschen einschließen, die die Vereinigung mit ihrem Heimatlande fordern. Der Vorschlag der Polnischen Kommission, 2 100 000 Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muß nach meiner Beurteilung früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen.« —

Auch der englische Premier hatte recht, obwohl damals noch lange kein Hitler in Sicht war.

Ich erspare mir die Darstellung der politischen den Charakter der Feindseligkeit tragenden Vorgänge auf polnischer Seite, die den Krieg auslösten: Die Deutschenverfolgungen in Polen, die dazu führten, daß bereits Ende August 1939 etwa 70 000 Deutsche aus Polen in Lägern im Reiche untergebracht werden mußten,

die Beschießung deutscher Regierungsflugzeuge usw. Doch dürfte es realistisch sein, an die geradezu bandenartigen Einfälle der polnischen Korfanty - Truppen in Oberschlesien kurz nach dem Ersten Weltkriege zu erinnern, als der sozialdemokratische Minister Noske die Freikorps zu Hilfe rufen mußte, an die Abstimmungen unter internationaler Kontrolle, die größtenteils eine klar betonte Mehrheit für Deutschland ergaben. Schon damals hatte es in »Straznia Baltika« (Graudenz 1919) geheißen: »Aufständische und Soldaten! Eure Pflicht ist es, Danzig, auch dieses Stückchen polnischen Landes, das ungeduldig darauf harrt, zu erobern!«

Die chauvinistische Lust zu einem Kriege gegen Deutschland feierte in Reden und Aufsätzen der polnischen Öffentlichkeit Triumpfe. Am 20. 4. 1929 hieß es in »Codzienny« (Krakau): »Die Weichsel muß unser werden! Fort mit den Deutschen hinter die Oder!«

Der Streit zwischen Deutschland und Polen war zu allen Zeiten der Weimarer Republik akut. Erst nach Hitlers Machtantritt trat in diesem Zustande eine Wendung ein. Der polnische Marschall Pilsudski gab sich als ein Sympathisant des neuen Deutschland. Es kam zu einem allorts bewunderten Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und Polen. Hermann Göring weilte zu Freundschaftsbesuchen in Polen und genoß dort Jagdfreundschaft.

Noch nie waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen besser als ab 1933.

Das alles änderte sich kurzschlußartig nach dem Tode Pilsudskys. Am 4. 5. 1939 herrschte bereits Kriegsstimmung gegen Deutschland. Sie wird von England und den USA gefördert. Der »Allpolnische Jugendverband,« Posen läßt sich an diesem Tage provokatorisch wie folgt aus:

»1410 hat man die Deutschen bei Tannenberg geschlagen, jetzt aber werden wir sie bei Berlin zusammenhauen. Danzig, Ostpreußen und Schlesien sind Mindestforderungen. Durch diesen gewaltigen polnischen Sieg wird Polen ganz Europa beherrschen«.

Und einen Monat danach lesen wir im Juni-Heft »Zocza« die nicht mehr steigerbare chauvinistische Proklamation: »Die Freiheitsstunde der historisch polnischen Länder wird bald schlagen. Die

Erschütterung Europas wird abgelöst durch die Pax Polonica, die gleichbedeutend ist mit Friede und Gerechtigkeit. Das Schicksal gibt Polen die geschichtliche Aufgabe in die Hand, das Leben Mitteleuropas zu gestalten.«

All diesen aggressiven Wunschorgien gab England durch seine einleitenden Verhandlungen zur geplanten Bürgschaft zugunsten Polens im Falle eines Angriffes den Charakter der unversöhnlichen aggressiven Bereitschaft, die Hitler jede Verhandlung herausfordernd versagte.

Interessant und viel zu wenig in Erinnerung ist die Tatsache, daß am 2. September 1939, also einen Tag nach Ausbruch der kriegerischen Handlungen, Mussolini einen Vorschlag zur Beilegung des Konfliktes machte, nämlich, die deutschen Truppen in ihrem Vormarsche zu stoppen und in einer europäischen Friedenskonferenz das Problem Deutschland-Polen zu bereinigen. Hitler erklärte sich mit diesem Vorschlage sofort einverstanden. Ebenso Frankreich. Der kaum begonnene Krieg hätte sicher sein Ende gefunden, wenn auch England sein Einverständnis gegeben hätte. Doch England, sich auf seinen Beistandspakt mit Polen berufend, lehnte kathegorisch ab. Es verlangte, daß die deutschen Truppen auf ihre Ausgangstellungen zurückgezogen werden müßten und sabotierte durch diese unannehmbare Bedingung den so realpolitischen Vermittlungsvorschlag Mussolinis. Eine einmalige niemals wiederkehrende Gelegenheit, in Europa den Frieden zu erhalten bzw. wiederherzustellen, wurde das Opfer der englischen Politik des Balance of Power. —

In einer Rede des britischen Außenministers Halifax, die er im Monat September hielt, kam Englands Kriegsverlangen kraß und unverblümt zum Ausdruck, als er ausrief: »Jetzt haben wir Hitler zum Krieg gezwungen, so daß er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem anderen aufheben kann.« — Und als am 17. September 1939, entsprechend der geheimen deutschrussischen Vereinbarung die Rote Armee die Grenze Ostpolens aggressiv überschritt und das ostpolnische Gebiet besetzte und sich aneignete, erfolgte keineswegs die Kriegserklärung Englands

an die Sowjetunion. Bei einer Okkupation durch die Sowjetunion hatte der englische Beistandspakt keinen Kurswert mehr. Und hierzu muß im Interesse einer klaren Umreißung der Antwort darauf hingewiesen werden, daß es Stalin höchst persönlich war, der in drei Sitzungen am 27. und 28. September im Kreml verlangt hatte, jeden Gedanken an ein unabhängiges selbständiges Polen aufzugeben, da es zu ernstlichen Reibungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion führen müsse. Stalin selbst, vergessen wir das nicht, verlangte die Aufteilung Polens und akzeptierte in dieser Frage keinen Kompromiß. Am 6. Oktober 1939, nach dem so schnellen Siege über Polen, sprach Hitler im Deutschen Reichstage. Er erklärte, daß er keinerlei Kriegsziele gegen England und Frankreich habe und daß er eine Weiterführung des Krieges, wenn er nur dem Sturz der nationalsozialistischen Regierung gelte, für sinnlos und der vielen Opfer nicht für wert halte. Hitlers Friedensbereitschaft wurde zurückgewiesen. —

Der englische Historiker A. J. P. Taylor ist vielen Deutschen als Gegner Deutschlands bekannt. Dieser weltberühmte Historiker schrieb im »Quardian« über den Kriegsausbruch 1939: »Möglicherweise versuchte Hitler 1939 aus dem Ring der Einkreisung, der sich um ihn formte, herauszubrechen und es ist über jeden Zweifel erhaben, daß er 1941 den Krieg gegen Rußland nur aus Präventiv-Gründen ausweitete.«

Über die Kriegsvorbereitungen Hitler-Deutschlands vor dem Einmarsch in Polen ist viel geschrieben worden und geradezu phantastische Zahlen über die Hitler'sche Kriegsmaschinerie sollten die Absicht und den Willen Hitlers zum Angriffskrieg zum überzeugenden Ausdruck bringen. Dieses Argument der Propaganda muß den historischen Forschungsergebnissen weichen. Über die tatsächliche Stärke der Deutschen Wehrmacht zu Beginn des deutsch-polnischen Krieges wurde in Nürnberg vor dem Alliierten Militärgerichtshof General Jodl, der es ja genauestens wissen mußte, vernommen.

Jodl erklärte zur Verteidigung gegen den Vorwurf eines Angriffskrieges: »1935 wurden nach der Wiedereinführung der Allgemei-

nen Wehrpflicht 36 Divisionen aufgestellt. 1936 ordnete Hitler die Rheinlandbesetzung an. Eine Division — eine einzige — wurde mobilisiert. Drei Bataillone rückten in die bis dahin entmilitarisierte Zone ein. Drei Bataillone — Angriffsabsichten konnten da keine bestehen, sonst hätte uns die französische Armee de converture hinweggeblasen.« Jodl erklärte des weiteren: »Als wir im Jahre 1935 36 Divisionen aufstellten, besaßen Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei 90 Friedens-Divisionen und 190 Divisionen im Kriege. Wir hatten kaum eine schwere Artillerie und die Panzerwaffe war erst in den Anfängen. Wir waren bis zum Jahre 1939 zwar in der Lage, Polen allein zu schlagen, aber wir waren niemals, weder 1938 noch 1939, eigentlich in der Lage, einem konzentrierten Angriff dieser Staaten standzuhalten. Und wenn wir nicht schon im Jahre 1939 zusammenbrachen, so kommt das nur daher, daß die rund 110 französischen und englischen Divisionen im Westen sich während des Polenkrieges gegenüber den 25 deutschen Divisionen völlig untätig verhielten.«

Jodl fuhr fort: »Die wirkliche Aufrüstung wurde erst nach Kriegsbeginn durchgeführt. Wir traten in diesen Weltkrieg ein mit etwa 75 Divisionen. 60% unserer gesamten wehrfähigen Bevölkerung waren unausgebildet. Das Friedensheer war etwa 400 000 Mann stark — gegenüber fast 800 000 Mann im Jahre 1914.

Die Vorräte an Munition und Bomben, der Zeuge Milch hat davon gesprochen, waren geradezu lächerlich.« (Die Worte Jodls sind zitiert nach Carl Haensel: »Das Gericht vertagt sich«. (Claassen Verlag Hamburg, »Tagebuch eines Nürnberger Verteidigers«).

Diese Aussagen von Jodl werden von dem schon genannten englischen Historiker Prof. Dr. Taylor bestätigt. Er schreibt in seinem bekannten Werke »The Origin's of the second world War« London 1961 Seite 218: »Der Zustand der deutschen Bewaffnung im Jahre 1939 liefert den entscheidenden Beweis, daß Hitler keinen allgemeinen Krieg erwogen und wahrscheinlich einen Krieg überhaupt nicht beabsichtigt hatte.« —

Auch eine politische Stimme soll hier zu Worte kommen.

Der polnische General Sosnokowski sagte am 31. August 1943 zum

Anlaß des vierten Jahrestages des polnischen Kriegseintrittes vor alliierten Pressevertretern: »Der Entschluß Polens vom 30. August 1939, der dem Befehl zur allgemeinen Mobilmachung zugrunde lag, kennzeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte Europas. Hitler war damit vor die Notwendigkeit gestellt, Krieg zu führen zu einem Zeitpunkte, da er weitere unblutige Siege zu erringen hoffte.« Um die Schuldfrage zum Ausbruche des deutsch-polnischen Krieges, also zum Ausbruche des Zweiten Weltkrieges, noch einmal durch den englischen Star-Historiker Taylor in seinem schon zitierten Werke »Über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges« ausklingen zu lassen, noch einmal ein viel zitiertes Zitat:

»Die Geschichte der Vorgänge, die zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führten, ist eine Geschichte ohne Helden; sie ist sogar vielleicht eine solche ohne Bösewichte. — Der Krieg von 1939 wurde weniger von irgendwem gewünscht als beinahe alle Kriege der Geschichte. Rückblickend kann man sagen: Daß niemand unschuldig war, obwohl viele schuldig waren.«

Auf Seite 267 seines schon genannten Werkes zitiert Taylor den Mann, der am 3. September 1939 die englische Kriegserklärung in die Wilhelmstraße überbrachte, der das Hitlerdeutschland gut kannte, den ehemaligen englischen Botschafter Sir Neville Henderson. Dieser schrieb in einem Brief an Sir William Strang, Leiter der Zentral Abteilung im Foreign Office in London vom 16. 8. 1939: »Die Geschichte wird die Presse allgemein als die politische Ursache des Krieges verurteilen. Von allen Deutschen, glaube es oder nicht, ist Hitler der gemäßigste, soweit es Danzig und den Korridor betrifft.« —

Auch Lloyd George taucht noch einmal unter den Stimmen englischer Staatsmänner auf. Anfang Oktober 1939 veröffentlichte er einen aufsehenerregenden Aufsatz im »Journal american« und in der »Sunday Times«, in dem er im Anschluß an Hitlers Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 unter anderem ausführte: »Die letzte Rede Hitlers kann als Grundlage einer Friedenskonferenz dienen. Der richtige Krieg zwischen Groß-Britannien und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits hat noch gar nicht

begonnen. Alle Völker wünschen aufrichtig die Vermeidung eines neuen Weltkrieges. Weshalb also keine neue Konferenz der wichtigsten Weltmächte vorschlagen, um die Lage zu untersuchen? Hitler scheint einen solchen Gedanken zu hegen. Er hat auch schon einige Dispositionspunkte aufgeführt, so die Abrüstung, die Kolonien, den polnischen Staat. Wir haben die Freiheit, andere Dispositionspunkte vorzulegen. Nichts kann verloren sein, vieles kann mit Hilfe einer solchen Konferenz gewonnen werden.«

Lloyd George kündete damals die Gründung eines »Komitees für Friedensaktionen« an. Am 12. und 13. Oktober 1939 hielt dieses Komitee eine Arbeitssitzung ab. Eine weitere Wirksamkeit ist jedoch dann nicht mehr bekannt geworden. Winston Churchill, dem die Tätigkeit Lloyd George's im Hinblick auf dessen Friedensbemühungen keineswegs sympathisch war, forderte Lloyd George auf, in das Kriegskabinett einzutreten. Lloyd George lehnte jedoch dieses Ersuchen ab. Kurz darauf starb er und seine Bemühungen um eine Aktion zur Beilegung des unheimlichen Weltkrieges endeten damit leider ergebnislos.

In der englischen Kriegsführung gewannen die Kreuzzugsfahrer die Oberhand.

Der englische Bischof Henson schrieb im September 1939, also in den ersten Tagen des Zweiten Weltkrieges einen Artikel, der in der »Times« veröffentlicht wurde und in dem es unter anderem heißt: »Wir stehen auf Seiten der göttlichen Verwaltung. Es handelt sich um einen Kreuzzug für die Wiedererrichtung der letzten Faktoren der christlichen Zivilisation und wir brauchen den Glauben und die Glut von Kreuzfahrern, wenn wir den Sieg erringen wollen.«

Die Kreuzfahrerstimmung erlebte ihren Höhepunkt, als im Jahre 1940 im britischen Wochenblatt »Cavalkade« folgendes zu lesen war: »Es ist das deutsche Volk, das wir hassen oder das Wesen, das in ihm steckt. Aus dem alten Testament haben wir gelernt, wie mehr als einmal auf Befehl Gottes eine ganze Generation ausgerottet werden mußte. Offensichtlich gibt es keinen anderen Weg, um das Böse los zu werden, welches sich in gewissen Nationen einge-

nistet hat. Wir finden sogar, daß bei dieser Gelegenheit diejenigen, welche dem Gottesbefehl der Ausrottung eines gewissen Volkes nicht nachkommen, selbst vernichtet wurden. Befinden wir uns nicht in der Zeit, von der die Bibel spricht, wo die Säuberung der Völker stattfinden soll?« —

Das war Aufforderung zum Völkermord, eine hysterisch-hetzerische Aufforderung zum unversöhnlichen Kreuzzug gegen Deutschland, in dem Politik und Kriegsgesetze keine Gültigkeit mehr haben sollten.

Churchill hatte es in seiner Rundfunkrede an das englische Volk ebenso deutlich proklamiert, als er zu Beginn des Krieges sagte: »Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.« —

Ich habe bereits auf die Rede Hitlers im Reichstag hingewiesen, in der er Frankreich als auch England ehrlich Frieden anbot, ohne daß dieses Angebot Beifall fand. Es war jedoch Hitler nicht allein, der die Bereitschaft zur Beendigung des Krieges in den letzten Septembertagen anbot, sondern es taten dies am 28. 9. 1939 die Sowjetunion durch Molotow und die deutsche Reichsregierung durch Reichsaußenminister Ribbentrop in einer gemeinsamen Erklärung, in der es zum Schlusse heißt:

»Nachdem die deutsche Reichsregierung und die Regierung der Sowjetunion durch den heute unterzeichneten Vertrag die sich aus dem Zerfall des Polnischen Staates ergebenden Fragen endgültig geregelt und damit ein sicheres Fundament für einen dauernden Frieden in Ost-Europa geschaffen haben, geben sie übereinstimmend der Auffassung Ausdruck, daß es den wahren Interessen aller Völker entsprechen würde, dem gegenwärtig zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich anderseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu bereiten. Die beiden Regierungen werden deshalb ihre gemeinsamen Bemühungen, gegebenenfalls mit anderen befreundeten Mächten darauf richten, dieses Ziel sobald wie möglich zu erreichen. Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt sein, daß England und Frankreich für die Fortsetzung

des Krieges verantwortlich sind, wobei im Falle einer Fortdauer des Krieges die Regierungen Deutschlands und der UdSSR sich gegenseitig über die erforderlichen Maßnahmen konsultieren werden. Unterzeichnet: Molotow - Ribbentrop«

Es war nicht nur einmal, daß Hitler seinen Gegnern die Beendigung des Krieges anbot. Auch nach Beendigung des siegreichen West-Feldzuges stand Hitler als ein von aller Welt anerkannter Sieger in einem bis dahin beispiellosen Blitzkriege auf der Tribüne des deutschen Reichstages, um nach der Würdigung des errungenen Sieges und der Auszeichnung der siegreichen Heerführer demonstrativ vor aller Welt England die Beendigung des Krieges, den Frieden anzubieten. Es war dies am 19. Juni 1940. — Am Ende seiner Rede sagte Hitler an England gewandt wörtlich folgendes: »Und Herr Churchill soll mir diesesmal ausnahmsweise glauben, wenn ich als Prophet folgendes ausspreche: »Es wird dadurch ein großes Weltreich zerstört werden, ein Weltreich, das zu vernichten oder auch nur zu schädigen niemals meine Absicht war. In dieser Stunde fühle ich mich verpflichtet, vor meinem Gewissen noch einmal einen Appell an die Vernunft auch in England zu richten. Ich glaube dies tun zu können, weil ich ja nicht als Besiegter um etwas bitte, sondern als Sieger nur für die Vernunft spreche. Ich sehe keinen Grund, der zur Fortführung dieses Kriegs zwingen könnte. Ich bedauere die Opfer, die er bringen wird. Auch seinem eigenen Volke möchte ich sie ersparen. Herr Churchill mag nun diese Erklärung wieder abtun mit dem Hinweis, daß dies nur die Ausgeburt meiner Angst sei und meines Zweifels am Endsiege. Ich habe dann eben jedenfalls mein Gewissen erleichtert gegenüber den kommenden Dingen.«

England hörte die Botschaft Hitlers, seine Antwort darauf war ein haßerfülltes Nein. Damals schlug nicht nur für Deutschland eine entscheidende Stunde seiner Geschichte, sondern auch für die Existenz des britischen Empire. Die Weigerung Englands auf Hitlers Angebot des Friedens hatte zur Folge, daß Großbritannien 74% seiner Bevölkerung und 69% seiner Bodenfläche in der weltpolitischen Bilanz des Empire abschreiben mußte. Nach Abschluß des

Frankreich-Feldzuges fanden zwischen Frankreich und Deutschland Diskussionen über das neue Europa statt. In einem Plane zur »Neuordnung Frankreichs, den eine Gruppe von Mitgliedern des Kabinettes Petain im Einverständnis mit Admiral Darlan am 4. 4. 1941 der deutschen Führung überreichen ließ, hatte folgendes Bekenntnis Ausdruck gefunden:

»Wir haben das Vorrecht, das Wort in einem geschichtlichen Augenblick zu ergreifen. Wir sind uns unserer Verantwortung vollauf bewußt. Wir übernehmen sie in der Überzeugung, das Unsrige beitragen zu müssen, daß aus der Niederlage Frankreichs der Sieg Europas erwächst. Der französische Staat bekennt sich entschlossen zur Schicksalsgemeinschaft des Erdteiles und zu der Verpflichtung, die künftig alle europäischen Völker verbinden muß. Die geschichtliche Begegnung von Montoire hat uns gezeigt, daß Deutschland bereit ist, größer als sein Sieg zu sein, wenn wir uns dazu fähig erweisen, größer als unsere Niederlage zu sein. Wir wollen diesem Ziele dienen ohne auf etwas zu verzichten, worauf wir als Franzosen stolz sind und uns mit etwas abzufinden, was unser Land in den Abgrund geführt hat.« — Das Londoner »The Nineteenth Century« schrieb im September 1939 ganz offen:

»England kämpft, um die Balance of Power aufrechtzuerhalten, — aus diesem Grunde und keinem anderen ... Die allgemeine Annahme, daß Deutschland diesen Krieg begonnen —, um die Welt zu beherrschen, ist falsch«. — Das ist klar. Und auch die Wochenzeitung »Spektator« gestand in ihrer Ausgabe vom 22. Januar 1940: »Trotz aller schönen Worte haben wir unendlich weniger Berechtigung zu diesem Krieg als zu dem vorigen. Diesmal gingen wir und Frankreich darauf aus, Polen den Rücken zu steifen in seinem Widerstand gegen die deutschen Forderungen, und zwar nicht aus Liebe zu Polen sondern in dem Bestreben, der wachsenden Macht Deutschlands Einhalt zu gebieten. Auf diese Weise wollten wir zusammen mit Frankreich uns die Oberhand auf dem Kontinent zu erhalten suchen.«

Das sind Geständnisse zum Thema: Wer hat den Krieg gewollt? — Sie sind historisch und keine Propaganda. —

Der Wortlaut dieses Planes ist ein überzeugendes Dokument dafür, daß zwischen beiden Staaten, zwischen Siegern und Besiegten, in einer Zeit, als noch kein Frieden geschlossen war, keineswegs nur in der Sprache des Krieges gesprochen wurde. Churchill hatte nach dem Angebote Hitlers diesem nicht nur eine höhnische Antwort erteilt, sondern darüber hinaus auch die Welt und so auch die Sowjetunion wissen lassen, daß er den Krieg unbarmherzig weiterführen werde bis zur endgültigen Vernichtung Deutschlands. Damit hatte er, ohne es noch zu ahnen, uralte politische russische Ziele im Bewußtsein der russischen Machthaber angesprochen und in der zeitlosen panslawistischen strategischen Planung Moskaus die Perspektive einer eventuellen deutschen Niederlage aufleuchten lassen.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion hatten sich inzwischen bereits getrübt, als die Sowjetunion die getroffenen Vereinbarungen gebrochen hatte. Es war dies, als die Sowjets die beiderseitige Demarkationslinie überschritten und die nördliche Bukowina sowie einen Teil der Moldau den Rumänen weggenommen hatte, wozu dann noch Bessarabien kam.

Vier Monate nach der Erklärung Churchills kam Molotow, der Außenminister der Sowjetunion, im Auftrag Stalins nach Berlin. Stalin ließ in spekulativer Diplomatie erklären, daß die Sowjetunion den Beitritt zu dem Dreimächte-Pakt der Achse (Berlin-Rom-Tokio) erklären werde, wenn Deutschland folgende Bedingungen zu erfüllen bereit sei: 1. Deutschland müsse sich bereitfinden, einen Beistandspakt zwischen der Sowjetunion und Bulgarien zu fördern, was sowjetische Garnisonen in Bulgarien miteinschließen werde. 2. Sämtliche deutsche Truppen müßten aus Finnland zurückgezogen werden, da die Sowjetunion sich erneut durch Finnland bedroht fühle. 3. Die Türkei müsse sich verpflichten, dem Pakt beizutreten und der Sowjetunion Stützpunkte an den Dardanellen und am Bosporus einzuräumen (zur Sperrung der historischen Einfallspforte Englands). Eine Weigerung der Türkei müsse für Deutschland wie für die Sowjetunion den casus belli bedeuten.

Damit hatte Stalin durch den Mund Molotows von Hitler die Aus-

lieferung Europas getarnt an Moskau gefordert. In diesen ausgesprochen erpresserischen Bedingungen als strategische Teilziele der sowjetischen außenpolitischen Zielsetzungen war unausgesprochen die geheime Kriegserklärung der Sowjetunion an Deutschland beinhaltet, die Hitler im Juni 1941 präventiv beantwortete. Hitler sprach in dieser Unterredung mit Molotow sein unmißverständliches »Nein«. Nicht lange nach diesem Versuche Molotows, über den damals in der Presse wenig zu hören war, sagte Hitler im kleinen Kreise: »Die Erfüllung der Forderungen Molotows in Berlin hätten im Falle einer Annahme durch uns den schnöden Verrat an einem europäischen Europa bedeutet. Für Deutschland eine erweiterte Bedrohung elementarster Art, die im weiteren Verlaufe des Krieges zu einem Überfall Rußlands auf Deutschland geführt hätte. Ich mußte daher diese erpresserischen Forderungen sowohl als Deutscher als auch als Europäer ablehnen. Der Preis Europas um einer vorübergehenden Bundesgenossenschaft Rußlands erschien mir zu hoch und vor allem zu indiskutabel. Aber dies ist nicht das Wesentliche für mich aus diesem Erlebnis. Ich habe in dieser Besprechung die eigentlichen getarnten Ziele der Sowjets kennengelernt, die gegen Deutschland und Europa gerichtet sind. Die Sowjets wollen Krieg, zwar nicht sofort, aber sie bereiten sich auf den Augenblick vor, in dem sich der Westen in einem wahnsinnigen Bruderkampfe abgekämpft haben wird. Dann glauben sie, daß ihre Stunde gekommen ist, um, wie einstmals Chingis Chan, mit ihren Menschenmassen über das abgekämpfte Europa herzufallen, um als Steppenwölfe die Beute dieses Krieges für sich zu holen. Das ist uralte russische Politik und gar kein so nagelneues Rezept der roten Zaren im Kreml. Es erinnert fast an die Ziele Peters des Großen — an dessen politisches Testament — in neuer Auflage. Der Blindheit des Westens ist es zuzuschreiben, das nicht zu erkennen, da der Westen nicht europäisch zu denken vermag. Der Nichtangriffspakt auf Seiten Rußlands, ich weiß es jetzt, ist nur eine geschickte Tarnung der allrussischen Absichten zu dem Zwecke, für eine Vorbereitung und die Nutzung kriegerischer Chancen Zeit zu gewinnen.«

Hitler sprach damals kein Wort von einem eventuellen ihm notwendig erscheinenden Krieg gegen die Sowjetunion. Aber ich persönlich glaube, seit dem Besuche Molotows wurde in seine strategischen Pläne die Sowjetunion miteinbezogen.

Die erste Andeutung Hitlers, die auf einen bevorstehenden Ostfeldzug schließen ließ, vernahm ich, als er nach dem England-Flug seines Stellvertreters Rudolf Hess seine Reichs- und Gauleiter auf den Berghof gerufen hatte. Hier versuchte Hitler, uns die angeblich schädigenden Folgen des Hess-Fluges dadurch drastisch zu Gemüt zu führen, indem er sagte: Das alles wiege in der Stunde umso ungeheuerlicher, in der bereits Divisionen deutscher Soldaten im Osten in Bereitschaft ständen, um auf einen unvorstellbar schweren Befehl Gehorsam zu leisten und ihn im militärischen Einsatz zu erfüllen. »Wie soll ich erwarten, daß meine Generale meinem Befehle Folge leisten, wenn mein höchster politischer Leiter wie ein Narr auf eigene Faust den ihm angewiesenen Kampfplatz verläßt und Insubordination erweist.«

Für die Menschen in Deutschland war der Rußlandfeldzug vollkommen überraschend und sie erschreckend hereingebrochen. Die erschreckende Vorstellung des Zweifronten-Krieges tauchte auf. In meinem eigenen Bewußtsein drängten sich pluralistisch und in abwechselnder Wirksamkeit Gedanken, die schreckliche Sorgen lebendig werden ließen. Doch die dynamische Gewalt des Eindruckes nahm alle Gedanken in ihren Bann. Hitler selbst ließ im November 1941 in München vor seinen »alten Kämpfern« die Schwere seines Entschlusses deutlich werden, als er sagte: »Es war der schwerste Entschluß meines Lebens«. —

Der 22. Juni 1941 war ein ebenso kriegerischer wie kriegshistorischer Gedenktag. An einem 22. Juni begann auch Napoleons Rußlandfeldzug! Welcher Deutsche zog da nicht Vergleiche?

Zur Analyse der Situation im Juni 1941 müssen konkrete Fakten in Erinnerung gerufen werden. Sicher ist, daß der Gedanke an einen Krieg gegen die Sowjetunion in Hitlers Kriegskonzeption erst nach dem Besuche Molotows im November 1940 wirksam geworden ist, nachdem er in der europäischen Konzeption der Sowjetunion die

russische Offensive gegen Europa, vor allem aber gegen Deutschland zu erkennen glaubte. Das dürfte auch durch die Ansicht Franz Halders bestätigt werden, der der Meinung war, daß Hitler den Plan »Barbarossa« im November/Dezember 1940 ausgearbeitet habe. Halder meint klarstellend hierzu: »Es war eine vorbereitende Maßnahme, noch kein Entschluß.« — Daß der Plan »Barbarossa« von Hitler wirklich ernst und als bevorstehend angenommen wurde, erfuhr der Generalfeldmarschall Keitel und mit ihm der deutsche Generalstab erst im März 1941, anläßlich des Umsturzes in Jugoslavien, als bekannt wurde, daß Moskau in Gemeinschaft mit England Jugoslavien zum Widerstande gegen Deutschland ermutigt hatte. Franz Halder, ehemaliger Chef des Generalstabes des Heeres, zudem noch der Mann, dem man später »nachrühmte«, bereits im Jahre 1938 mit seiner aktiven Förderung des Hochverrates begonnen zu haben und der Anfang September 1938 London habe wissen lassen, daß Hitler am Tage nach Kriegsbeginn verhaftet werde, dieser Mann, ein wirklicher Widerstandskämpfer also, kein Nationalsozialist, kein Hitleranhänger, schrieb im Jahre 1949: »Anzunehmen ist, daß der endgültige Entschluß zum Ostfeldzug erst nach den raschen Erfolgen im Balkan-Krieg gefallen ist, bei dem Rußlands feindliche Handlung gegenüber Hitler unzweideutig zu Tage trat. Der Entschluß zum Angriffskrieg auf Rußland ist Hitler sehr schwer gefallen. Die Warnung seiner militärischen Berater beschäftigten ihn, der Schatten Napoleons, mit dem er sich gerne vergleichen hörte, lag über den rätselhaften Weiten des Landes. Auf der anderen Seite stand seine feste und nicht unbegründete Überzeugung, daß Rußland sich zum Angriffe auf Deutschland rüste. Wir wissen heute aus guten Quellen, daß er damit recht hatte.«

Ein anderer der hohen Militärs um Hitler, Generaloberst Jodl, sagte in Nürnberg zur Frage des deutschen Angriffes auf die Sowjetunion, die Aussagen Halders bestätigend: »Es war zweifellos ein reiner Präventiv-Krieg. Das, was wir nachträglich noch feststellten, war aber jedenfalls die Gewißheit einer ungeheuren militärischen Vorbereitung Rußlands gegenüber unseren Grenzen. Es ist zwar

die taktische Überraschung nach Tag und Stunde gelungen, die strategische Überraschung nicht. Rußland war in vollem Maße kriegsbereit. Wir waren niemals stark genug, um im Osten uns verteidigen zu können. Das haben die Ereignisse seit dem Jahre 1942 bewiesen. Es mag grotesk klingen, aber, um die Front zu besetzen, brauchte man mindestens 300 Divisionen und die haben wir nie gehabt.«

Tatsächlich erfolgte der Angriff gegen die Sowjetunion mit ca. 120 Divisionen unterstützt von ca. 1300 Kampfmaschinen der deutschen Luftwaffe. Diesen anstürmenden deutschen Kräften standen damals bereits zu Beginn des Krieges auf sowjetischer Seite über ca. 200 Divisionen kampfbereit gegenüber, das heißt: Sie warteten vom Barentsee bis zum Schwarzen Meere auf einer Länge von 4005 km auf die Deutschen, und wenn diese nicht kommen sollten, nach weiterer Verstärkung auf den Befehl zum Angriff gegen den deutschen Faschismus.

Dabei erscheint es heute interessant, daß die Sowjetunion innerhalb von einem und einem halben Jahre in dem von ihr besetzten Gebiete Ostpolens 80 neue Flugplätze angelegt und die schon vorher vorhandenen 20 ausgebaut und ausgebessert hatte. In der russischen Gesamtfront vom Baltikum bis zum Schwarzen Meere waren in den letzten Jahren in fieberhafter Eile rund 900 Flugplätze geplant, angelegt und bereits fertiggestellt worden. An die Grenzen im Ostraum, an der zunächst nur 5 (fünf) deutsche Divisionen standen, wurden bis Juni 1941 fast 200 sowjetische Divisionen, weit über eine Million Mann, verlagert. In Waffen ausgedrückt heißt das: mehr als 25 000 Panzer, zehntausende von Geschützen und mehr als 15 000 Flugzeuge.

Das Kriegsmaterial, das den Deutschen in die Hände fiel, die Unmengen von Gefangenen, die größtenteils aus den Weiten Mittelasiens an die westliche Grenze geworfen worden waren, vermitteltenn ein Bild der dort aufmarschierten militärischen Kräfte.

(Zum Beispiel: Bis 1. 12. 41 = 3,8 Millionen Gefangene, vernichtete oder erbeutete Panzer = 21 391, Geschütze = 32 341, Flugzeuge = 17 322.)

Man kann ohne Übertreibung sagen: Nirgends ist das deutsche Heer in einen offenen Raum gestoßen. Die sowjetischen Armeen standen in Bereitschaft. Die Marschrichtung der Roten Armee war eindeutig. Sie wartete auf den Angriffsbefehl.

Marschall G. K. Schukow schreibt in seinem Buche »Erinnerungen und Gedanken« (Stuttgart 1969 Seite 216), daß bereits im Mai 1941 der Generalstab Befehle für die Verlegung von Truppen aus inneren Wehrkreisen an die russische Westgrenze gegeben habe, dazu auch die Anweisung auf Einrichtung von Befehlsständen für aufmarschierte Armeen.

Die starke Ansammlung sowjetischer Truppen war Hitler keineswegs verborgen geblieben. Es gab sowjetische Akteure, die sich dieser sogar patriotisch rühmten.

Am 16. Mai 1941 berichtete der deutsche Gesandte in Schweden, Prinz von Wied: »Hiesige sowjetische Gesandtin Frau Kolontay äußerte dieser Tage, wie ich erfahre, zu keinem Zeitpunkte in der russischen Geschichte seien an der Westgrenze Rußlands stärkere Truppenkontingente zusammengezogen worden wie jetzt«.

So ganz friedlich, wie die Sowjetunion von 1941 später nach 1945 der staunenden Mitwelt dargestellt wurde, war der »Bauern- und Arbeiterstaat« nach dem so monströsen Truppenaufmarsch an seiner Westgrenze also nicht. Auch zum Vorwurf des einseitigen Bruches des mit der Sowjetunion abgeschlossenen Nichtangriffspaktes durch Hitler liegen inzwischen Erklärungen von maßgebender russischer Seite vor, aus denen eindeutig hervorgeht, daß der Abschluß dieses Paktes durch die Sowjetunion vor allem taktischen Erwägungen entsprang. In dem Moskauer Partei-Organ »Kommunist« Nr. 5 aus dem Jahre 1958 heißt es auf Seite 73—86: »Der Nichtangriffspakt mit Deutschland war darauf berechnet, Zeit zu gewinnen und unsere Verteidigungsmacht zu stärken, mehr als 20 Monate zu gewinnen, in deren Verlauf die strategische Lage unseres Landes bedeutend verbessert und die Streitkräfte sowie ihre wehrwirtschaftliche Basis ernstlich verstärkt wurden. Nicht England und Frankreich waren die wahren Kämpfer. Die wahren Kämpfer gegen die faschistische Gefahr, die von Anfang bis Ende konsequente

Kämpfer waren, waren die kommunistischen Parteien. Die Kommunisten kämpften unversöhnlich gegen den Faschismus. Als England und Frankreich, die den Krieg um imperialistischer Ziele willen angefangen und fortgesetzt hatten, die ersten schweren Niederlagen erlitten, änderten die Kommunisten die Einstellung zum Kriege und setzten sich zum Ziele die Befreiung der Völker der besetzten Länder und die völlige Zerschlagung des Faschismus.«

Interessant ist in diesem Zusammenhange auch ein Aufruf zum Jahreswechsel 1940/41, in dem der sowjetische Marschall Budjenny die bolschewistische Jugend in der »Komsomolskaja Prawda« vom 1. 1. 1941, also noch vor dem Russenfeldzug, ermahnt, immer daran zu denken: »Daß im Augenblicke, in dem fast die ganze Erdkugel vom Krieg ergriffen ist, die Weisung Stalins heilig erfüllt werden muß und das ganze Land unerbittlich im Zustande kämpferischer mobilisierender Bereitschaft zu halten sei. Man muß sich täglich, ja stündlich der Kriegswissenschaft bemächtigen, in dem man sich auf die Erfüllung des Kampfbefehles vorbereitet. Man muß beharrlich daran denken, daß nur ein Krieger, der sich in vollem Umfange der Militärwissenschaft bemächtigt, dem Feinde den tödlichen Stoß versetzen kann.«

Offen wird sodann die Bereitschaft zum Angriffskriege zugegeben, ohne dabei allerdings Deutschlands Namen zu nennen.

So zum Beispiel, wenn Budjenny im »Bolschewik« Nr. 1/1941 also ebenfalls noch vor Beginn des Rußlandfeldzuges, Seite 39 schreibt: »Unsere prinzipiell friedliche Politik schließt keineswegs Angriffsoperationen der Roten Armee im kriegsstrategischen und taktischen Sinne aus. Im Gegenteil: Lenin und Stalin lehren, daß die beste Verteidigung der Angriff auf den Gegner ist, die Vernichtung des Gegners in seinem Lande. Auf dem fremden Territorium sein eigenes Land schützen, so lehrte Lenin, so lehrte Stalin. Das ist unsere Strategie und Taktik. Wenn man uns sagt, daß wir nur einen Verteidigungskrieg führen sollen, so bedeutet das, die alten Phrasen des kleinbürgerlichen Pazifismus zu wiederholen, die schon so lange ihren Sinn verloren haben. Wenn wir uns verpflichten würden, wie man uns das vorschlägt, daß wir niemals zu jenen

Handlungen schritten, die man in kriegsstrategischer Beziehung Angriffshandlungen nennen kann, so wären wir nicht nur Dummköpfe sondern auch Verbrecher. Das wurde schon vor 20 Jahren gesagt. Die Rote Armee ist heute bereit, über den Feind auf seinem eigenen Territorium herzufallen, sobald es die Regierung, die Partei und das Volk von ihr fordern werden.«

Lenin selbst sagte 20 Jahre zuvor: »Sobald wir aber stark genug sein werden um den gesamten Kapitalismus niederzuschlagen, werden wir ihn sofort am Kragen packen.«

Lenin hatte in großer Hoffnung von einer Situation gesprochen, in der die imperialistischen Mächte sich in einen Krieg verwickeln würden, und diese Stunde als die Stunde der Sowjetunion genannt. Auch Stalin hatte kurz danach — am 27. 1. 1925 — der KPdSU unmißverständlich erklärt: »Ich möchte ein besonderes Merkmal der Taktik der Revolution in dieser Periode (der Periode der Vorbereitung des Angriffes) hervorheben. Das Merkmal ist, daß die Revolution versucht, jeden oder fast jeden Schritt ihrer Offensive als einen Akt der Defensive hinzustellen. Die Revolution verbarg ihre Offensive unter dem Decknamen der Defensive, um so die unentschiedenen und schwankenden Elemente in ihre Einflußsphäre zu ziehen« und Stalin fuhr fort: »Unser Banner bleibt nach wie vor das Banner des Friedens. Wenn aber ein Krieg ausbricht, stünde es uns schlecht an, untätig zuzuschauen. Wir müssen dann vielmehr eingreifen, und wenn wir eingreifen, dann nur, um unser entscheidendes Gewicht in die Wagschale zu werfen.«

Malenko hat nach dem Krieg zu dieser angekündigten Taktik Bilanz gezogen, als er sagte: »Die weise Stalinsche Außenpolitik des Sowjetstaates machte es möglich, die Widersprüche innerhalb des Imperialismus sowohl vor dem Kriege als auch während des Krieges richtig auszunutzen und dies war eine der wichtigsten Bedingungen unseres Sieges im Kriege.« (Komsomolskaja Prawda 10. 12. 47). In allen Nachbetrachtungen über den Zweiten Weltkrieg tauchte wie eine gespenstische Prophetie immer wieder das Wort Lenins auf: »Der Erste Weltkrieg gab uns Bolschewisten Rußland, der Zweite Weltkrieg wird uns Europa geben.«

Der sowjetische General Wlassow, der es wohl wissen mußte, erklärte in deutscher Gefangenschaft, Hitler habe die Situation vollkommen richtig gesehen und sei direkt in den russischen Angriff hineingestoßen.

Dr. Eduard Benesch, der gewiß kein Kronzeuge für Hitler ist, behandelt in seinen in Prag erschienenen Memoiren es als eine Selbstverständlichkeit, daß die Sowjetunion den Nichtangriffspakt nur als ein Mittel zum Zeitgewinn unterzeichnet habe und daß sie später, wenn die Kriegführenden genügend geschwächt sein würden, beabsichtigte, in den Krieg einzutreten, um dabei die Weltrevolution weiterzutreiben.

Die Contemporary Review vom Januar 1945 schreibt inbezug auf Beneschs Feststellung: »Es war wirklich eine der Absurditäten dieses wirren Krieges von 1939 — 1945, daß es Hitler war, der unbeirrbar Rußlands Spiele durchschaute«. (It was indeed one the absurdities of this Mudled war of 1939—1945 that it was Hitler who unfailingly saw Through Russians game.«)

Daß, obwohl Hitler die Sowjetunion angriff, die Sowjetunion selbst die Absicht hatte, zum Angriffskrieg überzugehen, geht auch aus einer amtlichen Darstellung der Sowjetunion hervor: So heißt es dort unter anderem: »Mitte Juni 1940 rückten sowjetische Truppen in Estland, Lettland und Litauen ein. Am 27. Juni des gleichen Jahres hielten Sowjettruppen auch in der Bukowina und in der Moldau, die Rumänien dem Sowjetlande nach der Revolution entrissen hatte, ihren Einzug. Dies war das einzige Mittel, den ungehinderten Vormarsch der deutschen Truppen nach dem Osten den Weg zu verlegen, um dann zum Gegenangriff überzugehen, um gemeinsam mit den Verbündeten die Hitlermacht zu schlagen und damit zu verhindern, daß friedliebende Länder Europas, darunter Finnland, Estland, Litauen, Lettland und Polen zu Hitler-Kolonien wurden. Nur Feinde der Demokratie oder Verrückte konnten diese Handlungen der Sowjetunion als Aggression qualifizieren.« —

Wenn auch die Sowjetunion den mit Hitler abgeschlossenen Nichtangriffspakt formell nicht gebrochen hat, so hat sie doch trotz eines mit Japan abgeschlossenen Nichtangriffspaktes im Sommer

1945, als Deutschland bereits geschlagen war, diplomatische Umwege nicht mehr notwendig waren und Japan sich bereits zu Friedensverhandlungen bereiterklärt hatte, den Überfall auf Japan ohne jede gegnerische Veranlassung durchgeführt.
Das war zur selben Zeit, als die Sowjetrichter gemeinsam mit ihren amerikanischen Kollegen in Nürnberg deutsche Politiker und Generale wegen »Angriffshandlungen« dem Henker auslieferten.
Der im Juni 1941 in breiter Front vorgetragene Angriff der deutschen Wehrmacht ging zunächst wie ein Sturm über das russische Land und bald standen die deutschen Stoßarmeen vor den Toren der russischen Hauptstadt Moskau, in der einstmals Napoleon im Flammenmeer der brennenden Stadt die Unmöglichkeit eines Sieges über das russische Reich erkennen mußte. Bereits im Oktober 1941, am 2. 10., hatten Churchills Vertreter Lord Beaverbrook und Roosevelts Beauftragter Harrimann im Kreml das Protokoll über die angloamerikanischen Waffenlieferungen unterzeichnet. Obwohl die USA damals noch nicht im Kriege gegen die Achsenmächte standen, wurde offiziell verkündet: Die drei Großmächte seien entschlossen, den »Erzfeind aller Nationen« Deutschland zu zerschmettern. Es wurden für die ersten zehn Monate, beginnend mit 1. 10. 1941 3000 moderne Kampfflugzeuge (wir besaßen am 1. 10. 1941 etwas über 1000 einsatzfähige Flugzeuge an der Ostfront), 400 schwere Panzer, 30 000 Lastkraftwagen und Jeeps, Schützenpanzerwagen und andere Motorflugzeuge neuester Art und US-Fabriken.
Doch, so interessant es in der kritischen Betrachtung des Ostfeldzuges sein mag, es gehört nicht mehr zur Beantwortung der Frage der Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkriege.
Da jedoch die Rüstungslieferungen der Amerikaner nun schon angeschnitten wurden, dürften sicher die Rüstungslieferungen der USA an die Sowjetunion insgesamt interessieren:

Explosivstoffe	230 Millionen Tonnen
Öl und Benzin	2,5 Millionen Tonnen
Autoreifen	3 Millionen Stück
Stahl und Metalle	3,5 Millionen Tonnen

Lebensmittel	4,5 Millionen Tonnen
Schuhe	14,0 Millionen Paar
Baumwollstoff	95 Millionen Tonnen
Maschinengewehre u. Ersatzteile	130 Millionen Tonnen
Kriegs- und andere Schiffe	710 Einheiten
Panzer	7 000 Stück
Flugzeuge	15 000 Stück
Jeeps und LKW	430 000 Stück

So wurden die US Demokraten die Geburtshelfer der sowjetischen Weltmacht und zum Totengräber der europäischen Existenz. Was meine Antwort auf die aufgeworfene Frage angeht, so kann ich mich persönlich zweier Erlebnisse erinnern, bei denen ich Bekundungen und Handlungen Hitlers erlebte, die ihn mir in einem anderen, ganz entgegengesetzten Lichte, erscheinen ließen.

Es war dies zunächst am 28. Mai 1938, eine Woche, nachdem die Tschechoslowakei die Mobilmachung gegen Deutschland vorgenommen hatte. Sie war der Versuch der Tschechen, auf den erwarteten gewaltigen Wahlsieg Konrad Henleins am 22. Mai 1938, als die Sudetendeutschen mit 91,44 % Henlein ihre Stimme gegeben hatten, zu reagieren.

Am 28. Mai 1938 fand in Dessau, der Gauhauptstadt meines Gaues, die feierliche Eröffnung des ersten im Dritten Reich neuerbauten Theaters statt. Die Feier war umrahmt von einem Gauparteitag des Gaues Magdeburg—Anhalt.

Am Vormittag dieses 28. Mai sollten in Dessau ca. 300 000 Menschen aus allen Gegenden Mitteldeutschlands Hitler in einer Riesenkundgebung sehen und hören. Bereits zur Mitternacht vom Samstag auf Sonntag waren Sonderzüge aus fast allen Teilen des Gaues gestartet und just zu dieser Stunde besprach ich in der Organisationszentrale noch einmal das am Sonntag zu startende Minutenprogramm abschließend durch. Da wurde mir ein Blitzgespräch aus der Reichskanzlei Berlin gemeldet. Sein Inhalt schlug wie eine Bombe in dem kleinen Organisationskreis ein. Der Adjutant des Führers, SS-Brigadeführer Schaub, teilte mir mit, daß der Führer in der morgigen Kundgebung nicht sprechen werde, nicht sprechen

dürfe. Die Gründe dafür seien außenpolitischer Natur. An seiner Stelle werde Dr. Josef Goebbels in der Kundgebung reden. Alles andere werde mir der Führer am anderen Tage selber erklären.

Er lasse mich grüßen. — Ohne Hitler war der so groß inszenierte Gauparteitag nur noch ein Torso. Und ich, der ich angekündigt hatte, man würde in Dessau Hitler hören und sehen, mußte den enttäuschten Menschen nun sagen, daß ich mein Versprechen nicht halten könne. Noch hatte ich einen Trost. Hitler werde zwar in der angekündigten Kundgebung nicht sprechen, doch er werde kurz nach der Kundgebung in Dessau eintreffen, um durch sein Erscheinen dem Gauparteitag die Krönung zu geben.

So standen wir bei Ankunft des Sonderzuges aus Berlin auf dem Bahnsteig des Dessauer Bahnhofes, als Hitlers Sonderzug einlief. Hitler erschien als erster mit auffallend ernstem Gesicht, die Adjutanten hielten sich respektvoll in geziemender Entfernung. Nachdem Hitler uns zunächst wortlos begrüßt hatte, nahm er mich zur Seite und sagte mir mit tiefer und doch erregter Stimme: »Parteigenosse Jordan! Es tut mir sehr leid, daß ich Sie heute so enttäuschen muß. Aber, Sie müssen mich verstehen, die eingetretene Situation in der Tschechei zwingt mich dazu. — Ich wollte noch bis gestern Abend auf jeden Fall mein Wort halten und in Dessau sprechen. Aber die seit Tagen heraufgezogene drohende außenpolitische Gefahr zwingt mir das Gesetz des Handelns auf. Die Tschechoslowakei, das heißt richtiger: Benesch, hat seit einer Woche die Mobilmachung gegen Deutschland befohlen. Ich darf und will diesem Kriegshetzer keine Handhabe geben, einen Krieg gegen unseren jungen Staat zu entfesseln. Er wartet nur darauf. Jedes Wort, das ich jetzt spreche, kann von diesem Manipulator gefälscht dazu benutzt werden, um den Funken in das Pulverfaß zu werfen und um uns den schon prophezeiten Vernichtungskrieg zu liefern. Sie verstehen, wenn ich in diesem Falle den außenpolitischen Notwendigkeiten den Vorzug geben mußte.«

Hitler blieb ernst und verriet dies in Mimik und Pantomimik. Der ganze Empfang trug diese Note. Auch, als wir — Hitler in seinem Wagen stehend — durch die ihm zujubelnden Spaliere in der Stadt

zum Vorbeimarschplatz fuhren, blieb Hitler in all den Ovationen unbeweglich ernst. Selbst die frohe Hitlerjugend, die Pimpfe und die Jungmädel erregten in ihm fast kein freundliches Lächeln.

Gegenüber dem Alten Theater begann der Vorbeimarsch der Parteiformationen. Unter klingender Marschmusik defilierten die Einheiten der Bewegung, dem Führer freudig in die Augen schauend. Doch Hitler blieb ernst. Und nicht nur das. Als die HJ mit flatternden Fahnen im Anmarsch war, unterbrach Hitler seine Unbeweglichkeit. Er entsandte Ordonnanzen zur anmarschierenden HJ. Dann richtete Hitler an mich die strenge Frage: »Gauleiter Jordan! Kennen Sie nicht meinen Befehl, wonach die HJ nicht mehr an mir vorbeimarschieren darf?«

Ich war innerlich schockiert und antwortete: »Mein Führer! Ein solcher Befehl ist mir nicht bekannt.« —

Jetzt kenne ich also den Grund für Hitlers Eingreifen in die Marschordnung. Die anmarschierende HJ wird, ehe sie sich allzusehr nähert, nach links und rechts in die Seitenstraßen abgelenkt. Ihre Kolonnen mit den großen Fahnen mußten aus dem Anmarschweg ausscheren und sich auf Kommando eiligen Schrittes in die noch menschenleeren Nebenstraßen begeben. Die Menschenmenge ergreift ein spürbares Bedauern. Mir selbst ist unheimlich zu Mute. Die Anmarschstraße bleibt für eine Weile frei, denn die der HJ folgenden Marschblöcke haben noch nicht aufgeschlossen. Auf dem Vorbeimarschplatz tritt peinliche Ruhe ein. Es herrscht fast Totenstille. Hitler steht wie eine unbewegliche Säule in seinem Wagen, die Menschen schauen in einer stummen, doch deutlichen Frage auf den Führer. Auf einmal wird die drückende Stille auf dem Platze von einer Kinderstimme unterbrochen. Gegenüber vom Führer wird ein kleines unschuldiges Mädchen zum Sprecher von allen, indem es vernehmlich und rührend herüberruft: »Lie—ber—Führer — — lach doch — mal«!

Das ist die Lösung der beklemmenden Spannung, die über allen gelegen hatte. Auch Hitler vermag unter diesem Eindrucke seine starre Mimik nicht zu wahren und lächelte an diesem Tage zum ersten Male in sich hinein. Wir alle sagen dem kleinen Mädchen

heimlich unseren herzlichen Dank. Dann rücken mit Marschmusik auch die Folge-Einheiten an. Als zum Schluß auch die Wehrmacht, an der Spitze der Einheiten die Offiziere mit gesenkten Degen, vorbei defiliert war, konnte ich Hither melden »Vorbeimarsch beendet«. Die Zeit bis zur Eröffnung am Abend verbrachte Hitler in meiner Wohnung im Hause des Reichsstatthalters. Auch hier verblieb er im tiefem Ernst und fühlbarer Zurückhaltung. Von den vielen Ehrengästen, die inzwischen gekommen waren, hatte keiner rechte Lust, den Führer in seinen tiefsinnigen Betrachtungen zu stören. Als die Zeit des Essens gekommen war, war es als Gastgeber meine Aufgabe, in die »Höhle des Löwen« zu gehen und Hitler zu bitten, mit uns zusammen das Essen einzunehmen. Ich traf Hitler, wie er in scheinbar schweren Gedanken im Zimmer auf und ab ging und scheinbar in einer ganz anderen Welt weilte. Ich fragte ihn nach seinen Wünschen. Er hatte keine. Auch zum gemeinsamen Essen war er nicht zu bewegen. Er wartete auf angemeldete Staatsgespräche. Bei seinem Diener hatte er um Tee und einige Zwiebäcke gebeten. Dann kamen wir ins Gespräch. Natürlich zunächst auf den mystischen Befehl betreffend Vorbeimarsch der HJ. Ich versicherte Hitler nochmals, daß mir ein solcher Befehl vollkommen neu sei. Auch den anderen Parteiführern sei ein solcher Befehl bisher nicht bekannt geworden. Mir täten die Jungen, die jetzt wie Verfemte durch die Straßen Dessaus schleichen müßten, leid. Darauf reagierte Hitler sofort: »Jordan! Die Weltpresse und die Judenpresse werfen mir vor, ich lasse die Jugend bis auf die Kleinsten, die kaum laufen könnten, als das Kanonenfutter der Zukunft an mir vorbeimarschieren und mustere dabei schon den Kriegseinsatz bis zum letzten Säugling unseres Reiches. Ich muß dieser Haß- und Hetzpropaganda die Voraussetzungen nehmen. Daher habe ich seit einigen Wochen angeordnet, daß die Jugend nicht mehr an mir vorbeimarschieren soll. Auch Ihnen konnte ich am heutigen Tage keine Ausnahme gestatten. Dafür muß meine Jugend Verständnis aufbringen. Ich bekenne mich dafür umso mehr zu ihr.« Die Unterhaltung wurde immer wieder durch dringende Staatsgespräche unterbrochen, während deren ich Hitler allein ließ.

Als ich ihm nachmittags noch einige Programmpunkte unterbreitete, schien er sich plötzlich seiner eigenen allzu ernsten Rolle im Rahmen des Gauparteitages bewußt zu werden und er versuchte mir sein Verhalten zu erklären, indem er liebenswürdig versicherte: »Parteigenosse Jordan! Sie haben es sicher schon einige Male mit innerem Verdrusse registriert, daß ich mit meinen Gedanken gar nicht bei Ihnen weilte. Bitte, nehmen Sie mir das nicht übel. Ich hätte mich eigentlich heute in Berlin in der Reichskanzlei vergraben müssen, um darüber nachzudenken, wie ich dem Kriegshetzer Benesch und seinen internationalen Auftraggebern ein Schach-Matt zu bieten vermag. Sie wollen uns nicht zur Ruhe kommen lassen. — Nachdem unser Reich nunmehr von Innen heraus gesund und zukunftsträchtig geworden ist, wollen sie es von außen her zu Fall bringen. Sie schrecken nicht davor zurück, Deutschland einzukreisen und durch den Prager Chauvinismus einen Krieg zu provozieren. Wenn ich nicht so starke Nerven hätte, würde ihnen das sicherlich gelingen. Benesch hat behauptet, das Großdeutsche Reich habe gegen die Tschechoslowakei, an den Grenzen dieses zusammengeraubten Staates, mobilisierte Truppenteile aufmarschieren lassen. Und eine sogenannte demokratische Weltpresse trompetet diese Greuelnachricht freudestrahlend in die Welt. Benesch verschafft sich durch die Lügenparole die formale Begründung für seine schon vor einer Woche befohlene Mobilmachung gegen Deutschland unter dem Schlagwort einer »Gegenmobilmachung«.

Ich habe diplomatischen Vertretern Großbritanniens Gelegenheit gegeben, sich an der Grenze zur Tschechoslowakei mit eigenen Augen von der Verlogenheit dieser Lügenparole zu überzeugen und sie haben das getan. Aber auch das wird Benesch nicht einschüchtern. Die Henlein-Partei hat vorigen Sonntag über 90% aller deutschen Stimmen auf sich vereinigen können. Nun kommt Benesch mit seinen pseudodemokratischen Spielregeln nicht mehr weiter. Jetzt muß er seine Rettung im Kriege suchen. Ich darf nicht müßig zuschauen, wie im Wetterloch Europas der Krieg geschürt wird. Ich muß dem wehren und ich werde dem wehren. Verlassen Sie sich darauf. Das bin ich der Ehre Deutschlands und

dem Frieden Europas schuldig. Verstehen Sie daher, daß ich in der Freude Ihres Gauparteitages nicht aufgehen kann. Ich habe die Absicht, noch in den nächsten Stunden, hier in Ihrem Zimmer, einige wichtige Entscheidungen zu treffen. Ich werde Ihnen zeigen, daß das Großdeutsche Reich kein europäischer Dorftrottel mehr ist sondern die größte Nation des Kontinents.«

Es kommt wieder ein dringendes Staatsgespräch. Ich lasse Hitler allein. Ich spare mir die Schilderungen der weiteren Begegnungen mit ihm an diesem Tage. In der wohlgelungenen Aufführung des »Freischütz« wird Hitler wieder heiter und gesellig. Und als er spät abends im Sonderzug von Dessau abfährt, läßt sein freundliches Lachen selbst mich nicht erkennen, daß er in den eben vergangenen Stunden schwere militante Entscheidungen getroffen hat. Sie heißen: Verdoppelung der deutschen Luftwaffe, Vorbereitung der Mobilisierung von 96 Divisionen zum Termin des 2. Oktober 1938, Ausbau der Westbefestigungen. Sie waren die Antwort auf die Mobilmachung Beneschs gegen Deutschland.

Das zweite Erleben, das inbezug auf die anstehende Frage mich Hitler in einem durchaus anderen beeindruckenden Verhältnis erleben ließ, war Hitlers 50. Geburtstag am 20. April 1939.

Wir waren damals zu einem Geburtstagsempfang in der Reichskanzlei versammelt. Und im Kreise der ihm vertrauten Führerschaft der Partei wurde Hitler in seiner parteiinternen Geburtstagsansprache menschlich vertraulich und beantwortete unsere Wünsche in geradezu liebenswürdigen Worten.

In meiner Erinnerung sind diese Worte nicht untergegangen, vor allem nicht deren Schluß: »An diesem Tag darf ich es stolz und dankbar aussprechen. Das Reich, das wir errichtet haben, ist nunmehr konsolidiert. Niemand vermag es als Realität in der Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts zu negieren. Ich habe keinen weiteren Ehrgeiz, unser unter unendlichen Opfern und Mühen errichtetes Reich der Gefahr eines kriegerischen Experimentes auszuliefern, wie das die uns noch feindliche Welt zu behaupten nicht aufhören will. Ich wünsche persönlich und politisch diesem nunmehr vollendeten Reiche eine lange segensreiche Zeit des friedlichen Lebens,

damit sein fleißiges, friedsames Volk hinreichend Gelegenheit habe, es innenarchitektonisch immer noch schöner, immer noch wohlhabender, immer noch zukunftsträchtiger auszugestalten.« Und innerlich fast ergriffen fügte er hinzu: »Möge nun die Göttin Pallas Athene den Schutz über dieses geschichtliche Werk übernehmen — und das für alle Zeit« —

Seine persönlichen Wünsche an diesem 50. Geburtstage kleidete Hitler etwa in die folgenden Worte: Wenn ihm das Schicksal im Alter noch die Gnade erweisen sollte, dann möge es die sein, daß ihm noch die Gelegenheit werde, abseits und losgelöst von der Staatsführung das geschaffene Werk in beschaulichen Reisen von der Warte des reifen Alters aus besichtigen zu dürfen, seine Städte und Bauwerke bewundern, seine kulturellen Zentren in den Höhen ihres Wirkens erleben zu dürfen, um mit guten Gefühlen gegenüber seinem Schicksale einstmals von seinem Leben Abschied nehmen zu können. Wir, die Hitler kannten, spürten, daß diese Worte ehrlich empfunden waren.

Die nachfolgende große Huldigungsparade der Wehrmacht vor Hitler, die den Außenstehenden vor allem einen militanten Eindruck vermittelte, war Ausdruck des Dankes der Wehrmacht an ihren Schöpfer und zugleich eine Demonstration der Macht, mit dem Ziele der Wirkung auf eventuelle geplante Angriffe. Nicht so sehr der Hitler, der in Berlin der Wehrmacht seinen Gruß entbot, sondern der Hitler inmitten seiner Gratulanten aus der Führerschaft der Partei, der von seinen späteren Reisen durch neugebaute Städte und Landschaften träumte und den Segen der Göttin Pallas Athene für sein Volk erflehte, steht heute noch in meiner Erinnerung. Ich glaube, der Hitler, der uns, seine Getreuen aus der Bewegung in den Jahren des Kampfes um die Macht so oft, wenn es um Leben oder Tod ging, zum Kampfe gemahnt hatte, hätte uns an seinem 50sten Geburtstage, am 20. April 1939, mit viel mehr Nachdruck an den bevorstehenden kriegerischen Kampf gemahnt, wenn er sich dessen als sicher bewußt gewesen wäre. Doch davon war an diesem Tage keine Rede.

Und nun zum Schlusse meiner langen Antwort:

Ich weiß, trotz aller von mir dargelegten Argumente wird der Links-Intellektuelle seine Grundthesen von der angeblichen Alleinschuld Hitlers, sprich Alleinschuld Deutschlands, nach wie vor weiter lauthals in die Welt hinaus posaunen. Das ist ja die Voraussetzung seines Denkens. Und als Antwort wird in fast schizophrener Liturgie das monotone mea culpa — mea culpa — mea maxima culpa anklagend erschallen.

Und doch sage ich diesen Linksintellektuellen:

Gerade ihre emotionelle Ekstase, in der sie der Demokratie oder dem Kommunismus taktisch zu dienen glauben, bringt sie ideologisch auf Abwege. Das fundamentale Gesetz des marxistischen Denkens heißt: Alle Geschichte der Menschheit ist die Geschichte des Klassenkampfes. Die marxistisch-kommunistische Weltanschauung, wenn sie das in ihrem Programm auch nicht immer erkennen läßt, verneint in ihrer politischen Konsequenz sowohl die Alleinschuld eines Regimes als auch die Alleinschuld einer Person, als eines Einzigen, denn sie erklärt ja den Krieg als den Zusammenstoß gesellschaftlicher Gegensätze. Für sie darf es die These, daß es Männer sind, die die Geschichte machen, gar nicht geben, denn das ist ja eine Prämisse des »Faschismus«. Geschichte ist für den marxistischen Menschen das Resultat der gesellschaftlichen Gegensätze. Wenn man Hitler als den Repräsentanten des kapitalistischen Imperialismus in seiner radikalen Erscheinungsform zu umschreiben versucht, dann darf man ihn niemals in der persönlichen und politischen Isolation gesellschaftlich zu zeigen versuchen, sondern als Folge und Ursache im Prozeß der großen entscheidenden Front des gesellschaftlichen Kampfes.

Wer gesellschaftspolitisch zu denken behauptet und in der Geschichte der Welt die Geschichte der gesellschaftlichen Veränderungen zu sehen glaubt, darf vom Alleinverdienst so wenig reden wie von einer Alleinschuld, ja er muß diesen abweichlerischen Begriff aus seinem politischen Vokabularium löschen. Er muß noch einmal aufmerksam seinen eigenen »Lehrer und Erzieher« Lenin studieren, um zu erkennen, daß er auch dann in die Abweichung gerät, wenn er noch so gläubig eine taktisch-propagandistische Hilfe zu leisten

glaubt, die der übergeordneten Strategie nicht dienstbar untergeordnet ist.

Im Ablauf großer geschichtlicher Vorgänge haben wir grundsätzlich zwischen Ursachen und Veranlassungen dieser Vorgänge zu unterscheiden. Sie werden oft, ja meist in subalterner Geschichtsbetrachtung, obwohl sie zeitlich weit auseinander liegend in Erscheinung treten, in folgenschwerster Weise verwechselt. Und daraus resultieren nicht selten die falschen Deutungen der geschichtlich-epochalen Ereignisse.

Mag die Veranlassung des Kriegsausbruches 1939 im Problem Danzig sowie in Hitler und seiner Politik ihren Ausdruck finden. Hitler gab zwar, was die Förmlichkeit des Krieges angeht, den ersten Schuß ab, er begann den Krieg. Verursacht, und darum geht es, wurde der Zweite Weltkrieg jedoch durch jene Politik, mit der man den Ersten Weltkrieg formell militärisch zu beenden glaubte, durch das unversöhnliche Diktat der Sieger von Versailles und seine Folgen. Damals gab es in der politischen Arena noch keinen Hitler. Hitler war erst die Resultante aus Versailles und seinen Folgen. Ohne Versailles hätte es nie einen erfolgreichen Hitler gegeben.

Der englische Star-Historiker Taylor hat schon recht, wenn er meint, »daß die Vorgänge, die zum Ausbruche des Zweiten Weltkrieges führten, eine Geschichte ohne Helden und auch ohne Bösewichte sei und daß niemand unschuldig war, obwohl viele schuldig waren«.

Wir haben nach dem Ersten Weltkriege, obwohl die Alleinschuld Deutschlands an diesem Kriege im Diktat von Versailles unterschrieben und zum Dogma aller anschließenden Erfüllungspolitik erhoben war, fast ein halbes Jahrhundert benötigt, um diese »Allein-Schuld-These« historisch begründet zu widerlegen.

Im Falle der Alleinschuld Hitlers bezw. Deutschlands am Zweiten Weltkriege müssen wir der forschenden Geschichtswissenschaft zumindestens ebenso lange Zeit einräumen, um ein objektives Urteil zu sprechen. Bis dahin sollte die deutschen Zeitgeschichtler größere Bescheidenheit und Sachlichkeit zieren.

Professor Dr. Barnes, der berühmte amerikanische Historiker, der

seit einem halben Jahrhundert in der geschichtlichen Forschung steht, schreibt allen Tendenzhistorikern zum Trotz (und dieses Urteil ist gewichtiger als die journalistische zeitgeschichtliche Meinung von heute): »Obwohl unabwendbar auf dokumentarischer Grundlage bewiesen worden ist, daß Hitler nicht verantwortlicher — wenn überhaupt verantwortlich — für den Krieg von 1939 gewesen ist, als der Kaiser es 1914 war, stützte man sich nach 1945 in Deutschland auf das Verdikt der deutschen Alleinschuld, das von der Wahrheit genau so weit entfernt liegt wie die Kriegsschuldklausel des Versailler Vertrages«. Derselbe Historiker schreibt in einem Aufsatze an die Deutschen gewandt: »Das deutsche Kriegsschuldbewußtsein stellt einen Fall von geradezu unbegreiflicher Selbstbezichtigungssucht ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit dar. Ich kenne jedenfalls kein anderes Beispiel in der Geschichte dafür, daß ein Volk diese nahezu wahnsinnige Sucht zeigt, die dunklen Schatten der Schuld auf sich zu nehmen an einem politischen Verbrechen, das es nicht beging, es sei denn jenes Verbrechen, sich selbst die Schuld am Zweiten Weltkrieg aufzubürden.«

Lassen Sie dies zunächst als Antwort auf Ihre Frage gelten. Die letzte endgültige Antwort aber gibt uns die aus dem zeitgeschichtlichen Streit flüchtende und richtende Geschichte.

12. Frage:

Aus einem veröffentlichten Briefwechsel zwischen dem Reichsführer-SS Himmler und Reichsleiter Bormann geht hervor, daß ein Urteilsspruch des Obersten Parteigerichtes in einem von Hitler selbst gegen einen Gauleiter beantragten Parteigerichts-Verfahren Hitler als auch Bormann und Himmler stark mißfällig erregte und zu einer Verschärfung der parteigerichtlichen Regeln führte. — Sie waren damals außer drei anderen Gauleitern ein von Hitler bestellter Beisitzer in diesem Mißfallen erregenden Parteigerichtsverfahren.

Da Sie der heute noch einzige Überlebende aus diesem Verfahren sind, ist die Frage berechtigt: Welche Gründe hatte damals die so erregte Diskussion über das gesprochene Urteil? Worauf beruhte das Mißfallen Hitlers an diesem Urteil? Was ging diesem Mißfallen damals voraus? Was könnten Sie als Erlebniszeuge zu diesem parteiinternen, aber sicher illustrativen Vorgang heute sagen?

Antwort:

Ja! Auch dieser Farbtupfen soll dem Gemälde des »Dritten Reiches« nicht vorenthalten werden. Ich will den Vorgang, da er bereits publizistisch zeitgeschichtlich Rätsel aufgab, ausführlich zur Darstellung bringen. Und zwar wie folgt:

Abseits der breiten Öffentlichkeit, nur in der Internität der Parteizentrale abgehandelt, vollzog sich mitten im Kriege Ende 1941 ein parteigerichtlicher Vorgang, in dessen Mittelpunkt als Angeklagter Hitlers ein Gauleiter der NSDAP, Josef Wagner, stand.

Als der noch einzige lebende damalige Beisitzer dieser parteigerichtlichen Verhandlungen unter Vorsitz des obersten Parteirichters Reichsleiter Walter Buch und damit wohl als authentischer Erlebniszeuge fühle ich mich verpflichtet, das heute noch herrschende Dunkel dieses parteiinternen Vorganges durch folgende Darstellung zu erhellen.

Zunächst zur Person Wagners: Ich selbst kannte Josef Wagner schon aus der Zeit des gemeinsam besuchten katholischen Lehrerseminars zu Fulda, an dem Wagner als Kriegsteilnehmer kurz nach dem Ersten Weltkriege sein Lehrerstudium absolvierte. Als zunächst stellenloser Junglehrer im Ruhrgebiet früh zur nationalsozialistischen Bewegung gestoßen, war Wagner aufgrund seiner politischen Aktivität, seiner organisatorisch und propagandistischen Erfolge, bereits 1927 hatte er den Bezirk der NSDAP Bochum gegründet, 1928 zum Gauleiter des Industrie-Gaues Westfalen gewählt und berufen worden. Er zählte damals, wie viele Nationalsozialisten im Ruhrgebiet zu dem Kreise der Anhänger Gregor Strassers.

Im September 1930 bereits zog unter den 107 nationalsozialistischen Abgeordneten auch Josef Wagner in den Reichstag ein. Ab nun zählte er im Rednerkorps der NSDAP zu einem der bekanntesten und erfolgreichsten Versammlungsredner der Partei im Reichsgebiet. 1933 bei Gründung des Preußischen Staatsrates wurde er dessen Mitglied. Nach dem 30. Juni 1934, der Niederschlagung des sogenannten »Röhm-Putsches«, in dessen Nachwirkungen der seither schlesische Gauleiter Hellmut Brückner seines Amtes enthoben worden war, trat Josef Wagner 1935 in Schlesien dessen Nachfolge als Gauleiter und 1938 als Oberpräsident an. Nach dem Abtreten des ehemaligen Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Gördeler (1936) von seinem Amte als Reichskommissar für die Preisbildung im Rahmen des Vierjahresplanes wurden Wagner 1938 unter Beibehaltung seiner seitherigen Ämter in Partei und Staat Gördelers Aufgaben als »Reichspreiskommissar« übertragen. In dieser Eigenschaft hat Wagner wirtschaftspolitisch im Wesentlichen die Preisstabilität im Dritten Reiche beeinflußt und mitbestimmt. Josef Wagner war in seinem Wesen vom harten politischen Kampfe in Westfalen geprägt. Unermüdliche Aktivität, derbe Sachlichkeit mit ironischen Nuancen, Überzeugungstreue und eine Portion Eigenwilligkeit, darüber hinaus menschliche Einfachheit zeichneten ihn vor allem aus. Wagner, der auch während seiner Gauleitertätigkeit nach wie vor der katholischen Kirche zugehörig verblieb, war in seinem ganzen Wesen den kirchenkämpferischen Tendenzen

der parteiinternen Sekte unter Bormann, Himmler und dergleichen abhold.

Er mißbilligte in seinem Inneren die kirchenfeindliche Diskussion und ganz und gar den kirchenpolitischen Kampf der Nachrichten-Dienste und der Geheimen Staatspolizei und gab dem auch dann und wann deutlich Ausdruck. Vielleicht war die kirchenpolitische Toleranz in der Haltung Wagners, ja sogar seine katholische Herkunft mitbestimmend dafür gewesen, ihm nach 1934 Schlesien, zu dem ja große Landschaften mit katholischer Bevölkerung gehörten, anzuvertrauen. In den das Romproblem besonders unversöhnlich diskutierenden Kreisen der Partei ging damals dann und wann die Rede von der katholischen Gesinnung Wagners im abwertenden ja verdächtigendem Sinne, und als Wagner als Gauleiter der NSDAP in Schlesien seine Kinder in bekannte katholische Privatschulen (man sprach bereits von Klosterschulen) zur Ausbildung und Erziehung sandte, wurde von besonders kirchenfeindlichen Eiferern in der Partei diese Tatsache als eine demonstrative provokatorische Handlungsweise Wagners angesehen und Anlaß genommen, ihn eines katholischen Kurses, ja katholisch kirchlicher Bindungen zu verdächtigen. Doch dieses ungewöhnliche Thema verblieb zunächst nur das interessierende Thema in den Kreisen der parteipolitischen Sektierer, die nur in der bekannten »Gottgläubigkeit« das einzige — sie überzeugende Prädikat für politische Zuverlässigkeit sahen und die mangels einer gesamtpolitischen Konzeption in der kirchenfeindlichen Agitation umso eifriger und fanatischer ihre politisch-wachsame Zuverlässigkeit betonen zu müssen glaubten.

Im großen ganzen nahm der wirklich politische Aktivist der NSDAP kaum Notiz von diesen Gerüchten, die ihn an Kaffee-Riecherei gemahnen wollten. Hitler selbst gehörte ja noch der katholischen Kirche an, desgleichen Dr. Goebbels. Reichsleiter und Reichstatthalter Ritter von Epp schritt in München, der Hauptstadt der Bewegung, in der Fronleichnams-Prozession in voller Parteiuniform demonstrativ hinter dem »Allerheiligsten« einher. Und garantierte nicht das offizielle Parteiprogramm die Freiheit des religiösen Bekenntnisses?

Himmler als auch Bormann dachten darüber jedoch anders. — Für sie war »Gottgläubigkeit« oder noch besser — bindungslose Religionslosigkeit erst die entscheidende Voraussetzung des wirklich unabhängigen und zuverlässigen Gefolgsmannes Hitlers.

Diese beiden Männer standen dann auch inszenierend im Hintergrunde, als vollständig überraschend der Unwille Hitlers und das nachfolgende Parteigerichtsverfahren über den ahnungslosen Gauleiter Josef Wagner hereinbrachen. Von da ab beginnt mein Erlebnis in der Sache Parteigerichtsverfahren gegen den ehemaligen Gauleiter der NSDAP Josef Wagner.

Es war 1941 inmitten des Krieges. Nach fachlichen Arbeitstagungen war das Führerkorps, die Reichsleiter und die Gauleiter, im Führerbau am Königsplatz zu München versammelt, um zum Abschluß aus dem Munde Hitlers richtungsweisende Parolen für die weitere Arbeit in den Gauen zu erhalten. Hitlers persönliches Erscheinen hatte sich an diesem Tage etwas verzögert. Bormann hatte uns nervös damit vertröstet, der Führer käme in einer Viertelstunde. Tatsächlich erschien dann auch Hitler, gefolgt von seinem Schatten Bormann, vor der versammelten Führerschaft. In auffallendem Ernst begrüßte er die Versammlung in corpore und nahm sofort seinen Platz ein. Anders als sonst, wenn er seine Ansprachen mit langanhaltenden Betrachtungen einleitete, begann Hitler dieses Mal überraschend mit den fast kommandomäßig anmutenden Worten: »Meine Parteigenossen! Ich lasse Ihnen nunmehr zunächst durch Parteigenossen Bormann einen Brief einer Mutter an ihre Tochter vorlesen. Hören Sie gut zu!«

Wir waren ob dieser ungewohnten Einleitung bereits erstaunt. Bormann begann nunmehr mit akzentuierter Betonung einen Brief vorzulesen, der im Hintergrund einer von den Eltern nicht gewünschten Liebschaft ihrer Tochter von der Mutter an diese gerichtet war.

Inhalt und Ton dieses Briefes ließen deutlich erkennen, daß es ein Schreiben einer einfachen Frau aus dem Volke und dazu einer wohl noch in kirchlich-katholischen, jedoch mittelalterlich anmutenden Anschauungen verhafteten Frau sein müsse, die in einem welt-

fremden längst auch kirchlich überlebten religiösen Zorn an ihre dem Wunsche der Eltern nicht willigen Tochter einen Bannfluch nachrief, falls sie der Liebschaft mit dem religionslosen Menschen nicht entsage. Sie tat dies, indem sie das Vorhaben der Tochter als Todsünde und Entweihung grimmig verdammte. Sie schrieb etwa: »Du sollst verbannt sein aus unserer Familie für alle Zeit. Der Segen Gottes soll Dir nicht mehr zuteil werden, wenn Du entgegen dem Willen Deiner Eltern handelst. Verdammt in alle Ewigkeit sei Deine Tat und alles, was aus ihr entspringen mag«. Das ganze hörte sich wie ein mittelalterlicher Bannfluch an.

Als der geheimnisvolle Brief mit der abschließenden Bemerkung, »Deine unglückliche Mutter« geendet hatte, hatte sich Hitler erhoben und mit empörtem Gesichte erklärt: »Meine Herren! Dieser Brief stammt nicht etwa aus einem Museum. Dieser Brief ist von der Ehefrau eines Mannes aus ihrer Mitte geschrieben worden.« Pause. — Wir schauten ungläubig auf — Hitler fuhr erregt fort: »Ein Mann, der die Ansichten einer solchen Frau in diesem Schreiben billigt, kann nicht länger Mitglied dieses Führerkorps sein« ... Pause ... Bedrückende Pause ... Darauf Hitler in erhöhter Lautstärke: »Herr Wagner! Verlassen Sie sofort und unverzüglich diesen Raum und dieses Haus« ...

Wir erschraken zutiefst, schauten suchend in die Runde. — Es gab im Gauleiter-Korps drei Wagner: Adolf Wagner, der Gauleiter von München-Oberbayern, Robert Wagner, der Gauleiter von Baden und Josef Wagner, der Gauleiter von Schlesien. Welcher von diesen dreien war gemeint? Da erhebt sich totenbleich Josef Wagner: »Mein Führer! Ich bitte ums Wort.« — Aber ehe er weitersprechen kann, fällt ihm Hitler mit einer schrillen Kommandostimme ins Wort: »Schweigen Sie! — Verlassen Sie sofort diesen Raum«!

Uns alle überfällt eine beklemmende Stimmung ... Wagner erhebt sich und verläßt schwankend den Raum. — Es bleibt zunächst Totenstille im Saal. Viele von uns senken den Kopf. Das Geschehene ist für sie noch unfaßbar ... Mancher von uns denkt: Jetzt muß draußen ein Schuß fallen. Das kann ein Mann nicht überleben. Es fiel kein Schuß ...

Nach einer Weile sprach Hitler wieder im gemäßigten Tone den Reichsleiter Buch in seiner Eigenschaft als obersten Parteirichter an: »Ich beantrage als Führer der Partei ein ordentliches Parteigerichtsverfahren gegen den ehemaligen Gauleiter Josef Wagner mit dem Ziele des Ausschlusses aus der Partei. Der Beschluß des Parteigerichtes ist mir alsbald vorzulegen.« ... Sich anschließend an den Reichsschatzmeister Schwarz wendend, fuhr er fort: »Sie, Reichschatzmeister Schwarz, leiten aus Mitteln der Partei die Pensionierung Wagners in die Wege. Ich wünsche nicht, daß Wagner seine Dienste für die Partei umsonst geleistet hat — sie soll nach dem Ableben Wagners auch seiner Frau als Witwe zugute kommen.«

In solch einer Aufwallung einem politisch nicht unbedeutenden Gefolgsmann gegenüber hatten wir Hitler noch nie erlebt ... Da mußten »Einheizer« am Werke gewesen sein. —

Wir alle waren tief schockiert und verblieben es noch eine ganze Weile. Auch als Hitler zu seiner programmgemäßen Rede angesetzt, ja schon eine ganze Weile gesprochen hatte, kamen wir innerlich nicht von dem Erlebten los. Es war die harte gnadenlose, von uns noch nicht voll faßbare Entscheidung und ihre eisig kalte strenge exekutive Form, die in ihrer Wirkung Gefühl und Gedanken lähmte, aber auch das Erleben eines Hitler, wie er uns bis jetzt nicht bekannt geworden war....

Einige Wochen später, das Ereignis von München war in mir wieder abgeklungen, mußte ich beim Posteingang einen Brief quittieren, in dem der Reichsleiter des obersten Parteigerichtes Walter Buch mir parteiamtlich mitteilte, daß das vom Führer verlangte Verfahren gegen den Parteigenossen Josef Wagner im Dienstgebäude des Obersten Parteigerichtes in München, Karolinenplatz 4 zur Verhandlung anstehe. Neben den Gauleitern Karl Röver, Oldenburg, Robert Wagner, Karlsruhe und Dr. Hellmut, Würzburg sei ich durch Hitler ebenfalls als Beisitzer für die Dauer der Verhandlungen bestimmt worden. Die Verhandlungen würden voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen. Pünktliches Erscheinen sei Pflicht.

Ein Ausweichen vor dieser Dienstleistung, die mich unangenehm berührte, war nicht möglich. Hitler selbst hatte die Zusammensetzung des Gerichtes bestimmt. Und die Tatsache, daß sich unter dem Gremium der Schöffen drei Gauleiter mit dem besonderen Einfühlungsvermögen in katholische Mentalität befanden, schien mir nicht Zufall zu sein.

Meine Gefühle ob des unangenehmen Auftrages wurden abgeschwächt in dem Wissen, daß es vier alte Gauleiter der Partei waren, die an dem endgültigen Urteil, für das statutenmäßig nur das oberste Parteigericht zuständig war, mitzuwirken berufen waren. Das gab mir Hoffnung, daß in der NSDAP selbst, auch nach dem so affektiven Entscheid Hitlers, in der Frage des Schicksales eines alten bewährten Kämpfers die Suppe nicht ganz so heiß gegessen werde als sie von den heimlichen und zugleich unheimlichen Köchen gekocht worden war.

Am festgesetzten ersten Verhandlungstage vormittags 9 Uhr fand ich mich befehlsgemäß in München im Gebäude des obersten Parteigerichtes ein und meldete mich bei dessen Vorsitzenden, Reichsleiter Walter Buch.

Die mit mir gemeinsam als Beisitzer befohlenen Gauleiter Röver/ Oldenburg, Robert Wagner, Karlsruhe und Dr. Hellmut, Würzburg waren bereits anwesend und befanden sich offenbar in einer das Thema der Stunde betreffenden kritischen Unterhaltung mit dem obersten Parteirichter Buch.

Uns allen war im Hinblick auf das auf uns Zukommende nicht wohl zumute. Aber allen von uns war klar, und das kam unverhohlen zum Ausdruck: Als Statisten für eine neue Methode der Abhalfterung alter verdienter Kameraden zu fungieren, waren wir uns selbst zu schade, nicht geeignet und auch nicht gewillt. Nur die Tatsachen, die erwiesenen Tatsachen, sollten Grundlage und Maßstab des Urteils-Spruches sein. Uns allen war inzwischen mehr und mehr erkennbar: Hinter der so affektiven und ungewohnten Entscheidung Hitlers standen unsichtbar zwei Männer, deren hintergründige Tüchtigkeit wir schon einige Male zu spüren bekommen hatten. Im anstehenden Falle Josef Wagner steckten unsichtbar die

machtpolitischen Aktien sowohl der Hausmacht-Politik Bormanns als auch der Himmlers. Auch Reichsleiter Buch war in dem ihm selber nicht ganz »hasenrein« scheinenden Falle der Meinung: Er brauche uns als alten Kämpfern nicht zu sagen, daß er als oberster Parteirichter keine Lust habe, den »Gerichtsbüttel« für 150%ige Ehrgeizlinge hinter den Kulissen der Berliner Stäbe zu spielen. Er hoffe, daß wir ihm helfen würden, den Fall anständig, wie es sich unter Männern gehöre, im Sinne des Nationalsozialismus zu behandeln und abzuschließen. Intrigen und Erpressungsversuche von außen, auch von oben, lasse er in den Verhandlungen nicht zu.

Die Verhandlung erfordere von uns allen Sachlichkeit und Mut. Es scheine ihm jedoch jetzt schon, daß es für ihn nach der Verhandlung ein schwerer Gang werde, das Ergebnis der Gerichtsverhandlung dem Führer als dem zuständigen Gerichtsherren zu melden.

Als es bald Zeit zum Beginn war, sah ich im Vorraum Josef Wagner stehen. Er war in Zivil und scheinbar ganz in seine traurigen und enttäuschten Gedanken versunken. Ich trat zu ihm hin und gab ihm die Hand. Noch war er nur angeklagt, noch war er nicht verurteilt. Das sollte ihm dieser stumme kameradschaftliche Handdruck sagen.

Er war darüber sichtlich sehr verwundert und sah mich stumm mit einem aufhellenden Lächeln an. Worte fand er nicht. Vielleicht dachte er an das Einst. — Auch der bärenhafte Karl Röver drückte Wagner mit einem freundlichen Kopfnicken die Hand.

Die Verhandlung wurde in allen vorgeschriebenen Formen unter dem Vorsitz des obersten Parteirichters Reichsleiter Buch eröffnet. Sehr schnell erhellten sich die menschlichen und familiären Hintergründe des so mysteriösen Verdammungsbriefes der Ehefrau Wagners, durch den Hitler nach suggestiver Einflußnahme durch Bormann und Himmler sich veranlaßt gesehen hatte, den Fall auf die Tagesordnung des obersten Parteigerichtes zu setzen.

Aus der sachlichen Vernehmung Josef Wagners als auch seiner Ehefrau war die Entstehung des Briefes zu erkennen. Zugleich ließen sie auch die Kanäle erkennen, durch die der Brief mit seinem Bann-

fluch den Weg zu Hitler gefunden hatte. Die so ärgerniserregende Liebschaft der Tochter Wagners offenbarte sich als ein Verhältnis der Tochter mit einem Anwärter der Leibstandarte Adolf Hitler, den als zukünftigen Schwiegersohn anzuerkennen weder Wagner noch seine Frau willens waren.

Die Ablehnung der von dem Liebespaar erstrebten Heirat durch das Elternpaar resultierte aus deren Urteil über die menschlichen und charakterlichen Eigenschaften des jungen Liebhabers, ohne daß die Gottgläubigkeit des werbenden Hitler-Leibgardisten dabei ins Gewicht gefallen war. Die Verärgerung der Eltern war in das Stadium leidenschaftlicher Empörung gewachsen, als der enttäuschte Freier aus der Leibstandarte sich in Bekanntenkreisen großtuerisch geäußert hatte: Wenn die störrischen altmodischen Eltern nicht ihr Einverständnis erteilen würden, werde er ganz einfach »Vollendete Tatsachen« schaffen. — Denn, wenn nach erwiesener Schwängerung erst einmal ein junger Leibstandarten-Mann unterwegs sei, dann würden die »Alten« schon aus Prestige-Gründen sich dazu bequemen und ihren Segen erteilen. Nach all dem Verhalten des auf baldige Heirat drängenden Liebhabers und besonders nach dieser frechen und schamlos ausgesprochenen Erpressung in ihrem Urteil bestärkt, glaubte das Elternpaar Wagner es als Pflicht erkennen zu müssen, den geheimen Plänen des ungeduldigen jungen Paares die geforderte Genehmigung zur Heirat zu verweigern und ein kompromißloses Nein auszusprechen. Das erschien uns als ein unbestreitbares, zumindest formales elterliches Recht. Mutter Wagner war auch in der repräsentativen Atmosphäre ihres Mannes eine einfache Frau geblieben. Sie drängte ihre Tochter, das Verhältnis zu lösen und den Willen der Eltern zu respektieren. Als jedoch alle Mahnungen und Beteuerungen nichts halfen, hatte sie in ihrer Sorge den so furchtbar klingenden Brief geschrieben.

Der aus einem leidenschaftlichen Affekt geschriebene Brief der Mutter war jedoch nicht in den Händen der Tochter geblieben, sondern hatte über den jungen Anwärter der Leib-Standarte den Weg zu Himmler und Bormann gefunden und war hochgespielt in den politischen Abschuß-Plänen Bormanns und Himmlers zu ei-

nem corpus delikti der hintergründigen Intrigen gegen einen unbeliebt gewordenen alten Gauleiter erhoben worden.

In den Verhandlungen des Parteigerichtes wurden nach Wagner und dessen Ehefrau auch der umstrittene Brautwerber eingehend vernommen. Sowohl in seinem Erscheinungsbild als auch in seinen Aussagen verstärkte sich für uns der Eindruck, daß die ablehnende Haltung des Elternpaares Wagner nicht ohne innere Berechtigung entstanden war.

Als der »Bräutigam«, seines Zeichens noch Anwärter im Dienst der Leibstandarte, abgetreten war, entfuhr selbst dem sonst so sachlichen und unparteiischen obersten Parteirichter Buch die Bemerkung: »So ein Lump!«

Neben dem skandalösen Verdammungsbrief der Mutter als des auslösenden Moments des Verfahrens stand natürlich auch die politische Haltung Wagners inbezug auf seine angebliche Kirchenhörigkeit zur Untersuchung an. Es wurde eine große Anzahl von Zeugen aus der Umgebung Wagners vernommen, um über das politische und private Verhalten Wagners Auslassungen aus der früheren Zeit des Kampfes um die Macht als auch aus der Zeit der Ausübung seines Dienstes zu hören. Unter anderen wurde auch der ehemalige OSAF Salomon von Pfeffer, der selbst in Partei-Ungnaden gefallen war, einvernommen. Inmitten eines umfangreichen Verhör-Apparates spürten wir, daß die interne Sitzung des Parteigerichts durch Freunde Bormanns und Himmlers unter Beobachtung stand. Es erfolgten wiederholt Anrufe aus den Dienststellen in Berlin, die von dem Fortgange der Verhandlungen wissen wollten. Ohne sachliche Momente dem Verhandlungsfortgange zuzuführen, verfolgten sie offensichtlich den Zweck, Einfluß auf das Ergebnis der Verhandlungen zu nehmen. Darüber waren nicht nur wir Gauleiter als Beisitzer des Gerichtes empört, sondern vor allem auch der oberste Parteirichter Reichsleiter Buch. Er gab seiner Empörung unzweideutig Ausdruck . . .

Zum ersten Male vernahm ich aus dem Munde des Reichsleiters, der selbst einen hohen Ehren-Rang in der SS bekleidete, Bemerkungen über die Zwielichtigkeit Himmlers und Bormanns, die nichts an

Deutlichkeit zu wünschen übrig ließen. Dabei war Buch der Schwiegervater Martin Bormanns, der die Tochter des Reichsleiters zur Frau hatte.

Buch war außerdem ehrenhalber SS-Führer im Stabe Himmlers. Wußte ich schon einiges über das nicht immer einträchtige Verhältnis zwischen den beiden wesensverschiedenen Brüdern Bormann in der Umgebung Hitlers, Martins, des Leiters der Parteikanzlei, und Alberts, der ein Adjutant des Führers war, so erfuhr ich jetzt zum ersten Male Werturteile aus dem Munde des Obersten Parteirichters Buch, die keine verwandtschaftlichen Gefühle mehr erkennen ließen.

Buch sprach gegen Bormann Anschuldigungen aus, die auf Gauebene Disziplinarstrafen, wenn nicht sogar Freiheitsstrafen und Parteiausschluß ausgelöst hätten. Einmal gebrauchte Buch nach einem neuerlichen Anruf Bormanns das Wort: »Dieser Bulle dort oben versaut langsam den ganzen Apparat!«

Während offiziell in der Verhandlung die Partei als Ankläger in Erscheinung trat, schien inoffiziell das Duo Bormann und Himmler als Nebenkläger zu fungieren, als wäre die Liebesaffäre eines kleinen Leibstandartenanwärters zu einem neuralgischen Präzedenzfall gegen die Partei erhoben worden. In den Verhandlungen stand also auch die allgemeine Haltung Wagners inbezug auf seine kirchlich zu gebundene Abhängigkeit zur Betrachtung an. Wagner erklärte, daß er seit Jahren zwar kein praktizierender Katholik mehr sei, sich jedoch noch immer zu einer katholischen Lebenshaltung bekenne. Es stehe dies seiner Meinung nach in keinem Widerspruch zu dem Programm der NSDAP. Uns allen schien schon bald nach Beginn der Verhandlungen festzustehen, daß kein zwingender Grund für ein Urteil auf Ausschluß aus der Partei zutage getreten war. Der Ausschluß aus der Partei sollte aber nach den Wünschen Bormanns und Himmlers das Ziel und Ergebnis der Verhandlung sein. Wesentlich jedoch war, daß Hitler selbst den Antrag auf Ausschluß gestrichen habe. Das war ein beängstigendes Problem. Es stand fest: Unsere Meinung entsprach nicht den Wün-

schen der hintergründig interessierten Hausmacht-Interessenten. Unsere richterliche Entscheidung basierte auf den Statuten des obersten Parteigerichtes und nicht zuletzt auf unserer gewonnenen persönlichen Überzeugung.

Die Vernehmungsaussagen als auch nachweisbar getätigte Handlungen Wagners ließen uns zwar auf eine Aberkennung der weiteren Amtsfähigkeit als Gauleiter in der Partei erkennen. Da Hitler jedoch sein unbeugsames Urteil schon gesprochen hatte, änderte die formale parteirichterliche Aberkennung der Ämterfähigkeit in der NSDAP nichts an dem persönlichen Schicksale Wagners. Er sollte unserer Meinung nach aber weiterhin Mitglied der NSDAP bleiben dürfen. Das oberste Parteigericht verneinte also einstimmig eine hinreichende Begründung für einen Ausschluß aus der Partei. Dem Urteilspruch lag das Parteiprogramm der NSDAP zugrunde. Die Hintergründigen meinten später höchst unzufrieden, das Urteil sei viel zu einseitig »parteijuristisch« gewesen. Sie versuchten auch, die Parteigerichtsbarkeit mehr unter das Kriterium der politischen Notwendigkeiten zu zwingen.*).

Das parteigerichtliche Urteil, zu dem wir uns guten Gewissens durchgerungen hatten, ließ bei uns allen den unangenehmen, fast beängstigenden Schluß zu, daß es Hitler mißfallen, ja vielleicht seine Empörung auslösen werde und wir befürchteten unangenehme Folgen. Buch gab diesen Gefühlen in den Worten Ausdruck: »Und mir steht jetzt noch bevor, dem schon aufgebrachten Führer dieses Urteil vorzulegen. Es kann passieren, daß dieser Besuch sehr schnell mit einem Rausschmiß aus dem Hauptquartier endet«.

---

*) In dem im Auftrage des »Institutes für Zeitgeschichte« München herausgegebenen Buche »Die Gauleiter« Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart) heißt es im Zusammenhange mit dem Parteigerichtsverfahren gegen Josef Wagner (Seite 124):
»Zu einer verschärften Politisierung der Parteigerichte und einer Einflußnahme des Leiters der Parteikanzlei auf deren Urteile kam es 1942 im Zusammenhang mit Hitlers Angriffen auf die Parteijuristen, hervorgerufen durch den Fall des Gauleiters Josef Wagner, den das oberste Parteigericht gegen den Willen Hitlers freigesprochen hatte. Hitler verfügte daraufhin am 21. 11. 1942, daß das Oberste Parteigericht sich künftig »nicht mehr nach formal-rechtlichen Anschauungen sondern nach der politischen Notwendigkeit der Bewegung« zu richten habe.«

Es verging einige Zeit. Der Krieg warf auch im Führerhauptquartier andere Probleme auf als die Disqualifizierung eines umkämpften Gauleiters. Da erhielten wir eines Tages von Buch die Mitteilung, der Führer habe den ehemaligen Gauleiter Josef Wagner aus der NSDAP ausgeschlossen. Auch für uns einstige Beisitzer, die wir Recht gesprochen zu haben glaubten, standen in unseren Gauen 1942 härtere Sorgen an, als in der Partei-Hierarchie die Rolle eines Michael Kohlhaas zu spielen. In Wirklichkeit hatte es Josef Wagner ja jetzt besser als wir alle. Es stand ihm frei, den Weg zur Wehrmacht zu gehen oder in der heimatlichen Front der Rüstungs-Industrie neu anzutreten. Über das tatsächliche weitere Schicksal Wagners wurde uns nichts bekannt. Gegen Ende des Krieges vernahm ich, Hermann Göring habe Wagner mit einer Tätigkeit im Siedlungswerk der Skoda-Werke im damaligen Protektorat betraut.

Nach meiner Rückkehr aus sowjetischer Gefangenschaft vernahm ich, daß Wagner 1945 von den Tschechen durch den Strang hingerichtet worden sein sollte. Andere wollten wissen, er habe nach dem 20. Juli 1944 ein gewaltsames Ende gefunden. Ob Wagners Schicksal noch jemals eine Aufklärung finden wird?

Eine bestätigende Darstellung meiner kritisch formulierten Annahme, daß sowohl Bormann als auch Himmler einen Einfluß auf das Parteigerichtsverfahren gegen Josef Wagner zu unternehmen versucht hatten, gibt der Reichsführer Heinrich Himmler selbst in einem Briefe vom 5. 3. 42 an den »SS-Obergruppenführer« Reichsleiter Martin Bormann.

Dieser Brief, veröffentlicht in dem Buche »Reichsführer-Briefe an und von Himmler«, herausgegeben von Helmut Heiber. (Deutsche Verlagsanstalt-Stuttgart Seite 109), lautet: »Lieber Parteigenosse Bormann! Ich habe den Brief des Reichsleiters Buch an Sie vom 20. 2. 42 mit dem angehefteten Bericht des Obersten Richters der NSDAP vom 6. 2. 42 in der Angelegenheit Josef Wagner durchgelesen. Parteigenosse Buch hatte mich bei der Reichsleiter-Tagung in München gebeten, diese Unterlagen zu studieren. Der Bericht des

Obersten Parteigerichtes in seiner heutigen Form ist eine einzige Freisprechung von Josef Wagner. Ich kann nicht umhin, mich darüber doch sehr zu wundern. Wenn ich von den ganzen klugen Reden des Gauleiters Wagner und seiner bestimmt sehr klugen und energischen Verteidigung vor dem Obersten Parteigericht absehe, da hier allenfalls Rede gegen Rede steht, so bin ich der Ansicht, daß man sich doch lediglich an einige Taten und Tatsachen halten muß. Selbst in diesem Gerichtsverfahren stehen doch zwei Dinge unwiederruflich fest:

1. Die Tatsache, daß Hauptmann von Pfeffer, gewollt oder ungewollt, mit Verschulden oder ohne Verschulden von Wagner — durch den damaligen Gauleiter Wagner von dem Inhalt der Führer-Besprechung auf dem Obersalzberg erfahren hat.

2. Der unglaubliche Schmäh- und Fluchbrief von Frau Wagner. Weiterhin liegt eine Aussage des Zeugen Vetter vor, daß Gauleiter Wagner seine Kinder in Breslau in eine Klosterschule geschickt habe, weil das die beste Schule in Breslau sei, und es sei dann seine Sache, seine Kinder in ihrer religiösen Auffassung später anders zu lenken. Es wäre festzustellen, ob diese Aussage, daß die Kinder in der Klosterschule waren, stimmt. Sollte dies der Fall sein, so steht diese Handlung im krassen Gegensatz zu der angeblich innerlich freien Haltung des Gauleiters Wagner gegenüber der katholischen Kirche.

Auch keinerlei Ausrede, daß die Taktik im Kampfe gegen die Kirche dies erfordert hätte, kann Wagner in diesem Falle entschuldigen. Es wäre auch noch festzustellen, ob es stimmt, daß die Kinder Wagners in der Hitler-Jugend bezw. im BdM gewesen sind oder nicht. Auch all die vielen Klagen über das Verhalten Wagners zur Kirche wären heranzuziehen gewesen und hätten vor dem Parteigericht geprüft werden müssen.

Insbesonders hätte in meinen Augen das Parteigericht prüfen müssen, welchen Einfluß Frau Wagner auf ihren Mann hat. Ich habe den Eindruck, daß dieser Einfluß sehr groß ist.

Ich halte es auch für völlig ungenügend, wenn ein Mann über den

Fluchbrief seiner Frau an das gemeinsame Kind, von dem er angeblich nichts gewußt haben will, lediglich schimpft und dann diesen Brief nicht richtigstellt. Zumindestens müßte er dann die Stelle des Briefes, in der von ihm — dem Vater — die Rede ist, korrigieren. Hieraus ergibt sich, daß Wagner entweder selbst von diesem Brief gewußt und ihn gebilligt hat, daß er abgeschickt wurde oder daß er nichts gewußt hat. Dann steht er aber ebenso eindeutig unter dem Kommando seiner Frau, da er auch hinterher nichts tat, um diesen Brief zurückziehen zu lassen oder seinerseits von ihm abzurücken.

Nicht unerwähnt möchte ich doch in diesem Zusammenhange für diese typisch katholische Frau Wagner lassen, daß sie einmal bei einem Verkehrsunfall — wenn ich nicht irre — einen Menschen tot fuhr, dafür zu Gefängnis verurteilt wurde, diese Strafe jedoch niemals absitzen mußte. Ich glaube, daß auch dieser ganze Fall mit Gerichtsakten und sonstigen Unterlagen hätte herangezogen werden müssen.

Im ganzen habe ich den Eindruck, daß das Parteigericht dieses Gerichtsverfahren zu einer Verteidigung Wagners und einer Anschuldigung des sicherlich nicht übertrieben reifen jungen Weill und seiner Eltern gemacht hat.

Bei den Angaben, die Klaus Weill dem SS-Gruppenführer Müller gegenüber gemacht hat, ist eine ohne Zweifel richtig, nämlich die, daß Niemöller die Absicht hat, zum katholischen Glauben überzutreten. Eine andere hätte ohne weiteres nachgeprüft werden können und durfte nicht so ohne weiteres übergangen werden. Stimmt es, daß Wagner zu der Übergabe der Gauleitung in Breslau zu spät gekommen ist, weil er eine Autopanne hatte?.

Das Oberste Parteigericht hat sich durch die sehr geschickte Verteidigung von Josef Wagner in seiner Untersuchung ohne Zweifel ganz erheblich beeinflussen lassen. Ich bin persönlich überzeugt, daß Wagner zu Recht aus der Partei ausgeschlossen wurde. Welchen Wert die Eltern Weill, Klaus Weill und auch die Tochter Gerda Wagner im einzelnen darstellen, kann ich nicht entscheiden.

Die ist jedoch für den Ausgang des Verfahrens auch keineswegs ausschlaggebend.

Heil Hitler!
Ihr HH
(Heinrich Himmler)

Ich persönlich bemerke zum Abschluß: Hätte der Brief des Reichsführers-SS Heinrich Himmler nicht die aktive Einflußnahme Himmlers in der Parteigerichtsbarkeit-Angelegenheit Josef Wagners dokumentarisch zur Darstellung gebracht — er ist zudem der Öffentlichkeit bekannt geworden, — so hätte ich gern meine Leser mit dem Lesen dieses zu alltäglich dahingeschriebenen Briefes verschont. Doch vielleicht unterstützt er bei den Lesern die Glaubwürdigkeit meiner eigenen Darstellung des Falles Josef Wagner. Er hat an sich dokumentarischen Wert.

13. Frage:

In dem Nürnberger Prozeß wurde der NSDAP-Führung die Eigenschaft einer politischen Verschwörung unterstellt. In der Kampfzeit der NSDAP kam in der Propaganda oft pathetisch der Begriff einer »verschworenen Gemeinschaft« als glorifizierender Begriff für das Führerkorps der NSDAP zum Ausdruck. —

Sie selbst haben in der politischen Diskussion sich schärfstens gegen die kollektive Betrachtung und Bewertung im Bereich der Führerschaft der NSDAP bezw. des nationalsozialistischen Staates ausgesprochen, ja die proklamierte Einheit der politischen Führung des nationalsozialistischen Regimes geradezu — in Abrede gestellt. Welche Gründe waren für diese Ihre Einstellung maßgebend? —

Antwort:

Auf diese Frage möchte ich folgendes zur Antwort geben:

In den Jahren des Kampfes um die politische Macht im Staate und mehr noch in den Jahren des Hitler-Staates ist von Hitler als auch von seinen höchsten Paladinen hinsichtlich des Führerkorps der NSDAP in pathetischer Huldigung oft als von einer Hitler und der nationalsozialistischen Revolution »verschworenen Gemeinschaft« gesprochen worden, sogar von einer Elite der im politisch-revolutionären Kampfe gewachsenen, geschulten und gehärteten revolutionären neuen Volksführung, in der man den ‚rocher de bronce' eines neuen sturmgepeitschten Zeitalters zu erkennen glaubte. Sicher war sie das auch in den Jahren des Kampfes um die Macht, geeint im gemeinsamen kompromißlosen Ziele, angesichts des gemeinsamen Feindes, im gemeinsamen Wissen, daß von der zu erkämpfenden politischen Macht nicht nur das Schicksal des Volkes sondern auch das Schicksal jedes Einzelnen dieser Führung mitentschieden werde.

Im propagandistischen Kampfe repräsentierten, was die Führung auf

Gau-Ebene angeht, die Grenzen der territorialen Gaulandschaften zwar die Grenzen der Mitglieder-, bzw. der Wahlkreisorganisation, sie verblieben abgesehen vom Wettkampf um organisatorische und propagandistische Erfolge dies auch und ließen in dem auf das Ziel gerichteten Großkampfe eventuelle hausmachtpolitische Ambitionen der in ihrer Landschaft verwurzelten Gauleiter nicht zu aktueller Initiative und Entfaltung kommen. Neben dem erstrebten Einfluß in kommunalen Körperschaften und Länder-Parlamenten ging es dominierend um die Gewinnung der politischen Macht im zentralen Parlament des Reiches, im Reichstage.

Organisation, Schulung und Propaganda waren, wenn auch gaumäßig individuell verschiedenartig, vor allem auf dieses Nahziel ausgerichtet. Nach der Erringung der Macht im Staate, als die konkrete Verwirklichung der politischen Macht in den Landschaften die politische und sachliche Potenz der Führung herausforderte, übertrug sich nicht selten die Tendenz des machtpolitischen Wettkampfes zwischen einzelnen Ländern und vor allem einzelnen Gauen auch auf die Land- und gaupolitischen Planungen und Instituierungen hausmachtpolitischer Konzeptionen, die in landschaftlicher Tradition als auch in landschaftlichen Zukunftsperspektiven kausal ihre Rechtfertigung bestritten und dann und wann auch in der eigenpersönlichen Konzeption einzelner territorieller Machthaber ihre letzte verschärfende Erklärung fanden.

Da die zentrale Organisation der Partei die Machtbefugnisse in den einzelnen parteipolitischen Territorien klar umrissen und zentraler Disziplinargewalt untergeordnet hatte und territorielle Grenzfragen keineswegs in der Landschaftsebene entschieden werden konnten, wirkten die personellen Machtkämpfe benachbarter Machthaber sich nicht in Handlungen aus, sondern verbargen sich in Absichten und zur Begründung dieser in erstellten Exposees, in denen oft schon die neuen Sach-Spezialisten ihre Fehlanzeigen hinsichtlich nationalsozialistischer Denkweise durch übertriebene Argumente zu kompensieren versuchten.

Je nach dem Einfluß der einzelnen Rivalen in den zuständigen Reichsministerien stieg oder sank das Barometer der Chancen auf

eine eventuelle spätere Verwirklichung. Die einst kommende »Reichsreform« geisterte bereits an den Gau- und Ländergrenzen. Doch solche oft oder weniger leidenschaftlich ausgetragene Reformbestrebungen, ob sie das Machtbegehren zu ihrem Vater hatten oder nicht, gibt es in allen Staaten — und in den föderalistisch aufgebauten wohl am meisten.

Und nun zu dem Personenproblem des Führungskorps der NSDAP. Grundsätzlich erachte ich es als falsch, die Gesamtheit der Funktionäre der Hitlerpartei und des Hitler-Staates als eine wilde oder halbwilde Prätorianer-Garde von pragmatischen Willens- oder gar Gewaltmenschen sehen zu wollen, etwa als die Jakobiner der nationalsozialistischen Revolution.

Es ist selbstverständlich, daß das alte Führerkorps der Partei, das unter dem Einsatz von Vermögen, Gesundheit, Beruf, Freiheit und des Lebens sich aus politischen Akteuren zusammensetzte, willens war, zur Macht gekommen, stärkstens in die Speichen der parteilichen und staatlichen Maschinerie zu greifen und sich als die Ingenieure des staatlichen Neubaues zu fühlen und zu betätigen. Jedoch zu denken, daß das Korps der politischen Führung uniformierte 08/15-Gestalten umfaßt habe, verspätete Untertanen-Naturen, politische Zeitfreiwillige, offenbart eine ungeheure Fehleinschätzung der Wirklichkeit. Der Erfolg der NSDAP basierte in erster Linie auf der Persönlichkeitswirkung Hitlers. Die einzelnen Parteiführer bauten außer auf den politisch zugkräftigen Parolen der Partei vor allem auf ihrer im Volke verankerten individuellen Persönlichkeit auf.

Die der NSDAP unterstellte Zentralisierung der Führung unter den Willen Hitlers ist unbestreitbar, die wesentliche Ergänzung dazu wurde aber durch die individualistische Vielfalt der Mitarbeiter geschaffen. Am besten veranschaulicht das die Tatsache, daß die vielen Partei-Propagandisten in Wort und Schrift immer wieder gerade in ihrer Individualität wirksam waren und in ganzen Versammlungswellen ihre tatsächliche Originalität bewiesen. Wären alle Redner der Partei nur die genormten Ergebnisse einer rednerischen Schulung gewesen, so hätte die nationalsozialistische Versamm-

lungs-Propaganda sehr bald ihre lebendige und immer neue Anziehungskraft verloren. Denn dann hätte sich in den einzelnen Versammlungen ja nicht die politische Aussage geändert, sondern nur die vortragende, sprich redende Person.

Die nationalsozialsitischen Versammlungen wirkten keineswegs nur deshalb, weil in ihnen Forderungen der NSDAP zum Ausdrucke kamen, sondern vor allem wegen der individuellen Interpretation dieser Parolen.

Die Versammlungen der Partei unterschieden sich dominierend vor allem durch die Person ihrer Redner, die der Versammlung oft bei gleichem Thema das so wechselhafte und vielgestaltige Erleben gab. So wurden im Volksmunde die Versammlungen immer nur nach dem Namen des Redners benannt. Es gab Strasser-Versammlungen, Goebbels-Versammlungen, Ley-Versammlungen, Reventlow-Versammlungen, Göring-Versammlungen usw. und keineswegs nur Hitlerkundgebungen. Nicht die Versammlung an sich war das Anziehende für ihre Besucher, sondern der Redner als Person und die von ihm erzeugte Versammlungs-Atmosphäre, anders gesagt: das zu erwartende Versammlungs-Erlebnis. Man kann ohne Übertreibung sagen, die vielgestaltige Individualität der nationalsozialistischen Versammlungen erwirkte ihre Anziehungskraft auf das Volk.

Das immer wachbleibende, ja wachsende Interesse der Versammlungsbesucher galt nicht nur dem Inhalt der Versammlungs-Rede, sondern dem Wer und dem Wie der rednerischen Veranstaltung, dem persönlichkeitsbetonten Argument und Stil des angesetzten Redners. Und dem trug die propagandistische Leitung der NSDAP in der Auswahl und dem Einsatz der Redner bedacht Rechnung. Es ist das auch ganz natürlich, auch wenn es von keiner Partei heutzutage nachgeahmt werden könnte. Denn die alten Partei-Redner, die in den ersten Jahren des Kampfes, einsam auf sich gestellt, als »Wald- und Wiesen-Redner« begannen, entbehrten jeglicher typisierenden Schulung. Diese gab es ja noch nicht.

Sie bestiegen alle in missionarischem Eifer — als Autodidakten — die Rednertribünen und verkündeten ihre Überzeugung als Redner

nur aus sich selbst. Sie repräsentierten sich den Massen als eigenwillige, eigenständige Volkstribune ihrer Landschaften und ihrer besonders spezifischen politischen Anschauungen im Rahmen der gesellschaftlichen und tagespolitischen Problematik.

Gerade diese individualistische Vielgestaltigkeit des NS-Führung-Korps äußerte sich dann später in der großen weiten Skala der Bewährung in allen Nuancierungen vom extremen Idealismus bis zum terroristischen Experiment.

Sicher war diese individuelle Note in dem notwendig gewordenen Subordinationsprozeß nach der Machtübernahme oft problematisch — ja bei dieser oder jener Persönlichkeit sogar hinderlich.

Die Tätigkeit manches Funktionärs nahm dann und wann sogar sektiererische Tendenzen an.

Hätte die Führung im staatlichen Leben der Exekutive eine hundertprozentige von der politischen Zentrale bestimmte einheitliche Prägung besessen, so wäre unserer Erinnerung an den Hitler-Staat vielleicht manche eigenwillige und heute uns beschämende Aktion erspart geblieben. Ob die Träger solcher beschämenden Aktionen wie z. B. bei der »Reichskristallnacht« 1938 Goebbels, bei der Judenhetze Julius Streicher, bei dem KZ-Regime Himmler oder Heydrich heißen, ihre unseligen Aktionen wären ohne die egozentrische Individualität ihrer Initiatoren nicht in der erlebten Breitenwirkung möglich gewesen. Dem gehandhabten straffen Organisationsprinzip der Partei und des Staates standen im Sub- und Coordinationsprozeß die provozierende Individualität egozentrischer Funktionäre entgegen. Das Ergebnis war — wenn auch selten — hie und da — das extreme Extrem.

In demselben Maße, in dem die einstmals dynamische Partei nach dem Abgange ihrer Haupt-Akteure in den Staat und die staatliche Entwicklung trieb, verlor der Staat in seiner politischen Exekutive die Statik und entwickelte sich zu einem von dynamischen Kräften angefüllten Kampfplatz, auf dem im extremen Ausmaße Zuständigkeiten voluntaristisch und im schnellen Schaffen von Tatsachen ausgetragen wurden.

Keine organisierte Ideenwelt, auch die vollkommenste nicht, ist

frei von schlechten Repräsentanten ihrer Idee. Auch ein Christus unterlag dem Fehler, daß er unter den 12 Aposteln einen Verräter aufgenommen hatte. Doch selten wohl ist die Führung einer Organisation in ihren Persönlichkeiten uneinheitlicher gewesen als in der NSDAP. Gerade aus diesem Erkennen war es bereits 1932 der Wille Gregor Strassers gewesen, das heranwachsende Führerkorps zu verjüngen und unter einer einheitlichen Persönlichkeitsprägung zu erneuern, ein Vorhaben, zu dessen Ausführung es nicht kommen sollte. Die typisierende Kraft einer Weltanschauung offenbart sich erst im Verlaufe von Generationen. —

Die ständige Betonung des soldatischen Charakters der Führung war Ausdruck eines Wunschzieles. Daß trotz aller Anarchie in der keineswegs homogenen Führerschaft die Organisation mit Erfolg funktionierte, war der Persönlichkeit Hitlers zuzuschreiben, die allein imstande war, das so individualistisch zusammengewürfelte Führerkorps zusammenzuhalten und sich gefügig zu machen, so daß sogar der Abgang Gregor Strassers die NSDAP nicht lahm zu legen vermochte.

Es ist ja auch keineswegs der Fall, daß die Parteiführerschaft im Volke einheitlich beurteilt wurde. —

Auch manche Gauleiter verfielen innerhalb der Grenzen ihrer territoriellen Zuständigkeitskomplexe, manchesmal geheimen Wunschvorstellungen in Erwartung der angekündigten Reichsreform. Viele dieser Wünsche enthielten reformerische Ideen, deren Notwendigkeit jedoch in den Reichs-Entscheidungs-Dienststellen in langwierigen Überlegungen zur Entscheidung anstanden.

Die oft diskutierte Reichsreform, der auch in der Perspektive verschiedener Stadien dieser oder jener Gau, ja dieses oder jenes Land zum Opfer zu fallen drohte, wäre bei ihrer Verwirklichung zu einem Streitobjekt von größter Bedeutung geworden und hätte die Einheit der Führung auf eine harte Kraftprobe gestellt. Doch solcher Menschlichkeiten entbehrt auch das Organisationsleben der demokratischen Staaten nicht.

In ihnen gelten harte Diskussionen geradezu als demokratisch. Wenn tatsächlich aus dem Führerkorps der Partei sich Gestalten wie

Bormann, Streicher, Himmler und Heydrich herauskristallisieren konnten, so war dies nur möglich, weil im weltanschaulich organisatorischen Gefüge ideologische Sektiererereien geduldet wurden. Eine solche war zweifelsohne die übersteigerte Interpretation der Rassenfrage in der extrem positiven und extrem negativen Wertung. Die nordische Rassen-Verhimmelung war eine anti-politische Sektiererei und hatte unausgesprochen eine Werteinteilung der Deutschen, ja der Europäer zur Folge.

Dies soll keine Abwertung des europäischen Einsatzes der Waffen-SS sein. Die kollektive Abwertung der Juden gehört zu dieser Sektiererei. Es gehört jedoch auch die kollektiv gehandhabte Methode der terroristischen Massenverfolgung von politischen Gegnern auf das Schuldkonto außenstehender in ihren Entscheidungen allzu freier General-Funktionäre in diese Kategorie.

Hier entbehrte die Hitlersche Diktatur tatsächlich der allzeitigen und allsachlichen Permanenz. Durch die Duldung von laienhaften Ketzern und Sektierern, ja durch ihre Protegierung und aktive Unterstützung durch zentrale parteiliche und staatliche Dienststellen konnte das möglich werden, wozu 99% der alten Nationalsozialisten niemals ihre Hand gereicht hätten. Es war nach meiner Meinung ein Versagen Hitlers, daß er diesen sektiererischen Kräften nicht rechtzeitig wehrte und damit seinem eigenen Nekrolog der zeitgeschichtlichen Kläger die Wege ebnen half.

Doch, wo die Politik zum Glaubensbekenntnis wird, gewinnen Sektierer an Einfluß und Macht. Die revolutionäre Situation der Nachkriegszeit nach dem Ersten Weltkrieg, die Verzweiflung in ausweglosser Not, der »starke Mann« als letzte berechtigte Hoffnung ließen alles politische Denken an eine lebenswerte Zukunft in das Stadium einer Ersatz-Religion treten. In einem solchen Stadium dominieren die Emotionen. —

Rein realistisch aber ist auch in der modernen Massengesellschaft das uralte »Divide et impera« (Teile und herrsche) ein sehr oft angewandtes Instrumentarium. Auch Hitler wußte sich dieses methodischen Regimes zu bedienen, nicht immer im Interesse der Einheit. Wenn zwei hohe Dienststellen oder sagen wir zwei hohe

Funktionäre sich um die Entwicklung eines neuen Reformgedankens mühten, so ließ Hitler beide ungestört sich im Konkurrenzkampfe austoben. Diese Methode führte oft zu einer spürbaren Störung der Einheit der Führung, vor allem, wenn die Partner als Parteifunktionäre auf der einen Seite und als staatliche Funktionäre auf der anderen Seite im Rennen standen.

Abschließend kann gesagt werden: In der im Parteiprogramm zum Ausdruck gekommenen Strategie kann mit Recht von einer Einheit der politischen Führung im Hitlerstaat gesprochen werden, in den taktischen Unternehmungen jedoch ließen sich die kämpferischen Temperamente und Ziele keineswegs verkennen. Das polyfone Führerkorps spielte nur orchestral, wenn Hitler auf dem Dirigentenpult den Taktstock führte.

Was man der politischen Führung posthum immer ins Schuldbuch schreiben mag, an verräterischen Aktionen im In- und Ausland war sie nicht beteiligt. Im gemeinsamen Glauben an Deutschland, in der gemeinsamen Liebe zum deutschen Volk, im opfervollen Gehorsam und der unwandelbaren Treue zur verantwortlichen Führung demonstrierte sie eine unwandelbare einheitliche Front, auch dann, wenn Statiker und Dynamiker in personellen als auch sachlichen Zielen sich kämpferisch begegneten. Diese Einheit sei ihr lobend bekundet. Eine hundertprozentige Einheit im Denken und Tun kann man von einer lebendigen Führung in Deutschland nicht erwarten. Das ist selbst in einer religiösen Führung nicht möglich. Gott sei Dank. Weltdiktatur, Welt-Despotie wäre ansonsten die schreckliche Folge. —

14. Frage:

Mit welchen besonders bemerkenswerten Empfindungen und Gefühlen erlebten Sie die letzten Monate und Wochen des Krieges?

Antwort:

Zunächst: Ich war in den letzten Monaten und Wochen des Krieges kein passiver Zuschauer auf der Tribüne der europäischen Bürgerkriegsarena. Ich war Akteur, parteilicher und staatlicher Akteur auf dem Kampfplatz der heimatlichen Front, im Kriegsdienst als Reichsverteidigungskommissar verpflichtet, Organisator und Mobilisator des heimatlichen Kriegspotentials zu sein. Dazu: ein von dem gerechten Sinn des Krieges auf Seiten der deutschen Kriegsführung überzeugter, ja besessener Nationalsozialist, dessen ganzes Denken und Fühlen am Ende des Krieges mehr denn je den harten Notwendigkeiten der so erbitterten und erbarmungslosen Endphase des Krieges bedingungslos gewidmet war. Und das zu allem noch in jener Schicksalslandschaft an der mittleren Elbe, wo die feindlichen Stoßarmeen von Westen und Osten anstürmend sich brüderlich die Hände reichten.

Es mag heute für viele unrealistisch anmuten. Aber Bewußtsein und Unterbewußtsein aller einem Frontabschnitt verantwortlich Vorstehenden waren damals gerade im hektischen Verlaufe der letzten Wochen mehr als sonst auf das aus der Kriegssituation geplante und konkrete aktive Geschehen konzentriert und zugleich beschränkt.

Ein aktiv handeln Wollender, der zwischen zwei Fronten eingeengt ist, vermag nicht allzu wirkungsvoll in allgemeinen die Gesamtereignisse bestimmenden Relationen zu denken. Sein Denken ist abhängig.

Es mag bei heutigen Zeitgenossen vielleicht ein mitleidiges Lächeln auslösen, wenn ich aus dem realistischen Erleben dazu noch sage:

In der Konzentration des hektischen Einsatzes befindet sich der innere Streit zwischen Bewußtsein und Unterbewußtsein des kämpferisch verantwortlich Handelnden im Stadium eines unbewußten jedoch bereits eingetretenen Nervenschocks, der all das persönliche und allgemein Entscheidende hinter der verzweifelten Aktivierung der kleinen landschaftlich bedingten Interessen trügerisch zurücktreten läßt, und der fast manisch zwingend Wesentliches und Notwendiges als unwesentlich und unnötig, dagegen Unwesentliches als das Wesentliche, Notwendige und Entscheidende erscheinen läßt. Meine Empfindungen in der Schlußphase des Krieges waren nicht immer einheitlich und in ihrer Intensität nicht immer gleich.

Gerade an der mittleren Elbe, im provozierenden Fragespiel, ob die an dem Westufer der Elbe stehen gebliebenen amerikanischen Stoßarmeen aufbruchbereit die Elbe überqueren und weiter nach Osten auf die Reichshauptstadt marschieren werden oder ob sie das noch feindfrei, zu einer militärischen Eroberung geradezu einladende ostelbische Gebiet für die später kommende Rote Armee als reserviert erachten, wechseln die Meinungen über die angeblich realistische Situation. Selbst alles real Erkannte wird am Ende des Krieges von dem Glauben an den Einsatz der Wunderwaffe in der letzten Stunde tangiert. Es ist der Glaube, der letzte Hoffnungen wach werden läßt und an dem sich viele in der Angst des Unterganges wie Ertrinkende an einem Strohhalm — klammern.

Heute wissen wir, daß auf der Seite des Feindes ebenso viele Menschen in gegenteiliger Wirkung von der Angst vor einer angeblich vorhandenen Wunderwaffe schreckhaft beeinflußt wurden.

Mein eigner später Glaube an das gewünschte Wunder und sogar an das »Wunder an der Elbe« wurde mir noch Mitte April 1945 durch Äußerungen höchster Dienststellen genährt. In einer fast amtlichen Meldung erfuhr ich, daß in einem geheimen Treffen zwischen den Westalliierten und Deutschland (in Lissabon) vereinbart worden sei, daß im Falle einer Besetzung Deutschlands Mitteldeutschland, also auch mein Gebiet, feindfrei bleiben werde.

Nach dieser mir glaubwürdig scheinenden Meldung ließ ich meine ausgebombte 83jährige Mutter aus ihrer hessischen Heimat nach

Mitteldeutschland holen, um sie dem Chaos eines Flüchtlingslebens fernzuhalten. Sie verblieb dann, als entgegen allen Hoffnungen doch die Besetzung erfolgte, allein und verlassen in dem für sie so fremden Land (ich hatte sie zuvor in einem staatlichen Altersheim eingekauft), bis sie eines Tages mutterseelenallein die beschwerliche Flucht in ihre Heimat antrat, um dort bald in Gram und Sorge zu sterben.

Seit Ende Februar hatte sich die tragische Niederlage immer deutlicher abgezeichnet. Am 24. Februar, nach langen ungewissem Warten auf eine eindeutige Parole für die begonnene Endphase waren wir, die Reichsleiter und die Gauleiter, noch einmal zu Hitler in die Wilhelmstraße gerufen worden. Ernüchtert und enttäuscht kehrte ich in meine Gaustadt zurück. Bormann, der im Führerkorps wohl keinen einzigen Freund besaß, hatte dafür gesorgt, daß es zu keinem persönlichen Kontakt zwischen Hitler und uns und zu einer offenenen Darlegung der Probleme an der heimatlichen Front kam. Darauf hatten aber alle Gauleiter ihre Berichterstattung und ihre Befehlsausgabe ausgerichtet gehabt. Bormann vollzog damals den letzten Akt einer unheilvollen Regie, Hitler von seinen Gauleitern und Statthaltern fernzuhalten.

Hitler, sichtlich körperlich gebrochen, mit gebeugtem Rücken und zitternder Hand, hatte sich an diesem Tage wahrscheinlich autosuggestiv in Siegesillusionen hineinsinniert.

Über das von uns nun konkret zu tuende hatte er nichts zu sagen gewußt. Wir sollten bald wieder gerufen werden. Das war der Trick Martin Bormanns. Unter dem Vorwand militärischer Inanspruchnahme Hitlers gelang es ihm, angeblich entsprechend einem Wunsche des Führers, nach einer Ansprache und einem gemeinsamen Essen Hitler aus unserer Mitte an den militärischen Kommandotisch auf Nimmerwiedersehen zu entführen.

Bereits im März hatte der OBdW Kesselring im Harz sein Quartier genommen. Große lange Flüchtling-Trecks aus dem Osten passierten immer häufiger den Gau. Immer größere Schwärme von Jabos erschienen am Himmel und nahmen alle beweglichen Ziele unter ihr mörderisches Feuer. Die Zahl der Flüchtlingskolonnen steigerte

sich. Frauen und Kinder, Greise und Greisinnen, hofften in der Flucht vor dem Schrecken der Roten Armee in der von den Amerikanern besetzten westelbischen Landschaft Ruhe und vielleicht eine neue Heimat zu finden. Am östlichen Ufergelände der Elbe fand diese Flucht vorzeitig ihr Ende. Rettende Brücken, die sie in das westelbische Hoffnungsland führen sollten, gab es nicht mehr. Die Flüchtlingsfrauen schilderten Grauenhaftes von Plünderungen, Brandschatzung, Vergewaltigungen, Totschlag und Mord. Vielen Flüchtlingsfrauen schaute noch das Entsetzen aus den verweinten Augen. Es war klar: Die Hölle kam auf uns zu.

Zu all den kriegsbedingten und in der Endphase sich steigernden Sorgen und Einsätzen kam nun die notwendige Fürsorge für all die Hunderttausenden von unglücklichen Menschen hinzu. Die zuständigen Ernährungs- und Wirtschaftsämter befanden sich aber bereits in amerikanischer Hand. Selbständige Improvisationen waren hier die letzte Rettung. Mit einem kleinen Sonderstab übernahm ich zusätzlich diese Aufgabe. Die NSV leistete in diesen Wochen unerhörte Hilfsmaßnahmen. Es galt vor allem angesichts der Vorhuten der Roten Armee Unruhe und Panik zu verhindern. Tag für Tag ertranken in den Wellen der Elbe Dutzende von Menschen, die in ihrer letzten Verzweiflung versucht hatten, schwimmend über die Elbe zu kommen.

Militärisch erlebte ich in meinem Gebiet die Aufstellung der Armee Wenk (AOK XII) im Raume Dessau. Wenk sollte mit seiner »Wunderarmee«, eine solche konnte sie keineswegs sein, Berlin entsetzen. Generalfeldmarschall Keitel überbrachte Wenk in seinem letzten Quartier den Befehl. Doch auch dieser Versuch der Entsetzung Berlins war vergebens. Niemand vermochte den Vorstoß der Roten Armee mehr aufzuhalten. Bei persönlichen Erkundungsfahrten in den Osten begegnete ich immer häufiger geschlossen zurückmarschierenden und sich vom Feind absetzenden militärischen Einheiten. In den ersten Maitagen holte ich im Quartier von Wenk die letzte »Lage«. Sie lautete: Auf engstem Raume zusammengedrängt seien entscheidende militärische Operationen nicht mehr möglich.

Es bestehe eine Vereinbarung mit amerikanischen Kommando-Stellen, wonach die Armee Wenk an drei Stellen der Elbe (Ferchland, Tangermünde und Stendal) sich in amerikanische Gefangenschaft begeben könne.

Dieser letzten »Lage« war vor ungefähr einem Monat Martin Bormanns letzte Parole vorausgegangen. Sie hieß kurz und bündig: »Siegen oder fallen!« Ganz allgemein waren meine Empfindungen am Ende des Krieges von albtraumartigen Ahnungen und Vorstellungen ob unseres Schicksales in der Zukunft durchdrungen. In mir brach angesichts der immer grauenhafter werdenden Wirklichkeit eine Welt zusammen, in der ich seither gelebt hatte und in der ich die bestmöglichste Welt zu erkennen geglaubt hatte. Sie ging nun im erbarmungslosen Feuersturm des Krieges ihrem Ende entgegen. Ich sah Deutschland und mein Volk in den Händen erbarmungsloser Sieger, von denen der stärkste und härteste in der von mir so heißgläubig verteidigten Landschaft die Macht ergreifen sollte. Nach meinem Gefühl schon damals: Für immer.

Ich erkannte in zunehmendem Ausmaße die Bildung von zwei Brückenköpfen, des Westens und des Ostens, Brückenköpfe, auf denen sich die beiden Sieger bald als ideologische Gegner gegenüberstehen würden. So hatte es Hitler in Berlin beim letzten Treffen eindeutig vorausgesagt. Das aber bedeutete die Teilung Deutschlands — und darüber hinaus die Teilung Europas.

Ein dritter Weltkrieg bereitete am Ende des Zweiten Weltkrieges schon seine Ausgangsstellung vor. Er mußte nach allen Schrecknissen des Ersten Weltkrieges die physische Vernichtung Deutschlands im Gefolge haben.

In unbewußter Dämmerung umstrahlte ein letzter Bluff-Gedanke das wahrscheinlich unausweichliche Ende: Ich fühlte mich von Hitler gerufen. Rings um ihn scharten sich in letzter Treue seine Männer. So glaubte ich, der nationalsozialistischen Revolution das würdige Finale geben zu dürfen.

In meiner Not war mein Denken besonders wehmütig auf das drohende Schicksal meiner Familie gerichtet. In meiner Aussichtslosigkeit drängte sich immer mehr der Gedanke auf, sie vor dem

Kommenden irgendwie in Sicherheit zu bringen. Ich hätte Macht und Gelegenheit gehabt, sie mit Geld und Wertsachen im Auto mit gültigem Marschbefehl nach Süddeutschland, eventuell nach München, in die Obhut der Schwiegermutter zu schaffen. Eine solche Tat hätte nicht nur die Zukunft meiner Familie materiell auf längere Zeit sichergestellt sondern darüber hinaus auch meine eigene dazu, wenn ich eines Tages aus der Gefangenschaft heimkehren sollte. Doch dieser Gedanke schien mir wie eine sündige Versuchung, erschien mir als eine heimliche Flucht, als ein Verbrechen an der Allgemeinheit, die auf ihren Plätzen zu bleiben ich aufgefordert hatte. Ich glaubte, eine solche egozentrische Tat hätte meine Mitarbeiter dazu anregen können, dasselbe oder ähnliches zu tuen. Die großen Befehlshaber Pflicht und Beispiel stellten sich stumm dem so menschlich anmutendem Vorhaben in den Weg. So verblieb ich mit meiner Familie, in der sich ein fünf Monate altes Kindlein befand, in der von beiden Feinden eingeschlossenen Landschaft. Bald war an eine Flucht meiner Familie nicht mehr zu denken. Ein ungewisses, wahrscheinlich grausames Schicksal kam auf uns zu.

Nicht nur der von uns errichtete Staat ging in den Flammen des Krieges unter, sondern mit ihm Deutschland und das deutsche Volk. Gerade der Erhaltung der deutschen Substanz aber hatten ja alle meine Maßnahmen am Ende des Krieges gegolten, wenn wir nach Osten verzweifelt den Raum verteidigten, um deutschen Menschen dem Zugriff der Roten Armee zu entziehen.

In den letzten Tagen waren unsere Gedanken unter der drohenden Wucht des anrollenden Schicksales fast fatalistisch geworden. Verwirrt und tatengelähmt torkelten wir wie in einer nervenzermürbenden Trance diesem entgegen. Sie war vielleicht der Grund dafür, daß wir das Grausame zu durchleben vermochten.

Doch nun zum Schluß: Ihre Frage konzentriert zu beantworten, vermag ich bar eines dichterischen Talentes nicht. Dazu würde das Genie eines Dante kaum ausreichen.

15. Frage:

Viele ehemalige Nationalsozialisten sind in ihren Erinnerungen an die von ihnen erlebte Hitler-Zeit der demonstrativen Meinung, als Gefolgsleute Adolf Hitlers immer nur Gutes gewollt und immer nur Gutes getan zu haben. Glauben auch Sie in Ihrer Eigenschaft als ehemaliger Funktionär der Hitlerbewegung und des Hitler-Staates nur Gutes gewollt und getan zu haben? War der Hitler-Staat für Sie, und das insbesondere in Ihrer heutigen kritischen Rückerinnerung, Inbegriff und Ausdruck des nur Guten im Wollen und Tun?

Antwort:

Kein sterblicher Mensch, auch wenn er als ein Muster eines braven Staatsbürgers in einer friedsamen Zeit gelebt und gewirkt hat, kann von sich behaupten, in seinem Leben nur Gutes gewollt und getan zu haben. Selbst dem Lebenslauf eines Heiligen fehlt diese Vollkommenheit. Noch weniger kann ein politischer Mensch, und Aktivist, in seiner realistischen Erinnerung an eine revolutionär durchpulste Kampfzeit eine solche moralisch-ethische Vollkommenheit für sich in Anspruch nehmen. Es gibt, das wird selbst ein Theologe nicht bestreiten können, keinen nur guten Menschen an sich, wie es auch keinen nur schlechten Menschen an sich gibt. Erst recht nicht gibt es einen nur guten oder nur schlechten Politiker. Gutes und Böses stehen als eine Einheit der Gegensätze im Individuum als auch in der Gesellschaft als gestaltende Kräfte in wechselhafter Wirksamkeit.

Das Kriterium Gut und Böse wechselt in seinem Inhalt oft je nach der frühen oder späteren geschichtlichen Betrachtung. Die meisten geschichtlichen Persönlichkeiten, denen die Historiker Kränze des Ruhmes und der Unsterblichkeit um die Schläfen gewunden haben, würden unter dem Kriterium der rein moralischen

Kritik des humanitären Weltbürgers mit dem vernichtenden Urteil »Lebenslänglich« oder gar der Todesstrafe in das Strafregister der Verbrechen gegen die Menschlichkeit Einzug halten müssen. Heiligenscheine über den Häuptern der politischen Akteure muten mich wie die Halluzinationen eines beginnenden oder fortgeschrittenen Irrsinnes an.

Hitler war weder ein Gott — noch ein Teufel und auch wir, die »Kleinen Hitler«, waren weder kleine Götter noch kleine in Menschengestalt vermummte Satane, sondern Menschen in ihrer Unvollkommenheit, agierend in der großen Skala der politischen Leidenschaften zwischen Gut und Böse.

Als ehemaligem Aktivisten der nationalsozialistischen Bewegung und später des nationalsozialistischen Staates sind mir diejenigen »Ehemaligen«, die sich einseitig kritiklos in egoistischer Lob- und Huldigungspropaganda ergehen, ebenso unsympathisch wie diejenigen, die eine opportunistische Kehrtwendung vollzogen haben.

Der Fluch, der auf unserer Zeitgeschichte lastet, ist die Manie, die Vergangenheit in leichtfertiger Vereinfachung durch eine genormte Schwarz-Weiß-Brille sehen zu dürfen. Es mag Menschen in humanitären Tätigkeitsbereichen geben, die behaupten können, subjektiv immer nur Gutes gewollt und Gutes getan zu haben. Aber auch sie werden von Zeit zu Zeit ehrlich Gewissenserforschung anstellen und sich dann kleiner und großer Sünden erinnern. Für den ehrlich verbliebenen ehemaligen politischen Aktivisten gilt das in seiner Rückschau in einem unvergleichlich größeren Ausmaße, will er sich nicht anmaßen, gottähnlich zu sein.

Und nun ohne Umschweife zur Antwort auf die gestellte Frage: Wir glaubten in der chaotischen Zeit einer nationalen Katastrophe unseres Volkes nach dem Ersten Weltkriege dazu aufgerufen zu sein, einer Revolution, der eine neue bessere Weltanschauung und gesellschaftliche Ordnung zu Grunde liegen sollte, kämpferisch zum Siege zu verhelfen. Dieses Ziel empfanden wir in seiner allgemeinen Dominante als gut. Politische Weltanschauungen, wenn sie in der politischen Arena zum Kampfe aufrufen, sind immer intolerant, totalitär und bringen wie Religionen zu ihren Anfangs-

zeiten fanatisierte Apostel und Jünger und Sektierer und Eiferer hervor. In dem Kriterium einer Revolution haben die Moralbegriffe Gut und Böse nur bedingten Wert. Jede Revolution setzt ihre eigenen Wertungen für Gut und Bös.

Das aus dem neuen ideologischen Dekalog subjektiv für gut erklärte und erkannte wird, von den Maximen der neuen Weltanschauung begründet, zur Pflicht erkoren, das ihm gegenüber Stehende als bös erklärt. So ist das wohl in allen revolutionären Phasen der Menschheitsgeschichte gewesen. Unser Wille war, in unserem politischen Kampfe zu siegen. Wer siegen will, muß seinem Gegner die Niederlage wünschen und bereiten. Im Siege der Revolution sind dann die vielen persönlichen Schicksale des unterlegenen Gegners mit beinhaltet. Wir selbst haben das in den Jahren des Kampfes um die Macht schicksalhaft genug erlebt. So war es und so wird es immer sein. — Der Sieger bestimmt und setzt das Recht.

Wenn Politik in das Stadium des Kampfes tritt, sind Sieg und Niederlage die beiden Pole, zwischen denen sich der politische Kampf bewegt und entscheidet.

Zwei Dekaloge stehen sich unversöhnlich in ausschließlicher Alternative gegenüber. In dieser kritischen Erörterung kommt noch hinzu: Der Nationalsozialismus entwickelte sich in den Jahren der staatlichen Macht zur Hitler-Diktatur, unter deren diktatorischer Herrschaft sich vieles ereignete, was dem einstmaligen ursprünglich verkündeten Parteiprogramm zuwiderlief.

Obwohl das NS-Programm antisemitisch ausgerichtet war, wird bei den alten Nationalsozialisten der heute in seiner ganzen Breite erkannte Judenpogrom vom November 1938 keinen inneren Beifall mehr finden. Kein alter Nationalsozialist, der in der Kampfzeit Verfolgung und Gefängnis erleben und nach dem Kriege schuldlos jahrelang in der Automatic-Haft in den Lägern der Sieger leben mußte, wird eventuell wirklich geschehene Greueltaten sadistischer KZ-Schergen verteidigen wollen. Kein alter Nationalsozialist wird Verbrechen ableugnen und den kriminellen Elementen Absolution erteilen. Im Gegenteil: Den verbrecherischen Verderbern des einstigen reinen politischen Wollens gilt der innerlich lodernde Haß der

alten Anhänger Hitlers mehr, als das die oberflächliche und verfälschende Zeitgeschichte zu erkennen vermag. Denn die machtmißbrauchenden Inquisitoren waren ja die hauseigenen Totengräber der uns so heilig erscheinenden Ideale.

Ich habe als Mensch und politischer Aktivist subjektiv das Beste für das Schicksal meines Volkes gewollt. Ich bestreite nicht einmal, vielleicht dann und wann unbeabsichtigt Böses erwirkt zu haben. Das ist das tragische Moment, das in unseren Erinnerungen schmerzhaft ins Bewußtsein tritt. Auch wenn ich mich meinem Gewissen und der politischen Vernunft beuge, so ist es doch mein unerschütterlicher Glaube, das Gute gewollt zu haben. Für das große Schicksal, das während des Krieges und nach dem Kriege über uns kam, kann dem Einzelnen keine persönliche Schuld gegeben werden. Er war, auch wenn er sich in hoher Funktion betätigte, nur ein kleines Rädchen im großen für die meisten Menschen unverständlichen Geschehen. Der Hitler-Staat war Übergangsstaat, in dem der Nationalsozialismus sich zur Hitler-Diktatur und nicht ohne Schuld der Weltpropaganda schließlich teilweise zum »Himmlerismus« entwickelte und in dem wie überall im Leben Gutes wie Böses geschah. Der politisch und menschliche Anstand gebietet es jedoch, die schuldlosen Einzelnen von den wahren Schuldigen zu trennen und sie nicht in lebenslänglicher Kollektivhaft zu belassen, denn das wäre dann ja, um in der Polemik des Gegners zu sprechen, hitlerischer, als es selbst Hitler war.

16. Frage:

Wie beurteilen Sie die »Ehemaligen«, das heißt die Massen der ehemaligen Hitler-Anhänger in ihrem Verhalten nach 1945? —

Antwort:

Nach dieser Frage drängt sich ein Gedankengang auf, der paradoxerweise fast nie in der politischen Diskussion auch nur andeutungsweise angestanden hat. Angesichts der vielen Millionen ehemaliger Hitler-Anhänger, denen man nach 1945 verbrecherisches Wollen und Wirken und verbrecherische Veranlagung zu unterstellen versuchte, wirkt es geradezu provokatorisch widerspruchsvoll, daß diese »verbrecherische Veranlagung« und dieses verbrecherische Wollen und Wirken nach 1945 nirgends in Erscheinung getreten sind.

Die Masse der »Ehemaligen« mußte in unwürdiger Weise oft jahrelang in den Konzentrationslägern der alliierten Sieger leben. Viele wurden mit Berufsverbot entlassen und verfielen dadurch der gesellschaftlichen Ächtung. Viele starben den Lagertod.

Trotzdem blieben die meisten gute Familienväter, gute Steuerzahler und durchaus willige Staatsbürger, die in den demokratischen Parteien und deren Programmen ihre neue politische Heimat fanden. Während nach 1918 »Fememorde« und politische Attentate auf hohe Staatsmänner keine Seltenheit waren, explodierte nach 1945 und später keine einzige Bombe.

Millionen Enttäuschte, oft ihrer Habe, ihres Vermögens, ja sogar ihrer Wohnung und nicht selten dazu ihrer Berufsausübung beraubt, gingen aus der Haft ruhig und verantwortungsbewußt an die Arbeit für ihre Familien und den neuen Staat. In der Statistik über den Aufbau des zerstörten Deutschlands, in der Bilanz des deutschen Wirtschafts-»Wunders« kann ihr aktiver Anteil nicht unterschlagen werden.

Keine Tatsache widerlegt so eindeutig die Lüge von der verbrecherischen Veranlagung und Besessenheit der ehemaligen Hitler-Funktionäre, wie diese keineswegs so selbstverständliche Feststellung. Erst, wenn der Links-Radikalismus den Terror chaotisch steigern und praktizieren wird, wird man sich in den verantwortlichen Stellen des so gravierenden Gegensatzes und damit der propagandistischen Zwecklüge der Hexenjagd nach 1945 reuevoll bewußt werden.

Schwerer ist die Frage nach dem Verhalten der »Ehemaligen« in ihrem individuellen Leben nach 1945 zu beantworten.

Schon in den Lägern des Automatic-Arrest zeichnete sich psychologisch die Analyse der nationalsozialistischen Gefolgschaft in der Wirkung des Zusammenbruches deutlich ab. Die These von der »Verschworenen Gemeinschaft«, die man in Nürnberg der Anklage zugrunde gelegt hatte, fand in den Internierten-Lägern der Alliierten ihre überzeugende Widerlegung. Gefangenschaft nach einem verlorenen Krieg hat aber ihre besondere Psychologie. Viele »Ehemalige« sind nach der großen Enttäuschung verantwortungsbewußt in staatstragende — oder in die vom Staate getragenen Parteien — eingetreten, viele von ihnen sind Minister, Staatssekretäre oder Prominente geworden.

Viele einstmals »Gottgläubige« tragen wieder die Christusfahne und geben sich als reumütige Bekehrte, wie Sünder, die Buße tun, oder als brave Schäflein in der Herde des Herrn. Andere, und es sind auch nicht wenige, suchten unter der einst so befehdeten roten Fahne Zuflucht und tuen so, als wenn sie schon immer aktive Jünger von Karl Marx gewesen wären. Dagegen gibt es auch »Ehemalige«, die ehrlich und selbstlos glauben, in einer organisierten nationalen, doch immer noch demokratischen Opposition, ihre politische Heimat gefunden zu haben und in ihrem Dienst ihre patriotische Pflicht erfüllen zu können. Diese verschwindend Wenigen werden von der Linkspropaganda abermals zu Sündenböcken deklariert und repräsentieren für die Manager der Macht die gewünschte Menge von Statisten bei ihrem Manöver, mit dem Rufe »Haltet den Dieb« nach altem erprobtem Rezepte die Aufmerksam-

keit des Volkes von ihren eignen zweifelhaften Manipulationen abzulenken. Und das tuen sie scheinbar mit unerhört großem Erfolge. Es ist menschlich verständlich, wenn die Masse der »Ehemaligen« der gut redigierten antifaschistischen Propaganda nachgiebig ihr Ohr leiht und ihr Glauben und Vertrauen schenkt. Das Selbsterlebte verblaßt und das täglich suggestiv Dargebotene wird zum Geglaubten.

Ein großer Teil der »Ehemaligen« hat sich resignierend in die innere Emigration begeben. Sie leben vereinsamt ihrer Familie und deren wirtschaftlichem Wohlstand.

Wir ehemaligen Nationalsozialisten wollten die Tore in eine neue Zeit sprengen, um dem Leben den Weg frei zu kämpfen. Die das zuwege brachten, waren Vollblut-Politiker, Revolutionäre, keine Zeitfreiwilligen. Revolutionen aber werden nicht von braven Schülern gemacht. Auch die nationalsozialistische wurde nicht von Musterschülern gepredigt.

Die zweite Gruppe der »Ehemaligen« wird von jener Minderheit repräsentiert, die als wirkliche Erlebniszeugen und Erlebnisträger den Mut haben, die Vergangenheit so aufzuzeigen, wie sie war. Sie stehen mit ihrer Meinung fern jeder Popularität, jenseits zwischen einem sinnlosen Verhimmeln und einem ebenso sinnlosen Verteufeln. Sie bekennen sich zur Mitverantwortung und zur Mitschuld an diesem oder jenem Vorgange. Im Bewußtsein, aus den Erkenntnissen der Vergangenheit heraus der Zukunft zu dienen, werten sie das Gute gut und das Böse schlecht. Im Gegensatze zu der Schwarz-Weiß-Manie bringen sie Farbe in das blutige Gemälde der Vergangenheits-Nuancen, die dem Bilde erst das lebendige Leben verleihen. Sie verbleiben meistens schweigsam im Hintergrund, vereinsamt im Bewußtsein der Tragik, die ihr einstiges anständiges und uneigennütziges Wollen und Tun in der zeitgeschichtlichen Betrachtung quälend schmerzhaft umgibt.

Mehr als im Dritten Reiche kam ich in der Gefangenschaft zu der Erkenntnis, daß eine Revolution, wenn sie den Staat erobert hat, schon nicht mehr einer revolutionären Elite gehört. Es sind zu viele Mitläufer da. Die Niederlage einer Revolution läßt die Masse

der einstigen Anhänger aber bald als gesinnungslose wankelmütige egozentrische Menschen in Erscheinung treten.

Anständige Menschen aber mit dem abwertenden Wort »Neofaschisten« zu benennen, zu beschimpfen und damit gleichzeitig zu ihrer erneuten Verfolgung aufzurufen, beweist Unkenntnis, Unsachlichkeit, wenn nicht gar Handlangerdienst für die Sowjet-Ideologie, nach deren Sinn jeder ein Neofaschist ist, der sich nicht hundertprozentig zum Kommunismus bekennt.

Was tot ist, kann nicht mehr lebendig gemacht werden, auch nicht, wenn der Wille dazu vorhanden wäre. Diese Erkenntnis gilt auch für die »Ehemaligen«, von denen ja nur noch wenige existieren. Politik beschäftigt sich mit dem Sein und dem Werden. — Alles, was zeitlich vor diesem liegt, ist unveränderbare Geschichte. Der Mensch aber, auch, wenn er nach einem Untergange übrig blieb, muß sich selbst treu bleiben; nur dann kann er auch in der Stunde der Not der Gegenwart die Treue beweisen. Und darauf kommt es an. —

17. Frage:

Sie haben in Ihrem Memoiren-Buch der deutschen Jugendbewegung von einst ein gesellschaftlich-revolutionäres Wollen zugesprochen. — Sie glauben sich von der Jugendbewegung wesentlich geprägt. Sie meinen darüber hinaus, daß man den einstigen Aktivisten der Jugendbewegung später in der politischen Arena in einem auffallenden Ausmaße in den polarisierten Grenzbereichen des politischen Lebens wieder begegnet sei. Wie denken Sie heute über die Jugendbewegung und welche Bedeutung für die politische Entwicklung messen Sie ihr zu? —

Antwort:

Die Frage ist nicht alltäglich, jedoch berechtigt und interessant. Ich will versuchen, sie zu beantworten. Doch gebe ich dem Fragesteller das Recht, mich, den einstigen Jugendbewegten in meinem Urteil als befangen zu erklären.

Ja, ich glaube tatsächlich:

Bei allen mehr oder weniger aufrichtig unternommenen Versuchen, die weltrevolutionäre Umbruchsstimmung in der Zeit des Ersten Weltkrieges und danach aufzuzeigen, ist viel zu wenig Beachtung der deutschen Jugendbewegung zugemessen worden.

Und doch ist es wohl so, daß gerade in ihr die Grundelemente eines revolutionären Aufbruches am reinsten und aufrichtigsten zu erkennen sind, zumal sich gerade ihr Aufbegehren jenseits von parteipolitischen Ideologien in den Grundgedanken des Menschlichen vollzog. Die ersten Anfänge der deutschen Jugendbewegung fielen nicht zufällig schon in die Anfangszeit des Jahrhunderts. Und das Bekenntnis vom Hohen Meissner liegt zeitlich kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Es ist daher durchaus nicht zu verwundern, daß nach dem Ende des revolutionär aufwühlenden Ersten Weltkrieges in all der chaotischen Dynamik weltanschau-

licher Sehnsüchte die deutsche Jugendbewegung, die Grenzen von Ständen und Klassen sprengend, ihren bemerkenswerten dramatischen Aufbruch erlebte.

Das Erlebnis des Krieges, die gesellschaftliche Problematik der Zeit, die Unwahrhaftigkeit des sogenannten zivilisatorischen Lebens im menschlichen und politischen Kriterium, die zunehmende unbewußte Sehnsucht einer großen Anzahl junger Menschen nach einer neuen Lebenswertung, nach einer notwendigen Vertiefung, Vernatürlichung und damit grundlegenden Reform im Verhältnis des Menschen zu den Aufgaben der Zeit ließen viele jungen Menschen jenseits von parteipolitischen Programmen in eine innere Opposition zu den Lebensgewohnheiten der älteren Generation eintreten, die für das Leben dieser Menschen von entscheidender Bedeutung war.

Im Bewußtsein oder auch Unterbewußtsein dieser jungen Menschen reagierte die Antenne der Zeitenwende im Anruf des Menschlichen schlechthin.

Im Wandern in Gottes freier Natur, im Naturerlebnis fern dem nervösen Treiben des Großstadtlebens, in der Pflege der Kunst, des Spieles, des Liedes, des Tanzes, des natürlichen Frohsinnes, der Gemeinschaft, der Kameradschaft suchte und fand diese Jugend nach dem Sturz der Idole ihre neuen Ideale. Ideale, die in einer geschäftig gewordenen Welt und Zeit als außenseiterisch erschienen, für die keine laute Werbetrommel schlug und die doch heimlich und mächtig in den jungen Menschen in Stadt und Land lebendig geworden waren. Auch ich junger Lehrerseminarist hörte in der Suche nach dem Sinn des Lebens diesen Weckruf der Zeit und empfand ihn vielleicht stärker als mancher andere als einen urpersönlichen Anruf meines innersten Ich. Tiefe, eigene, ahnungsvoll-heimliche Gedanken und Wünsche klangen, alltägliche Gewohnheiten sprengend, in unseren jungen Seelen auf und ließen uns eine Welt erstrebenswert erscheinen, wie sie nicht war, sondern wie sie werden sollte. Ich empfand diesen Weckruf als den Anruf der Zeit, der die Tiefe der Fragen des Heute und des Morgen ansteuerte, der die Hoffnung auf ein neues reines jugendliches Leben der Gemeinschaft

lebendig werden ließ und der in sich den Wegweiser nach den Wegen einer größeren und vertieften Schau und sittlicher Wertung des Menschseins in einer neuen Welt erahnen ließ. Empfand ihn als Weg zu einer Weltanschauung, nach der ich mich sehnte, die wie ein Leuchtfeuer in der Ferne das Ziel eines Lebens erkennen lassen sollte. Ich wurde inmitten aller Turbulenz des Zusammenbruches einer von den Jungen in der Katholischen Jugendbewegung »Neu-Deutschland«, in der sich Schüler der Höheren Lehranstalten vereinigten.

Der örtliche geistige und geistliche Initiator unseres gemeinschaftlichen jungen Lebens war ein junger lebensbejahender und weltfreudiger Kaplan mit Namen Lins. In seinem Kaplansstübchen — in einem Fuldaer kirchlichen Heim versammelten wir uns wöchentlich um ihn und erkannten in ihm einen der wenigen Menschen, die sich unserer jungen Sorgen und Nöte in wahrhaft kameradschaftlicher Weise annahmen. Der uns so abnorm modern erscheinende Priester wußte um die inneren Probleme von uns jungen stürmenden Menschen und nahm sich derer in einer von »schulmeisterlichen« Methoden vollkommen freien Art und Weise in offener menschlicher Hingabe an, so daß wir in ihm einen wirklichen kameradschaftlichen Lebensführer ersahen.

Es waren nicht nur die Fragen um Gott, die in diesem kleinen Kreise zur Diskussion anstanden, die Fragen einer wahren Frömmigkeit, eines echten inneren religiösen Lebens, es wurden darüber hinaus auch die Probleme des Zeitgeschehens, der Kunst, der philosophischen Streitfragen der Zeit so wie alle aktuellen Themen erörtert und lebhaft und frei diskutiert und die drängenden sozialen und sexuellen Fragen wurden dabei keineswegs in den Abstellraum verwiesen. Immer wieder wurde musiziert, die Klampfe begleitete unsere Lieder aus dem »Zupfgeigenhansl«. —

Volkslieder, Landsknechtslieder, Marienlieder, die an die Minnezeit erinnerten, und lebenslustige Songs umrahmten unsere »philosophischen« Diskussionen zum Thema der Welt- und Menschenverbesserung.

Wir gingen gerne zu unserem »Linskaplan« und immer, wenn wir

das kleine bescheidene Kaplanstübchen verließen, schwang in unseren jungen Herzen etwas wie ein kosmisches Verankertsein in der von uns tief empfundenen Zeitenwende, das uns das Eingeordnetsein in einem Ganzen als individuelle Aufgabe erahnen ließ. Dieses Ganze war für mich unser Volk. —

Ganz von selber stellten wir uns allmählich auch im äußerlichen Erscheinungsbilde auf den jugendbewegten Stil der damaligen Tage ein. Mit dem Schillerkragen fing es an, dann kamen die kniefreien Hosen, lang getragene Haare auf freiem Kopfe und einige von uns trugen bereits täglich die Wanderbluse. Auch im Äußeren wollten wir anders sein als die anderen. — In den Ferien und an den Wochenenden gingen wir in kleinen Gruppen »auf Fahrt«, saßen um flammende Lagerfeuer und sannen in stummer Versunkenheit der romantischen Sehnsucht unserer jungen Seele nach. Wenn dann zum Schlusse das »Ade zur guten Nacht« auf der Laute verklungen war, ergaben sich im Zelt unter dem nächtlichen Sternenhimmel weitere gedankliche Wanderfahrten im Sehnsuchtsgarten der Romantik.

Der Kaplan Lins veranstaltete dann und wann auch sogenannte »Exerzitien«. Die dienten der Einkehr und der stillen religiösen Betrachtung. Abgeschlossen von der Welt erlebten wir die klösterliche Stille des Fuldaer »Herz-Jesu-Heimes«, besannen uns auf Gott und machten seelisch-religiöse Inventur. Immer mehr empfanden wir das Leben der meisten Menschen als unnatürlich, unwahr, ja, als ganz gemein. Und das nicht nur inbezug auf dessen rein äußerliches Getriebe sondern auch auf die gesellschaftliche und soziale Moral. Mehr, als es die alte Generation erkennen wollte, waren wir jungen revolutionären Stürmer und Dränger zu kritischen, unerbittlichen Beobachtern des Lebens geworden. Wir sahen die Krise der Zeit mit anderen Augen an als die versierten und virtuosen Lebenskünstler des in Fakultäten und Zweckorganisationen aufgeteilten Erwerbslebens.

Nicht gegen die Alten richtete sich unsere Opposition, sondern gegen die Prinzipien der Lebenshaltung und Lebensformen dieser von den Alten verteidigten Gesellschaft. Sie war der ungeformte

Ausdruck eines inneren Protestes gegen den alles beherrschenden »Tanz um das Goldene Kalb«, in dem sich die egoistische Masse berauscht und narkotisiert erging, gegen das ungeschriebene Gesetz, daß Geld, Besitz und Wissen allein zum Führungsanspruch in dieser Zeit berechtigt sei, ohne von den Fundamenten des Charakters und der sozialen Moral untermauert zu sein.

Sie war der angriffsfreudige Protest gegen die scheinheilige Parole »Freie Bahn dem Tüchtigen«, unter der sich meistens pfiffig getarnt die Forderung »Freie Bahn dem Rücksichtslosen!« für die Rücksichtslosesten all der machthungrigen und ehrgeizigen Streber im zivilisatorischen Wettbewerb zu verbergen suchten. Gegen die Unehrlichkeit, ja Verlogenheit, mit der sich die Menschen in ihrem Umgange begegneten und mit der sie sich in der Konversation unter dem spekulativen Mißbrauche der sogenannten Höflichkeit Dinge sagten und beschworen, von denen ihr Herz nichts wußte. Selbst das religiöse Leben, das in Gott verankert zu sein behauptet, war nicht frei von der Pest dieser Unwahrhaftigkeit.

Man sprach von Gott und meinte sich selbst. —

Selbst in der Liebe betrogen sich die Menschen nach unserer Meinung untereinander und das sogar in der Ehe, über die der Staat und die Kirche ihre Hände hielten. In der bürgerlichen Welt wurde die Konventional-Ehe, die Ehe unter dem Kriterium des Standes und des Besitzes, als das Ideal der Zeit gefeiert. Das führte dazu, daß die allerstrengsten der Gestrengen unter uns in ihr nichts anderes sahen als die vom Staate sanktionierte bürgerliche Prostitution, die sich in der strengen Wertung dieser jungen Revolutionäre von der erwerbsmäßigen Prostitution in den Gassen der Großstädte nur dadurch unterschied, daß die lasterhaften Freudenmädchen ihren Körper nur auf Stunden für Geld verkauften, während in der konventionellen Ehe einer materialistischen bürgerlichen Welt Frauen und Männer ihren Körper gleich pauschal für ihr ganzes Leben gegen Geld und zivilisierte Bequemlichkeit einhandelten und verkauften. Das war die Meinung der extremsten antibürgerlichen jungen Kritiker. Für die meisten der Jugendbewegung verblieb die Ehe freilich abseits von ihren Entartungen, eine unantastbare An-

gelegenheit, deren inneren natürlichen Belebung auch unsere Gedanken galten.

Es war die aus dem inneren Konflikt mit der A-Moral bezw. Unmoral der Gesellschaftsordnung entstandene Revolte des Gefühls im jungen Individuum, das sich aus logischem Unvermögen nur in der Analyse äußerer Erscheinungen erging und darüber die so wichtige Diagnose der Ursächlichkeit all dieser Erscheinungen unterließ. Die jungen Stürmer und Dränger waren, in abstrakt ausgedachten Weltvorstellungen befangen, noch nicht bis zu dem großen »Warum?« vorgestoßen, waren daher unpolitisch verblieben und nachdem sie ihre Ideale sogar aus einer längst verklungenen romantischen Vergangenheit entlehnten, ebenso rasch wieder vom Kampfplatze der Gesellschaft abgetreten, wie sie einmal aufgetreten waren. Darin liegt nicht nur die Tragik der deutschen Jugendbewegung, sondern auch zugleich ein Teil der Tragik unseres politischen Irrganges im Jahrhundert.

Ich habe später viele dieser ehemals jugendbewegten Menschen in allen Lagern des politischen Lebens getroffen in denen um ein neues Leben gerungen wurde. Sie alle waren erkennbar in ihrem Denken, in ihrer Haltung, in ihrem Stile. Und überall, wo unter welcher Probe immer ein Durchbruch zu einer neuen Zeit gewagt, oder errungen wurde, standen Männer aus der ehemaligen Jugendbewegung von einst in den vordersten Reihen.

Ohne die klare Wertung des jugendbewegten Lebens vieler politischer Aktivisten im deutschen politischen Leben aller Läger ist deren letzte gerechte Deutung und Wertung nicht möglich. Ohne die jugendbewegte Vergangenheit in meinem Leben ist auch mein Weg zum politischen Funktionär Hitlers nicht zu verstehen.

Daß die Jugendbewegung nicht zum politischen Durchbruche kam, kann in seiner tragischen Folge gar nicht richtig eingeschätzt werden. Sie war einstmals der Extrakt alles dessen, was sich später politisch revolutionär in anderen Gestalten, extrem verschroben, 150%ig oder hysterisch übersteigert als revolutionäres Novum präsentierte und ohne die Grundlagen des allgemein Menschlichen, Volkhaften und Nationalen in Unmenschliches auszuarten drohte.

Wäre die deutsche Jugendbewegung Ausgang einer revolutionären Bewegung unseres politischen Lebens geworden; dann wäre unsere politische Geschichte frei von Klassenhaß und Klassenkampf verlaufen. Sie wäre aus dem jugendlichen unspekulativen und selbstlosen Kriterium zu einer wirklich politischen Wiedergeburt geworden und hätte uns manche Schuld und manches Leid erspart. Unter Jugendbewegung verstehe ich die jungen Menschen an sich und nicht die Organisationen ihrer Verbände. Je mehr diese in den Einfluß spekulativer Programme der älteren Generation gerieten, desto mehr wurde die junge revolutionäre Kraft in die Pferche des umstürmten Lebens geleitet und dadurch politisch paralysiert. In ihrer spezifischen Verästelung nach Konfessionen und parteipolitischen Richtungen erstand die unmerkliche, unbewußte, aber wirksame Abwehr und Paralysierung der jungen stürmenden Opposition. Alle die unterhaltsamen Unternehmungen, mit denen man die jungen unruhigen Geister so meisterhaft beschäftigt hatte, waren, wenn auch nicht ganz programmgemäß in Gestalt eines Kompromisses, von parteipolitischen Zielsetzungen gesteuert.

Die jungen Löwen, die sich unbewußt anschickten, gegen die bestehende Gesellschaftsordnung Sturm zu laufen, von dieser Gefahr bringenden Unternehmung abzulenken, um ihren einzelnen Gruppen unsichtbare Gitterstäbe zu errichten und sie in unsichtbaren Käfigen für das Leben in Gesellschaft zu dressieren, deren Grundlage sie selbst zu attackieren geglaubt hatten, war das ungeschriebene Ziel.

Und die schlauen Dompteure der Gesellschaft haben für eine Zeit ihr Ziel bauernschlau erreicht.

Während die jungen Stürmer und Dränger erschrocken aus dem Leben der Großstadt flohen, träumend am Lagerfeuer saßen, zur Zupfgeige alte Landsknechtlieder sangen und sich auf den Wanderfahrten an den romantischen Schönheiten der Natur erfreuten und berauschten, hatten sie allmählich vergessen, nach dem großen »Warum?« zu fragen und waren fast alle murrend und widerstrebend, aber langsam und sicher, in die angeblich »von Gott selbst

geschaffene Ordnung« des gesellschaftlichen Lebens hineingewachsen und zum größten Teile in »gesicherten Lebensstellungen« zu deren geistigen Apologeten geworden.

Damit aber wurde die deutsche Jugendbewegung gemäß dem deutschen Dilemma einer versuchten und nicht vollendeten Revolution zum »Sturm und Drang« degradiert, ohne gesellschaftliche Auswirkung und politischen Erfolg. Sie war und verblieb ein Akt in der tragischen Epoche dieses Jahrhunderts.

18. Frage:

Würden Sie heute noch einmal so zu denken und zu handeln bereit sein, wie Sie es damals taten?

Antwort:

Die aufdringlich wirkende Spekulation, die dieser Frage zugrunde liegt, sprengt so sehr jede realistische Betrachtung, daß bei der Formulierung der Frage selbst die deutsche Grammatik ihre Mitwirkung versagt. Sie entspringt ganz offensichtlich einer propagandistischen oder gar rein taktisch dialektischen Manie der rabbulistischen Taschenspielerei. Fast erinnert sie mich an spekulativ formulierte Fragen meiner sowjetischen Verhör-Kommissare, wenn sie die Logik des zu Verhörenden zu attakieren versuchten. Die Frage ist in sich ein einziger Widerspruch und offenbart sowohl Mangel an Logik als auch an politischem entwicklungsgeschichtlichem Denken. —

So wie — physikalisch gesehen ein Körper zur gleichen Zeit nicht an zwei verschiedenen Orten vorhanden sein kann, so wenig kann der Mensch in seinen verschiedenen Entwicklungsstadien und noch dazu in seinen sich stets verändernden Umwelt-Verhältnissen immer das gleiche denken und tun. Das ist ein Naturgesetz.

Denken und Handeln des Menschen sind in wechselhafter Folge durch mannigfache, ja tausendfältige Relationen eines gemeinsamen Lebens beeinflußt, wenn nicht gar bestimmt und äußern sich in ebenso wechselhafter Folge als Aktion und Reaktion. Die bewußtwerdende Gegenwart erweist sich teilweise schon als in Vergangenheit verklingende Gegenwart und ebenso teilweise schon als beginnende Zukunft. Konkret auf die Frage gezielt sei gesagt: Vergangenheit ist erstarrte Politik von Einst und wiederholt sich als solche nie. Restaurationsversuche sind immer naturgesetzlich gescheitert. Auch in unserer so pluralistischen Zukunft wird sich das nicht ändern.

Politisches Denken und Tun unterliegen dem Kriterium des Seienden und Werdenden. Sie sind damit aus der Gegenwart auf die Zukunft gerichtet, entsprechend dem Wesen der Politik als werdende Geschichte. Politik ist immer neu, in jedem Jahrhundert, in jedem Jahrzehnt, in jedem Jahre, an jedem Tage. Politik vollzieht sich in der Wirklichkeit der Wirkung von sich gegenseitiger Auslösung von Aktionen und Re-Aktionen in ständig neuen Situationen. Ich antworte daher, ohne mein einstiges Denken und Handeln in seiner subjektiven Wertung zu verdammen mit Nein! Denn ich bin ein anderer als damals, physisch und geistig, und auch meine Mitwelt, meine Umwelt von heute, einschließlich ihrer zur Diskussion und Lösung anstehenden Probleme, ist eine ganz andere als damals.

In der Welt des Volkes gibt es ein der Erfahrung abgelauschtes Erkenntniswort, das da heißt: »Wenn man vom Rathaus kommt, ist man klüger als zuvor.« Nur wenn man das »Rathaus« in diesem Falle symbolisch deutet, behält es in kritischer Betrachtung seine Gültigkeit. Doch immerhin — — —

Es war wohl Heraklit, der große griechische Philosoph, der schon lange vor der Zeitenwende den kurzen und inhaltsreichen Satz sprach: »Alles fließt« — Man mache sich die Mühe, etwas länger über diesen so kurzen Satz nachzudenken und man nähert sich um ein Beträchtliches der lebendigen Wirklichkeit.

Mehr noch auf die aufgeworfene Frage bezogen war es derselbe griechische Weise, der einmal sagte — und Goethe sprach es ihm nach —: »In denselben Fluß steigst Du nicht zum zweiten Male!« — Auch bei diesem Satz lohnt sich die Mühe des Nachdenkens. Weniger philosophischer lautet nunmehr meine Antwort auf die verhörtaktische Fangfrage: Um zu wissen, wie ich in dieser oder jener Situation denken und handeln werde, müßte ich mich aus einem sich selbst in der Gegenwart irrenden Menschen zu einem allwissenden Gott verwandelt haben. Doch das kann nicht sein, das bin ich, Gott sei Dank, gemeinsam mit drei Milliarden Menschen auf diesem Erdenball nicht. — Und das wird mir sogar der gestrenge Interogator des secret service oder des CIC, ja sogar der

Verhör-Kommissar des NKWD oder MGB zu glauben und zu verzeihen gezwungen sein.

In einem sehr streitbaren Verhör meinte ein sowjetischer Verhör-Kommissar in erregt erbostem Ton: »Sie werden hier bei uns doch wohl Ihre Lieblingsrolle als »letzter Deutscher im Dienst« nicht bis zu Ihrem Tode zu spielen beabsichtigen?«

Ich antwortete: »Rollen spielte ich nie in meinem Leben. Im sowjetischen realistischen Erleben erscheint es mir unmöglich, daß ich ein sowjetisches Gefängnis mit einem Theater verwechsle — und dazu Sie, ein NKWD-Kommissar in Uniform, mit einem zivilen Regisseur. Verstände ich es Rollen zu spielen, dann säße ich jetzt nicht vor Ihnen am Armensündertisch.«

Nun die Antwort an Sie: Ich lebte immer ehrlich mich selbst in der Schicksalsgemeinschaft meines Volkes, in guten und schlechten Tagen, als Ich im Wir. Und das bestimmte mein Denken und Tun. Ich will das auch in den letzten Tagen meines Lebens so halten. Ich huldige dabei der weisen und zeitlosen Erkenntnis des deutschen Dichters Goethe, der einmal sagte:

»Es gibt kein Vergangenes, was man zurückrufen darf, es gibt nur ein ewig Neues, das sich an den erweiterten Elementen der Vergangenheit gestaltet. Und die echte Sehnsucht muß stets produktiv sein, ein Neues, besseres zu schaffen«.

INHALT

1. Frage: Wie erklären oder begründen Sie es heute, daß Sie schon in so frühen Jahren ein begeisterter Anhänger der Hitler-Bewegung geworden sind?

2. Frage: Schon seit den ersten Tagen der Wirksamkeit Hitlers als Propagandist und Massenredner der NSDAP stand der Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag fast dominierend im Mittelpunkte der anklagenden Propaganda der NSDAP. Dieser Kampf ging auch in der folgenden Zeit unvermindert, ja verstärkt weiter — bis über die Machtübernahme hinaus. War diese manisch anmutende Kampfparole nicht vielmehr eine sektiererische fixe Idee einer winzigen Minderheit, der es an realpolitischem Urteil fehlte? War der Kampf gegen Versailles nicht eine Donquichoterie politischer Infantilisten?

3. Frage: Sie betonen in Ihren Auslassungen über die Hitler-Zeit so besonders die Bedeutung der Frühzeit der NSDAP und das schon in den ersten zwanziger Jahren. In der Zeit dieser Frühgeschichte der NSDAP unternahm Hitler jedoch die Wahnsinnstat des Hitlerputsches vom 8. November 1923, der schon am zweiten Tag in den Gewehrsalven der bayerischen Landespolizei seinen politischen und militanten Zusammenbruch erlebte. Wie denken Sie heute über diesen so verantwortungslosen Putschversuch und seine Folgen für die deutsche Politik?

4. Frage: Welcher Gedanke im ideologischen Wirrwarr der nationalsozialistischen Bewegung hat damals, als Sie Mitglied der Hitlerpartei wurden, den stärksten Eindruck auf Sie ausgeübt?

5. Frage: Welche Ereignisse und Entscheidungen innerhalb der Geschichte der NSDAP erachten Sie heute für die Entwick-

lung des Hitler-Staates als besonders wichtig, beziehungsweise weichenstellend?

6. Frage: Hitler begann seine politische Wirksamkeit erst nach Beginn der Weimarer Republik. Wie würden Sie die Entwicklung der Weimarer Republik ohne den politischen Einfluß Hitlers und seiner Bewegung beurteilen?

7. Frage: Wenn Sie auch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler demokratisch zu argumentieren versuchen, können Sie bestreiten, daß Hitler unmittelbar nach seiner Ernennung alle vorhandenen demokratischen Parteien gewaltsam liquidierte, um anschließend das Einparteien-System der NSDAP zu seinen machtpolitischen Zwecken zu mißbrauchen?

8. Frage: In dem „Sünden"- und „Verbrechens"-Register der Hitler-Diktatur nehmen die Geschehnisse in den deutschen KZ's einen besonders heftig umstrittenen Platz der Anklage ein. Was wußten Sie von den Grausamkeiten in diesen KZ's?

9. Frage: Die Hitler'sche Kriegführung gab sich im Zweiten Weltkriege mit „Krieg" allein keineswegs zufrieden. Sie proklamierte in dessen Furiosa sogar den „Totalen Krieg". Sie waren im Kriege Reichsverteidigungskommissar und also ein hoher Funktionär der deutschen Kriegführung. Haben Sie für die Totalisierung des Krieges noch irgend ein verteidigendes Wort?

10. Frage: Selbst, wenn durch Sie in der kritischen Erinnerung alles, wenn auch keine Verteidigung, so doch eine Erklärung finden sollte, für den organisierten Massenmord an den Juden in den Vernichtungslägern im Osten werden Sie uns doch wohl keine verteidigende Antwort zu geben vermögen. Lassen Sie zwei Fragen an Sie richten:

1. Wußten Sie schon während des Krieges im Osten von Massenmorden?
2. Wie lautet heute Ihr Urteil über Massenmord?

11. Frage: Die Ereignisse der zeitgeschichtlichen Forschung in allen Ländern haben den Beweis erbracht, daß wir in Hitler den Alleinschuldigen des Zweiten Weltkrieges und seiner unmenschlichen Verbrechen zu sehen haben. Das ist ein ungeheuerliches Verdammungsurteil auch für die, die ihn in seinen politischen und militärischen Unternehmungen unterstützt haben. Was sagen Sie als ein ehemaliger Statthalter Hitlers zu diesem Verdammnisurteil?

12. Frage: Aus einem veröffentlichten Briefwechsel zwischen dem Reichsführer SS Heinrich Himmler und dem Reichsleiter Bormann geht hervor, daß ein Urteilsspruch des Obersten Parteigerichtes in einem von Hitler selbst gegen einen Gauleiter beantragten Disziplinar-Verfahren Hitler als auch Bormann und Himmler stark mißfällig erregte und zu einer Verschärfung der parteipolitischen Regeln führte. Sie waren damals außer drei anderen Gauleitern ein von Hitler bestellter Beisitzer in diesem Parteigerichtsverfahren. Da Sie der heute noch einzige Überlebende aus diesem Verfahren sind, fragen wir Sie: Welche Gründe hatte damals die so erregte Diskussion über das gesprochene Urteil? Worauf beruhte das Mißfallen Hitlers an diesem Urteil? Was ging diesem Mißfallen voraus? Was können Sie als Erlebniszeuge zu diesem partei-internen, illustrativen Vorgang sagen?

13. Frage: In dem Nürnberger Prozeß wurde der NSDAP-Führung die Eigenschaft einer politischen Verschwörung unterstellt. In der Kampfzeit der NSDAP kam oft pathetisch der Begriff „verschworene Gemeinschaft" das Führerkorps glorifizierend zum Ausdruck. Sie selbst haben sich schärfstens gegen die kollektive Betrachtung und Bewertung im Bereich der Führerschaft der NSDAP, bezw. des nationalsozialistischen Staates ausgesprochen, ja die proklamierte Einheit der politischen Führung im nationalsozialistischen Regime geradezu in Abrede gestellt. Welche Gründe waren für diese Ihre Einstellung maßgebend?

14. Frage: Mit welchem besonders bemerkenswerten Empfinden bzw. mit welchen Gefühlen erlebten Sie die letzten Monate und Wochen des Krieges?

15. Frage: Viele ehemalige Nationalsozialisten sind in ihren Erinnerungen an die von ihnen erlebte Hitler-Zeit der demonstrativen Meinung, als Gefolgsleute Adolf Hitlers immer nur Gutes gewollt und immer nur Gutes getan zu haben. Glauben auch Sie in Ihrer Eigenschaft als ehemaliger hoher Funktionär der Hitlerbewegung und des Hitler-Staates nur Gutes gewollt und getan zu haben? Ist der Hitler-Staat in Ihrer Erinnerung auch heute noch Inbegriff und Ausdruck des nur Guten im Wollen und Tun?

16. Frage: Wie beurteilen Sie die „Ehemaligen", das heißt die Massen der ehemaligen Hitler-Anhänger, in ihrem Verhalten nach 1945?

17. Frage: Sie haben in Ihrem Memoiren-Buch der Deutschen Jugendbewegung von einst ein gesellschaftlich revolutionäres Wollen zugesprochen. Sie glaubten sich von der Jugendbewegung wesentlich, ja elementar geprägt. Sie meinten darüber hinaus, daß man den einstigen Aktivisten der Jugendbewegung später in der politischen Arena in einem auffallenden Ausmaße in den polarisierten Grenzbereichen des politischen Lebens wieder begegnet sei. Wie denken Sie heute über die Jugendbewegung und welche Bedeutung für die politische Entwicklung messen Sie ihr zu?

18. Frage: Würden Sie heute noch einmal so zu denken und zu handeln bereit sein, wie Sie es damals taten?

Vom gleichen Autor erschienen

RUDOLF JORDAN

Erlebt und Erlitten

Weg eines Gauleiters von München bis Moskau

Der Zeugenbericht eines Hitler-Statthalters.

Der einstige Gauleiter von Halle und Magdeburg, Reichsstatthalter in Anhalt und Braunschweig, wurde — da sich gegen ihn keine stichhaltige Anklage vor westalliierten Gerichten erheben ließ — noch im Juli 1946 aus dem amerikanischen Internierungslager Dachau an die Sowjets ausgeliefert. Doch auch das in der Moskauer Lubjanka tätige Geheimgericht vermochte Jordan keiner Schuld zu überführen und verurteilte ihn zu der damals für deutsche Gefangene üblichen Formalstrafe von »25 Jahren«. Nach mehrjähriger Haft im Schweigegefängnis Wladimir bei Moskau wurde Jordan — von einem westdeutschen Gericht inzwischen als tot erklärt — im Herbst 1955 in die Bundesrepublik entlassen.

Damit endete ein abenteuerlicher politischer Lebensweg: im Januar 1931 war der damals erst 28jährige von Hitler zu seinem Statthalter im einstigen »Max-Hölz-Gau« Halle-Merseburg ernannt worden: hier hatte die KPD ihre Hochburg, war stärkste Partei vor den Sozialdemokraten. Jordan verhalf auch dort der NSDAP zum Durchbruch; später als Gauleiter nach Magdeburg-Anhalt versetzt und mit dem Amt des Reichsstatthalters in Dessau betraut, übernahm Jordan während des Krieges reichswichtige Verteidigungsaufgaben im zivilen Luftkrieg. Es folgte eine zehnjährige Odyssee in alliierter Haft. Mit erstaunlichem Erinnerungsvermögen und mitreißender Darstellungskraft zeichnet Jordan die Stationen seines bewegten politischen Lebens, vor allem aber als unmittelbarer Zeuge die innere Geschichte des Dritten Reiches, interessant bereichert durch zahlreiche Berichte über interne Gauleiterbesprechungen sowie über Begegnungen und persönliche Gespräche mit Adolf Hitler.

Rudolf Jordans Aussagen gelten ebenso dem heutigen Leser wie dem künftigen Historiker: ungeschminkt und ohne andere Absicht, als schlicht die Wahrheit zu sagen, entwerfen sie aus der Sicht eines eindringlich Beteiligten das Panorama all dessen, was in Deutschland und um Deutschlands willen um die Mitte des 20. Jahrhunderts wirklich geschah.